



KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT **BERICHT 2025**

Zusammenfassung der Ergebnisse

Herausgeber des Berichts ist das weltweite katholische Hilfswerk KIRCHE IN NOT (international: Aid to the Church in Need, ACN), eine Stiftung päpstlichen Rechts.

Der Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ erscheint alle zwei Jahre, im Jahr 2025 zum 17. Mal. Der Bericht wird in englischer, französischer, deutscher, italienischer, portugiesischer und spanischer Sprache veröffentlicht.

Im Gedenken an Attilio Tamburrini (1946–2022), den ehemaligen Direktor von ACS Italia, der den Bericht Religionsfreiheit weltweit 1999 ins Leben gerufen hat.

Leitende Redakteurin: Marta Petrosillo

Vorsitzender des Redaktionsausschusses: Mark von Riedemann

Redaktionsausschuss: Amélie Berthelin, José Luis Bazán, Maria Lozano, Raquel Martín, Dennis Peters, John Pontifex, Marcela Szymanski, André Stiefenhofer, Vanessa Bartelt, Roger Kiska, Irmina Nockiewicz.

Redaktionskoordinatorin: Vanessa Bartelt

Regionale Koordinatoren: Paulina Eyzaguirre, Roger Kiska, Marta Petrosillo.

Autoren und Mitwirkende: Silvan Beer, Anton DeWit, Marissa Eckelkamp, Madeleine Enzlberger, Paulina Eyzaguirre, Francesco Leone Grotti, Roger Kiska, Viktor Koskov, Maria Lozano, Shahid Mobeen, John Newton, Marta Petrosillo, Antonella Scott.

Lektorat: Pierre Rossi, Eldred Willey, Joseph Draycott, Ravi Jay Gunnoo, Roger Kiska, Cristina MacGillivray, Irmina Nockiewicz, Fionn Shiner, André Stiefenhofer, Bartholomew Townsend.

Übersetzungen: Filipe D’Avillez, Ravi Jay Gunnoo, Philippe Joas, Mercedes Lucini, Shahid Mobeen, Philip Muller, Sofia Sondergaard, wort-wahl-Team.

Cover-Gestaltung: Joao Sotomayor @jsdesign.pt

Layout: Massimo Fioretti

Umsetzung der deutschen Version: GEIGER GRAFIK-DESIGN, München

Sekretariat: Maria Hickl

Wir danken der Projektabteilung von Aid to the Church in Need (ACN) und deren Leiter Marco Mencaglia für ihre Unterstützung.

Urheberrecht und Zitate

Wenn nicht anders ausgewiesen, können alle Inhalte unter Angabe der Quelle zitiert werden.

Die Quelle lautet: „Religionsfreiheit weltweit – Bericht 2025“, KIRCHE IN NOT (ACN) International, Oktober 2025.

Die in dieser Publikation verwendeten Fotos sind mit Quellenangaben versehen. Die Fotonachweise sind einzeln zu prüfen. Diese Fotos dürfen nur mit Genehmigung des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.

Presseanfragen

Bitte wenden Sie sich an das Büro von KIRCHE IN NOT in Ihrem Land oder an die Pressesprecherin von ACN International, Maria Lozano: press@acn-intl.org

Haftungsausschluss

Bei der Erstellung des Berichts „Religionsfreiheit weltweit“ wurden alle Anstrengungen zur Einhaltung höchstmöglicher redaktioneller Standards unternommen. KIRCHE IN NOT (ACN) war es jedoch nicht möglich, sämtliche in diesem Bericht enthaltenen Informationen unabhängig zu überprüfen. Der Bericht stützt sich auf zahlreiche Quellen und stellt Fallstudien vor, um die Art und Schwere der Verstöße gegen die Religionsfreiheit zu verdeutlichen. Bei der Einordnung der Informationen ist zu bedenken, dass die beschriebenen Fälle beispielhaft ausgewählt wurden. Sie sollen verdeutlichen, wie sich die Lage der Religionsfreiheit darstellt. In vielen Fällen ließen sich auch andere Beispiele anführen. Geäußerte Ansichten oder Meinungen spiegeln nicht zwingend die Ansichten von KIRCHE IN NOT (ACN) wider. Vielmehr handelt es sich um individuelle Meinungen der mitwirkenden Autorinnen und Autoren.

Wenn nicht anders vermerkt, stammen alle Länderdaten und Religionsstatistiken von: Todd M. Johnson und Brian J. Grim, eds. World Religion Database (Leiden/Boston: Brill, 2020). Die Gini-Index-Zahlen sind auf www.databank.worldbank.org verfügbar. Die volkswirtschaftlichen Daten wie pro-Kopf-BIP (kaufkraftbereinigt, um Vergleiche zwischen den Ländern zu ermöglichen) wurden ebenfalls der Datenbank der Weltbank entnommen. Der Gini-Koeffizient gibt den Grad der Ungleichverteilung von Einkommen und Konsum an. Ein Gini-Koeffizient von 0 steht für vollkommene Gleichheit; ein Koeffizient von 100 für eine maximale Ungleichheit.

Ausführliche Informationen zur angewandten Methodik finden Sie hier:



Regina Lynch,
Geschäftsführende Präsidentin
von KIRCHE IN NOT (ACN) International

Jeder hat das Recht, nach seinem Gewissen und Glauben zu leben. So ist es in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben. Dieses Recht ist mehr als eine formelle Garantie. Es ist der innere Kern der Menschenwürde und erinnert uns daran, dass **jeder Mensch dazu berufen ist, nach der Wahrheit zu streben, sie anzunehmen und sein Leben an ihr auszurichten.** Wo dieses Recht geachtet wird, können Frieden und Gerechtigkeit gedeihen; wo es den Menschen verwehrt wird, macht sich Mutlosigkeit breit und gerät das Fundament der Gesellschaft ins Wanken.

Seit 25 Jahren geht der Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ der Frage nach, wie es in 196 Ländern um dieses Grundrecht steht. Dabei handelt es sich um die weltweit einzige Studie dieser Art, die nicht von einer staatlichen Stelle erstellt wird. Seit der ersten Ausgabe, die 1999 erschien, sind die Autorinnen und Autoren bestrebt, eine universelle Perspektive einzunehmen. Der Bericht wird zwar von einer katholischen Organisation veröffentlicht, aber er bezieht Menschen aller Glaubensrichtungen ein, deren Recht auf Religionsfreiheit missbraucht, verletzt oder eingeschränkt wird. Denn wenn einer Glaubensrichtung das Recht auf Religionsfreiheit verwehrt wird, betrifft das auch alle anderen.

Im vorliegenden Bericht ist ein breites Spektrum von Verstößen gegen die Religionsfreiheit dokumentiert. Er spiegelt die Vielfalt und Komplexität des globalen Kontextes wider. In zahlreichen Ländern kommt es zu offener Gewalt. Gläubige werden ermordet, andere kommen ins Gefängnis. Kultstätten werden zerstört oder beschlagnahmt. In anderen Ländern wird die Religionsfreiheit zwar gewaltlos, aber ebenso wirksam eingeschränkt, zum Beispiel durch bürokratische Hürden, Zensur, Verbot des Religionsunterrichts und verschiedene Formen von sozialer Diskriminierung. Die Ursachen sind vielfältig. Religiöser Extremismus ist nach wie vor ein Motor für Gewalt und Nötigung, insbesondere in Afrika. Bedrohungen durch Extremisten, häufig in Verbindung mit der Verfolgung durch autoritäre Regime, gibt es in Teilen des Nahen Ostens und Asiens. In Nordkorea wird jegliche Form der Glaubensausübung massiv eingeschränkt. Auch der ethnisch-religiöse Nationalismus ist auf dem Vormarsch, vor allem in Indien, wo religiöse Minderheiten zunehmend unter Druck geraten und angefeindet werden.

In Lateinamerika hat sich die Lage deutlich verschlechtert, wobei die Entwicklungen in Nicaragua besonders besorgniserregend sind. Dort werden Geistliche und religiöse Institutionen systematisch verfolgt, Bischöfe, Priester und Missionare des Landes verwiesen.

KIRCHE IN NOT ist eine Stiftung päpstlichen Rechts, die 1947 als Hilfswerk für notleidende und verfolgte Chris-

ten gegründet wurde. Weltweit werden Christen, die in Bedrängnis sind, mit pastoraler und materieller Hilfe unterstützt. Dank großzügiger Spenden helfen wir mit unseren Projekten seit mehr als 75 Jahren dort, wo katholische Gläubige diskriminiert, unterdrückt und verfolgt werden, den Glauben lebendig zu halten. Jedes Jahr finanziert KIRCHE IN NOT mehr als 5000 Projekte in rund 140 Ländern. Dabei geht es darum, zerstörte Kirchen wieder aufzubauen, Seminaristen und Katechisten auszubilden, die Mobilität von Seelsorgern zu gewährleisten, vertriebenen Familien Nothilfe zu leisten und die Präsenz der Kirche unter besonders schwierigen Rahmenbedingungen aufrechtzuerhalten. Unser Auftrag stützt sich auf drei Säulen: materielle Hilfe, Gebet und Information. Letzteres bedeutet, dass wir zuverlässige Informationen über die Lage der Christen in aller Welt sammeln und verbreiten – ein Bemühen, aus dem letztlich dieser Bericht entstanden ist.

Die Offenlegung von Missständen ist der erste Schritt zur Veränderung. Es reicht nicht aus, sich über begangenes Unrecht zu beklagen. Wir müssen es ans Tageslicht bringen. Der vorliegende Bericht ist daher ein Zeugnis und zugleich ein Aufruf zum Handeln. Er erinnert uns daran, dass der Kampf für Religionsfreiheit kein abstraktes Prinzip, sondern für Millionen von Menschen gelebte Realität ist. Jenseits von Seelsorge und Nothilfe enthält die diesjährige Ausgabe des Berichts konkrete Vorschläge dazu, wie Leserinnen und Leser diejenigen unterstützen können, deren Religionsfreiheit bedroht ist. Denn Solidarität muss in Taten zum Ausdruck kommen.

Mit dieser neuen Ausgabe kommen wir unserer Verpflichtung nach, das Recht eines jeden Menschen auf Religionsfreiheit zu verteidigen. Eine Aufgabe, für die wir alle eine gemeinsame Verantwortung tragen. Aus diesem Grund fordern wir alle Leserinnen und Leser auf, selbst aktiv zu werden, Verstöße gegen die Religionsfreiheit anzuprangern, Aufmerksamkeit zu schaffen und informiert zu bleiben, damit diejenigen, die für ihren Glauben leiden, nicht in Schweigen und Isolation verharren müssen. Jeder von uns muss seinen Teil dazu beitragen, denn wo die Religionsfreiheit geachtet wird, ist der Weg für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde bereitet. **Religionsfreiheit ist kein Privileg – sie ist ein grundlegendes Menschenrecht.**



Vorwort	3
Die wichtigsten Ergebnisse	4
Themenschwerpunkte	
Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt	6
Auf der Flucht vor religiös motivierter Verfolgung und Diskriminierung	8
Das kubanische Modell und seine Varianten in Venezuela und Nicaragua	10
Globale Analyse	14
Regionale Analyse	
Subsahara-Afrika	22
Festland-Asien	30
Maritimes Asien	34
Nahe Osten und Nordafrika	40
OSZE-Länder	46
Lateinamerika und Karibik	52
Hintergrundinformationen	
Erziehung zur Freiheit: Toleranz lehren, Minderheiten stärken	12
Fulani und Dschihadismus in Afrika: Zwischen Vermächtnis und Manipulation	20
Zeitenwende: Religionsfreiheit im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz	28
Myanmar im Spannungsdreieck zwischen Politik, Ethnie und Religion	32
Die vielen Gesichter der Scharia: Gesetz, Macht und Praxis in der muslimischen Welt	38
„Höfliche Verfolgung“ durch Unterlassung	44
Autoritäre Regime und das Bündnis der Linksparteien Lateinamerikas	50
Papst Franziskus und die Religionsfreiheit: Ein Recht auf Frieden	58
Fallstudien	
Rollo, Burkina Faso: Wie eine christliche Gemeinde vertrieben wurde	19
Die Aktivitäten der Kirche in Cabo Delgado	26
Burkina Faso: Das friedensstiftende Fußballspiel	27
China: Religiöse Erziehung von Minderjährigen gesetzlich verboten	36
Indien: Anti-Konversionsgesetze	37
Ein gefährdetes Recht: Wenn Mediziner sich auf ihre Gewissensfreiheit berufen	49
Kirche im Kugelhagel	57
Religionsfreiheit – Globale Trends	60
Karte	66
Infografiken	68
Quellen	70

*„Miriam“,
eine verfolgte Christin in Pakistan*

Es war 6 Uhr in der Frühe, als alles begann. Unsere Familie war zu Hause, als wir plötzlich von einem Mob vor unserem Haus geweckt wurden. Sie riefen: „Wir zünden das Haus an, kommt raus.“ Wir hatten schreckliche Angst. Die Menschen draußen wurden immer lauter. Sie warfen meinem Großvater Blasphemie vor. Wir sagten, wir wüssten nicht, wovon sie redeten. Sie hörten uns nicht zu und fingen an, die Türen, Fenster und Wände einzuschlagen. Nebenan brannte die Schuhfabrik, die meinem Großvater gehörte. Sie stürmten in mein Zimmer. Ich war zu der Zeit verlobt und wollte bald heiraten. Meine Eltern lagerten Möbel, Kleidung und andere Gegenstände in meinem Zimmer, die als Mitgift für die Hochzeit gedacht waren. Die meisten Sachen haben sie gestohlen, der Rest wurde zerstört.

Wir liefen um unser Leben. Wir versteckten uns sechs oder sieben Stunden im Waschraum, bis die Polizei uns aufforderte, herauszukommen. Das ganze Haus war zerstört. Alles war kaputt, kein fließendes Wasser, kein Strom. Verzweifelt haben wir nach meinem Großvater gesucht. Wir fanden einen Mann auf dem Boden liegend. Der Körper war blutüberströmt. Die Zähne waren zertrümmert, und seine Nase auch. Jeder einzelne Knochen in seinem Körper schien gebrochen zu sein. Man hat uns gesagt, dass der Mann, der dort lag, mein Großvater war, aber ich konnte das einfach nicht glauben. Er war so schwer verletzt, dass er nicht reagierte, als wir seinen Namen riefen. Kurz darauf starb mein Großvater im Krankenhaus an seinen Verletzungen, und wenige Tage später starb auch meine Großmutter, so groß war ihre Trauer.

Unsere Familie wurde wegen ihres Glaubens verfolgt. Wir gehören einer religiösen Minderheit an, die niemandem etwas zuleide tut. Trotzdem werden wir angefeindet. Christen sind in Pakistan nicht mehr sicher.

Die mangelnde religiöse Toleranz ist ein großes Problem mit schwerwiegenden Folgen für viele Familien und gesellschaftliche Gruppen. Der Glaube ist für die Identität eines Menschen, einer Familie oder einer Gemeinde von wesentlicher Bedeutung. Wenn die Religionsfreiheit eines anderen mit Füßen getreten wird, verwehrt man ihm ein grundlegendes Menschenrecht.

Das Recht auf Religionsfreiheit ist in der Verfassung unseres Landes festgeschrieben. Doch im wirklichen Leben wird den religiösen Minderheiten dieses Recht vorenthalten. Wir erleben Diskriminierung, Intoleranz und Gewalt. Wir Christen in Pakistan respektieren andere Glaubensrichtungen. Doch uns wird dieser Respekt oftmals nicht entgegengebracht.

Deshalb sind meine Familie und ich sehr dankbar, dass KIRCHE IN NOT den Bericht „Religionsfreiheit weltweit“ herausgibt. Er beleuchtet nicht nur die Lage der Religionsfreiheit in der ganzen Welt, sondern zeigt auch, wie Regierungen oder gesellschaftliche Gruppen diese Freiheit einschränken. Religionsfreiheit ist ein vergessenes Menschenrecht. Wer Frieden und Gerechtigkeit will, muss auch die Religionsfreiheit achten. Schuldige müssen sich vor Gericht verantworten. Gesetze müssen eingehalten werden. Jeder Mensch muss das Recht haben, seinen Glauben öffentlich oder privat zu bekennen.

Der Tag, an dem mein Großvater starb, hat sich in mein Herz eingegraben. Unser Hab und Gut können wir wiederbeschaffen. Unser Haus können wir wieder aufbauen. Aber meinen Großvater und meine Großmutter bekommen wir nicht zurück. Wir ehren ihr Andenken im Gebet und fordern für sie Gerechtigkeit. Möge dieser Bericht den Lesern vor Augen führen, dass viele Menschen einen schrecklichen Preis zahlen, wenn ihre Religionsfreiheit nicht respektiert wird, eine Freiheit, die, wie wir es selbst erlebt haben, den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmacht.

Miriam (Name aus Sicherheitsgründen geändert), mit einem Foto ihrer Großeltern.



* Name wurden aus Sicherheitsgründen geändert.

In einer Welt, die von zunehmender Instabilität geprägt ist, sei es durch den Krieg in der Ukraine, den Konflikt im Heiligen Land oder die sich weltweit durchsetzenden autoritären Regime, gerät die Religionsfreiheit immer stärker Bedrängnis.

Der Bericht *Religionsfreiheit weltweit 2025* von KIRCHE IN NOT (ACN) kommt zu dem Schluss, dass es im Berichtszeitraum in **62 Ländern** zu schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit kam: 24 Länder wurden in die schlechteste Kategorie „Verfolgung“ und 38 in die zweitschlechteste Kategorie „Diskriminierung“ eingestuft. Davon sind insgesamt **mehr als 5,4 Milliarden Menschen** betroffen. Die Zahlen lassen auf eine noch umfassendere Verletzung des in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbrieften Rechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit schließen. Heute ist dieses grundlegende Menschenrecht nicht mehr nur gefährdet. Es wird inzwischen großen Teilen der Menschheit vorenthalten.

Die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Berichtszeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024 werden im Folgenden zusammengefasst. Daraus wurden drei Themenschwerpunkte abgeleitet, die anschließend in drei Beiträgen näher beleuchtet werden: *Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt, Auf der Flucht vor religiös motivierter Verfolgung und Diskriminierung und Das kubanische Modell und seine Varianten in Venezuela und Nicaragua.*

- 1. Annähernd zwei Drittel der Weltbevölkerung – mehr als 5,4 Milliarden Menschen – leben in Ländern, in denen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit stattfinden.** In den 62 Ländern, die in die Kategorien „Verfolgung“ und „Diskriminierung“ eingestuft werden, leben etwa 64,7 % der Weltbevölkerung. Nur in zwei dieser Länder – in Kasachstan und in Sri Lanka – verbesserte sich die Lage im Berichtszeitraum.
- 2. 24 Länder wurden in die schlechteste Kategorie „Verfolgung“ eingestuft.** Insgesamt mehr als 4,1 Milliarden Menschen sind in Ländern wie China, Indien, Nigeria und Nordkorea von schwerwiegenden und systematischen Verstößen gegen die Religionsfreiheit, Festnahmen und Unterdrückung betroffen. In 75 % dieser Länder (18 von 24) hat sich die Situation verschlechtert.
- 3. In 38 Ländern erleben Gläubige religiöse Diskriminierung. Davon sind potenziell mehr als 1,3 Milliarden Menschen betroffen – 17,3 % der Weltbevölkerung.** In diese Kategorie fallen zum Beispiel Ägypten, Äthiopien, Mexiko, Türkei und Vietnam, wo Glaubensgemeinschaften systematisch an der freien Glaubensausübung gehindert werden. Mit der Diskriminierung gehen oftmals gesellschaftliche Ausgrenzung und rechtliche Ungleichbehandlung einher.
- 4. 24 Länder wurden in die Kategorie „unter Beobachtung“ eingestuft, weil Anzeichen für eine Gefährdung der Religionsfreiheit festgestellt wurden.** Hinweise sind unter anderem zunehmende Intoleranz, eine Auf-

weichung der rechtlichen Schutzmechanismen, religiöser Extremismus und eine zunehmende staatliche Einmischung in das religiöse Leben. Das bedeutet, dass weitere 750 Millionen Menschen von religiöser Diskriminierung bedroht sein könnten. In den Karten der regionalen Analyse sind diese Länder mit dem Symbol „Lupe“ gekennzeichnet.

- 5. Autoritarismus stellt für die Religionsfreiheit die größte Bedrohung dar.** Autoritäre Regime haben das religiöse Leben im Berichtszeitraum systematisch mit Rechtsvorschriften und bürokratischen Maßnahmen unterdrückt. In Ländern wie China, Eritrea, Iran und Nicaragua sind Gläubige weitreichenden Überwachungsmaßnahmen und restriktiven Gesetzen ausgesetzt. Abweichende Überzeugungen werden unterdrückt. Autoritäre Machtstrukturen sind in 19 Ländern eine der Hauptursachen für Verfolgung und in 33 weiteren Ländern die Grundlage für Diskriminierungsmuster.
- 6. Die eskalierende dschihadistische Gewalt destabilisiert zahlreiche Gesellschaften.** In 15 Ländern ist religiöser Extremismus eine der Hauptursachen für Verfolgung. In 10 weiteren Ländern trägt er zur Diskriminierung bei. Vom Sahel bis nach Pakistan breiten sich dschihadistische Gruppen in Form von dezentralen Netzwerken aus. Sie nehmen Christen und Muslime ins Visier, die die extremistische Ideologie ablehnen. Im Sahel nutzen Terrorgruppen wie JNIM (*Jama'at Nusrat ul-Islam wa al-Muslimin*) und ISSP (Islamischer Staat in der Provinz Sahel) lokale Missstände und schwache staatliche Institutionen aus, um ihren Einfluss auszubauen. In Mosambik strebt die Organisation *Ansar al-Sunna* (ISCAP) den Aufbau eines Kalifats an, um ihren Machtanspruch zu legitimieren. Ein ähnliches Ziel verfolgt die Islamistengruppe ADF in der Demokratischen Republik Kongo.
- 7. Ein zunehmender religiöser Nationalismus führt zu Ausgrenzung und zur Unterdrückung von Minderheiten.** In einigen Ländern wird die nationale Identität zunehmend von einem ethnisch-religiösen Nationalismus geprägt, der die Rechte von Minderheiten aushöhlt. In Indien und Myanmar führt er zu Verfolgung. In den palästinensischen Gebieten, Israel, Sri Lanka und Nepal zu Diskriminierung. Indien ist ein Beispiel für „hybride Verfolgung“, die sich in einer Verbindung aus staatlicher Unterdrückung und gewalttätigen Mobs äußert. Die gesellschaftliche Mehrheit verbreitet Narrative, um ihre Macht zu konsolidieren, während das Rechtssystem oder Verwaltungsstrukturen den Status von Minderheiten als Menschen zweiter Klasse zementieren.



8. Religiöse Verfolgung führt zunehmend zu Flucht und Vertreibung. Millionen von Menschen sind im Berichtszeitraum vor Gewalt und Diskriminierung geflüchtet, weil sie häufig infolge religiöser Intoleranz keinen staatlichen Schutz genießen. In Nigeria haben radikale Fulani-Milizen mit ihren Angriffen auf Kirchen und Dörfer eine Massenflicht ausgelöst. Im gesamten Sahel, insbesondere in Burkina Faso, Niger, Mali und Sudan, wurden ganze Gemeinden entwurzelt, Gebetsstätten zerstört und das religiöse Erbe ausgelöscht. Religiöse Verfolgung ist eine wesentliche und oftmals übersehene Ursache für die weltweiten Flüchtlingskrisen unserer Zeit.

9. Organisierte Kriminalität sucht sich systematisch Geistliche und Glaubensgemeinschaften als Opfer. In schwachen oder gescheiterten Staaten und Konfliktgebieten geraten Geistliche und religiöse Institutionen häufig ins Visier von kriminellen Banden. In drei Ländern – Nigeria, Haiti und Mexiko – ist die organisierte Kriminalität eine der Hauptursachen für Verfolgung oder Diskriminierung. In Regionen mit schwachen staatlichen Institutionen, insbesondere in Lateinamerika und Subsahara-Afrika, werden Kirchen geplündert, Geistliche entführt oder getötet und religiöse Organisationen zum Schweigen oder zur Komplizenschaft gedrängt.

10. Weltweit fällt die Religionsfreiheit den zunehmenden Konflikten zum Opfer. Die Zahl der Glaubensgemeinschaften, die unter den Folgen der weltweit zunehmenden Bürgerkriege, zwischenstaatlichen Kriege und regionalen Konflikte leiden, ist exponentiell gestiegen. Die bewaffneten Konflikte in der Ukraine, in Sudan, Myanmar, Gaza und Bergkarabach führen zu Massenflucht, Kirchenschließungen und gezielten Angriffen auf Glaubensgemeinschaften.

11. Die Zahl der antisemitischen und antimuslimischen Straftaten hat stark zugenommen. Mit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem Ausbruch des Gaza-Kriegs kam es in Europa, Nordamerika und Lateinamerika zu einer Welle antisemitischer und antimuslimischer Vorfälle. In Frankreich nahmen die antisemitischen Straftaten um 1000 % und die antimuslimischen Straftaten um 29 % zu. Deutschland verzeichnete 4369 Straftaten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Im Vorjahr waren 61 Fälle gezählt worden. Es kam zu Angriffen auf Synagogen und Moscheen. Personen wurden drangsaliert, und im Internet wurde Hass geschürt. Zum Teil unzureichende Reaktionen der staatlichen Behörden führten unter den Anhängern der Glaubensgemeinschaften zu Angst und Verunsicherung.

12. In den westlichen Ländern kommt es vermehrt zu christenfeindlichen Vorfällen. In Europa und Nordamerika nahmen die Angriffe auf christliche Kultstätten und

Gläubige deutlich zu. Frankreich verzeichnete im Jahr 2023 etwa 1000 christenfeindliche Vorfälle, und in Griechenland wurden mehr als 600 Fälle von Kirchenvandalismus gezählt. In Kanada wurden zwischen 2021 und Anfang 2024 insgesamt 24 Brandanschläge auf Kirchen verübt. Ähnliche Entwicklungen wurden in Spanien, Italien, den Vereinigten Staaten und Kroatien beobachtet, wo Gebetsstätten geschändet, Geistliche angegriffen und Gottesdienste gestört wurden. Die Täter waren meistens ideologische Fundamentalisten, militante Aktivisten oder religionsfeindliche Extremisten.

13. Das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen ist zunehmend bedroht. In manchen OSZE-Ländern wird das Recht auf Verweigerung des Militärdienstes immer weiter eingeschränkt. In Armenien, Aserbaidschan, in der Ukraine und in Russland müssen Menschen, die den Militärdienst aus religiösen oder ethischen Gründen verweigern, mit Haftstrafen rechnen. In westlichen Demokratien wie Belgien geraten Einrichtungen in religiöser Trägerschaft zunehmend unter Druck, weil sie rechtlich zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen oder Sterbehilfe gezwungen werden.

14. KI (Künstliche Intelligenz) und digitale Instrumente werden genutzt, um Glaubensgemeinschaften zu unterdrücken. Ob Künstliche Intelligenz oder Überwachungsnetzwerke, neue Technologien werden immer häufiger eingesetzt, um religiöse Äußerungen zu überwachen, zu bewerten und zu bestrafen. In Ländern wie China, Nordkorea und Pakistan nutzen Behörden und nicht staatliche Akteure digitale Instrumente, um Gläubige zu zensieren, einzuschüchtern und zu kriminalisieren. Hier wird die Religion als Sicherheitsrisiko wahrgenommen.

15. Besonders gefährdet: Hohes Missbrauchsrisiko für Frauen und Mädchen, die einer religiösen Minderheit angehören. Im Berichtszeitraum wurden erneut schwere Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen dokumentiert, die einer religiösen Minderheit angehören. In Ländern wie Pakistan, Ägypten und Mosambik wurden sie Opfer von Entführungen, Zwangskonvertierungen und Zwangsheirat. Jährlich kommt es zu Hunderten von Fällen, von denen die meisten nicht strafrechtlich verfolgt werden.

16. Trotz der schlechter werdenden Rahmenbedingungen zeigen Glaubensgemeinschaften unerschütterliches Engagement als Friedensvermittler, in der Nothilfe und in der Seelsorge. Trotz Verfolgung beweisen Glaubensgemeinschaften weiterhin eine bemerkenswerte Widerstandskraft, indem sie sich für den Frieden engagieren und wichtige humanitäre Hilfe leisten. Von der Region Cabo Delgado in Mosambik bis nach Burkina Faso stellen interreligiöse Initiativen unter Beweis, dass Religionsfreiheit eine Grundvoraussetzung für Einheit und Menschenwürde ist. Bildung ist in diesem Prozess von entscheidender Bedeutung. Sie fördert den sozialen Zusammenhalt, vermittelt, dass alle Menschen gleich wert sind, und stärkt Minderheiten in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht.

Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt

Dr. Francesco Marone

In den vergangenen Jahren trat der weltweite Dschihadismus in eine neue transnationale Phase der Entwicklung ein. Der Zusammenbruch des territorialen „Kalifats“ des Islamischen Staats (IS) in Irak und Syrien 2019 stellte keine entscheidende Niederlage dar. Die komplexe Bedrohungslage blieb weiter bestehen. Auch wenn ihnen eine klare zentrale Führung fehlt, verfolgen große Organisationen wie IS und al-Qaida weiter ihre Ziele.

In mehreren Regionen beweisen ihre Mitgliedsorganisationen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, dass sie in der Lage sind, sich auf die jeweiligen Missstände und Bedingungen vor Ort einzustellen. Innerhalb des IS herrscht eine gewisse regionale Autonomie in Verbindung mit zentral koordinierten Aspekten.¹ Im Westen geht die dschihadistische Bedrohung in erster Linie von kleinen autonomen Zellen und Einzeltätern aus.

Vorkommnisse wie den 2023 eskalierten Konflikt zwischen der Hamas und Israel nutzen dschihadistische Akteure² für Propaganda und strategische Zwecke.

Der Wandel wird besonders im Nahen Osten und in Afrika deutlich, wo sich Dschihadistengruppen oftmals an neue Gegebenheiten anpassen, mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung, unter anderem auch für die christlichen Gemeinden.

Der Nahe Osten ist nach wie vor ein Hauptschauplatz des Dschihadismus. Seit dem Zusammenbruch seines selbst ausgerufenen „Kalifats“ führt der IS häufig kleinere aufständische Aktionen durch. Es entstanden geheime Zellen, die vor allem in ländlichen Gegenden in Zentralsyrien und im Nordirak aktiv sind.

Nach dem Sturz des Regimes von Präsident Bashar al-Assad im Dezember 2024 waren dschihadistische Gruppen offenbar daran interessiert, die neue syrische Regierung zu Fall zu bringen, obwohl deren Vertreter selbst einem Ableger von al-Qaida angehören. So bekannte sich beispielsweise die wenig bekannte dschihadistische Gruppe Saraya Ansar al-Sunnah zu einem verheerenden Selbstmordanschlag, der am Sonntag, den 22. Juni 2025, auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus verübt wurde.³

In der benachbarten Türkei überfielen bewaffnete Mitglieder des IS am Sonntag, den 28. Januar 2024, die katholische Kirche Santa Maria in Istanbul. Damit endete eine längere Phase, in der die Organisation in der Türkei keine Operationen durchführen konnte. Solche Angriffe auf christliche Gottesdienstbesucher sind bezeichnend für die anhaltende Feindseligkeit der Dschihadisten ge-



genüber religiösen Minderheiten, selbst an Orten, die normalerweise nicht als aktive Konfliktgebiete gelten.

Der tödliche Anschlag in Istanbul, zu dem sich der IS bekannte, wurde mit ziemlicher Sicherheit vom afghanischen Ableger „Islamischer Staat der Provinz Khorasan“ (ISKP) ausgeführt. In den vergangenen Jahren hat dieser IS-Ableger seinen Aktionsradius über nationale Grenzen hinweg erheblich ausgeweitet, nicht nur mit mehrsprachigen Propagandakampagnen, sondern auch mit Gewaltakten in verschiedenen Ländern. Unter anderem war er für den verheerenden Anschlag auf eine Konzerthalle in Moskau am 22. März 2024 verantwortlich.

Derweil hat sich Afrika zum Schauplatz der folgenschwersten dschihadistischen Aktivitäten entwickelt. Die Islamistengruppe *Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin* (JNIM), ein einflussreicher al-Qaida-Ableger, breitet sich im Sahel aus. Darüber hinaus sind wieder vermehrt Aktivitäten der Terrororganisation Islamischer Staat der Provinz Sahel (ISSP) zu verzeichnen.⁴

Auch in Westafrika, wo dschihadistische Gruppen wie Islamischer Staat der Provinz Westafrika (ISWAP) und Boko Haram nach wie vor ihr Unwesen treiben, ist die Lage besorgniserregend. ISWAP hat zum Beispiel in einigen Gebieten des Tschadbeckens staatsähnliche Herrschaftsstrukturen aufgebaut.

In Zentralafrika zeigte sich der IS-Ableger *Allied Democratic Forces* (ADF) trotz hoher Verluste extrem widerstands-

fähig. Diese Gruppe überfiel am 27. Juli 2025 eine katholische Kirche im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo, als dort ein Nachtgebet stattfand. Annähernd 40 Gläubige wurden getötet. Dieser Anschlag war nur einer von vielen Vorfällen, die ein durchgängiges Muster christenfeindlicher Gewalt erkennen lassen.

In Ostafrika kontrolliert die mit al-Qaida in Verbindung stehende Terrorgruppe al-Shabaab weiterhin große Gebiete und führt im Süden und im Zentrum Somalias groß angelegte Operationen durch. Konkurrenz erhält sie von der Organisation Islamischer Staat der Provinz Somalia, die sich in der Region Puntland ausbreitet.

Neben diesen „Hotspots“ geben auch andere Teile des Kontinents, darunter der Norden Mosambiks, Anlass zu großer Sorge. Dort nutzen IS und al-Qaida strukturelle und institutionelle Schwächen, soziale Spannungen und wirtschaftliche Not aus, um Fuß zu fassen. Da die beiden Terrorgruppen um Rekruten, territoriale Kontrolle und Einfluss konkurrieren, kommt es immer wieder zu direkten Auseinandersetzungen.

Es ist also festzustellen, dass dschihadistische Aktivitäten in den vergangenen Jahren nicht wesentlich nachgelassen haben. Vielmehr hat es Anpassungen gegeben. Ein vielschichtiges Netz von Terrorgruppen und Einzelkämpfern stellt nach wie vor eine globale Bedrohung dar. Besonders beunruhigend sind die zum Teil eskalierenden Angriffe gegen christliche Gemeinden. Sie sind Ausdruck einer tief verwurzelten sektiererischen Logik, die den Dschihadismus heute prägt.



Bild aus einem Video des IS.

Auf der Flucht vor religiös motivierter Verfolgung und Diskriminierung

José Luis Bazán, PhD

Mehr als 123 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht und suchen entweder innerhalb des Heimatlandes (73,5 Millionen von ihnen sind Binnenflüchtlinge) oder in einem anderen Land Schutz.⁵ Religiöse Verfolgung und Diskriminierung gehören nach wie vor zu den Auslösern großer Flüchtlingsströme.

Mehr als 1,3 Millionen überwiegend muslimische Rohingya sind aufgrund gezielter Gewalt aus Myanmar geflohen.⁶ In Syrien lag der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung vor dem 13 Jahre währenden Bürgerkrieg bei rund 10 %. Heute sind es nur noch 2 bis 3 %.⁷ Ein ähnliches Schicksal ereilte Christen in anderen Ländern des Nahen Ostens. So lebten 2003, vor der Intervention der internationalen Koalition, im Irak noch 1,5 Millionen Christen. Heute sind es noch zwischen 150 000 und 250 000.⁸ Der Großteil von ihnen flüchtete in die Autonome Region Kurdistan.⁹ In Afghanistan lebten in den 1970er-Jahren etwa 700 000 Hindus und Sikhs. 1992 war die Zahl auf 220 000 zurückgegangen und 2021, als die Taliban wieder die Macht übernahmen, waren es weniger als 100.¹⁰



Nach Angriffen verschiedener dschihadistischer Gruppen mussten in Subsahara-Afrika Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. In Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad befinden sich mehr als 3 Millionen Menschen innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht, mehr als 2 Millionen flohen ins Ausland, zumeist in die Nachbarländer.¹¹ Terroranschläge dschihadistischer Gruppen sind die Hauptursache für diese Massenflucht.¹² In Burkina Faso trifft die islamistische Gewalt vor allem Muslime, die mit den Zielen der Extremisten und ihrem aggressiven Vorgehen nicht einverstanden sind, sowie die zahlreichen dort lebenden Christen.¹³

In Pakistan sind religiöse Minderheiten nicht nur mit gezielter Gewalt, sondern auch mit systematischer Diskriminierung konfrontiert. Die für sie unerträglichen Zustände zwingen viele, das Land zu verlassen.¹⁴

Die Umstände die dazu führen, dass Menschen wegen religiös motivierter Verfolgung ihre Heimat verlassen, sind je nach Region und Glaubenszugehörigkeit unterschiedlich. Es sind jedoch drei grundlegende Ursachen festzustellen: Dschihadismus, autoritäre Regime und radikaler ethnisch-religiöser Nationalismus.

Wenn eine Person begründete Angst hat, wegen ihres Glaubens verfolgt zu werden, und nicht in der Lage oder nicht willens ist, in ihrem Heimatland zu bleiben oder dorthin zurückzukehren, ist sie ein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und des

Protokolls von 1967 (Artikel 1, A, 2).¹⁵ Auch wenn die Person nicht unmittelbar verfolgt wird, aber unter staatlicher oder gesellschaftlicher Diskriminierung leidet, kann sie unter bestimmten Umständen als Flüchtling anerkannt werden.¹⁶ Gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist die Ausweisung, Vertreibung oder zwangsweise Überführung von Menschen aus einem Gebiet, in dem sie sich rechtmäßig aufhalten, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Artikel 7, 2, d), während die Anordnung der Verlegung der Zivilbevölkerung im Zusammenhang mit einem Konflikt ein Kriegsverbrechen ist (Artikel 8, 2, e, viii).¹⁷

Viele Menschen, die aus religiösen Gründen von staatlichen und nicht staatlichen Akteuren verfolgt und diskriminiert werden, sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Das kulturelle Erbe und die nationale Identität, die die betroffenen Glaubensgemeinschaften zum Teil über Jahrhunderte mitgeprägt haben, werden in den Herkunftsländern zerstört. Solche Entwicklungen zersetzen die religiöse Vielfalt und ebnen religiösem Sektierertum den Weg. Die Kluft zu anderen Regionen der Welt, in denen religiöse Vielfalt herrscht, vertieft sich.

In den Aufnahmeländern werden Menschen, die aus religiösen Gründen um Asyl bitten, oftmals erneut Opfer von Intoleranz und Diskriminierung: sei es durch andere Asylsuchende oder durch Angehörige anderer ethnischer oder religiöser Gemeinschaften. Zum Beispiel werden konvertierte Christen und Christen aus mehrheitlich muslimischen Ländern in Aufnahmeeinrichtungen von Muslimen bedrängt, weil sie ihren christlichen Glauben ausüben oder den Ramadan nicht einhalten.¹⁸ Asylanträge von christlichen Konvertiten werden häufig abgelehnt, weil sie angeblich nicht über hinreichende theologische Kenntnisse verfügen und ihnen die Aufrichtigkeit ihrer Überzeugungen abgesprochen wird. Viele, die in ihr Heimatland zurückgeschickt werden, müssen dort um ihr Leben fürchten.¹⁹



Aus Myanmar vertriebene Männer, Frauen und Kinder der Rohingya suchen Schutz in Bangladesch.

© AFP via Getty Images

Das kubanische Modell und seine Varianten in Venezuela und Nicaragua

Die Kontrolle und Einschränkung von Religion ist zu einem Kernelement autoritärer Herrschaftsprojekte weltweit geworden. Durch Überwachung, restriktive Gesetzgebung und die Ausschaltung abweichender Stimmen werden Glaubensgemeinschaften staatlicher Autorität untergeordnet und ihrer Eigenständigkeit beraubt. Dieses Muster ist ein zentraler Treiber von Verfolgung in 19 Staaten und trägt in 33 weiteren Ländern zur Aufrechterhaltung diskriminierender Strukturen bei. Auch in Lateinamerika hat sich diese Dynamik verfestigt: In Kuba, Venezuela und Nicaragua weisen autoritäre Projekte auffällige Parallelen in der Regulierung und Repression des religiösen Lebens auf.

Die kubanische Revolution von 1959 begründete das langlebteste autoritäre Regime auf dem amerikanischen Kontinent. Auf der Konzentration politischer Macht in einer Einheitspartei und der Ausschaltung des politischen Pluralismus beruhend, zielt das kubanische Modell im Kern auf die vollständige Kontrolle der Gesellschaft ab. Dies hat sich über Jahrzehnte in Repression, Überwachung und der Ausgrenzung der Kirche aus dem öffentlichen Raum niedergeschlagen – denn religiöse Institutionen gelten als Bedrohung für den sozialistischen Staat.

Dieses Modell ist jedoch keineswegs auf Kuba beschränkt: In angepasster Form wurde es auch in Venezuela und Nicaragua übernommen. Dort lassen sich ähnliche Muster der Unterdrückung, der institutionellen Vereinnahmung und der Aushöhlung der Grundfreiheiten beobachten, ebenso wie eine verschärfte Verfolgung von Führern und Gemeinschaften, die sich kritisch oder prophetisch äußern.

Das kubanische Modell:

Unterordnung der Religion unter die Partei

In Kuba ist die Religionsfreiheit seit jeher den Interessen der Kommunistischen Partei untergeordnet. Die Verfassung schreibt den Marxismus-Leninismus als Staatsideologie fest; jede Form religiöser Praxis muss sich diesem Rahmen beugen. Trotz punktueller Öffnungen in den vergangenen Jahrzehnten bleibt die staatliche Kontrolle rigide, und religiöse Gemeinschaften stehen weiterhin unter ständiger Beobachtung.²⁰

Nach der Revolution wurden konfessionelle Bildungsangebote abgeschafft, die gesellschaftliche Beteiligung

von Kirchen unterdrückt und deren Führungspersonal marginalisiert oder durch staatliche Stellen überwacht. Mit einer Strategie aus Vereinnahmung, Überwachung und Kriminalisierung werden religiöse Gemeinschaften stark beschränkt, sodass sie innerhalb der staatlichen Ordnung nur eine unwesentliche Rolle spielen. Repression wirkt dabei nicht nur durch Zwang, sondern auch auf symbolischer Ebene: Der Staat beansprucht die Deutungshoheit über das Gemeinwohl für sich und delegitimiert alle abweichenden Stimmen – auch die religiösen. So entsteht ein hermetisches System, in dem Pluralismus als Bedrohung wahrgenommen und bekämpft wird.²¹

Export des Modells:

Kontrolle, Überwachung und Abschreckung

Die internationale Ausstrahlung des kubanischen Modells zeigt sich besonders deutlich in Venezuela und Nicaragua. Hier lässt sich über die bloße ideologische Nähe hinausgehend eine gezielte Übertragung politischer, rechtlicher und religiöser Kontrollmechanismen beobachten.²² Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat wiederholt auf die Präsenz kubanischer Agenten hingewiesen, die sich in den beiden Ländern an geheimdienstlichen und repressiven Maßnahmen beteiligen. Ebenso hat sie die Übernahme direkt vom kubanischen System inspirierter institutioneller Praktiken angeprangert.²³

Allen drei Regimen gemeinsam ist eine Struktur autoritärer Machtkonzentration mit politischen Dynastien an der Spitze, eine vereinnahmte Justiz, die Einschränkung der Medienfreiheit und die systematische Kriminalisierung abweichender Meinungen.²⁴ Vor diesem Hintergrund unterliegt auch die Religionsfreiheit einem kontinuierlichen Abbau – insbesondere dort, wo kirchliche Akteure sich kritisch gegenüber Machtmissbrauch äußern.

Auch die von den drei Regierungen zur Beschneidung der Autonomie religiöser Gemeinschaften eingesetzten Methoden ähneln sich:²⁵ Zunächst verlangen sie die verpflichtende Registrierung religiöser Organisationen, wodurch der Staat deren Tätigkeit überwachen und reglementieren kann. In der Folge werden Kirchen, Gottesdienste, religiöse Führungspersonen und soziale Aktivitäten gezielt beobachtet – vor allem dann, wenn sie öffentliche Meinungen beeinflussen oder sich für Menschenrechte einsetzen könnten.

Diffamierungskampagnen und medialer Druck gegenüber unbequemen religiösen Stimmen, häufig über staatlich kontrollierte oder regimefreundliche Kanäle, sind ebenfalls probate Mittel. Gleichzeitig werden regimetreue Vertreter vereinnahmt und eine „regierungsnahe Kirche“ gefördert, die die offizielle Darstellung stützt. Unabhängige Führungspersönlichkeiten hingegen sehen sich mit Strafverfolgung, juristischen Schikanen oder gar Ausweisung konfrontiert. Auf der Ebene der Deutungshoheit bedienen sich die Regierungen der drei Länder propagandistischer Narrative, um Glaubensgemeinschaften als Bedrohung für die nationale Ord-

nung und das Gemeinwohl darzustellen. Schließlich wird auch die Bewegungsfreiheit religiöser Akteure gezielt eingeschränkt – etwa durch Visabeschränkungen für ausländische Geistliche, Einreiseverbote für Missionare oder Abschiebungen von Priestern und Pastoren. All dies dient dem Ziel, die Kontrolle über das religiöse Leben und dessen gesellschaftlichen Einfluss vollständig zu sichern.²⁶

Venezuela:

Verdeckte Repression trotz verfassungsmäßiger Freiheit

Seit dem Machtantritt Hugo Chávez im Jahr 1999 – und verstärkt unter Nicolás Maduro – hat sich Venezuela zu einem autoritären Regime mit engen Verbindungen zu Kuba entwickelt. Obwohl die Religionsfreiheit laut Verfassung garantiert ist und Präsident Chávez sich häufig auf den christlichen Glauben bezog, haben sich im Land systematische Praktiken der Schikane, Überwachung, rechtlichen Behinderung, Einschränkung öffentlicher Veranstaltungen und Diffamierungskampagnen über staatlich kontrollierte Medien etabliert.

Der Staat hat gezielt den Aufbau einer „regierungsnahen Kirche“ gefördert, die sich an der offiziellen Ideologie orientiert, während pastorale Aktivitäten jener kirchlichen Akteure, die marginalisierte Bevölkerungsgruppen begleiten oder sich gegen staatliche Repression aussprechen, eingeschränkt wurden. Diese Instrumentalisierung der Religion dient dem Ziel, die prophetische Funktion der Kirchen auszuschalten und sie als autonome gesellschaftliche Kraft zu neutralisieren. Die Präsenz kubanischer Berater in venezolanischen Sicherheitsbehörden hat dazu beigetragen, dass die aus Havanna bekannten Mechanismen ideologisch-religiöser Kontrolle übernommen wurden.²⁷

Nicaragua:

Offene Verfolgung und Kriminalisierung der Kirche²⁸

In Nicaragua zeigt sich diese Entwicklung in einer verschärften Form. Seit seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 2007 hat Präsident Daniel Ortega ein Einparteiensystem etabliert, das eine offen feindselige Haltung gegenüber der Katholischen Kirche und anderen kritischen Glaubensgemeinschaften einnimmt.

Die Regierung hat Geistliche ausgewiesen, Kirchengut beschlagnahmt, Prozessionen und öffentliche Gottesdienste verboten und Kleriker inhaftiert, die sich gegen staatliche Repressionen äußerten. Die offizielle Rhetorik stilisiert die Kirche zum Feind des Staates und der nationalen Souveränität, drängt religiöse Gemeinschaften aus dem öffentlichen Raum und reduziert ihre seelsorgeri-



Wandgemälde in Havanna, das die drei Revolutionäre Julio Antonio Mella, Camilo Cienfuegos und Che Guevara im Profil zeigt.

sche Tätigkeit auf das rein Zeremonielle – wenn sie nicht gar gezwungen werden, im Verborgenen zu operieren.

Die religiöse Unterdrückung in Nicaragua ist nicht nur ideologischer, sondern auch struktureller Natur: Die Kontrolle über die Registrierung religiöser Organisationen, Zensurmaßnahmen, polizeiliche Überwachung, die Ausweisung ausländischer Geistlicher sowie der Rückgriff auf Anti-Terror-Gesetze gegen Kirchenvertreter bilden ein System, das gezielt zur Kriminalisierung des gelebten Glaubens eingesetzt wird – in enger Anlehnung an das kubanische Modell.

Migration:

Auswirkungen auf die Kirchen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Der Export des kubanischen Modells hat zu einer beispiellosen Migrationskrise in der Region geführt. Zwischen 2022 und 2023 verzeichnete Kuba eine massive Auswanderungswelle von 1,8 Millionen Menschen – rund 18 % der Gesamtbevölkerung –, wodurch sich die Bevölkerungszahl auf 8,6 Millionen verringerte.²⁹ In Nicaragua verließen zwischen 2018 und 2023 über 719 000 Menschen das Land, was 22 % der Bevölkerung entspricht.³⁰ Venezuela erlebt derzeit die größte Migrationskrise Lateinamerikas: Seit 2014 haben über 7,7 Millionen Menschen – etwa ein Viertel der Bevölkerung – das Land verlassen.³¹

Die Ursachen dieser massiven Auswanderung sind in allen drei Ländern ähnlich gelagert: tiefe wirtschaftliche Krisen, politische Repression und schwerwiegende Einschränkungen grundlegender Freiheiten, einschließlich der Religionsfreiheit. Die Emigration verschärft den ohnehin prekären Zustand der Religionsfreiheit zusätzlich, da sie den religiösen Gemeinschaften ihre aktivsten und kritischsten Mitglieder entzieht, innere kirchliche Strukturen schwächt und damit ein gesellschaftliches Klima festigt, das zunehmend von autoritären Regimen kontrolliert wird.

Erziehung zur Freiheit: Toleranz lehren, Minderheiten stärken

Marielle Boutros

Bildung ist entscheidend für die Prägung der Werte, der Haltung und der sozialen Kompetenzen der heranwachsenden Bürger. In den prägenden Jahren erleben Kinder die Schule als einen Mikrokosmos der Gesellschaft, in dem sie mit Zusammenarbeit und Wettbewerb, mit Integration und Ausgrenzung, mit Fairness und Ungerechtigkeit konfrontiert werden. Neben dem Schulwissen lernen sie, mit Vielfalt und Unterschieden umzugehen und im gesellschaftlichen Zusammenleben Verantwortung zu übernehmen.

Diese frühen Erfahrungen prägen ihre Weltanschauung, ihre künftige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ihre Einstellung zu Menschen mit anderen Überzeugungen. Bildung geht also über die reine Wissensvermittlung hinaus und kann ein grundlegender Faktor für sozialen Zusammenhalt und die Achtung der Menschenwürde sein. Sie kann auch entscheidend dazu beitragen, die Religionsfreiheit zu fördern und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass alle Menschen mit derselben Würde ausgestattet sind, ein Recht auf Gewissensfreiheit haben und gleich viel wert sind. Diese Erkenntnisse sind nicht angeboren, sie müssen vermittelt und vorgelebt werden.

In einer von Angst belasteten, polarisierten Welt kann die Schule ein Ort sein, an dem die Grundlagen für eine Kultur des Friedens und des gegenseitigen Respekts geschaffen werden. Wenn das Klassenzimmer von Offenheit, Verantwortung und Fürsorge geprägt ist, wird es zu einem Ort des Lernens und der Charakterbildung.

Bildung und der Schutz der Religionsfreiheit

Die Religionsfreiheit gedeiht dort, wo die Menschen lernen, respektvoll mit Andersgläubigen umzugehen. Schulen, die kritisches Denken und Empathie fördern, bereiten Schülerinnen und Schüler darauf vor, sich gegen Intoleranz und extremistische Narrative zu erheben. Dies ist besonders für den Schutz von Minderheiten von Bedeutung, die häufig diskriminiert und ausgegrenzt werden.

Wenn Angehörige von Minderheiten Zugang zu hochwertiger Bildung haben, die bestenfalls in einem

integrativen, pluralistischen Umfeld angeboten wird, sind sie besser in der Lage, sich für ihre Rechte einzusetzen, zur sozioökonomischen Entwicklung ihrer Gemeinschaft beizutragen und ihre kulturelle und religiöse Identität zu bewahren. Bildung erfüllt einen doppelten Zweck: Sie sichert die Grundfreiheiten und ermöglicht eine gerechte Entwicklung.

In fragilen Staaten und konfliktbelasteten Gesellschaften können Schulen durch die Förderung der gemeinsamen Erfahrungen von Kindern mit unterschiedlichem Hintergrund auch den Ursachen für religiöse Diskriminierung entgegenwirken. Eine frühzeitige Begegnung mit Vielfalt trägt dazu bei, Stereotype zu durchbrechen, bevor sie sich festigen, und Generationen heranzuziehen, die eher bereit sind, über religiöse Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten.

Anschauungsbeispiel Libanon

Libanon, eines der Länder mit der größten religiösen Vielfalt im Nahen Osten, geht in der Bildung mit gutem Beispiel voran. Mit 18 staatlich anerkannten Glaubensgemeinschaften praktiziert das Land seit jeher ein Modell des religiösen Miteinanders, das in der Region seinesgleichen sucht. Im Zentrum dieses Modells stehen die katholischen Schulen des Landes, die seit Jahrzehnten einen geschützten Raum für gemeinsames Lernen, kulturellen Austausch und interreligiöse Freundschaft bieten.

In diesen Schulen haben christliche und muslimische Schüler denselben Lehrplan und erleben täglich, was



gegenseitiger Respekt und Freundschaft bedeutet. Sie wachsen gemeinsam auf und lernen die Traditionen, Werte und Überzeugungen der anderen kennen – nicht aus Lehrbüchern, sondern durch echte zwischenmenschliche Beziehungen. Der tägliche Austausch fördert den gegenseitigen Respekt und stellt Vorurteile in Frage.

Aufgrund der gegenwärtigen Krise in Libanon droht diesen Schulen die Schließung, was die Bildung einer ganzen Generation gefährden, das gesellschaftliche Leben aushöhlen und den demografischen Niedergang der christlichen Gemeinschaft beschleunigen könnte. Das so entstehende Vakuum könnte von Institutionen ohne moralische Grundsätze oder von radikalen Akteuren gefüllt werden, die das seit Jahrzehnten praktizierte interreligiöse Zusammenleben untergraben und Misstrauen, Polarisierung und Extremismus Vorschub leisten.

Eine globale Herausforderung

Integrative Bildung muss weltweit geschützt und ausgeweitet werden. Von Südasien bis nach Subsahara-Afrika, vom Nahen Osten bis nach Lateinamerika stoßen Minderheiten auf strukturelle Probleme im Bildungswesen: fehlende Schulen in den von ihnen bewohnten Gebieten, Lehrpläne, in denen ihre Geschichte nicht vorkommt oder falsch dargestellt wird, oder sozialer Druck, der Kinder, besonders Mädchen, vom Schulbesuch abhält. In einigen Kontexten schränken Gesetze den Religionsunterricht oder öffentliche Glaubensbekundungen von Minderheiten ein und untergraben das Recht der Kinder, etwas über ihre Tradition zu lernen.



© Ismael Martínez Sánchez / ACN

Eine integrative, auf Rechten basierte Schulbildung versetzt Schülerinnen und Schüler in die Lage, für ihre eigenen Rechte und für die Rechte anderer einzutreten. So lässt sich verhindern, dass Vorurteile in Verfolgung enden.

Bildung und sozioökonomische Stärkung von Minderheiten

Für religiöse Minderheiten ist der Zugang zu hochwertiger Bildung auch ein Weg aus der Armut, zum sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg und zur Teilhabe am Arbeitsleben, an Regierung und Verwaltung und am öffentlichen Leben. Bildungseinrichtungen ebnen den Weg zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, die Minderheiten wiederum in die Lage versetzt, für ihre Rechte einzutreten.

Investitionen in die Hoffnung

Die Unterstützung von Schulen, die sich ausdrücklich der Inklusion, ethischen Werten und dem interreligiösen Dialog verschrieben haben, ist eine strategische Investition in die Stabilität der Gesellschaft. Der Zugang zu Schulen dieser Art schützt Minderheiten vor Diskriminierung und stärkt ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit.

Der Erhalt und Ausbau solcher Einrichtungen ist mehr als ein bildungs- oder entwicklungspolitisches Anliegen. Er ist ein moralisches Gebot und eine strategische Notwendigkeit für den Aufbau pluralistischer, widerstandsfähiger und gerechter Gesellschaften. Das ist die Hoffnung, in die wir investieren.

Links: Schüler der St. Michael's Secondary School in Karatschi, Pakistan.

Oben: Kinder bei einer Gruppenstunde an der Antonine Sisters' Primary School in Dekwaneh, Beirut (Libanon)



Marta Petrosillo

Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, das in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben ist. Wenn dieses Recht auch nur einem Menschen vorenthalten wird, wird es potenziell allen vorenthalten. Das ist ein wesentlicher Grundsatz der Menschlichkeit. Doch wie der vorliegende Bericht zeigt, ist die Religionsfreiheit oftmals eher ein Luxus als ein verbrieftes Recht.

Der Zeitraum von 2023 bis 2024 war von einer Verschärfung weltweiter Unruhen gekennzeichnet: geopolitische Konflikte, autoritäre Regime auf dem Vormarsch, zunehmende Ungleichheit und die allmähliche Aushöhlung demokratischer Normen. Der Ausbruch des Krieges zwischen der Hamas und Israel im Oktober 2023 löste im gesamten Nahen Osten eine neue Welle der Gewalt aus, mit erheblichen Auswirkungen auf die internationalen diplomatischen Beziehungen und die Machtdynamik in der Region. Gleichzeitig gab es keine Anzeichen für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine, der die Ost-West-Beziehungen enorm belastet und die weltweite Energie- und Ernährungskrise weiter verschärft. Eine Reihe von Militärputschen in Verbindung mit dem Abzug internationaler Friedenstruppen aus Ländern wie Mali und der Zentralafrikanischen Republik begünstigte im gesamten Sahel und darüber hinaus die weitere Ausbreitung dschihadistischer Gewalt. Unterdessen verschärfen die zunehmenden Spannungen im indopazifischen Raum, insbesondere um Taiwan und das Südchinesische Meer, die strategische Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China.

Die Religionsfreiheit blieb von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Ob in Ballungszentren oder in schwach besiedelten Landstrichen, auf allen Kontinenten sind Gläubige und Gemeinden nach wie vor Bedrohungen ausgesetzt, weil sie sich zu einem bestimmten Glauben bekennen oder diesen praktizieren, oder auch nur, weil sie sich mit einer bestimmten Glaubensrichtung identifizieren.

In der vorliegenden Ausgabe 2025 des Berichts *Religionsfreiheit weltweit* untersuchen wir die komplexen Zusammenhänge, die dazu führen, dass das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in vielschichtiger Weise bedroht ist. Die Länder werden je nach Schwere der Verstöße gegen die Religionsfreiheit in vier Kategorien eingeteilt. In die Kategorie „Verfolgung“ fallen schwerwiegende, wiederholte Gewalttaten oder Bedrohungen, wobei die Täter oftmals ungestraft davon kommen. In der Kategorie „Diskriminierung“ wurden Fälle erfasst, in denen einzelne Glaubensgemeinschaften durch rechtliche oder soziale Einschränkungen benachteiligt werden. In der Kategorie „Unter Beobachtung“ sind Länder aufgeführt, in denen es erste Anzeichen für schwerwiegende Verstöße gibt, die eine genaue Beobachtung erfordern. In den übrigen Ländern wurden keine

wesentlichen Verstöße festgestellt. Hier wurden die internationalen Normen für Religions- und Glaubensfreiheit im Allgemeinen respektiert

Die in dieser Ausgabe vorgenommenen Einstufungen verdeutlichen den Ernst der Lage:



In **24 Ländern** leiden Gläubige unter **Verfolgung**, Bedrängnis oder gewaltsamer Unterdrückung.

In **38 Ländern** leiden Gläubige unter **Diskriminierung**, wobei gesetzlicher und sozialer Druck die Glaubensausübung einschränkt.

24 Länder stehen unter **Beobachtung**, weil dort erste Anzeichen für eine Bedrohung der Religionsfreiheit erkennbar sind.

In insgesamt **62 Ländern werden Gläubige aus religiösen Gründen verfolgt oder diskriminiert**. In diesen Ländern leben annähernd **5,4 Milliarden Menschen**, etwa **64,7 % der Weltbevölkerung**. Das bedeutet, dass fast **zwei Drittel** der Menschen weltweit in Ländern leben, in denen die Religionsfreiheit stark eingeschränkt ist.

Verfolgung

In 24 Ländern leiden Gläubige unter religiöser Verfolgung. Dazu zählen bevölkerungsreiche Nationen wie Indien und China und konfliktbelastete oder autoritäre Staaten wie Afghanistan, Nigeria, Nordkorea und Eritrea. In diesen Ländern leben insgesamt rund **4,1 Milliarden Menschen**. **Damit ist mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung potenziell von schwerwiegenden Verstößen gegen die Religionsfreiheit betroffen.**

Die Art der Verfolgung unterscheidet sich. In **acht Ländern** – Afghanistan, Bangladesch, Libyen, Malediven, Nigeria, Pakistan, Sudan und Jemen – ist sie auf **autoritäre Machtstrukturen in Verbindung mit religiösem Extremismus** zurückzuführen. In **sieben Ländern** – China, Eritrea, Iran, Nicaragua, Nordkorea, Saudi-Arabien und Turkmenistan – ist sie in erster Linie durch **autoritäre staatliche Kontrolle** bedingt. Weitere **sieben Länder** – Burkina Faso, Kamerun, Mali, Niger, Somalia, Mosambik und die Demokratische Republik Kongo – sind hauptsächlich von **religiösem Extremismus** betroffen. In Indien und Myanmar sind die vorherrschenden Formen der Verfolgung auf eine **Kombination aus Autoritarismus und ethnisch-religiösem Nationalismus** zurückzuführen.

Diskriminierung

Im Bericht 2025 werden **38 Länder** genannt, in denen Menschen **aufgrund ihres Glaubens diskriminiert** werden. Dazu gehören unter anderem Ägypten, Äthiopien, Mexiko, Türkei und Vietnam, wo die Religionsfreiheit und

die Glaubensausübung religiöser Minderheiten durch rechtliche, politische oder soziale Faktoren eingeschränkt werden. In diesen Ländern leben insgesamt annähernd 1,3 Milliarden Menschen, rund 17,3 % der Weltbevölkerung. Hier werden Gläubige nicht direkt verfolgt, jedoch systematisch diskriminiert. Entweder wird ihnen der Zugang zu ihren Gebetsstätten verwehrt oder sie dürfen ihren Glauben nicht öffentlich bekunden oder sie werden rechtlich nicht so wie Anhänger anderer Glaubensrichtungen behandelt.

Für Diskriminierung gibt es verschiedene Ursachen. Aber in 28 Ländern ist jeweils ein zentraler Faktor vorherrschend. **Am häufigsten** wird die religiöse Vielfalt durch **Autoritarismus** eingeschränkt. Davon sind 24 Länder betroffen, unter anderem Algerien, Malaysia, Venezuela und Türkei. In Tschad ist die Diskriminierung auf religiösen Extremismus zurückzuführen, während sie in Haiti und Mexiko mit der organisierten Kriminalität zusammenhängt. Ethnisch-religiöser Nationalismus ist in Nepal der wichtigste Faktor.

In 10 weiteren Ländern sind Kombinationen aus mehreren Faktoren festzustellen. Mexiko hat sowohl mit Autoritarismus als auch mit organisierter Kriminalität zu kämpfen. In Ägypten, Jordanien, Irak, Kuwait, Oman, Syrien und Thailand liegt eine Mischung aus autoritärer Regierung und religiösem Extremismus vor. In Israel und Palästinensischen Gebieten wird die Religionsfreiheit von ethnisch-religiösem Nationalismus in Verbindung mit Extremismus untergraben. In Sri Lanka ist die Diskriminierung auf Autoritarismus und auf ethnisch-religiösen Nationalismus zurückzuführen.

Unter Beobachtung

24 Länder wurden in die Kategorie „Unter Beobachtung“ eingestuft, weil dort Anzeichen für eine Bedrohung der Religionsfreiheit festgestellt wurden. Dazu gehören Chile, Indonesien, Kenia und Belarus. In diesen Ländern leben insgesamt mehr als 750 Millionen Men-

schen, etwa 9,3 % der Weltbevölkerung. Zu den ersten Warnsignalen zählen zunehmender Autoritarismus, eine Aufweichung der rechtlichen Rahmenbedingungen oder eine sich ausweitende religiöse Intoleranz. Die betroffenen Länder sollten genau beobachtet werden, und möglicherweise sollten vorbeugende Maßnahmen getroffen werden. Als Beispiel sind **Mexiko, Russland** und die **Ukraine** genannt, die 2023 auf der Beobachtungsliste standen und aktuell in die **Kategorie „Diskriminierung“** eingestuft sind. Diese Länder stehen für den sich verschärfenden Abwärtstrend, was Verstöße gegen die Religionsfreiheit anbelangt.

Autoritäre Kontrolle und rechtliche Beschränkungen

Ein auffälliges regionales Muster zeigt sich in **Lateinamerika**, wo viele der Länder, die aktuell unter Diskriminierung oder Verfolgung eingestuft sind, wie **Kuba, Haiti, Mexiko, Nicaragua** und **Venezuela**, oder auf der Beobachtungsliste stehen, wie **Bolivien, Chile, Kolumbien** und **Honduras**, politisch oder ideologisch dem São-Paulo-Forum nahestehen. Dieses transnationale Bündnis linker Parteien und Bewegungen wird immer wieder mit autoritären Tendenzen sowie mit der Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte und der ideologischen Kontrolle öffentlicher Einrichtungen in Verbindung gebracht. In Kontexten dieser Art wird die Religionsfreiheit häufig untergraben, das heißt Religion wird politisiert, regierungskritische Kirchen werden unter Druck gesetzt, der Handlungsspielraum von religiösen Organisationen, die sich für Bildung, Sozialwesen und Menschenrechte engagieren, wird eingeschränkt. Alles deutet darauf hin, dass die Aufweichung demokratischer Schutzmechanismen und die neue ideologische Härte in der gesamten Region zur Gefährdung der Religionsfreiheit beitragen könnten (siehe Themenschwerpunkt *Das kubanische Modell und seine Varianten in Venezuela und Nicaragua*).

Auch in anderen Regionen setzen Regierungen weiterhin auf Gesetze und Bürokratie, um Glaubensgemeinschaften zu kontrollieren oder zu unterdrücken. In Asien hat **China** sein Sinisierungsprogramm weiter ausgebaut, das muslimische Uiguren und christliche Gemeinden der ideologischen Konformität unterwirft. So verlangen neue

Vorschriften aus dem Jahr 2024, dass sich alle religiösen Versammlungsorte ausdrücklich an sozialistischen Werten orientieren. Tibetische und muslimische Gemeinden müssen die Umbenen-

Symbol für Gerechtigkeit und Rechtsprechung: Justitia mit Waage und Schwert.

nung von Dörfern sowie Festnahmen und die Zerstörung von Gebetsstätten erdulden. Besonders besorgniserregend sind Gesetze, die den Religionsunterricht für Minderjährige verbieten und deren Teilnahme an Gottesdiensten einschränken (siehe Fallstudie *China: Religiöse Erziehung von Minderjährigen gesetzlich verboten*). In **Nordkorea** ist jede Form von religiöser Äußerung weiterhin streng verboten. In Vietnam und Laos werden christliche Minderheiten gezwungen, ihrem Glauben abzuschwören. Kirchen werden zerstört, Geistliche ermordet. Rechtlichen Schutz gibt es nicht. Betroffen sind vor allem indigene Gemeinschaften. In **Iran** und **Turkmenistan** stehen Glaubensgemeinschaften unter ständiger staatlicher Überwachung. Anhänger und Geistliche nicht registrierter Gemeinschaften laufen Gefahr, festgenommen oder schikaniert zu werden. Auch müssen sie ständig mit der Schließung ihrer Einrichtungen rechnen.

Neue und variierende Formen des Terrorismus

Religiöser Extremismus ist nach wie vor weltweit eine der Hauptursachen für Verfolgung. In den vergangenen Jahren haben dschihadistische Bewegungen ihren Aktionsradius vergrößert und ihre Strategien an lokale Gegebenheiten und Missstände angepasst. Die Epizentren dschihadistischer Aktivitäten sind weiterhin **Afrika** und der **Nahe Osten**. Zugleich gibt es insbesondere nach der Rückkehr der Taliban in Afghanistan in **Asien** beunruhigende Entwicklungen. Dschihadistische Gruppen passen sich zunehmend an lokale Gegebenheiten an, wobei innerhalb der Strukturen neben zentral koordinierten Aspekten eine gewisse regionale Autonomie herrscht, wie im Falle der Terrororganisation Islamischer Staat zu beobachten ist (siehe Themenschwerpunkt *Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt*). Andere Gruppen nutzen Krisen zur Mobilisierung, wie 2023 im Konflikt zwischen Israel und der Hamas. Anfang 2025 warnte die US-Organisation *Institute for the Study of War* (ISW) vor dem Wiederaufleben des IS in Syrien, wo es nach dem Sturz des Assad-Regimes zu einem Machtvakuum kam und die Prioritäten der Terrorbekämpfung verschoben wurden. In den westlichen Ländern geht die Bedrohung im Wesentlichen von dezentralen Netzwerken und Einzeltätern aus.

Religionsfreiheit fällt Kriegen zum Opfer

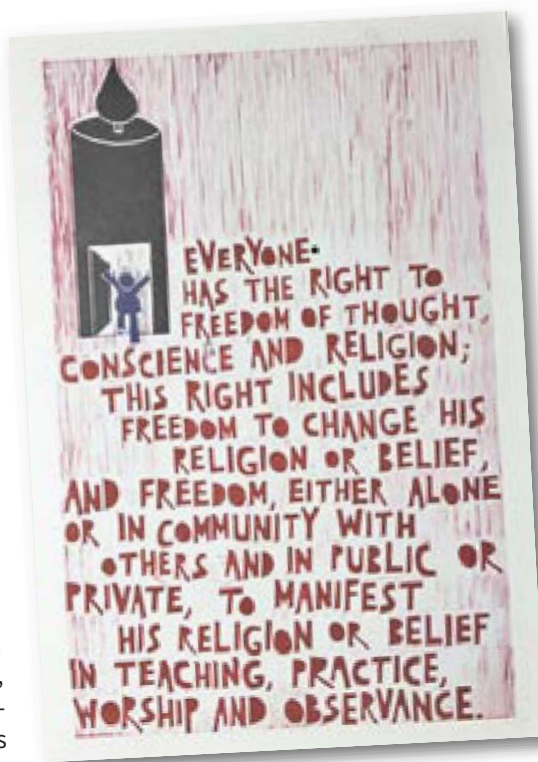
In vielen Regionen, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, – wie **Sahel**, **Syrien**, **Myanmar** oder die **Ukraine** – sind Glaubensgemeinschaften oft Opfer gezielter Gewalt. Terrorgruppen wie Boko Haram, IS-Ableger und al-Shabaab benutzen die Religion weiterhin als

Vorwand für Gewalt, insbesondere gegen Christen und gegen Muslime, die extremistische Ideologien ablehnen. In den betroffenen Gebieten gehen Verstöße gegen die Religionsfreiheit mit weiteren Menschenrechtsverletzungen, Vertreibung und dem Zusammenbruch staatlicher Strukturen einher.

In Konfliktgebieten zeigt sich, wie anfällig das Recht auf Religionsfreiheit ist. Im **Sahel** haben Terrorgruppen wie IS-Ableger und al-Qaida ihre Angriffe auf Anhänger aller Glaubensrichtungen verstärkt. In **Burkina Faso**, **Nigeria**, **Niger** und **Mali** führen gewaltsame Überfälle zur Entwurzelung ganzer Gemeinden, zu Massenvertreibungen und zur Zerstörung von Gebetsstätten (siehe Themenschwerpunkt *Auf der Flucht vor religiös motivierter Verfolgung und Diskriminierung* und Fallstudie *Rollo, Burkina Faso – Wie eine christliche Gemeinde vertrieben wurde*). **Nigeria** erlebt vor allem im Norden und im „Middle Belt“ einen massiven Anstieg religiös motivierter Gewalt. Bewaffnete Gruppen wie Boko Haram, ISWAP und radikalisierte Fulani-Hirten greifen Dörfer, Kirchen, Gemeinden und Geistliche an, vertreiben die Bewohner und nehmen ihr Land in Besitz (siehe Hintergrundinformation *Fulani und Dschihadismus in Afrika: Zwischen Vermächtnis und Manipulation*). Am **Horn von Afrika** löste der Krieg in Sudan eine der größten Flüchtlingskrisen der Geschichte aus. Berichten zufolge werden Gebetsstätten für Kampfwert genutzt, Geistliche festgehalten und Zwangskonvertierungen durchgeführt. In **Somalia** ist der Abfall vom Glauben ein Vergehen, das mit der Todesstrafe geahndet wird. Und inmitten der ethnischen Konflikte in **Äthiopien** werden religiöse Kultstätten zerstört, und Geistliche müssen untertauchen.

Im Konflikt zwischen **Israel** und der **Hamas** wurde die religiöse Infrastruktur in Gaza vollständig zerstört. In Israel vertiefen sich die Risse in der Gesellschaft. Beiden Seiten werden Kriegsverbrechen vorgeworfen. Der religiöse Tourismus, der für das christliche Leben in der Region wichtig ist, kam zum Erliegen. Die Spannungen zwischen Juden und Muslimen werden durch aufwiegelnde nationalistische Rhetorik und religiöse Symbolik verschärft.

Der **Krieg in der Ukraine** führt auf beiden Seiten zu schwerwiegenden Verstößen gegen die Religionsfreiheit: Russland unterdrückt pro-ukrainische Gruppen, die Ukraine nimmt Moskau-nahe Kirchen ins Visier, und in beiden Ländern werden Menschen, die aus Gewissensgründen den Kriegsdienst verweigern, bestraft. In Aserbaidschan mussten nach



Mit freundlicher Genehmigung des Vladimir Herzog Instituts.

der Einnahme von Bergkarabach 2023 120 000 armenische Christen ihre Heimat verlassen, und das christliche Erbe in der Region wurde weitgehend zerstört.

Organisierte Kriminalität: Glaube und Waffengewalt

Dort, wo staatliche Strukturen schwach sind, kontrollieren mitunter kriminelle Banden das religiöse Leben. In zahlreichen instabilen Regionen **Lateinamerikas** werden Kirchen geplündert, Geistliche entführt, Gottesdienste von Drogenkartellen geplant oder vermittelt. In **Haiti**, das als gescheiterter Staat gilt, sind Priester und Ordensfrauen das Hauptziel von Entführern, die Lösegeld erpressen wollen. In Gebieten, in denen Gesetzlosigkeit herrscht, werden Kirchen zu Zufluchtsstätten. In **Mexiko** werden immer mehr Priester ermordet (siehe Fallstudie *Kirche im Kugelhagel*). In **Ecuador** und **Guatemala** ist das religiöse Leben eng mit der Bandenkriminalität verstrickt.

Ähnlich ist es in Teilen von Subsahara-Afrika. In **Burkina Faso**, **Nigeria** und der **Demokratischen Republik Kongo** sind Geistliche und Glaubensgemeinschaften tödlicher Gewalt ausgesetzt, die von kriminellen Banden und Milizen ausgeht.

Eine Nation, ein Glaube? Religion als ein Merkmal nationaler Identität

In mehreren Ländern wird die Religion zunehmend zu einem Merkmal der nationalen Identität. In der Folge werden Minderheiten ausgegrenzt und marginalisiert. **Indien** ist ein Beispiel für „hybride Verfolgung“, die sich in einer Verbindung aus staatlicher Unterdrückung und gewalttätigen Mobs äußert. Die hinduistisch-nationalistische Politik der Bharatiya Janata Party (BJP) untergräbt nach und nach das von der Verfassung eingeräumte Recht auf Religionsfreiheit. Allein im Jahr 2024 wurden 834 Angriffe gegen Christen gezählt. Ein Gesetz zur Regulierung ausländischer Zuwendungen setzt in Indien tätige Nichtregierungsorganisationen unter Druck, und die Zahl der Festnahmen wegen Verstößen gegen die Anti-Konversionsgesetze stieg deutlich an (siehe Fallstudie *Anti-Konversionsgesetze in Indien*).

Auch in **Nepal** führen Anti-Konversionsbestrebungen dazu, dass Geistliche schikaniert und wegen Missionierens festgenommen werden. In **Myanmar** sind politische Unterdrückung, ethnische Identität und Glaubenszugehörigkeit eng miteinander verstrickt. Die im Staat herrschende ethnische Volksgruppe der Bamar, deren Angehörige überwiegend Buddhisten sind, stellt sich als Verteidiger der nationalen Einheit dar, während ethnische und religiöse Minderheiten systematisch unterdrückt und häufig als Separatisten betrachtet werden. Diese Dynamik schafft eine Spirale des Misstrauens, der Marginalisierung und der Gewalt, die die myanmarische Gesellschaft spaltet (siehe Hintergrundinformation *Myanmar im Spannungsdreieck zwischen Politik, Ethnie und Religion*).

In mehreren mehrheitlich muslimischen Ländern wird die Religionsfreiheit aufgrund der engen Auslegung und Durchsetzung des islamischen Rechts nach wie vor rigoro-

ses eingeschränkt. Dort, wo die Anwendung der **Scharia** zur Marginalisierung religiöser Minderheiten führt, werden die Grundrechte massiv eingeschränkt. In **Iran** werden Christen festgenommen, weil sie an Gemeindeversammlungen in Privaträumen teilnehmen. In **Pakistan** führen Blasphemievorwürfe, die sich häufig gegen Nichtmuslime richten, zu gewaltsamen Ausschreitungen und Strafverfolgung. In **Afghanistan** steht auf Apostasie immer noch die Todesstrafe (siehe Hintergrundinformation *Gesetz, Macht und Praxis in der muslimischen Welt: Die vielen Gesichter der Scharia*).

Besonders gefährdet: Weibliche Angehörige religiöser Minderheiten

Frauen, die religiösen Minderheiten angehören, sind besonders gefährdet – wegen ihres Glaubens und wegen ihres Geschlechts. In **Pakistan** nehmen Entführungen, Zwangskonvertierungen und Zwangsverheiratungen von hinduistischen und christlichen Mädchen ein erschreckendes Ausmaß an. Im Januar 2023 forderten UN-Experten die pakistanische Regierung auf, gegen diese Praktiken vorzugehen, und wiesen auf die schwerwiegenden Auswirkungen auf die Religionsfreiheit und auf die Rechte von Kindern hin. Die Missstände wurden bisher nicht beseitigt. Im Jahr 2025 wurden die 12-jährige Ariha Gulzar und die 10-jährige Laiba Suhail entführt und mittels gefälschter Dokumente zwangsverheiratet. Ihre Familien wurden immer wieder bedroht. Anhaltender behördlicher Druck führte schließlich zu Festnahmen.

In **Ägypten** ist die Zahl der verschwundenen Mädchen christlichen Glaubens deutlich angestiegen. Die Familien berichten von Entführungen, Zwangskonvertierungen und traditionellen Eheschließungen. Mehr als 30 Fälle dieser Art wurden 2024 dokumentiert, was auf einen äußerst beunruhigenden Trend hindeutet.

Widerstreitende Freiheiten: Religion im Zeitalter der ideologischen Konformität

In der Rechtsprechung und Politik einiger demokratischer Länder gerät die Religionsfreiheit zunehmend in ein Spannungsverhältnis mit anderen Grundrechten oder vermeintlichen Rechten. Besonders deutlich wird diese Dynamik in **westlichen und lateinamerikanischen Kontexten**, wo säkulare Ideologien auf traditionelle religiöse Normen stoßen. Der Bericht 2024 der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (IACHR) wurde kritisiert, weil er potenzielle Konflikte zwischen Religionsfreiheit und Antidiskriminierungsgesetzen thematisiert.

Selbst in Gesellschaften mit unumstößlichen verfassungsmäßigen Garantien – wie in den meisten OSZE-Staaten – gerät das **Recht auf Gewissensfreiheit** zunehmend unter Druck, besonders im Zusammenhang mit der Verweigerung des Militärdienstes und der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen (siehe Fallstudie *Ein gefährdetes Recht: Wenn Mediziner sich auf ihre Gewissensfreiheit berufen*). Rechtsvorschriften und kulturelle Erwartungen stellen immer häufiger tatsächliche oder vermeintliche Rechte über die Religionsfreiheit.

In mehreren Regionen hat die Feindseligkeit gegenüber der Religion zugenommen: In **Kanada** wurden katholische Kirchen das Ziel von Brandanschlägen, in **Spanien**, **Griechenland** und **Kroatien** gerieten religiöse Symbole und Prozessionen ins Visier ideologischer Aktivisten und in **Belgien** wurden Geistliche bestraft, weil sie es ablehnten, Frauen zu ordinieren. **Europaweit** kam es infolge des Gaza-Konflikts zu einer Welle hassmotivierter Angriffe auf Juden und Muslime. Die Angriffe gegen Christen setzten sich fort.

In einigen westlichen OSZE-Ländern werden Anfeindungen gegen Christen nicht hinreichend dokumentiert und öffentlich gemacht. Das bedeutet auch, dass die Politik keinen Anlass zum Handeln sieht, Feindseligkeiten zum Alltag werden, die Ungleichbehandlung gefördert wird und christliche Gemeinden verwundbarer werden (siehe Hintergrundinformation „Höfliche Verfolgung“ durch Unterlassung).

Es gibt jedoch bemerkenswerte Ausnahmen. Gerichte in **Großbritannien** und in den **Vereinigten Staaten** haben in wegweisenden Fällen, in denen es um Meinungsfreiheit und Kündigungsschutz ging, das Recht auf Religionsfreiheit bestätigt. Damit haben sie unter Beweis gestellt, dass die Religionsfreiheit in demokratischen Systemen immer noch hinreichend geschützt ist, wenn die Unabhängigkeit der Justiz gewahrt bleibt.

Jenseits des Bildschirms: Digitale Verfolgung und die Zukunft der Religionsfreiheit

Die digitale Welt hat leistungsfähige Technologien hervorgebracht, die sich bestens für die Unterdrückung von Minderheiten eignen. In vielen Ländern werden religiöse Inhalte im Internet zensiert, und Menschen werden wegen Posts in den sozialen Medien festgenommen. Autoritäre Regime setzen Überwachungstechnik ein, um religiöse Äußerungen herauszufiltern und Angehörige von Minderheiten als Extremisten abzustempeln. In **China** und **Russland** werden kritische Äußerungen im Internet herausgefiltert und bestraft, während religiöse Plattformen gesperrt werden. Extremistische Gruppen nutzen digitale Plattformen, um zu Gewalt aufzurufen und Propaganda zu verbreiten. Soziale Medien werden eingesetzt, um Minderheiten zum Schweigen zu bringen, Hass zu schüren und zu polarisieren. In **Pakistan** stehen Blasphemievorwürfe, die oftmals unbegründet sind, zunehmend mit Online-Posts in Verbindung. Organisierte Netzwerke verfolgen digitale Aktivitäten, fordern staatliches Eingreifen oder stacheln zu Gewalt an. In einem Bericht des Ministeriums für Religiöse Angelegenheiten aus dem Jahr 2023, der sich auf Daten der pakistanischen Bundespolizei FIA stützt, wurden mehr als 400 000 Beschwerden erfasst. Das verdeutlicht, wie digitale Überwachung und religiöse Unterdrückung zusammenhängen.

Systeme, die **Künstliche Intelligenz (KI)** einsetzen, besitzen ein enormes und zutiefst besorgniserregendes Potenzial, wenn es um die Manipulation und Unterdrückung

von Gläubigen geht. Berichten zufolge verwenden die Behörden in **Nordkorea** ein Überwachungssystem, das von jedem Telefon alle fünf Minuten einen Screenshot macht und die Bilder zum Zwecke der staatlichen Überwachung speichert. Die immensen Fähigkeiten der KI muss der Mensch nach sinnvollen und ethischen Kriterien überwachen, so dass bei ihrem Einsatz die Menschenwürde und das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in all ihren Facetten gewahrt bleiben (siehe Hintergrundinformation *Zeitenwende: Religionsfreiheit im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz*).

Funken der Hoffnung: Einsatz für die Religionsfreiheit

Trotz vielfältiger Bedrohungen spielen Glaubensgemeinschaften nach wie vor eine wichtige Rolle, wenn es um die Förderung von Frieden und Dialog sowie um den Schutz der Menschenwürde geht. Religiöse Organisationen leisten humanitäre Hilfe, setzen sich für die Menschenrechte ein und unterstützen Flüchtlinge und Vertriebene. In konfliktbelasteten Regionen des **Nahen Ostens**, **Afrikas**, **Asiens** und **Lateinamerikas** leisten Geistliche Seelsorge und praktische Hilfe. In der **mosambikanischen** Provinz Cabo Delgado ist die Kirche inmitten der dschihadistischen Gewalt ein zentraler Akteur der humanitären Hilfe und des interreligiösen Dialogs (siehe Fallstudie *Die Aktivitäten der Kirche in Cabo Delgado*). In Ländern wie **Burkina Faso** fördern lokale Initiativen trotz der Bedrohung durch Extremisten den interreligiösen Dialog (siehe Fallstudie *Burkina Faso: Das friedensstiftende Fußballspiel*).

Auch die **Bildung** ist für diese Bemühungen von zentraler Bedeutung, indem sie den sozialen Zusammenhalt stärkt, die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt und die kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit von Minderheiten sicherstellt (siehe Hintergrundinformation *Erziehung zur Freiheit: Toleranz lehren, Minderheiten stärken*).

Schließlich war **Papst Franziskus** eine der weltweit wichtigsten Stimmen, die sich für Dialog und Religionsfreiheit eingesetzt haben (siehe Hintergrundinformation *Papst Franziskus und die Religionsfreiheit: Ein Recht auf Frieden*).

Damit aus diesen Zeichen der Hoffnung ein dauerhafter Wandel hervorgeht, bedarf es eines nachhaltigen gemeinschaftlichen Engagements. Die Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit kann nicht allein auf den Schultern von Geistlichen oder zivilgesellschaftlichen Aktivisten lasten. Regierungen, Institutionen, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen müssen sich genauso einbringen. Für die Religionsfreiheit sind alle gemeinsam verantwortlich. Wir müssen alle unsere Stimme erheben und den auf der ganzen Welt dringend notwendigen Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit fordern, die in Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert ist. Die Religionsfreiheit muss für alle gewährleistet sein. **Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, kein Privileg.**

Rollo, Burkina Faso - Wie eine christliche Gemeinde vertrieben wurde³²

Maria Lozano

Am 8. Mai 2023 überfielen radikale Islamisten den Ort Rollo im Norden von Burkina Faso und vertrieben sämtliche Einwohner – etwa 2000 Menschen.

Mit gezielter Gewalt, die überall im Sahel demselben Muster folgt, drangen die Kämpfer in das Dorf ein und töteten wahllos mehrere Bewohner, um Angst und Schrecken zu verbreiten. Sie plünderten Häuser und brannten sie nieder. Sie forderten alle Bewohner auf, das Dorf vor Einbruch der Dunkelheit zu verlassen. Am nächsten Morgen wurden Menschen, die versuchen, ihre Habseligkeiten zu retten, auf der Straße getötet.

Die Vertriebenen, darunter Frauen, Kinder, Ältere und Geistliche wie der katholische Gemeindepfarrer Étienne Sawadogo, liefen zu Fuß durch die Nacht in Richtung Kongoussi oder Séguénéga, Strecken von rund 40 Kilometern. Auf der Straße explodierte eine Mine und tötete das Vieh, das sie mitgenommen hatten. Menschen kamen wie durch ein Wunder nicht zu Schaden.

Die Vertriebenen verloren nicht nur ihr Zuhause, sondern auch ihre Existenzgrundlage, ihre Sicherheit und ihre Identität. Pfarrer Sawadogo beschrieb das Erlebnis später als „Exodus“ und sah Parallelen zur biblischen Geschichte.

Erschöpft, traumatisiert und ohne Hab und Gut erreichten die Flüchtlinge ihr Ziel. Die Städte waren auf die Aufnahme so vieler Menschen nicht vorbereitet. Die örtlichen Kirchengemeinden, insbesondere die Gemeinde St. Therese vom Kinde Jesu in Kongoussi, reagierte schnell und stellte Essen, Kleidung und Unterkünfte zur

Verfügung. Die kirchliche Hilfe war auch deshalb so wichtig, weil es mehrere Tage dauerte, bis die Behörden aktiv wurden.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich im Oktober 2023 im Dorf Débé im Nordwesten von Burkina Faso, wo die christliche Bevölkerung 72 Stunden Zeit hatte, den Ort zu räumen. Zuvor hatten Terroristen in der Dorfkirche zwei Jungen getötet, weil diese sich den Befehlen widersetzt hatten. Bischof Prosper Bonaventure Ky von der Diözese Dédougou bezeichnete das Geschehen als beispiellos und stellte fest, dass in diesem Fall erstmals die gesamte christliche Gemeinde allein aufgrund ihres Glaubens vertrieben wurde.³³

Die Gewalttaten in Rollo und Débé sind Teil einer umfassenderen Strategie extremistischer Gruppen, die ländliche Gebiete unter ihre Kontrolle bringen wollen, indem sie diejenigen vertreiben, die ihre Ideologie oder Religion nicht teilen. Mit ihren Angriffen auf christliche Gemeinden wollen sie Angst verbreiten, die Bevölkerungsstruktur ändern und neue Gebiete unter ihre Kontrolle bringen.

Wie in vielen anderen Regionen des Sahel und in anderen Teilen der Welt spielte auch in diesem Fall die Religion eine Rolle und löste die Vertreibung eine humanitäre Krise aus, weil überfüllte Städte und Gebiete den Vertriebenen keine adäquate Hilfe leisten können. Dieses Muster verdeutlicht die Zusammenhänge zwischen religiöser Verfolgung, territorialen Ansprüchen bewaffneter Gruppen und destabilisierten Gemeinden.



© ACN

BURKINA FASO

Vertriebene Christen aus Rollo suchen Zuflucht in Kongoussi und Séguénéga.

Fulani und Dschihadismus in Afrika: Zwischen Vermächtnis und Manipulation

Maria Lozano

Die dschihadistische Gewalt im Sahel und in Westafrika ist ein immer komplexer werdendes Phänomen. Das gilt vor allem für Länder wie Nigeria, Mali und Burkina Faso. Eine der meistdiskutierten Fragen betrifft die Fulani, auch Fulbe oder Peul genannt, die oft so dargestellt werden, als seien sie eine eigene dschihadistische Bewegung. Es ist wichtig zu betonen, dass nicht alle Fulani Dschihadisten sind.³⁴ Opfer und Beobachter weisen jedoch häufig darauf hin, dass eine beträchtliche Zahl der Rekruten bestimmter bewaffneter Gruppen im Sahel und in Westafrika Fulani sind. Diese Tatsache verlangt nach Erklärungen, die über vereinfachende Narrative hinausgehen und die relevanten geopolitischen, historischen und sozialen Aspekte berücksichtigen.

Wer sind die Fulani?

Die Fulani sind eine der größten und am weitesten verbreiteten ethnischen Gruppen in Afrika. Die schätzungsweise 25 bis 40 Millionen Fulani³⁵ verteilen sich auf mindestens 20 Länder des Sahels und Westafrikas. Sie sind ein ursprünglich nomadisierendes Hirtenvolk, das heute in landwirtschaftlichen oder städtischen Umgebungen größtenteils sesshaft ist. Die Sprache der Fulani ist das Fulfulde, auch Ful oder Pulaar genannt.³⁶

Die Gesellschaftsordnung der Fulani ist durch ein Kastensystem gekennzeichnet. Es unterscheidet unter anderem Herrscher, Geistliche, Handwerker und Hirten, die die unterste Kaste bilden.³⁷ Ihre Identität ist stark vom **sunnitischen Islam**³⁸ geprägt. Historisch stehen sie mit der Islamisierung der Region im Zusammenhang. Man sollte jedoch wissen, dass es sich nicht um eine sozial, politisch oder ideologisch homogene Gruppe handelt.³⁹

Die verborgene soziale Dimension: Kasten und innergesellschaftliche Spaltungen⁴⁰

Das **gesellschaftliche Kastensystem der Fulani** wird in der öffentlichen Debatte häufig ignoriert. Dabei spielt es bei der Anwerbung dschihadistischer Kämpfer eine Rolle. Die **höchste Kaste**, zu der Geistliche und Herrscher zählen, die von früheren Emiren und Kalifen abstammen, verfügt über Grundbesitz und politische

Macht. Sie lehnt den Dschihadismus überwiegend ab. Zur **niedrigsten Kaste** zählen junge, grundbesitzlose Hirten, die von früheren Leibeigenen oder Sklaven abstammen und keinen Zugang zu Bildung oder grundlegenden sozialen Diensten haben. Diese schwächste gesellschaftliche Gruppe ist besonders anfällig für die Rekrutierung durch islamistische Terrorgruppen.

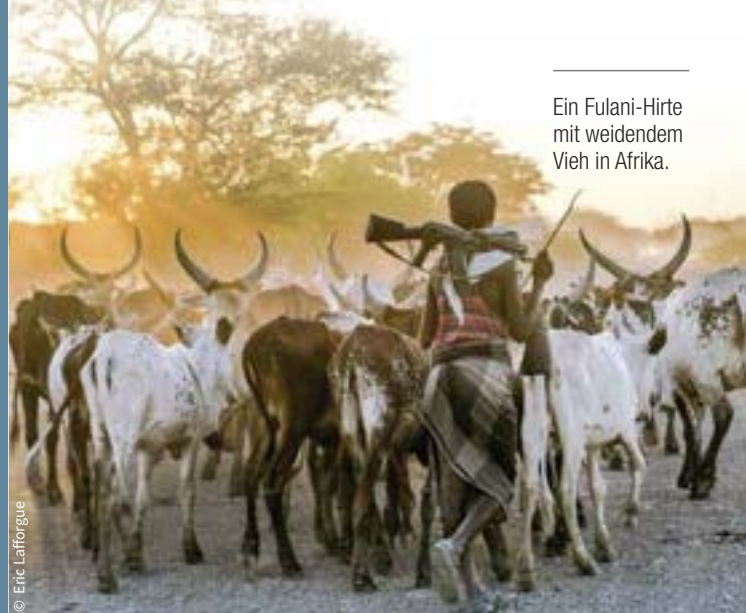
Diese soziale Kluft ist der Grund dafür, dass so viele radikalisierte junge Fulani aus der untersten Gesellschaftsschicht nicht nur gegen andere gesellschaftliche Gruppen, sondern auch gegen ihre eigenen traditionellen Eliten vorgehen, die sie als Teil eines ungerechten politischen Systems wahrnehmen.⁴¹ Obwohl die meisten Fulani nichts mit dem Dschihadismus zu tun haben und viele von ihnen selbst Opfer sind, gelingt es bestimmten radikalen Gruppen, Teile der niedrigen Kasten dieser ethnischen Gemeinschaft zu rekrutieren. Dieser Dschihadismus dient als Mittel des symbolischen sozialen Aufstiegs und der inner-ethnischen Rache für soziale Benachteiligung.

Heutige Ursachen für die Radikalisierung⁴²

Die dschihadistischen Aktivitäten der Fulani werden immer stärker von externen Faktoren angetrieben. Dazu zählen: systematische soziale Ausgrenzung und Marginalisierung aufgrund der nomadischen Lebensweise; Landknappheit und Einschränkung der traditionellen Wanderrouten infolge des Bevölkerungswachstums und des Klimawandels; Ressourcenkonflikte mit sesshaften Bauern (Land und Wasser); ethnische Stigmatisierung und Gewalt durch staatliche Kräfte oder lokale Milizen.

In Ländern wie Burkina Faso sind die Fulani als „potenzielle Terroristen“ stigmatisiert und werden häufig willkürlich von Soldaten oder lokalen Milizen getötet. In Mali gehen „Wagner-Söldner“ gegen Fulani vor, die unter Terrorverdacht stehen.⁴³ Islamistengruppen wie Katiba Macina, die mit al-Qaida in Verbindung steht und in Zentralmali aktiv ist, bieten den marginalisierten Bevölkerungsgruppen Schutz und legitimieren so ihre Aktivitäten.⁴⁴

Ein Fulani-Hirte mit weidendem Vieh in Afrika.



© Eric Lafforgue

Manipulation durch externe Akteure

Der heutige Dschihadismus instrumentalisiert die Identität der Fulani in mehrfacher Hinsicht. Die folgenden Fakten verdeutlichen, dass **die Gewalt nicht nur aus der ethnischen Gruppe hervorgeht, sondern auch von außen geschürt wird:**⁴⁵

1. **Transnationale Terrorgruppen** wie Islamischer Staat im Großraum Sahara oder *Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin* (JNIM) nutzen die Mobilität und Verbreitung der Fulani für den Aufbau von Logistik- und Rekrutierungsnetzwerken.
2. Traditionelle Wander- und Handelsrouten der Fulani erleichtern den **Waffen- und Menschenmuggel und die Verbreitung extremistischen Gedankenguts** über durchlässige Grenzen hinweg.
3. Einige **geopolitische Akteure** der Region – darunter auch Staaten und regionale Herrscher – können die Gewalt der Fulani für ihre Zwecke nutzen, um Gebiete zu destabilisieren oder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Nigeria und die heutige Auslegung des dschihadistischen Erbes

Im „Middle Belt“ Nigerias sind die Konflikte zwischen muslimischen Fulani-Hirten und sesshaften Bauern der vorwiegend christlichen ethnischen Gruppen Berom, Tiv und Idoma in systematische Gewalt ausgeartet, die über die traditionellen Auseinandersetzungen um Land- und Wasserressourcen hinausgeht. Der Bundesstaat Benue im Südosten Nigerias, der auch als „Kornkammer Nigerias“ bekannt ist, ist ein Beispiel für diese Entwicklung. Viele Beobachter erkennen Gewaltmuster, die nicht nur soziale oder ethnische Aspekte haben.⁴⁶

Zum besseren Verständnis der aktuellen Situation ist ein Blick in die Geschichte erforderlich. Das Zentrum und der Süden Nigerias wurden im Dschihad des Usman dan Fodio (siehe Infobox) nicht erobert. Er hinterließ dort aber ein tief sitzendes Trauma.⁴⁷ Im Bundesstaat Benue ist innerhalb der dort beheimateten ethnischen Gruppe der Tiv ein historischer Sieg über die Fulani in den Us-hongo-Hügeln überliefert, der zu einem Symbol des Widerstands und der Ablehnung des politischen Islam wurde.⁴⁸

Auch dschihadistische Gruppen wie **Boko Haram**, **ISWAP** und **Katiba Macina** in Mali berufen sich auf ihr historisches Erbe.⁴⁹ Sie instrumentalisieren den Islam und historische sowie sozioökonomische Missstände, wenn sie junge Fulani-Nomaden der niedrigen Kaste ohne Zugang zu Bildung oder Ressourcen als Kämpfer anwerben.

Aktuelle ethnische und religiöse Dimension

Nach Meinung von führenden Vertretern ethnischer Gruppen⁵⁰ und internationaler Organisationen⁵¹ handelt es sich bei den Vorfällen im „Middle Belt“ **nicht um wahllose Aktionen**, sondern vielmehr um gezielte

ethnische und religiöse Säuberungen. Die Opfer des Fulani-Konflikts im „Middle Belt“ sind überwiegend Christen, und betroffen sind überwiegend Gebiete, die sich im 19. Jahrhundert der Ausbreitung des Islam widersetzt haben.⁵²

Die nigerianische Bundesregierung hat die Krise zwar im Blick, reagiert aber nur **langsam, sporadisch und ohne strafrechtliche Konsequenzen** für die Täter. Trotz Gesetzen zum Verbot der freien Weidewirtschaft, angekündigter Gespräche und Sicherheitseinsätzen gehen die Massaker weiter. Zehntausende von Vertriebenen müssen unter schwierigsten Bedingungen aus-harren.⁵³

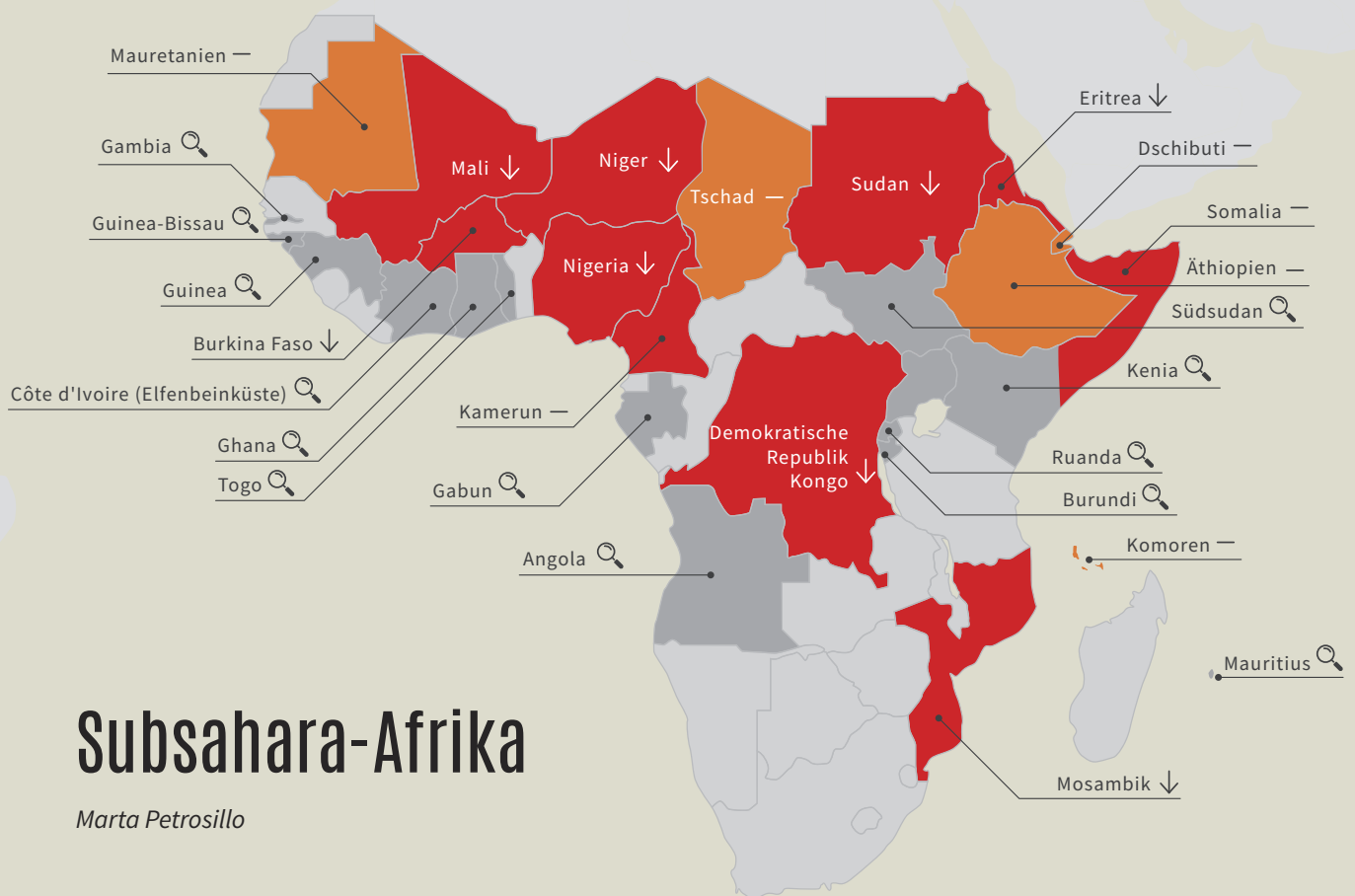
Was steht auf dem Spiel?

Die Krise im Sahel und im „Middle Belt“ ist nicht einfach nur ein lokaler Konflikt zwischen Hirten und Bauern. Sie ist ein **endloser Krieg um Land, religiöse Identität sowie um wirtschaftliche und politische Macht.** Das kollektive Trauma des historischen Dschihad,⁵⁴ das durch die Untätigkeit des Staates und die Manipulation durch extremistische Gruppen noch verstärkt wird, nährt einen Kreislauf der Gewalt, der sich in der gesamten Region auszubreiten droht. Christliche Gemeinden sind vor allem in Nigeria systematischer Verfolgung ausgesetzt. Aber zugleich sind auch viele Fulani Opfer von struktureller Gewalt und ideologischer Manipulation. Polarisierende Diskurse helfen in dieser Situation nicht weiter. Wahrheit, Gerechtigkeit und eine gründliche Aufarbeitung der Geschehnisse sind erforderlich, wenn im Sahel dauerhaft Frieden herrschen soll.

Historische Wurzeln: Dschihad im Sahel⁵⁵

Die Beziehung der Fulani zum Dschihadismus hat tief reichende Wurzeln.

- **Usman dan Fodio** vereinte Anfang des 19. Jahrhunderts verschiedene Volksgruppen unter dem Kalifat von Sokoto, das auf der Scharia und der Vorherrschaft der Fulani basierte. Es folgte eine Politik der Ausgrenzung, die noch heute zu Spannungen führt und bei anderen ethnischen, nicht muslimischen Gruppen immer wieder Traumata hervorruft.⁵⁶
- **Seku Amadu** führte um 1819 im Gebiet des Binnendeltas des Nigers eine Bewegung an und gründete das theokratische Fulani-Reich Macina, das fast ein Jahrhundert lang Bestand hatte und auf das Islamis-tengruppen⁵⁷ wie Katiba Macina im Kampf gegen den Staat und ethnische Gruppen bis heute Bezug nehmen.
- **Omar Saidou Tall** vereinte 1852 die Gebiete von Mali, Senegal und Guinea zu einem islamischen Reich und hinterließ tiefe Spuren in der ethnischen und religiösen Zusammensetzung der Bevölkerung.



Subsahara-Afrika

Marta Petrosillo

Auch in diesem Berichtszeitraum war Afrika wieder die Region, die am stärksten von dschihadistischen Aktivitäten betroffen war. Die Gewalt geht nicht von einer einzelnen Organisation aus, sondern von einem dezentralen Netzwerk aus Bewegungen, die autonom operieren, aber die gleiche Ideologie und Taktik verfolgen und auf dieselben Ressourcen zurückgreifen. Diese Bewegungen nutzen durchlässige Grenzen und schwache staatliche Institutionen aus, um sich überregional auszubreiten und eine lose koordinierte Struktur zu bilden. Auch wenn die Gruppen unabhängig sind, tauschen sie Waffen, Kämpfer und Propaganda aus und erhöhen dadurch ihre Widerstandskraft und Reichweite. Ihre Anpassungsfähigkeit hat verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung, auch für christliche Gemeinden. Dieses länderübergreifende und flexible Modell lässt dschihadistische Aktivitäten inmitten anhaltender Instabilität gedeihen (siehe Themenschwerpunkt *Wie sich der Dschihadismus weiterentwickelt*).

Nach Angaben des Africa Center for Strategic Studies destabilisieren militant-islamistische Gruppen nach wie vor fünf Regionen des Kontinents. Allein im Jahr 2024 waren diese Gruppen für 22 307 Todesfälle verantwortlich.⁵⁸

Eskalation der dschihadistischen Gewalt im Sahel

Der Sahel ist weiterhin die Region, die weltweit am stärksten von terroristischer und dschihadistischer Gewalt betroffen ist. Mehr als die Hälfte aller Todesfälle, die 2024 weltweit auf das Konto von Terroristen gingen,

entfielen auf die Sahelzone. Laut Global Terrorism Index 2025 liegen fünf der zehn Länder, die am stärksten von Terrorismus betroffen sind, in dieser Region: Burkina Faso, Mali, Niger, Nigeria und Kamerun. Damit ist sie ein Zentrum der aktuellen Welle extremistischer Gewalt.⁵⁹

Burkina Faso war 2024 erneut weltweit am schwersten betroffen. 20 % aller terrorbedingten Todesfälle entfielen auf dieses Land, wobei gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 21 % verzeichnet wurde. Die dschihadistische Gewalt nimmt seit 2015 stark zu und macht das Land, das einst ein Musterbeispiel für ein harmonisches Miteinander der Glaubensrichtungen war, zu einem „Hotspot“ extremistischer Aktivitäten.⁶⁰ Terrorgruppen wie JNIM, IS-Ableger und Ansarul Islam nehmen sowohl Muslime als auch Christen ins Visier und greifen häufig Gebetsstätten an. Geistliche werden entführt oder getötet. Christliche Gemeinden werden vertrieben oder es wird ihnen untersagt, ihrem Glauben öffentlich nachzugehen. Mitte 2024 wurden in der Region von Zekuy und Doumbala im Westen des Landes fast 100 Christen getötet.⁶¹

In **Mali** verschlechtert sich die Sicherheitslage kontinuierlich; die grundlegenden Menschenrechte werden immer häufiger missachtet. Auch Mali ist eines der am stärksten vom Terrorismus betroffenen Länder der Welt. Die Krise begann 2012, als das Eindringen extremistischer Gruppen in den Norden Malis die Tuareg-Rebellion wieder aufflammen ließ. Die Tuareg, die etwa 10 % der Bevölkerung ausmachen, streben mit der Nationa-

len Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) im Norden Malis nach Autonomie und verbündeten sich im Kampf gegen Regierungstruppen zeitweise mit Islamisierungsgruppen wie AQIM, MUJAO und Ansar Dine.⁶² Das 2015 geschlossene Friedensabkommen ist hinfällig. Der Abzug der UN-Friedenstruppen 2023 und der Einsatz der russischen Söldnergruppe Wagner haben die Krise weiter verschärft. Landesweit nimmt die dschihadistische Gewalt zu. Die Bürger des Landes – auch die Christen – sind von Entführungen und Misshandlungen bedroht. Ihnen werden religiöse Regeln auferlegt. Im Jahr 2024 setzte Malis Militärjunta jegliche politischen Aktivitäten aus und ging hart gegen Andersdenkende vor. Die Lage ist nach wie vor kritisch, da ein Bürgerkrieg und weitere Menschenrechtsverletzungen drohen.

In **Niger** haben sich unter dem Militärregime von General Abdourahmane Tchiani die Sicherheitslage, die staatlichen Strukturen und die Menschenrechtslage drastisch verschlechtert. Im März 2025 trat für einen Zeitraum von 60 Monaten eine Übergangscharta in Kraft, die in einem höchst instabilen Umfeld die Religionsfreiheit formell garantiert. Das Land hat sich zu einem dschihadistischen „Hotspot“ entwickelt. ISSP, al-Qaida-Ableger und Boko Haram sind landesweit aktiv. Die an Mali und Burkina Faso grenzende Region Tillabéri ist nach wie vor das Zentrum der Gewalt. 2024 verzeichnete Niger mit 94 % den weltweit höchsten Anstieg der terrorbedingten Todesfälle.⁶³ Sowohl muslimische als auch christliche Gemeinden sind von Angriffen auf Kirchen, Moscheen und religiöse Versammlungen sowie von Entführungen Geistlicher betroffen. Es gibt Bemühungen um einen interreligiösen Dialog. Aber radikale Netzwerke, schwache Institutionen und Autoritarismus höhlen das zivilgesellschaftliche Leben und die Widerstandskraft der Bürger aus. Christliche Minderheiten sind besonders gefährdet, sehen sich Drohungen und Zwangskonvertierungen ausgesetzt und können ihren Glauben nicht frei ausüben.

Nach ihrem gemeinsamen Austritt aus der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gründeten Mali, Burkina Faso und Niger im Juli 2024 einen Staatenbund, die Konföderation der Sahelstaaten (CES).⁶⁴ Dieser Schritt ist Teil einer umfassenderen Abkehr von den westlichen Institutionen, wobei die drei Militärregime stärkere Partnerschaften mit Russland und China anstreben.

Staatsstreichs, Wahlen und Verfassungsänderungen: Verschiebung der Machtstrukturen

Im Zeitraum von 2023 bis 2025 erlebten die Länder südlich der Sahara eine Welle von Staatsstreichs und Verfassungsänderungen, die Ausdruck tiefgreifender Regierungskrisen sind und oftmals unmittelbare Auswirkungen auf die Religionsfreiheit haben. Verzeichnet wurden **zwei erfolgreiche Staatsstreichs** (Niger⁶⁵ und Gabun⁶⁶) und mehrere **gescheiterte Putschversuche** (Burkina Faso,⁶⁷ Guinea-Bissau⁶⁸ und Demokratische Republik Kongo⁶⁹).

Andere Länder planten oder verabschiedeten umfassende Verfassungsreformen, von denen viele Kontroversen auslösten oder negative Auswirkungen haben. In der **Zentralafrikanischen Republik** wurde auf dem Wege eines Referendums 2023 die bestehende Begrenzung der Amtszeiten des Präsidenten abgeschafft und das Amt eines Vizepräsidenten eingeführt. So kann Präsident Touadéra im Dezember 2025 für eine dritte Amtszeit kandidieren.⁷⁰ Bei einem Referendum in **Tschad** stimmten die Bürger im Dezember 2023 für die Wiedereinführung eines Semi-Präsidialsystems mit einem Premierminister, einem Senat und einer Menschenrechtskommission, wobei deren Rechenschaftspflicht nicht geregelt ist. Ende 2024 wurde in **Gabun**⁷¹ eine neue Verfassung verkündet und die Regierung leitete einen nationalen Dialog ein, um nach 54-jähriger Herrschaft des Bongo-Clans die demokratischen Institutionen wiederzubeleben.⁷² Im März 2024 verabschiedete das Parlament in **Togo** eine neue Verfassung, die nach Ansicht von Kritikern die Demokratie untergräbt. Sie sieht den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem vor. Die Begrenzung der Amtszeiten für den Präsidenten wurde praktisch abgeschafft.⁷³

Im Jahr 2024 standen in 19 afrikanischen Ländern Wahlen an, aber viele wurden verschoben, manipuliert oder unter autoritären Bedingungen abgehalten. Die Militärregime in **Burkina Faso**,⁷⁴ **Mali**,⁷⁵ **Guinea**⁷⁶ und **Guinea-Bissau**⁷⁷ wollten ihren Ländern den Weg in die Demokratie bereiten, hielten ihre Versprechen aber nicht ein. In **Mauretanien**,⁷⁸ **Tschad**,⁷⁹ **Senegal**⁸⁰ und **Togo**⁸¹ fanden landesweite Wahlen statt. Den Ablauf der Wahlen in **Südafrika** bezeichneten katholische Bischöfe als „überaus frei und fair“.⁸²

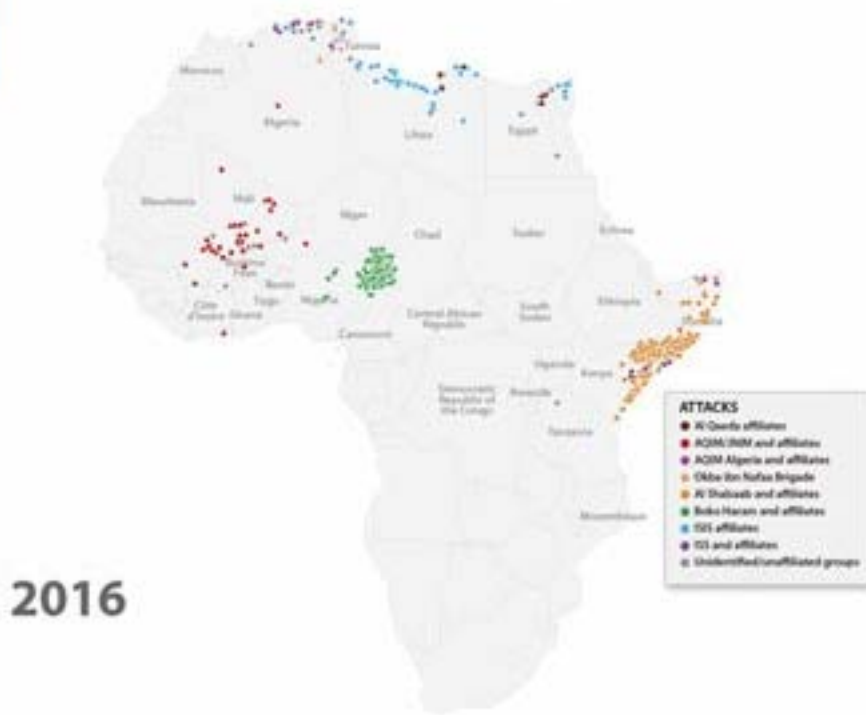
Horn von Afrika: Bürgerkriege, religiös motivierte Gewalt und regionale Ausbreitung

Das Horn von Afrika ist nach wie vor eine äußerst instabile Region, die von sich überschneidenden Bürgerkriegen, extremistischen Bedrohungen und grenzüberschreitenden Spannungen geprägt ist.

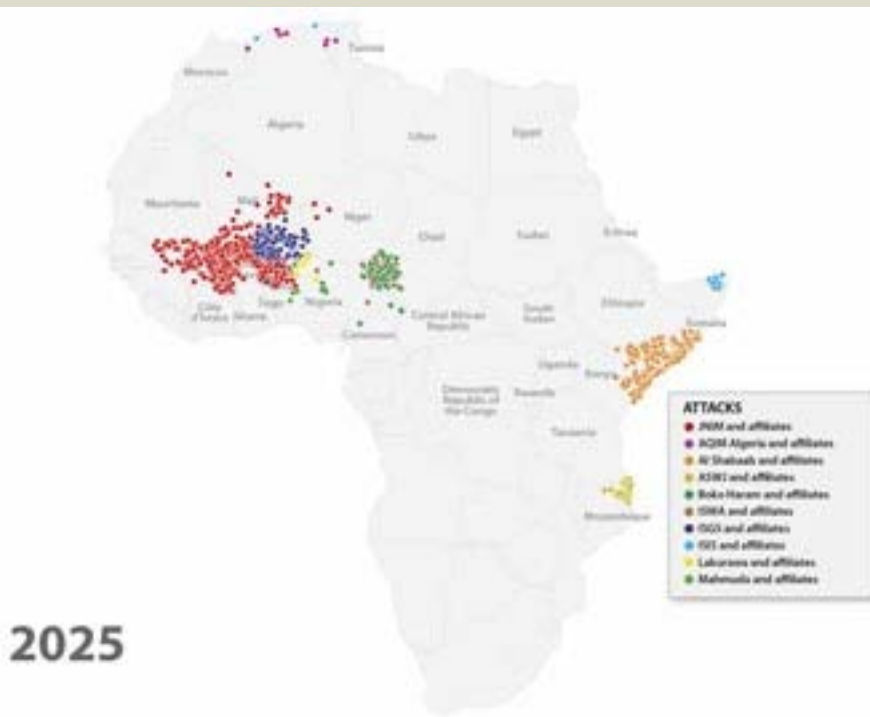
Seit April 2023 herrscht in **Sudan** ein Bürgerkrieg zwischen den Sudanesischen Streitkräften (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF), der die weltweit größte Flüchtlingskrise mit fast 13 Millionen entwurzelten Menschen ausgelöst hat.⁸³ Beide Kriegsparteien beschießen religiöse Kultstätten, foltern Geistliche und nutzen Kirchen und Moscheen als Militärstützpunkte. Christen werden Opfer von Zwangskonvertierungen, willkürlichen Festnahmen und gewaltsamen Übergriffen. Die Lage der Religionsfreiheit hat sich drastisch verschlechtert.

Die Gewalt greift auch auf **Südsudan** über, wo der Zustrom von Flüchtlingen und Vergeltungstaten den fragilen Friedensprozess des Landes ins Wanken bringen. Die Übergangsregierung hat anstehende Wahlen verschoben und bemüht sich um die Ausarbeitung einer dauerhaften Verfassung.⁸⁴

THE EVOLUTION OF AFRICA'S MILITANT ISLAMIST GROUPS



© Africa Center for Strategic Studies



Notes: Compiled by the Africa Center for Strategic Studies, such maps often violate events involving the listed groups for a year ending June 30. Group designations are intended for informational purposes only and should not be considered official. Due to the fluid nature of many groups, affiliations may change.
Sources: Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED); Centro para Democracia e Direitos Humanos; World Institute; Human Rights International; Crisis Group; Institute for Security Studies; WENASTREAM; the Washington Institute; and the United Nations.

Die Lage in **Somalia** bleibt kritisch. Die Terrorgruppe al-Shabaab kontrolliert weite Landstriche und setzt eine strenge Auslegung der Scharia durch, die Christen die Glaubensausübung untersagt, für Apostasie die Todesstrafe vorsieht und alles unter Strafe stellt, was als „unislamisch“ gilt. Christliche Konvertiten laufen Gefahr, misshandelt, festgenommen oder getötet zu werden. Auch die Terrororganisation Islamischer Staat der Provinz Somalia, die sich vor allem in Puntland ausbreitet, trägt zur Destabilisierung des Landes bei. Die Spannun-

gen mit Äthiopien und Somaliland sowie Waffenlieferungen und interne Clankonflikte lassen jegliche Bemühungen um eine Eindämmung der dschihadistischen Gewalt ins Leere laufen.⁸⁵

Nach Somalia ist **Kenia** das Land, das am zweitstärksten von den Gewaltakten der al-Shabaab betroffen ist.⁸⁶ Kenia galt lange als stabilisierende Kraft in der Region, geriet dann aber durch grenzüberschreitende Anschläge und interreligiöse Spannungen unter Druck. 2023 und 2024 kam es in den Countys Mandera, Lamu und Garissa zu Anschlägen auf Zivilisten, darunter auch Christen. Zugleich kam es aufgrund der Diskriminierung von Muslimen zu interreligiösen Spannungen. Positiv zu bewerten ist eine Maßnahme von Präsident William Ruto, der im Februar 2025 das Überprüfungsverfahren abschaffte, das Muslime bei der Beantragung von Personalausweisen durchlaufen mussten.⁸⁷ Innerhalb der Zivilgesellschaft wurde dies als Schritt gegen Diskriminierung begrüßt. Trotz dieser Herausforderungen pflegen die Glaubensgemeinschaften im ganzen Land weitgehend friedliche Beziehungen.

Die Lage der Religionsfreiheit in **Äthiopien** ist inmitten anhaltender Konflikte und politischer Instabilität weiterhin prekär. Die andauernde Gewalt in den Regionen Tigray, Oromia und Amhara hat für die Glaubensgemeinschaften schwerwiegende Folgen. Kult- und Gebetsstätten werden zerstört, Geistliche ermordet und das gesamte religiöse Leben kommt zum Erliegen. Die interreligiösen Beziehungen leiden darunter, dass sich religiöse und ethnische Identitäten

überschneiden. Die länderübergreifende Kooperation bei der Terrorbekämpfung wird belastet durch Spannungen mit der somalischen Regierung, die sich infolge des zwischen Äthiopien und Somaliland geschlossenen Abkommens weiter verschärft haben.

Am gesamten Horn von Afrika ist die Religionsfreiheit nicht nur durch dschihadistische Gewalt, sondern auch durch staatliche Unterdrückung bedroht. In **Eritrea** wird jegliche Form von nicht genehmigter Glaubensaus-

übung vom Staat verfolgt. Gläubige, die sich nicht an die Vorschriften halten, müssen mit willkürlichen Festnahmen, langjährigen Haftstrafen und Folter rechnen. Christen, Zeugen Jehovas und Muslime – auch Minderjährige und Geistliche – geraten regelmäßig ins Visier der Behörden. Religiöse Versammlungen sind verboten. Häftlinge werden ohne ordnungsgemäße Verfahren festgehalten, und in den überfüllten Gefängnissen herrschen unmenschliche Zustände. Unter dem autoritären Regime Eritreas ist die Lage der Religionsfreiheit äußerst kritisch.

Nigeria: Gläubige in Gefahr

Zwischen Januar 2023 und Dezember 2024 erlebte Nigeria vor allem in Norden und im „Middle Belt“ eine Welle religiös motivierter Gewalt. Bewaffnete Gruppen wie Boko Haram, Islamischer Staat der Provinz Westafrika (ISWAP) und diverse Milizen verübten groß angelegte Angriffe auf Kirchen, Dörfer und Geistliche. Allein im Monat nach der Amtseinführung des Präsidenten 2023 wurden in den Bundesstaaten Plateau und Benue tausende Menschen vertrieben oder getötet, darunter mehr als 1100 Christen einschließlich 20 Geistlicher.⁸⁸ Bei koordinierten Angriffen einheimischer und ausländischer Kämpfer an Weihnachten 2023 kamen fast 300 Menschen zu Tode.⁸⁹ Im Juni 2025 fielen 200 vertriebene Christen in Benue einem Massaker zum Opfer.⁹⁰

Immer wieder sind radikalisierte Fulani-Hirten in Angriffe auf christliche Gemeinden verwickelt, die oftmals mit Vertreibungen einhergehen. Während einige Analysten den Konflikt mit Umweltfragen in Verbindung bringen, nehmen Geistliche vor Ort die Vorgänge als eine strategische Vertreibung der christlichen Bevölkerung wahr (siehe Hintergrundinformation *Fulani und Dschihadismus in Afrika: Zwischen Vermächtnis und Manipulation*). Im Mai 2024 kam es in der Stadt Makurdi zu einer beispiellosen Eskalation, als eine christliche High School angegriffen wurde.⁹¹ Auch im Zusammenhang mit Blasphemie- und Hexereivorwürfen wurden Menschen getötet, unter anderem auch durch Lynchmorde.

Dutzende von Geistlichen und religiösen Oberhäuptern wurden entführt oder ermordet. Auch beim Vorgehen von Sicherheitskräften gegen eine schiitische Prozession in Abuja kam es zu Todesopfern. Derweil setzt die Religionspolizei (*hisbah*) in mehreren Bundesstaaten des Nordens unter Missachtung der Bestimmungen der Verfassung durch, dass die Scharia auch in strafrechtlichen Angelegenheiten angewendet wird.

Die Region Zentralafrika und das südliche Afrika: Entstehende Fronten

Die **Demokratische Republik Kongo** erlebt eine der schwerwiegendsten und vielschichtigsten Krisen in der Region Zentralafrika. Bewaffnete Gruppen wie die *Allied Democratic Forces* (ADF), die mit der Organisation Islamischer Staat in Verbindung stehen, überfallen systematisch christliche Gemeinden, töten Zivilisten,

zerstören Gotteshäuser und entführen Geistliche. In den östlichen Provinzen konkurrieren mehr als 120 Milizen⁹² um die Kontrolle über Gebiete, die reich an Bodenschätzen sind. Infolge des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen und der mangelnden staatlichen Präsenz sind Gemeinden dort schutzlos der Gewalt ausgeliefert. Die Gewaltausbrüche sind grenzüberschreitend: Die Tatsache, dass die Rebellengruppe M23 von Ruanda unterstützt wird und Uganda militärisch gegen die ADF vorgeht, zeigt das Ausmaß der Verstrickungen. Im Januar 2025 eroberte die Miliz M23 die Stadt Goma mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung. Gleichzeitig wurden Kirchen, die sich für den Frieden einsetzen, mit staatlichen Repressionen konfrontiert.⁹³ Im Osten der Demokratischen Republik Kongo sind Gläubige und Gemeinden der eskalierenden Gewalt schutzlos ausgeliefert. Die Konflikte wirken sich auf die Stabilität in der gesamten Region der Großen Afrikanischen Seen aus.

In **Mosambik** kam es zu erneuten Ausbrüchen dschihadistischer Gewalt. In der Provinz Cabo Delgado überfallen militante Gruppen mit Verbindungen zum sogenannten Islamischen Staat immer wieder christliche Gemeinden, setzen Kirchen in Brand und töten Zivilisten. Trotz der Präsenz internationaler Streitkräfte konnten die Aufständischen in weitere Gebiete vordringen, wobei sie die Schwäche der staatlichen Institution und das dort herrschende Machtvakuum ausnutzten. Trotz der widrigen Umstände setzen sich die katholische Kirche und andere Glaubensgemeinschaften aktiv für Frieden und interreligiösen Dialog ein. In der 2022 unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung von Pemba“ bekräftigten Christen und Muslime ihr gemeinsames Engagement, mit dem sie die Instrumentalisierung der Religion verhindern wollen. 2024 signalisierte der Islamische Rat von Mosambik, dass er bereit sei, in Verhandlungen mit dschihadistischen Elementen zu vermitteln. Mit diesen Bemühungen unterstreichen die religiösen Akteure ihre Widerstandskraft in Anbetracht der sich verschlechternden Sicherheitslage (siehe Fallstudie *Die Aktivitäten der Kirche in Cabo Delgado*).

Migrationsbewegungen

Ein weiteres kritisches Thema, das die Länder südlich der Sahara betrifft, sind die deutlich zunehmenden Flüchtlingsströme und Migrationsbewegungen innerhalb der Landesgrenzen und darüber hinaus. Ende 2024 befanden sich innerhalb der Region 38,8 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist knapp die Hälfte aller Binnenflüchtlinge weltweit.⁹⁴ In **Ostafrika**, am **Horn von Afrika** und in der **Region der Großen Afrikanischen Seen** wurden 5,4 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende gezählt.⁹⁵ Auch die grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen innerhalb des Kontinents stiegen im Zeitraum von 2015 bis 2024 um 25 % auf 15 Millionen.⁹⁶ Auslöser dieser Verschiebungen ist in den meisten Fällen dschihadistische Gewalt (siehe Themenschwerpunkt *Auf der Flucht vor religiös motivierter Verfolgung und Diskriminierung*).

Die Aktivitäten der Kirche in Cabo Delgado

Paulo Aido

Seit 2011 leidet die rohstoffreiche Region Cabo Delgado im Norden von Mosambik unter Gewalt. Sie zwingt die Menschen dazu, ihre Häuser und Lebensgrundlagen zu verlassen. Es begann damit, dass multinationale Unternehmen auf der Suche nach Rubinen und fossilen Brennstoffen in die Region kamen. Deren Sicherheitskräfte vertrieben ganze Gemeinden von ihrem Land. Weil sie sich vom Staat im Stich gelassen fühlten, suchten die Betroffenen Hilfe bei den Dschihadisten.

Mit dem Angriff auf die Hafenstadt Mocímboa da Praia am 5. Oktober 2017 brach die dschihadistische Gewalt aus. Seither befindet sich die Region in einer nicht nachlassenden humanitären Krise. Mehr als 5000 Menschen wurden seither getötet und mehr als eine Million mussten ihre Heimat verlassen.

Inmitten dieser verheerenden Lage blieb die katholische Kirche an der Seite der Opfer und stellte ihr proaktives Engagement für Frieden, Versöhnung und humanitäre Hilfe unter Beweis. Ordensgemeinschaften, diözesane Einrichtungen und katholische Hilfsorganisationen spendeten Trost, koordinierten Nothilfe, bauten Unterkünfte, stellten Lebensmittel und Trinkwasser bereit und sorgten in den vertriebenen Gemeinden für Schulunterricht. Kirchliche Akteure boten den Überlebenden Traumaberatung, psychosoziale Unterstützung und Rechtsberatung an – insbesondere Frauen und Kindern, die Entführungen und geschlechterspezifischer Gewalt zum Opfer gefallen waren.

Frei Boaventura, ein brasilianischer Missionar vom *Instituto dos Pobres de Jesus Cristo*, erklärt: „Ich habe gesehen, wie Menschen grausam getötet wurden, wie Dörfer und Träume zerstört wurden.“ Er sprach von Menschen, die alles verloren haben, die aber selbst in tiefster Not

noch an etwas festhalten, das ihnen niemand nehmen kann: „Hoffnung und der Glaube an Gott.“⁹⁷

Die kolumbianische Karmelitin Schwester Núbia Zapata Castaño musste fliehen, als Terroristen 2020 die Stadt Macomia überfielen, wo sie ein Schulprojekt geleitet hatte. „Sie schossen in die Luft, und die Menschen flüchteten. Alle, die sie erwischten, wurden getötet oder entführt“, berichtet sie. Trotz der traumatischen Erlebnisse machten sie und ihre Mitschwestern sich kurz darauf wieder an die Arbeit und konzentrierten sich darauf, den Schulunterricht für die vertriebenen Kinder sicherzustellen.⁹⁸

Die Kirche setzt sich aktiv für Frieden, humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau ein. Wo staatliche Strukturen fehlen oder wo ihnen misstraut wird, übernimmt die Kirche eine Brückenfunktion und bietet den traumatisierten Menschen angesichts von Verlust und Spaltung moralische Unterstützung und praktische Lösungen. Katholische Schulen übernehmen den Unterricht in Flüchtlingslagern, und es werden Runde Tische eingerichtet, um den interreligiösen Dialog in Gang zu setzen und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

In der Stadt Pemba gilt das Viertel Mahate als Zentrum des Islam. In diesem Stadtteil leistet der spanische Priester Eduardo Roca mit seiner Pfarrgemeinde eine bemerkenswerte Arbeit im interreligiösen Dialog. „Im Laufe der Jahre haben wir in dieser muslimischen Hochburg mit einer streng-fundamentalistischen Identität eine Kirche aufgebaut, die heute ein Symbol des Friedens ist und allen offen steht“, erklärt er. „Ich bin mir bewusst, dass wir dies nur dank der Wertschätzung der Menschen vor Ort schaffen konnten. Das hat mir viel Geduld abverlangt. Ich habe zugehört und dazugelernt. Ich habe ein Verständnis für die tief verwurzelten Werte des Islams und anderer Kulturen entwickelt, und ich habe sie lieben gelernt.“⁹⁹



© ACN

Burkina Faso: Das friedensstiftende Fußballspiel

Amélie Berthelin

An einem Nachmittag im Dezember in Bissinghin, einem Vorort von Ouagadougou. Das Thermometer zeigt um die 40°C. Anpfiff. Der Ball fliegt zwischen den Beinen junger und alter Spieler hin und her und zieht bei jedem Schuss eine rötliche Staubwolke hinter sich her. Mehr als tausend Zuschauer sind zur dritten Auflage eines Fußballspiels gekommen, das seinesgleichen sucht: auf der einen Seite ein Team aus Katholiken und Protestanten, auf der anderen Seite Muslime und Anhänger des traditionellen Glaubens. Im Tor der einen Seite steht kein geringerer als der Gemeindepfarrer, im Tor der anderen Seite der Imam der benachbarten Moschee. Und der Schiedsrichter? Das Oberhaupt der traditionellen Glaubensgemeinschaft. Unter Applaus und Jubelrufen endet das Spiel mit dem perfekten Ergebnis: eins zu eins.

„Es war großartig, ein wirklich bewegender Augenblick“, so André Kabre, Pfarrer der Gemeinde St. Augustinus. Für diesen Priester, dessen Bruder zwei Jahre zuvor von Dschihadisten getötet worden war, sind Initiativen wie diese, die den interreligiösen Dialog anregen, von grundlegender Bedeutung.

Seit 2015 leidet das „Land der aufrechten Menschen“, wie „Burkina Faso“ übersetzt heißt, unter Terroraktivitäten, die inzwischen jeden Winkel erreichen. Natürlich sind nicht alle Muslime Dschihadisten. Aber die vielen Massaker, die unter dem Ruf *Allahu akbar* verübt wurden, haben in der Öffentlichkeit ihre Spuren hinterlassen. „Es gab Spannungen“, räumt Pfarrer Kabre ein, „aber mit diesem Fußballspiel und all den anderen Ini-

tiativen, die wir umgesetzt haben, hat sich die Situation deutlich beruhigt.“

Sheikh Chaman teilt diese Ansicht: „Dass Geistliche ihren Gemeinden Einheit und sozialen Zusammenhalt predigen, ist eine Sache. Eine andere ist es, wenn die Gläubigen uns gemeinsam auf dem Fußballplatz sehen. Es ist sehr starkes Signal für Frieden und Harmonie in Burkina Faso.“ Die Föderation Islamischer Vereine (FAIB) unterstützt dieses Engagement mit Schulungen, in denen Imamen vermittelt wird, wie sie gegen Hetze und Gewaltverherrlichung vorgehen.¹⁰⁰

Die Geistlichen räumen ein, dass eine solche Aktion nicht immer möglich ist. Der Imam einer anderen, eher strenggläubigen sunnitischen Moschee in der Nähe lehnt es zum Beispiel ab, an derartigen Aktivitäten teilzunehmen.

Burkina Faso schöpft große Kraft aus der Tradition des religiösen Miteinanders, wenn es darum geht, sich gegen den Radikalismus zu stellen. Fast jeder in Burkina Faso hat mindestens eine andersgläubige Person in der Familie. Das stellt im Allgemeinen kein großes Problem dar, weil der familiäre Zusammenhalt über allem anderen steht. In den vergangenen Jahren hat aber auch fast jeder – wie Pfarrer Kabre – einen Bruder, Vater oder sonstigen Verwandten auf brutale Weise verloren. Damit dieses Leid nicht in Hass umschlägt, braucht es Bildung und konkrete Beispiele für interreligiöses Miteinander, wie dieses Fußballspiel.



BURKINA FASO

Die Beteiligten nach dem Fußballspiel.

Zeitenwende: Religionsfreiheit im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz

José Luis Bazán, PhD

Seit Künstliche Intelligenz (KI) unversehens in den Alltag der Menschen eingezogen ist, überschlagen sich die Ereignisse. Die Ausübung grundlegender Menschenrechte wie Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ist mit neuen Herausforderungen verbunden, auf die es noch keine klaren Antworten gibt.¹⁰¹ Papst Franziskus äußerte sich dazu wie folgt: „Wir können nicht a priori davon ausgehen, dass ihre Entwicklung einen positiven Beitrag zur Zukunft der Menschheit und zum Frieden zwischen den Völkern leisten wird.“¹⁰²

Die enormen Vorteile von KI liegen auf der Hand. Auch einige unliebsame Auswirkungen wurden bereits deutlich, während sich andere gerade erst zu erkennen geben.¹⁰³ KI könnte zur religiösen Bildung beitragen (zum Beispiel Koranrezitation¹⁰⁴ oder Verbindungen zu jüdischen Traditionen)¹⁰⁵ und zur Vertiefung des interreligiösen Austauschs beitragen.¹⁰⁶ Sie könnte aber auch die Menschen von religiösen Erfahrungen abhalten,¹⁰⁷ religiösen Extremismus verbreiten¹⁰⁸ und gefährliche Ideologien, zum Beispiel von Holocaust-Leugnern, zur Normalität werden lassen.¹⁰⁹ KI kann religiöse Stätten vor Vandalismus schützen und für die Sicherheit von Gotteshäusern und Gläubigen sorgen. Aber sie kann auch den Angreifern dienen, zum Beispiel indem sie bewaffnete Drohnen steuert.¹¹⁰ Dschihadisten in Afrika nutzen bereits Open-Source-KI-Tools und modifizierte Drohnen für ihre Angriffe.¹¹¹

KI hat das Potenzial, religiöse Minderheiten zu schützen, kann von einem autoritären Regime aber auch effektiv zur Überwachung und Unterdrückung von Gläubigen eingesetzt werden. Chinas KI-gestütztes Überwachungssystem identifiziert, verfolgt und unterdrückt religiöse Gemeinschaften und Gläubige, die als „unerwünscht“ eingestuft werden (auch über Online-Aktivitäten). Die Polizei nutzt Big Data, um Sicherheitsrisiken im Zusammenhang mit Glaubensgemeinschaften zu bewerten.¹¹² Die nordkoreanischen Behörden betreiben ein System, das in jedes Mobiltelefon eingebaut ist. Es fertigt alle fünf Minuten einen Screenshot für staatliche Kontroll-

zwecke an und speichert ihn in einem für den Benutzer unzugänglichen Ordner.¹¹³ Die Möglichkeiten, KI für manipulative Zwecke einzusetzen, sind grenzenlos.¹¹⁴

In einer Erklärung des Ministerkomitees des Europarats heißt es: „Die Beeinflussung durch Algorithmen kann erhebliche Auswirkungen auf die kognitive Autonomie des Menschen und auf sein Recht auf eigene Meinungsbildung und unabhängige Entscheidungsfindung haben.“¹¹⁵ Es bestehe das Risiko der Manipulation von untragbarem Ausmaß, das die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit massiv einschränken würde.¹¹⁶ Des Weiteren könnte eine gezielte Fehlleitung zu einer Bedrohung für die Nutzer werden, zum Beispiel wenn Geistliche erpresst oder sensible Informationen abgeschöpft werden.¹¹⁷

Wenn bei der Beantragung von Sozialleistungen, der Vergabe von Mietwohnungen oder Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst, in Asylverfahren, in der medizinischen Versorgung, in der Bildung, bei der Vergabe von Bankkrediten, im Versicherungswesen,¹¹⁸ bei der Gewinnung von Arbeitskräften oder der Auftragsvergabe verzerrte KI-Systeme für automatische Entscheidungsprozesse eingesetzt werden, könnte dies zu einer direkten oder indirekten Diskriminierung aufgrund der Religion führen. Der vom Heiligen Stuhl unterstützte Aufruf von Rom zur Beachtung ethischer Grundsätze beim KI-Einsatz (Rome Call for Ethics) weist auf das grundlegende Prinzip der Objektivität hin, das für die Einhaltung von Fairness und die Achtung der Menschenwürde von Bedeutung ist, und warnt vor dem Einsatz von KI-Systemen, die Verzerrungen folgen oder sie erzeugen.¹¹⁹



© Mohamed Hassan

Wie der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit feststellte, ist nicht gewährleistet, dass KI-gestützte Verfahren zur Moderation von Inhalten zum Beispiel „extremistische“ Inhalte oder Hetze präzise identifizieren, sodass es zu fehlerhaften Sperrungen oder Einschränkungen von Inhalten kommen kann und einzelnen Nutzern das Recht auf Meinungsfreiheit und das Recht auf freien Zugang zu unzensurierten Informationen vorenthalten wird.¹²⁰ Es besteht die Gefahr, dass legitime religiöse Überzeugungen, insbesondere solche, die von den gängigen Grundsätzen und Praktiken abweichen, weder online noch im echten Leben sichtbar werden oder von einer versehentlich oder absichtlich verzerrten KI als „extremistisch“ oder als „Hetze“ eingestuft werden.¹²¹

Das Kreieren und Verbreiten überzeugender, aber falscher Narrative über einzelne Glaubensgemeinschaften und Geistliche und die Verbreitung von Falschinformationen oder Desinformationen über sie durch KI macht sie angreifbar und verwundbar. Die KI-gestützte Nachahmung von religiösen Oberhäuptern ist bereits Realität: Papst Leo XIV. war in einem KI-generierten Youtube-Video zu sehen, in dem er angeblich eine Botschaft an den Präsidenten von Burkina Faso richtete.¹²² Zudem sind gefälschte Videos und Tonaufnahmen von katholischen Bischöfen aus Spanien im Umlauf, in denen sie angeblich um Geld oder Investitionen bitten.¹²³

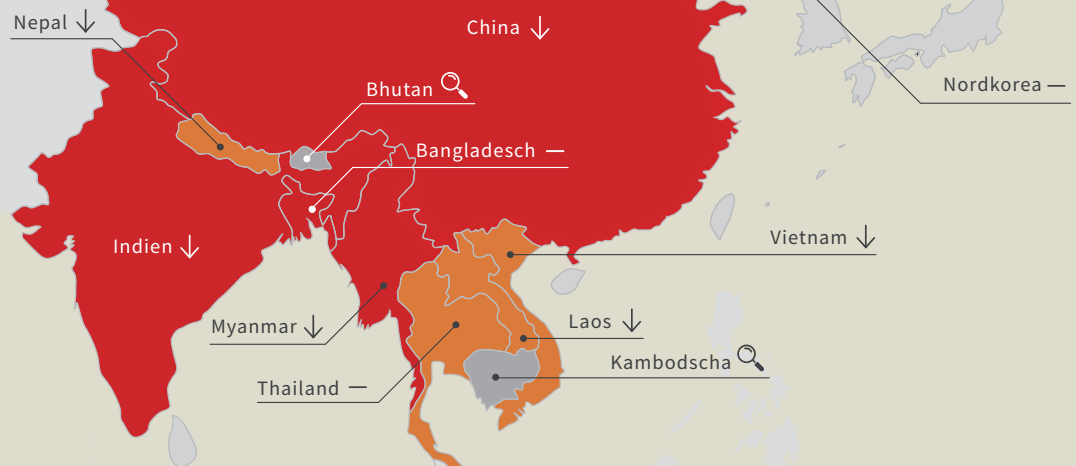
KI ist in der Lage, das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Glaubensgemeinschaft zu stärken oder den Zusammenhalt zu untergraben. KI leistet eindrucksvolle Hilfe bei der Übersetzung von religiösen Texten und bei der Hinterfragung oder Bestätigung der Auslegungen religiöser Autoritäten. Außerdem kann sie den Inhalt zerstörter

historischer Texte rekonstruieren oder wiederherstellen und sie einzelnen Verfassern zuordnen.¹²⁴

KI kann Predigten und religiöse Vorträge generieren und dabei behilflich sein, religiöse Entscheidungen zu treffen oder eine Fatwa zu erlassen.¹²⁵ KI-gestützte religiöse Apps werden von Gläubigen verschiedener Glaubensrichtungen genutzt, um Regeln und Rituale zu befolgen, Antworten auf Glaubensfragen und ethische Fragen zu finden und ihre Kenntnisse über ihren Glauben zu vertiefen.¹²⁶ KI kann aber auch „halluzinieren“¹²⁷ und falsche oder vorgefertigte Antworten zu Glauben und Ethik liefern. „Wenn man sich beim Einsatz generativer KI auf die Trainingsdaten verlässt, besteht die Gefahr einer kognitiven Verzerrung, einer Verfälschung der religiösen Inhalte oder mangelnder Objektivität.“¹²⁸ Um dies zu verhindern, entwickeln einige Technologieunternehmen eigene KI-Systeme und trainieren diese auf der Grundlage etablierter religiöser Quellen, wie zum Beispiel Magisterium AI, eine App, die Antworten zum katholischen Glauben und zur katholischen Kirche liefert.¹²⁹ Einige Beobachter fürchten wiederum, dass KI die Entstehung neuer synthetischer Religionen anregen könnte.¹³⁰

Es ist gefährlich, KI pauschal zu glorifizieren,¹³¹ aber sie einzuschränken oder zu ignorieren, ist keine Option.¹³² Man sollte sie nicht fürchten, sondern vorbereitet sein. Es gibt nur den einen Weg nach vorne, die immensen dynamischen Möglichkeiten des maschinenbasierten Systems¹³³ – das nicht die handelnde Kraft ist¹³⁴ – anzuerkennen, sie unter sinnvoller menschlicher Kontrolle¹³⁵ zu nutzen und sie nach ethischen Grundsätzen und im Einklang mit der Menschenwürde und dem Gemeinwohl anzuwenden,¹³⁶ damit das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit in all seinen Dimensionen gewährleistet ist.





Festland-Asien

Bewaffnete Konflikte, Entführungen, willkürliche Festnahmen und neue Gesetze, die Rechte beschneiden, engen den ohnehin schon kleinen Raum für Religionsfreiheit in Festland-Asien immer weiter ein. Mit Nordkorea, China, Laos, Indien, Bangladesch und Vietnam umfasst die Region einige der größten und bevölkerungsreichsten Länder der Welt, die Heimat zahlreicher religiöser und ethnischer Gemeinschaften sind und in denen einige der weltweit schwersten Verletzungen des Menschenrechts auf Religionsfreiheit stattfinden.

Totalitäre Unterdrückung und systematische Kontrolle

Die Religionsfreiheit hat in **China** unter Präsident Xi Jinping weiter einen schweren Stand, da die Kommunistische Partei Chinas ihre Sinisierungsmaßnahmen vorantreibt, die darauf abzielen, alle religiösen Traditionen der sozialistischen Ideologie unterzuordnen. Die 2023 eingeführten Regeln über die Verwaltung religiöser Aktivitäten und Versammlungsorte sowie das Gesetz über die patriotische Erziehung verlangen von den Glaubensgemeinschaften, dass sie die sozialistischen Grundwerte fördern.¹³⁷ Alle religiösen Versammlungsorte unterliegen der staatlichen Kontrolle. Veranstaltungen, die den nationalen Interessen entgegenstehen, sind verboten. Die Unterdrückung nicht registrierter Glaubensgemeinschaften nimmt massiv zu. Es gibt zahlreiche Berichte über Festnahmen, Arreste und Schließungen von Gebetsstätten. Geistliche werden aufgrund vager Anschuldigungen wie „Betrug“ oder „Subversion“ verurteilt und religiöse Inhalte im Internet rigoros zen-

siert.¹³⁸ In der Region Xinjiang wird seit 2024 verlangt, dass alle Neubauten, die für religiöse Zwecke genutzt werden, „im chinesischen Stil“ errichtet werden – ein Zeichen für die zunehmenden Bemühungen, die religiöse und kulturelle Identität der Uiguren auszulöschen.¹³⁹ Mehr als 600 uigurische Dörfer wurden umbenannt. Die Menschen werden intensiv überwacht, willkürlich festgenommen und für die Ausübung ihres Glaubens bestraft.¹⁴⁰

In **Nordkorea** herrscht weiterhin eines der repressivsten Regime der Welt. Das Recht auf Glaubensfreiheit ist in der Verfassung zwar verankert, wird aber durch eine Staatsideologie ausgehebelt, die absolute Loyalität zur Kim-Dynastie verlangt. Jeder Ausdruck religiöser Überzeugungen wird als Bedrohung der Staatsgewalt angesehen. Personen, bei denen religiöse Schriften gefunden werden oder die an nicht genehmigten religiösen Aktivitäten teilnehmen, müssen mit schweren Strafen rechnen, wie Folter, lebenslange Haft oder Hinrichtung. Chinas Politik der Zwangsrückführung hat die Not der nordkoreanischen Überläufer weiter verschlimmert. Diejenigen, die nach Nordkorea zurückgeführt werden, werden hart bestraft. Ihnen droht Zwangsarbeit oder sogar Hinrichtung.¹⁴¹

In **Vietnam**, besonders im zentralen Hochland, sind religiöse Minderheiten wie die Montagnard- und die Hmong-Christen sowie die Khmer-Krom-Buddhisten ständigem Druck ausgesetzt. Die Behörden stören Gottesdienste, verwüsten Versammlungsstätten und zwin-

gen Gläubige, sich von ihrem Glauben loszusagen.¹⁴² Anhänger nicht registrierter Gemeinschaften werden häufig unter vagen Anschuldigungen festgenommen, weil sie angeblich die nationale Sicherheit gefährden.

Auch in **Laos** werden Gläubige und Glaubensgemeinschaften trotz verfassungsmäßiger Garantien weiterhin verfolgt. In den Jahren 2023 und 2024 wurden Christen aus Orten wie Mai und Sa Mouay vertrieben, weil sie sich weigerten, ihren Glauben aufzugeben. Kirchen wurden zerstört und Geistliche zum Teil wochenlang ohne Anklage festgehalten. Der Mord an Pastor Thongkham Philavanh im Juli 2024 verdeutlichte, welch großen Gefahren Geistliche in ländlichen Gebieten ausgesetzt sind.¹⁴³

Nationalismus und Beschneidungen des Rechts auf Religionsfreiheit mit staatlicher Billigung

Politische Macht, ethnische Identität und religiöse Zugehörigkeit sind in **Myanmar** eng miteinander verwoben. Diese Verflechtungen beeinflussen die Dynamik des laufenden Bürgerkriegs und führen zu einer fortschreitenden Aushöhlung der Grundrechte. Der gegenwärtige Konflikt ist zwar nicht religiös motiviert, hat aber die Bedingungen für freie Glaubensausübung erheblich verschlechtert. Die Militärjunta verfolgt eine buddhistisch-nationalistische Agenda,¹⁴⁴ die keine anderen ethnischen Gruppen als die der Bamar und keine anderen Glaubensrichtungen als den Buddhismus toleriert. Andere ethnische oder religiöse Gemeinschaften werden mit ethnischen Widerstandsbewegungen oder zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in Verbindung gebracht. Religiöse Stätten sind häufig das Ziel von Angriffen, weil sie oft als Zentren des Gemeinschaftslebens und der humanitären Hilfe dienen. Seit dem Staatsstreich von 2021 wurden Hunderte von Kirchen, darunter auch katholische, gesprengt oder niedergebrannt.¹⁴⁵ Geistliche wurden ermordet, festgenommen oder eingeschüchtert. Die Verfassung von 2008 ist nach wie vor in Kraft. Sie räumt dem Buddhismus eine Sonderstellung ein, bildet die Grundlage für diskriminierende Gesetze, die Konfessionswechsel und interreligiöse Eheschließungen regeln.¹⁴⁶ Die Rohingya leiden weiterhin unter Gräueltaten und Vertreibung.

In **Sri Lanka** führt der Einfluss des singhalesisch-buddhistischen Nationalismus insbesondere in der Ostprovinz dazu, dass religiöse Minderheiten zunehmend überwacht, schikaniert und mit Rechtsvorschriften belegt werden. Der Internationale Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte und das Terrorismusbekämpfungsgesetz werden herangezogen, um Andersdenkende ins Visier zu nehmen.¹⁴⁷ Tamilische Hindus berichten von Landenteignungen, während Christen und Muslime regelmäßig eingeschüchtert werden. Das Land hat sich politisch stabilisiert, sorgt aber nicht für die Einhaltung der Menschenrechte und verspielt damit seine Glaubwürdigkeit.

Hybride Verfolgung und legalisierte Intoleranz

In **Indien** wird das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Religionsfreiheit durch die hinduistisch-nationalistische Politik der Bharatiya Janata Party (BJP) ausgehöhlt.

Seit 2014 wird das religiöse Leben der Muslime und Christen immer stärker eingeschränkt. Das Gesetz zur Regulierung ausländischer Zuwendungen wird herangezogen, um die Zulassungen von Nichtregierungsorganisationen mit Verbindungen zur religiösen Minderheiten auszusetzen oder aufzuheben. Die Zahl der Nichtregierungsorganisationen, die Finanzmittel aus dem Ausland erhalten dürfen, war im Jahr 2024 von ehemals 35 000 auf 15 947 gesunken.¹⁴⁸ Inzwischen haben 12 Bundesstaaten Anti-Konversionsgesetze erlassen,¹⁴⁹ darunter Rajasthan und Uttar Pradesh, wo es allen Bürgern erlaubt ist, Anzeige zu erstatten, wobei ein hohes Risiko besteht, dass Menschen zu Unrecht beschuldigt werden.

Die religiös motivierte Gewalt hat stark zugenommen. 2024 wurden 834 Angriffe gegen Christen gezählt. Vor allem in Uttar Pradesh und Chhattisgarh kam es zu Mobgewalt.¹⁵⁰ Im Bundesstaat Manipur führten ethnische Auseinandersetzungen zwischen den christlichen Kuki-Zo und den hinduistischen Meitei zu zahlreichen Toten und weitläufigen Zerstörungen.¹⁵¹ Indien ist ein Beispiel für „hybride Verfolgung“, die sich in einer Verbindung aus staatlicher Unterdrückung und gewalttätigen Mobs äußert.

Im benachbarten **Nepal** führen Bestimmungen der Verfassung, die es untersagen, andere zu bekehren, zu Schikanen gegen christliche Gemeinden. Geistliche und Laien, die beschuldigt wurden, Angehörige der Kaste der Dalits bekehrt zu haben, wurden festgenommen oder öffentlich gedemütigt.¹⁵² Im September 2023 störten hinduistische Aktivisten eine christliche Versammlung in Kharhni, vertrieben die Teilnehmenden und beschmierten die Gesichter zweier Pastoren mit schwarzer Tinte.¹⁵³ Eine Woche zuvor waren zwei indische Missionare den Behörden übergeben worden. Im August 2024 wurde in Dhanusha eine Kirche wegen des Vorwurfs von „Massenbekehrungen“ geschlossen.¹⁵⁴

Instabilität und religiöse Spannungen nach Machtwechsel

Bangladesch geht mit der Religionsfreiheit weiterhin widersprüchlich um. Die Verfassung erklärt einerseits den Islam zur Staatsreligion und andererseits den Säkularismus zu einem ihrer Grundsätze. In der Praxis führt dieses zweigleisige Prinzip zu Instabilität und Diskriminierung. Das 2023 verabschiedete Gesetz zur Cybersicherheit¹⁵⁵ unterdrückt abweichende Meinungen und nimmt Minderheitengruppen ins Visier.

Nach dem Rücktritt von Premierministerin Hasina Wajed im Jahr 2024 und der Einsetzung einer Übergangsregierung unter Muhammad Yunus berichten Minderheiten von zunehmender Gewalt und Diskriminierung. Die Aufhebung des Verbots der islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami* schürt Befürchtungen, dass Islamisten mehr Einfluss gewinnen könnten.¹⁵⁶ In der Provinz Chittagong Hill Tracts werden christliche Gemeinden gezielt schikaniert, während die Situation der Rohingya-Flüchtlinge nach wie vor ungelöst und prekär ist.

Myanmar im Spannungsdreieck zwischen Politik, Ethnie und Religion

Maria Lozano

Myanmar ist eine Nation, die von einer großen Vielfalt an ethnischen und religiösen Identitäten geprägt ist. Die komplexe Gemengelage hat erhebliche Auswirkungen auf die Politik.¹⁵⁷

Das Land zählt mehr als 135 verschiedene ethnische Gruppen, wobei die Bamar mit einem Bevölkerungsanteil von 68 % die Mehrheit bilden und vorwiegend in zentralen Regionen angesiedelt sind.¹⁵⁸ Daneben gibt es Minderheiten wie die Kachin, Chin, Karen, Shan, Rakhine und Mon. Die Rohingya werden nicht als Staatsangehörige anerkannt.

Die Bamar und einige ethnische Minderheiten praktizieren überwiegend den Theravada-Buddhismus, dessen Anhänger rund 88 % der Bevölkerung ausmachen. Überwiegend christliche ethnische Gemeinschaften – vor allem die Kachin, Chin, Kayah (Karenni) und Karen – haben einen Anteil von 6 % an der Bevölkerung. Muslime, hauptsächlich Rohingya, machen 4 % der Bevölkerung aus. Daneben gibt es kleinere Gemeinschaften von Animisten und Hindus.¹⁵⁹

Politische Akteure: Staat, Militär, Opposition und ihre Dynamik

Die politische Landschaft Myanmars ist ebenso komplex und wird von verschiedenen Akteuren und Institutionen geprägt. Der Staat ist zentral organisiert und basiert auf einer bamar-buddhistischen Identität.

Seit Myanmar 1948 die Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich erlangte, steht es praktisch ununterbrochen unter einer Militärherrschaft. Die Militärregierung sieht ihre Aufgabe darin, die „nationale Einheit“ gegen einen angeblichen ethnischen und sektiererischen Separatismus zu verteidigen.¹⁶⁰ Alle Machthaber räumten bisher der bamar-buddhistischen Gemeinschaft eine Sonderstellung ein und betrachteten andere ethnische und religiöse Gruppen mit Argwohn.

Pro-demokratische Bewegungen wie die NLD (Nationale Liga für Demokratie) forderten die Militärherrschaft heraus, vermieden es aber zumeist, sich mit sensiblen Themen auseinanderzusetzen, wie Selbstbestimmung der ethnischen Gruppen, Minderheiten-

rechte oder militärische Übergriffe gegen Gruppen wie die Rohingya und die Kachin.

Im Februar 2021 stürzte das Militär die von der NLD geführte Zivilregierung. Der Putsch machte demokratische Errungenschaften wieder zunichte und löste landesweite Aufstände aus, bei denen sich zivile Proteste und bewaffneter Widerstand miteinander vermischten. Als Gegenpol zur Militärjunta bildeten mehrere ethnische und politische Akteure die *National Unity Government* (Nationale Einheitsregierung – NUG), die als Exilregierung agiert. Es entstanden zivile Milizen – die *People's Defence Forces* –, die die Kooperation mit schon länger bestehenden bewaffneten Gruppen ethnischer Minderheiten aufnahmen.¹⁶¹

Ethnisch-religiöse Gruppen: Identität, Marginalisierung und Rebellion

Als eine Form des Widerstands gegen politische und kulturelle Ausgrenzung und systematische Diskriminierung haben viele ethnische Minderheiten eigene Strukturen entwickelt. *Ethnic Armed Organisations* (EAOs), bewaffnete Gruppen, die verschiedene ethnische Gemeinschaften vertreten, übernehmen auch politische Führungsaufgaben und halten in ihren jeweiligen Gebieten die Selbstverwaltung aufrecht.¹⁶²

Dazu zählen die *Kachin Independence Army*, die *Chin National Front*, die *Karen National Union* und die *Arakan Army*, die alle seit Langem für Autonomie und Anerkennung sowie für die Bewahrung ihrer unterschiedlichen Identitäten kämpfen, einschließlich Sprache, Religion und kultureller Traditionen. Für einige ist die religiöse Identität von zentraler Bedeutung. So sind beispielsweise viele Kachin Christen, die gegen ethnische Diskriminierung und zugleich auch gegen religiöse Unterdrückung kämpfen.



Schwester Ann Nu Tawng von den Xaverianer-Missionarinnen fleht auf Knien vor Sicherheitskräften um Frieden. Aufgenommen am 28. Februar 2021 in Myitkyina, Myanmar.

Ein Grundpfeiler der nationalen Identität der Bamar ist der Buddhismus, zu dem die Staatsgewalt seit jeher einen Bezug hat. Die buddhistische Geistlichkeit (*Sangha*) steht weitgehend unter der Kontrolle des Staates. Ultrationalistische Gruppen wie die offiziell aufgelöste *Ma Ba Tha* haben nach wie vor Einfluss und schüren Hass gegen Muslime und andere Minderheiten.¹⁶³ Sie tragen erheblich zu den religiösen Spannungen und zur Gewalt im Land bei.

Die Militärjunta nutzt die Religion zur Konsolidierung ihrer Macht und hat Gesetze zum Schutz von Ethnien und Religionen erlassen, um Konfessionswechsel und interreligiöse Eheschließungen zu verhindern.¹⁶⁴

Das Christentum wiederum ist für Minderheiten wie die Chin, Kachin und Karen eine Kraftquelle und ein Symbol des Widerstands und der Unterstützung, wobei die Kirchen oftmals allen Bevölkerungsgruppen humanitäre Hilfe leisten und damit das Narrativ des Militärregimes widerlegen.¹⁶⁵

Muslime, vor allem die Rohingya, leiden unter Marginalisierung, Entrechtung, sozialer Diskriminierung und historisch gewachsener Gewalt.¹⁶⁶

Überschneidungen und Spannungen innerhalb des Dreiecks

Ethnische und religiöse Identitäten sind in Myanmar zu meist untrennbar miteinander verbunden und finden einen unmittelbaren politischen Ausdruck. Die Führung der Kachin spiegelt häufig eine christliche Identität

wider und schließt eine militärisch-politische Funktion ein. Bei den Rohingya steht die ethnische Zugehörigkeit im engen Zusammenhang mit dem Islam. Im Rahmen der Kämpfe zwischen der *Arakan Army* und Regierungstruppen wurden im August 2024 beim Massaker am Fluss Naf mindestens 200 Zivilisten der Rohingya getötet.¹⁶⁷

Religiöse und ethnische Minderheiten, vor allem Christen und Muslime, werden ständig unterdrückt und des Separatismus verdächtigt. Vom Staat ausgehende Gewalt wird oft mit nationalistischer Rhetorik gerechtfertigt. Die staatliche Kontrolle macht auch vor der Mehrheitsreligion nicht Halt. Selbst buddhistische Mönche, die dem Regime kritisch gegenüberstehen, werden verfolgt, wie Bhaddanta Muninda Bhivamsa, der im Juni 2024 ermordet wurde.¹⁶⁸ Mehr als 200 religiöse Gebäude wurden seit dem Putsch zerstört,¹⁶⁹ darunter 2025 die St.-Patrick's-Kathedrale und das katholische Gemeindezentrum St Michael in Banmaw.¹⁷⁰

Die Allianzen der oppositionellen Kräfte sind nach wie vor zerbrechlich, wobei das Regime Misstrauen und Vorurteile ausnutzt, um die Kluft zu vertiefen.

Der anhaltende Konflikt hat gravierende Auswirkungen auf die Religionsfreiheit. Trotz verfassungsrechtlicher Garantien werden Minderheiten, die als Bedrohung wahrgenommen werden, systematisch diskriminiert. Gewalt, Unterdrückung und gegenseitiges Misstrauen verhindern den Aufbau einer Nation, in der alle die gleichen Rechte haben.





Maritimes Asien

Die Region Maritimes Asien umfasst die Malaiische Halbinsel, den Malaiischen Archipel, Australien, Neuseeland und die Inselstaaten im indopazifischen Raum. In dieser weitläufigen, strategisch wichtigen Region gibt es Gesellschaften mit einer großen religiösen Vielfalt sowie Gebiete, in denen ein militanter Islam und staatlich auferlegte religiöse „Rechtgläubigkeit“ die Religionsfreiheit erheblich einschränken.

Malaysia und die Malediven: Institutionalisierte islamische Unterdrückung

In Malaysia und in den Malediven prägen sunnitisch-islamische Ideologien das Rechtswesen und die Regierung. Sie sind, was die Religionsfreiheit betrifft, nach wie vor die repressivsten Länder in der Region.

In **Malaysia** veranschaulichen zahlreiche Vorfälle aus dem Berichtszeitraum die anhaltenden Restriktionen und sozialen Spannungen. Unter anderem wurden ein Stand-up-Comedian und ein Händler aus Johor wegen angeblicher Beleidigung des Islam angeklagt.¹⁷¹ In einem anderen Fall wurde eine alleinerziehende Mutter verurteilt, weil sie angeblich engen Körperkontakt mit einem Mann hatte, der weder ihr Ehemann noch ein enger Verwandter ist.¹⁷² Im Jahr 2024 wurde die katholische Parlamentsabgeordnete Teresa Kok von der Polizei verhört, nachdem sie die Kosten der Halal-Zertifizierung kritisiert hatte.¹⁷³ In Sabah wurden in Ausweisdokumenten von Christen willkürlich die Angabe „Islam“ eingetragen.¹⁷⁴ Rohingya-Flüchtlinge wurden aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres Glaubens diskriminiert.¹⁷⁵ In Sarawak offenbarte die öffentliche Debatte über Bibelunterricht und Fremdenfeindlichkeit die Fragilität des religiösen Miteinanders.¹⁷⁶ Trotz einiger Gerichtsurteile zugunsten der Rechte von Minderheiten bleibt das Klima von unklaren Rechtslagen, staatlicher Überwachung und zunehmender Intoleranz geprägt.

In den **Malediven** werden die Gesetze, die jegliche nicht islamische religiöse Äußerungen verbieten, weiterhin streng durchgesetzt. 2024 wurden zwei deutsche Touristinnen festgenommen, weil sie Bibeln verteilt hatten.¹⁷⁷ Ein spiritueller Lehrer aus Indien und eine weitere Person wurden 2023 ausgewiesen.¹⁷⁸ Extremistische Gruppen rekrutieren in den Malediven Mitglieder. 2023 wurden 20 Personen von den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt, weil sie die Terrororganisationen IS und al-Qaida finanziell unterstützt haben. In den Gefängnissen findet Berichten zufolge Radikalisierung statt.¹⁷⁹

Indonesien: Gegensatz von Blasphemie und Einheit

Seit der Unabhängigkeit 1945 ist **Indonesien** formell ein säkularer Staat, der das Recht auf Religionsfreiheit anerkennt. Pluralismus hat in dem Land eine lange Tradition, die jetzt ins Wanken gerät. Aceh ist die einzige Provinz, in der die Scharia gilt. Im Januar 2023 wurde in der Hauptstadt Banda Aceh eine Frau öffentlich mit 22 Hieben bestraft, weil sie sich mit einem Mann getroffen hatte, der nicht ihr Ehemann war.¹⁸⁰ Nichtmuslime, insbesondere Christen, sind unverhältnismäßig oft von Blasphemiegesetzen und Einschränkungen der Redefreiheit betroffen. Ein 74-jähriger katholischer Konvertit saß drei Jahre nach der Veröffentlichung eines islamkritischen Buches im Dezember 2023 nach wie vor in Haft.¹⁸¹ Zum Auftakt seiner Südostasien-Reise mit Aufenthalten in vier Ländern besuchte Papst Franziskus im September 2024 Indonesien. Er forderte das Land auf, seinem Wahlspruch „Einheit in Vielfalt“ treu zu bleiben und ein Vorbild für interreligiöses Miteinander zu sein.¹⁸²

Der Papst beendete seine Asien-Pazifik-Reise mit einem dreitägigen Aufenthalt in **Singapur**. Er lobte das Engagement des Landes für ein harmonisches religiöses Miteinander und den Schutz der Religionsfreiheit für alle Glaubensrichtungen.¹⁸³

Seite gegenüber:
Während der
heiligen Messe mit
Papst Franziskus
am 8. September
2024 im Sir-John-
Guise-Stadion in
Port Moresby,
Papua-Neuguinea,
schützt sich
ein Mann mit
traditionellem
Kopfschmuck vor
der Sonne.

Philippinen und Brunei Darussalam: Extremismus und Scharia-Recht

Auf Mindanao, der südlichen Insel der **Philippinen** mit einer großen muslimischen Bevölkerung, hält die dschihadistische Gewalt an. Im Dezember 2023 wurde während eines katholischen Gottesdienstes an der Mindanao State University eine Bombe gezündet. Bei dem Anschlag kamen vier Menschen ums Leben.¹⁸⁴ Bei einem Granatenangriff auf eine Kapelle in Cotabato-Stadt im Mai 2024 wurden zwei Personen verletzt.¹⁸⁵ Bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen militanten Islamisten und Regierungstruppen in Maguindanao del Sur wurden 11 Menschen getötet.¹⁸⁶ Diese Ereignisse verdeutlichen die anhaltende Bedrohung, die von Dschihadisten in der Region Bangsamoro ausgeht. Zugleich wird der Regierung vorgeworfen, dass sie das umstrittene Terrorismusbekämpfungsgesetz als Vorwand für Menschenrechtsverletzungen benutzt, etwa zur gezielten Verfolgung von Aktivisten, Geistlichen und indigenen Gemeinschaften, die ihr Land vor Bergbauinteressen schützen wollen.

Trotz internationaler Kritik hält **Brunei Darussalam** am Scharia-Strafgesetz fest, das seit April 2019 vollständig in Kraft ist. Es stellt Apostasie, Blasphemie und die Verbreitung nicht islamischer Glaubensrichtungen unter Strafe und sieht Strafen wie Amputation, Auspeitschen und Hinrichtung vor, obwohl de facto ein Moratorium für die Todesstrafe besteht.¹⁸⁷ Trotz der in der Verfassung verankerten Religionsfreiheit gelten für Nichtmuslime erhebliche Einschränkungen, vor allem in Bezug auf das Missionieren, die Verbreitung religiöser Schriften und kritische Äußerungen über den Islam.

Pazifik und Australien: Religionsfreiheit inmitten neuer Spannungen

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region achten die pazifischen Inselstaaten – darunter **Australien**,

Neuseeland, **Timor-Leste** und **Papua-Neuguinea** – im Allgemeinen streng auf den Schutz der Religionsfreiheit. Gleiches gilt für pazifische Mikrostaaten wie **Samoa**, **Tonga**, **Fidschi** und **Kiribati**.

In **Australien** wurde die Religionsfreiheit in der Vergangenheit rechtlich geschützt. Aber die jüngsten Entwicklungen geben Anlass zur Sorge. In einigen Bundesstaaten wird von Ärzten verlangt, dass sie Behandlungen und Eingriffe anbieten, die nicht mit ihrem Glauben oder ihrem Gewissen vereinbar sind. In einem Bundesstaat wurde ein katholisches Krankenhaus, in dem aus ethischen Gründen keine Schwangerschaftsabbrüche angeboten wurden, verstaatlicht. Wegen der Flüchtlingslager, die Australien in **Nauru** unterhält, steht das Land international in der Kritik. Menschenrechtsgruppen und katholische Bischöfe haben die unmenschlichen Bedingungen dort verurteilt. Viele Asylsuchende, von denen viele vor religiöser Verfolgung geflohen sind, werden dort über lange Zeiträume festgehalten. Im November 2024 saßen mehr als 100 Menschen in Nauru fest, die höchste Zahl seit 2013.¹⁸⁸

In **Papua-Neuguinea** haben soziale Unruhen und geopolitischer Druck eine Debatte darüber ausgelöst, welchen Platz die Religion im öffentlichen Leben einnehmen soll. Nach schweren Ausschreitungen im Februar 2024, bei denen Menschen zu Tode kamen, warb Premierminister Marape für eine christliche nationale Identität. Bald darauf verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das Papua-Neuguinea zu einer christlichen Nation erklärte. Geistliche warnten vor dem Verlust der kulturellen Vielfalt. Bei seinem Besuch im September 2024 mahnte Papst Franziskus zur Achtung der Menschenwürde und verurteilte Gewalt und Hexenverfolgung. Die zunehmende Politisierung der Religion und externe Einflüsse könnten die Religionsfreiheit und die Vielfalt im Land gefährden.¹⁸⁹



China: Religiöse Erziehung von Minderjährigen gesetzlich verboten

André Stiefenhofer

Seit einigen Jahren verhindern strenge nationale Gesetze und regionale Vorschriften, dass Kinder und Jugendliche in China am religiösen Leben teilnehmen. Seit 2014 versucht die Regierung mit immer neuen Gesetzen und Verordnungen, die Religionsausübung in einen offiziellen staatlich sanktionierten Rahmen zu pressen und jegliche nicht genehmigten Formen der Religionsausübung zu unterbinden.¹⁹⁰ Das hat unter anderem dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche von der Teilnahme am religiösen Leben in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden weitgehend ausgeschlossen sind.

Die Verfassung Chinas schützt lediglich „normale“ religiöse Aktivitäten,¹⁹¹ eine sehr vage Beschreibung, auf die sich der Staat beruft, wenn er die „Sinisierung“ der Religionen vorantreibt. Diese ist nicht im Sinne einer Inkulturation, sondern vielmehr im Sinne einer Gleichschaltung zu verstehen. Von den Religionen wird erwartet, dass sie ihre Lehren mit den sozialistischen Werten chinesischer Prägung in Einklang bringen.¹⁹²

Im Gesetz über die patriotische Erziehung von 2023, Paragraph 22 ist von einer „Anpassung der Religionen“ die Rede, die dazu dienen soll, die Vereinbarkeit von Religion und sozialistischer Gesellschaftsform zu verbessern.¹⁹³ Im Bildungsgesetz von 2021 heißt es unter Paragraph 8: „Keine Organisation oder Person darf die Religion für Aktivitäten als Vorwand nehmen, die in das staatliche Bildungssystem eingreifen.“¹⁹⁴ Während diese Formulierung geeignet ist, jede religiöse oder katechetische Unterweisung als „Einmischung“ auszulegen, können Behörden auch auf das nationale Gesetz zum Schutz von Minderjährigen von 2020 zurückgreifen, um Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an religiösen Aktivitäten zu verbieten. Dieses

Gesetz nennt religiöse „Kulte“ in einem Atemzug mit „Aberglauben“, Terrorismus, Separatismus und Extremismus und stellt damit die Religionen unter den Generalverdacht der Staatsfeindlichkeit.¹⁹⁵

Diese restriktive Linie setzt sich in der regionalen Gesetzgebung der einzelnen Provinzen fort. In mehreren Provinzen gelten Rechtsvorschriften für religiöse Angelegenheiten, die den Religionsunterricht für Minderjährige ausdrücklich verbieten und den Behörden freie Hand lassen, gegen die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen am religiösen Leben ihrer Gemeinde vorzugehen. Das betrifft nicht nur Gottesdienste, sondern auch von Glaubensgemeinschaften ausgerichtete Ferienlager, Sonntagsschulen, Einkehrtage und Familienfeste. Vielerorts ist Kindern der Zutritt zu Gebetsstätten verboten. Viele Schulen lassen Eltern und Kinder Erklärungen unterzeichnen, in denen sie sich verpflichten, auf jede Form von Glaubensausübung zu verzichten. In den Vorschriften heißt es zum Beispiel: „Keine Organisation oder Person darf Minderjährige dazu verleiten oder zwingen, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen.“¹⁹⁶ Zu den „Aktivitäten“ zählen Gottesdienste ebenso wie „Studienreisen, Sommerlager oder Retreats“. ¹⁹⁷ Einige Schulen forderten die Eltern schriftlich auf, ihre Kinder von Religionen fernzuhalten, weil religiöser Glaube angeblich die moralische Entwicklung und die Leistungsfähigkeit beeinträchtigt.

All diese Maßnahmen laufen letztendlich darauf hinaus, dass jegliche Form von Glaubensausübung und religiöser Erziehung für Personen unter 18 Jahren in China verboten ist, sodass Glaubensgemeinschaften der Nachwuchs entzogen wird und sie in ihrer Existenz bedroht sind.



Diese Aufnahme aus dem Jahr 2008 zeigt ein Mädchen bei der Sonntagsmesse in einer Kirche. Heute ist Minderjährigen die Teilnahme nicht mehr erlaubt.

© ACN

Indien: Anti-Konversionsgesetze

André Stiefenhofer

In zwölf indischen Bundesstaaten sind inzwischen Anti-Konversionsgesetze erlassen worden. Nach offizieller Darstellung sollen dadurch lediglich solche Glaubenswechsel verhindert werden, die durch Zwang, Betrug oder Verführung zustande kommen. Menschen, die zu einer anderen Glaubensgemeinschaft übertreten möchten, werden durch die Gesetze verpflichtet, die Behörden zuvor entsprechend zu informieren. Auch wenn die jüngste Welle von Anti-Konversionsgesetzen maßgeblich von der regierenden Bharatiya Janata Party (BJP) vorangetrieben wurde, reichen ihre Ursprünge bis ins Jahr 1936 zurück; denn bereits unter der britischen Kolonialherrschaft war es zwölf Fürstenstaaten gestattet worden, solche Gesetze einzuführen.¹⁹⁸

In der Praxis werden die Anti-Konversionsgesetze systematisch gegen religiöse Minderheiten missbraucht. Sie schaffen ein Klima der Angst, fördern falsche Anschuldigungen und legitimieren Schikane. Angehörige religiöser Minderheiten werden regelmäßig von radikalen hinduistischen Gruppen denunziert, wobei ihre humanitären oder bildungsbezogenen Aktivitäten fälschlich als Konversionsversuche dargestellt werden.

Am 16. Februar 2025 wurden in der Stadt Indore (Madhya Pradesh) die katholische Ordensfrau Sheela Savari Muthu und drei ihrer Kolleginnen von der Polizei festgenommen, obwohl diese keinen Zwang ausgeübt hatten – und auch keine religiösen Konversionen stattgefunden hatten. Die Frauen hatten nach zuvor eingeholter offizieller Genehmigung lediglich ein Gesundheits- und Hygienecamp für Kinder von Hausangestellten in einem öffentlichen Park veranstaltet. Nachdem sich ein Mob hinduistischer Nationalisten vor Ort versammelt hatte, die die Veranstalter bedrohten und die Ordensfrau der versuchten Bekehrung der Kinder beschuldigten, intervenierte die Polizei. „Die Polizei brachte uns auf die Wache“, berichtete Schwester Muthu. „Als wir Anzeige gegen die Mitglieder des Mobs erstatten wollten, wurde uns dies verweigert – stattdessen erhob die Polizei Anklage gegen uns.“¹⁹⁹ Die Stadtverwaltung von Indore ließ später das vierstöckige Gebäude, in dem Muthus

Büro untergebracht war, abreißen – ungeachtet von Bitten, die Gerichtsentscheidung abzuwarten.²⁰⁰

Dass Anti-Konversionsgesetze auch als Instrument staatlicher Verfolgung eingesetzt werden können, verdeutlicht der Fall von Pastor Jose Pappachan und seiner Frau Sheeja im Bezirk Ambedkar Nagar (Uttar Pradesh): Das Ehepaar wurde im Januar 2025 von einem Gericht zu fünf Jahren Haft verurteilt und jeweils mit einer Geldstrafe von 25.000 Rupien (ca. 300 US-Dollar) belegt – unter der Anschuldigung, Menschen aus Stammes- und Dalit-Hintergrund zum Christentum bekehren zu wollen. Beide wiesen die Vorwürfe zurück und erklärten, sie hätten lediglich Kinder unterrichtet und Menschen geholfen, vom Alkohol loszukommen und weniger zu streiten.²⁰¹ Im Februar 2025 wurde das Paar nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von Allahabad auf Kautions freigelassen.²⁰² Da etwa 20 % der Christen in Indien aus Stammesgemeinschaften und rund 70 % aus Dalit-Gruppen stammen, ruft die Aussicht auf eine Konversion mitunter besonders feindselige Reaktionen hinduistischer Nationalisten hervor.²⁰³

Die Anti-Konversionsgesetze bestärken radikale hinduistische Nationalisten zu Selbst- und Lynchjustiz, was unter religiösen Minderheiten ein Klima der Angst schafft. Am 22. Juni 2025 stürmte ein Mob von 150 Personen das Haus von Pastor Gokhariya Solanky im Dorf Nepa Nagar im Bezirk Burhanpur (Madhya Pradesh). Sie griffen ihn und drei weitere Christen – allesamt Dalits – an, zwangen sie, sich auszuziehen, und führten sie in ihrer Unterwäsche durch die Öffentlichkeit. Anschließend wurden die Opfer in den örtlichen Hindu-Tempel gebracht und gezwungen, sich vor der Gottheit zu verneigen. Danach beschuldigte die Menge die Christen, Dalit-Hindus zum Christentum bekehrt zu haben, und übergab sie der Polizei, die sie in Haft nahm. Pastor Solankys Fazit fasst die derzeitige Lage in Indien treffend zusammen: „Falsche Konversionsvorwürfe werden routinemäßig von Hindu-Gruppen gegen Christen erhoben, weil sie Indien in eine hinduistisch dominierte Nation verwandeln wollen.“²⁰⁴

INDIEN

Ein Mann beim Gebet in einem kleinen Stammesdorf im indischen Bundesstaat Jharkhand.

Die vielen Gesichter der Scharia: Gesetz, Macht und Praxis in der muslimischen Welt

Dennis Peters

Das islamische Recht der Scharia prägt die Ausgestaltung der Religionsfreiheit in der muslimischen Welt maßgeblich. Dient die Scharia in einigen Regionen vorrangig als spiritueller und moralischer Kompass, bildet sie andernorts das Fundament staatlicher Gesetzgebung – mit weitreichenden Folgen für Staatsbürgerschaft, Minderheitenrechte und rechtliche Gleichstellung. Dabei ist sie keineswegs ein starres oder einheitliches System. Ihre Auslegung und Umsetzung ist in den einzelnen Ländern – und sogar innerhalb der Länder – sehr unterschiedlich und spiegelt die komplexen Wechselwirkungen zwischen Tradition, Moderne und politischer Autorität wider.

Entgegen der Vorstellung eines einzigen, geschlossenen Kodex gibt es nicht „die“ Scharia. In mehrheitlich muslimischen Staaten reicht das Spektrum islamischen Rechts vom symbolischen Verweis auf göttliche Werte bis hin zu einem vollständig kodifizierten, staatlich durchgesetzten Rechtssystem. Manche Verfassungen bezeichnen die Scharia ausdrücklich als Hauptquelle der Gesetzgebung. In Saudi-Arabien etwa gelten Koran und Sunna als alleinige Rechtsquellen.²⁰⁵ In Iran überprüft der Wächterrat sämtliche Gesetze auf ihre Übereinstimmung mit der schiitischen Doktrin.²⁰⁶ In beiden Fällen liegt die letztgültige Autorität bei der islamischen Rechtsgelehrsamkeit. Anderswo existiert die Scharia parallel zu säkularen Rechtssystemen und regelt vor allem Fragen des Personenstands – Ehe, Scheidung, Erbrecht. Grundsätzlich ist die Scharia jedoch weit mehr als ein juristisches System. Wörtlich übersetzt bedeutet sie „der wohlgetretene Pfad zum Wasser“ – und meint etwa für Wüstenvölker den Weg zum Leben selbst.

Die Kluft zwischen Recht und Praxis

Wie der Rechtswissenschaftler Ebrahim Afsah, auf dessen Kurs über Verfassungskämpfe in der muslimischen Welt dieser Artikel basiert, betont, klaffen verfassungsrechtliche Bekenntnisse und die tatsächliche Rechtsanwendung der Scharia häufig auseinander – mit entscheidender Bedeutung für die Religionsfreiheit. In Ägypten entfaltet die diskriminierende Anwendung von Blasphemiegesetzen eine abschreckende Wirkung auf

die Ausübung grundlegender religiöser Rechte.²⁰⁷ Andere Länder mit strikteren Kodizes setzen diese uneinheitlich durch. In Nordnigeria etwa hängt die Umsetzung des schariabasierten Strafrechts stark vom politischen Willen und öffentlichen Druck ab.²⁰⁸ Zwar verhängen die dortigen Scharia-Gerichte nicht mehr die grausame Strafe der Amputation, doch sind sie nicht vor dem üblichen Problem der Korruption gefeit. Während manche Christen angeben, diese Gerichte zu bevorzugen, berichten andere von Diskriminierung.²⁰⁹ Staaten wie Pakistan und Iran definieren sich stark über ihre islamische Rechtsidentität.²¹⁰ In der indonesischen Provinz Aceh hat die regionale Autonomie die Anwendung der Scharia – einschließlich Körperstrafen – trotz der säkularen nationalen Verfassung des Landes ermöglicht.²¹¹ Diese Unterschiede haben konkrete Folgen für religiöse Gemeinschaften.

Historische Wurzeln

Die pluralistische Gestalt des islamischen Rechts hat tiefe historische Grundlagen. Frühislamische Reiche berücksichtigten lokale Traditionen und erlaubten nicht muslimischen Gemeinschaften²¹² – insbesondere Juden und Christen mit dem Status von *Dhimmis* – die Beibehaltung eigener Rechtspraktiken, wenn auch innerhalb klarer Grenzen. Öffentliche religiöse Ausdrucksformen waren eingeschränkt, und der Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion war nicht erlaubt.

Für nicht abrahamitische Minderheiten konnten die Bedingungen deutlich härter sein, wie die Verfolgung der Jesiden in Irak durch den IS im Jahr 2014 drastisch zeigte.²¹³

Eine muslimische Frau erhält 23 Peitschenhiebe, nachdem sie in Banda Aceh, Indonesien, in direkter Nähe zu ihrem Freund gesehen wurde.

© AFP via Getty Images

Moderne Transformationen

Im 19. und 20. Jahrhundert standen muslimische Staaten zunehmend unter Druck, sich westlichen Rechts-, Militär- und Bildungsmodellen anzupassen – auf den sie sehr unterschiedlich reagierten: Die Türkei setzte auf umfassende Säkularisierung, Ägypten auf partielle Rechtsreformen, während Saudi-Arabien solche Veränderungen ablehnte und sie als unvereinbar mit der islamischen Authentizität darstellte. Heute lassen sich vier große Strömungen unterscheiden, die muslimische Debatten über die Scharia prägen:²¹⁴

1. **Säkularismus:** Ziel ist es, Religion aus der öffentlichen Ordnung zu entfernen;
2. **Modernismus:** strebt eine Neuauslegung der Scharia im Einklang mit modernen Werten an;
3. **Traditionalismus:** geht mit der Überzeugung einher, dass das islamische Recht bereits vollständig und ausreichend sei;
4. **Fundamentalismus:** fordert eine Rückkehr zu den frühesten islamischen Quellen mit strengem Textverständnis.

Folgen für die Religionsfreiheit

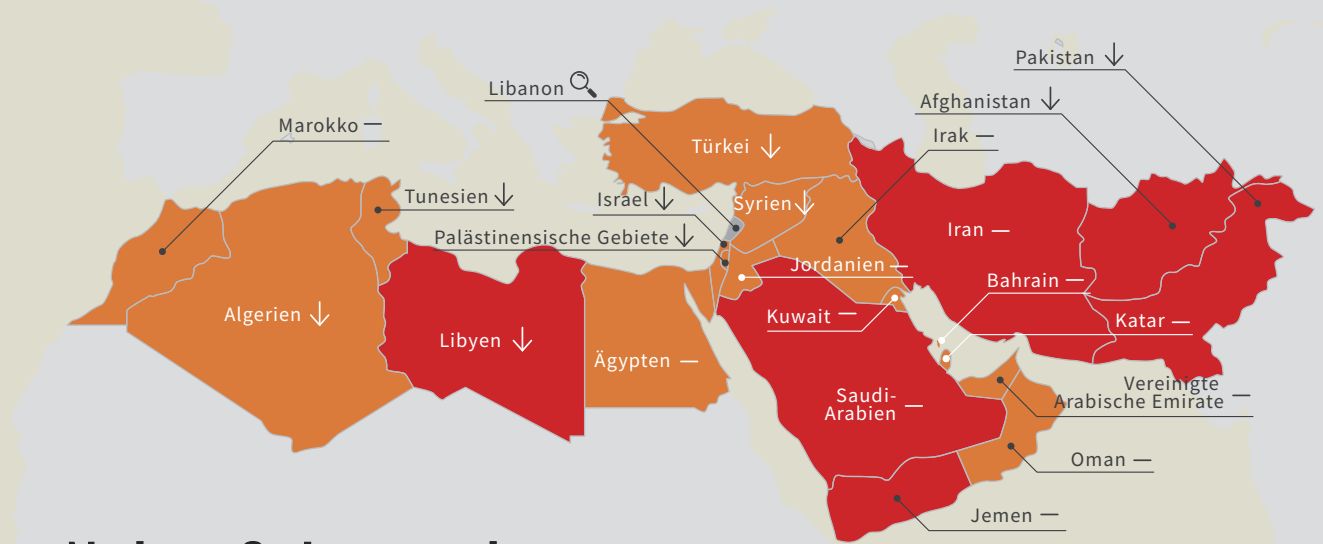
Wo die Scharia so ausgelegt wird, dass sie Nichtmuslime benachteiligt, Konversion verbietet oder vermeintliche Beleidigungen des Islam kriminalisiert, ist die Religionsfreiheit stark eingeschränkt. In Pakistan etwa führen

Blasphemievorwürfe immer wieder zu Lynchjustiz und gerichtlicher Verfolgung. Unter den Taliban in Afghanistan steht Apostasie weiterhin unter Todesstrafe. Doch die Entwicklungen sind nicht durchweg negativ. In Tunesien und Marokko wurden durch religiös begründete Reformen Frauenrechte und der Schutz von Minderheiten gestärkt. In Teilen Zentralasiens haben säkulare Verfassungen die Einführung konfessioneller Rechtssysteme verhindert – wenn auch häufig zulasten umfassender politischer und religiöser Freiheiten. Bemerkenswert ist auch, dass Saudi-Arabiens Kronprinz Mohammed bin Salman 2022 ein Projekt anstieß, das die nach allgemeiner Ansicht authentischsten Hadithe zusammenstellen soll – mit dem erklärten Ziel, ihre Vereinnahmung durch Extremisten zu verhindern.²¹⁵

Fazit

Die Scharia manifestiert sich in vielgestaltiger Weise – von verfassungsrechtlichen Referenzpunkten bis hin zu umfassenden, staatlich durchgesetzten Rechtssystemen. Ihre Rolle in mehrheitlich muslimischen Ländern hängt von historischen Erfahrungen, politischer Einflussnahme und der Stärke oder Schwäche der Institutionen ab. Für Verfechter der Religionsfreiheit erfordert diese Komplexität einen differenzierten, kontextspezifischen Ansatz. Allen Herausforderungen zum Trotz sind Anzeichen von Wandel und offener Diskussion erkennbar. Auf der Suche nach einer eigenen Identität und rechtlichen Ausrichtung, bleibt für viele Länder die Frage, wie die Scharia ausgelegt und genutzt wird, ein Schlüsselthema im weltweiten Ringen um Religionsfreiheit.





Naher Osten und Nordafrika (MENA)

Die Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) bleibt eine der komplexesten und volatilsten weltweit. Auch wenn es im Berichtszeitraum durchaus positive Entwicklungen gab, wurden diese weitgehend von besorgniserregenden Trends und insbesondere vom Konflikt zwischen Israel und der Hamas überlagert. Dieser brachte ein großes Ausmaß an Gewalt und eine breite regionale Destabilisierung mit sich.

Derzeit lassen sich mehrere zentrale Entwicklungen erkennen, die sich naturgemäß nicht auf alle Länder der MENA-Region und die angrenzenden, mehrheitlich muslimischen Staaten Türkei, Pakistan und Afghanistan gleichermaßen übertragen lassen.

Staatliche Gesten gegenüber religiösen Minderheiten

Auch wenn es in mehrheitlich muslimischen Staaten grundsätzlich keine umfassende Religionsfreiheit gibt, erkennen zumindest manche im zunehmenden Maße an, dass religiöser Pluralismus für das gesellschaftliche Gefüge unabdingbar bleibt. Vor allem islamische Monarchien wie Jordanien und Marokko haben eine lange Tradition des interreligiösen Dialogs und rufen immer wieder zu mehr Besonnenheit auf.

Seit einigen Jahren haben sich ihnen andere Staaten mit islamischer Bevölkerungsmehrheit in der Region angeschlossen und verfolgen eine tolerante Religionspolitik. Besonders die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zeigen sich offen gegenüber Juden und Christen. Ein Beispiel ist die Eröffnung des *Abrahamic Family House* in Abu Dhabi im Jahr 2023. In dem multireligiösen Zentrum mit Kirche, Synagoge und Moschee konnte die jüdische Gemeinschaft der VAE im April 2023 das Pessachfest feiern.²¹⁶ Im Februar 2024 weihte Indiens Premierminister

Narendra Modi zudem den ersten Hindu-Tempel Abu Dhabis ein.²¹⁷

Auch in Marokko wurden vergleichbare Maßnahmen ergriffen, die ein Entgegenkommen gegenüber der jüdischen Gemeinschaft signalisierten. So wurde im November 2022 an der Polytechnischen Universität Mohammed VI. in Marrakesch die erste Campus-Synagoge der arabischen Welt eingeweiht – direkt neben einer neu erbauten Campus-Moschee, mit einer gemeinsamen Mauer als Symbol religiöser Einheit.²¹⁸ Allerdings waren weder zur Zeit der Eröffnung jüdische Studierende eingeschrieben, noch im Juli 2025. Wenige Monate nach der Einweihung erkannte Israel die Annexion der Westsahara durch Marokko an. Schon 2020 hatte die erste Trump-Administration die Annexion bestätigt, um Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen Marokko und Israel zu erleichtern.²¹⁹

Im Februar 2023 nahmen Oman und der Heilige Stuhl volle diplomatische Beziehungen auf.²²⁰ In Bahrain stiftete der König ein Grundstück der Orthodoxen Kirche und stattete Papst Franziskus nach dessen Reise in das Land einen Gegenbesuch ab.²²¹

Diese Schritte sind zweifellos positiv zu bewerten, tragen sie doch dazu bei, tief verwurzelte Vorbehalte gegenüber Nichtmuslimen abzubauen. Zugleich sind sie meist mit politischen Absichten verbunden: Die betreffenden Staaten wollen sich international als tolerant präsentieren, während sie im Innern häufig repressiv agieren und keine umfassende Religionsfreiheit gewähren.

Politischer Islam

Eine Umfrage von *Arab Barometer* aus dem Jahr 2023 zeigte, dass sich in den meisten Ländern sowohl junge als

auch ältere Bürger klar dafür aussprachen, der Religion im politischen Leben mehr Gewicht zu verleihen.²²²

Dies spiegelte sich auch im Wahlverhalten wider. So erzielte der politische Arm der Muslimbruderschaft bei den Parlamentswahlen in Jordanien im September 2024 große Erfolge. Mit 31 von 138 Sitzen wurde die islamistische Partei zur stärksten Fraktion im Parlament und erreichte ihr bestes Ergebnis seit 35 Jahren. Im April 2025 jedoch verboten die jordanischen Behörden die Muslimbruderschaft mit dem Vorwurf, sie habe Gewalttaten geplant. Der politische Arm durfte zwar weiter bestehen, allerdings wurden die Büros der Organisation durchsucht.²²³

Noch weitreichender – sowohl innenpolitisch als auch in internationaler Hinsicht – war die Machtübernahme in Syrien durch die islamistische Miliz Hayat Tahrir al-Sham (HTS) Ende 2024. Anfang 2025 wurde ihr Anführer Ahmed al-Scharaa zum Präsidenten der „Übergangsperiode“ ernannt. Damit folgte er auf Langzeitherrscher Baschar al-Assad, der durch eine Blitzoffensive der Rebellen gestürzt worden war und die jahrzehntelange Herrschaft der alawitischen Minderheit endete. Präsident al-Scharaa ist der Gründer der al-Nusra-Front. Der al-Qaida-Ableger²²⁴ ist für Dutzende von Angriffen auf Zivilisten, darunter Massaker an Christen²²⁵ und Drusen, verantwortlich. Ungeachtet jüngster Äußerungen zugunsten der Religionsfreiheit hatte al-Scharaa (ehemals al-Dschaulani) in einem Interview aus dem Jahr 2014 erklärt, dass es sein Ziel sei, „Syrien nach islamischem Recht regiert zu sehen und dass es keinen Platz für die alawitischen, schiitischen, drusischen und christlichen Minderheiten im Land“ gebe.²²⁶

Welche Auswirkungen die Machtübernahme der HTS auf die Religionsfreiheit in Syrien haben wird, ist bislang unklar. Einige westliche Staaten betrachten die neuen Machthaber inzwischen als legitime Ansprechpartner. Die britische Regierung stuft Hayat Tahrir al-Sham hingegen lediglich als „anderen Namen für al-Nusra“ ein und listet die HTS als Teil von al-Qaida und damit als verbotene Terrororganisation.²²⁷ Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen führt HTS als al-Qaida-Ableger und Terrororganisation.²²⁸ Gleichwohl wurde Übergangspräsident al-Scharaa Anfang Mai 2025 von Präsident Emmanuel Macron in Paris empfangen; US-Präsident Donald Trump traf ihn im Mai in Saudi-Arabien. Im Juli 2025 strich die US-Regierung HTS von ihrer Terrorliste.²²⁹

Sowohl Macron als auch Trump fordern eine inklusive Politik gegenüber Minderheiten, und die Aufnahme eines christlichen und eines drusischen Mitglieds in die Übergangsregierung ist ein positives Signal. Die syrische Regierung sicherte christlichen Führungspersonlichkeiten zudem zu, die Rechte von Minderheiten zu achten. Dennoch erklärten Kirchenvertreter im Juli 2025, sie könnten Präsident al-Scharaa weder für den Schutz ihrer eigenen Gemeinschaft noch für die Drusen vertrauen²³⁰, und die HTS bleibt ideologisch klar im Lager des radikalen Islamismus.

Vor diesem Hintergrund ist das Massaker an Hunderten Angehörigen der alawitischen Gemeinschaft im März 2025, von dem auch Christen betroffen waren, besonders erschütternd.²³¹ Ende April kam es zudem zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Drusen und regierungstreuen Truppen, bei denen fast hundert Menschen ums Leben kamen.²³²

Angesichts der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit in Syrien kann nicht davon ausgegangen werden, dass nach der auf fünf Jahre angesetzten Übergangszeit eine säkulare Regierung gebildet wird. Im Gegenteil deuten die bisherigen Änderungen der Übergangsverfassung auf eine stärkere Islamisierung von Politik und öffentlichem Leben hin. Dazu gehört auch eine Erklärung vom März 2025, wonach der Präsident Muslim sein muss und die islamische Rechtsprechung die Hauptquelle der Gesetzgebung bildet.²³³

Islamisierung

In mehreren Teilen der Region lässt sich eine zunehmende Islamisierung des öffentlichen Lebens beobachten – oft mit dem Ziel, Zustimmung in der Bevölkerung zu sichern und die eigene politische Legitimität zu stärken. Ein Beispiel hierfür bildet Libyen: Hier ist die in Tripolis ansässige *Government of National Unity* (Regierung der nationalen Einheit, GNU) international anerkannt, obwohl sie nur etwa ein Drittel des Nordens des Landes und gar kein Gebiet im Süden kontrolliert. Der Innenminister der GNU kündigte im November 2024 an, die „Sittenpolizei“ wieder einsetzen zu wollen. Zudem erklärte er, Frauen dürften das Haus künftig nicht mehr ohne islamisches Kopftuch verlassen und auch nicht ohne männliche Begleitung reisen.²³⁴

Im selben Monat weitete das irakische Parlament das Alkoholverbot auf Hotels und soziale Einrichtungen aus und führte das Land damit einen Schritt näher an eine vollständige Prohibition heran.²³⁵ Im kurdisch kontrollierten Norden – in dessen Hauptstadt Erbil viele Christen und Jesiden leben – wird das Verbot weitgehend ignoriert.²³⁶ Für Minderheiten wie Christen und Jesiden ist der Verkauf von Alkohol von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich in der Türkei. Dort wurde 2024 die im 4. Jahrhundert errichtete Erlöserkirche in Chora offiziell als Moschee eingeweiht. Das staatliche ÇEDES-Projekt strebte zudem die Einsetzung von Imamen als „geistliche Berater“ an Schulen ein, was allerdings auf heftigen Widerstand stieß²³⁷: Der Generalsekretär der Lehrgewerkschaft bezeichnete das Vorhaben als reaktionär und erklärte, Lehrkräfte würden Kinder nicht zu den von der Regierung geplanten Unterrichtsstunden bringen.²³⁸

Wiedererstarben des islamistischen Terrorismus

Wenngleich der dschihadistische Terrorismus in der Region nicht mehr die Dimensionen erreicht wie 2014, als der IS große Gebiete unter seine Kontrolle brachte, ist die Gewalt seit 2023 wieder deutlich angestiegen – insbesondere in Syrien.

Im Januar 2025 berichtete das *Institute for the Study of War* von einem Wiedererstarken des IS in Syrien. Veränderungen in der internationalen Terrorismusbekämpfung hätten dort Sicherheitslücken geschaffen²³⁹, die den schrittweisen Wiederaufbau seiner Strukturen im Zentrum des Landes ermöglichten.²⁴⁰

ugleich hat sich der dschihadistische Terrorismus auf neue Schauplätze ausgedehnt. Im Juli 2024 wurden bei einem bislang beispiellosen Angriff auf eine schiitische Moschee in Omans Hauptstadt Maskat sechs Menschen – darunter ein Polizist – getötet und 28 verletzt. Der Anschlag war der erste in der Geschichte des Landes, der von IS für sich reklamiert wurde.²⁴¹

In Pakistan gehört die Terrororganisation „Islamischer Staat in der Provinz Khorasan“ (ISPK) zu einer Vielzahl von Gruppen, die das Land destabilisieren.²⁴² Sie greift häufig Zivilisten und religiöse Minderheiten an, insbesondere schiitische Muslime und rivalisierende sunnitische Gruppierungen wie die Taliban. Als die Taliban ihr Vorgehen gegen den ISPK in Afghanistan intensivierten, zogen viele Kämpfer nach Pakistan um, wo sie Netzwerke in städtischen und ländlichen Gebieten aufbauten. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg der Gewalt mit immer raffinierteren Angriffen auf religiöse Minderheiten.²⁴³ In Afghanistan selbst wurde die Religionsfreiheit seit der Rückkehr der Taliban an die Macht 2021 praktisch ausgemerzt. Religiöse Minderheiten wie Sufis und schiitische Muslime werden nicht nur massiv diskriminiert, sondern von den Machthabern auch nicht vor dem ISPK geschützt.

Konflikt im Heiligen Land

Der Israel-Hamas-Krieg hat ein bisher beispielloses Ausmaß an Gewalt entfesselt. Der Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war das größte Massaker an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg. Die militärische Reaktion Israels hat weite Teile des Gazastreifens unbewohnbar gemacht; die Zahl der Todesopfer lag im Juli 2025 bei über 60 000, noch mehr Menschen wurden verletzt oder hungrig.²⁴⁴ Ein historischer Präzedenzfall ist auch die Tötung von rund 400 humanitären Helfern und 1300 Mediziner²⁴⁵, mit der Israel klar gegen die Genfer Konventionen verstößt, deren Vertragsstaat das Land ist. Die Moscheen und Kirchengebäude im Gazastreifen sind stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs wirft beiden Seiten Kriegsverbrechen vor.²⁴⁶

In Israel selbst haben der Krieg (sowie die rechtsgerichtete Koalition unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu) die Kluft zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung weiter vertieft. Ein Beispiel dafür war der demonstrative Besuch des Tempelbergs in Jerusalem durch den Minister für nationale Sicherheit der Regierung, Itamar Ben-Gvir, der Zusammenstöße zwischen Muslimen und israelischen Sicherheitskräften zur Folge hatte. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas wiederum erklärte in einer Rede

vor den Vereinten Nationen in New York, der jüdische Tempel habe nie in Jerusalem gestanden.²⁴⁷

Christen in Israel erfuhren im Berichtszeitraum ein noch nie dagewesenes Ausmaß an Gewalt und Verachtung: Fanatische Juden nehmen sowohl christliche Einrichtungen als auch führende Persönlichkeiten ins Visier. Der kriegsbedingte Einbruch des religiösen Tourismus schwächt die wirtschaftliche Lage der Christen im Heiligen Land zusätzlich.

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas hat eine Welle des Antisemitismus in der Region ausgelöst. Im Oktober 2023 erschoss ein ägyptischer Polizist in Alexandria zwei israelische Touristen. Zudem gewinnt der Dschihadismus, der sich die Sache der Palästinenser gegen Israel zu eigen gemacht hat, neuen Zulauf.

Die Annäherung arabischer Staaten wie Saudi-Arabien an Israel wurde durch den Gaza-Krieg zumindest vorübergehend unterbrochen. Auch der Konflikt zwischen Iran und Israel hat sich verschärft – bis hin zur direkten Konfrontation der beiden Staaten.

Geopolitische Verschiebungen zum Nachteil der Schiiten

Das regionale Machtgefüge hat sich deutlich zulasten des schiitischen Islam verschoben. Besonders augenfällig wird dies in Syrien mit dem Aufstieg der islamistischen sunnitischen HTS und dem Sturz von Präsident Assad, der der alawitischen Minderheit, einer Abspaltung des schiitischen Islam, angehörte. Sowohl in Syrien als auch im benachbarten Libanon wurde die schiitische Miliz Hisbollah durch israelische Luftschläge stark geschwächt. Der entscheidende Schlag gelang mit der Tötung ihres charismatischen Anführers Hassan Nasrallah in Beirut. In Irak kündigten mächtige, von Iran unterstützte Milizen erstmals an, eine Entwaffnung in Betracht zu ziehen, um eine Eskalation mit der Trump-Regierung zu vermeiden.²⁴⁸ Der Machtwechsel in Syrien und die Schwächung der Hisbollah in Libanon haben den regionalen Einfluss des schiitischen Iran massiv beschnitten. Das Regime reagierte darauf mit verstärkter Repression im eigenen Land. Neben Frauen, die das obligatorische Kopftuch verweigern, geraten auch religiöse Minderheiten wie Sunniten, Bahai und vom Islam konvertierte Christen ins Visier. Bemerkenswert ist, dass sich die Zahl der Christen in Iran in den vergangenen zehn Jahren entgegen dem regionalen Trend mehr als verdoppelt hat und nun auf über eine Million geschätzt wird.^{249,250}

Verschlechterung der sozioökonomischen Lebensbedingungen

Nach Angaben des Welternährungsprogramms erlebte die MENA-Region zuletzt „ein beispielloses Ausmaß an Krisen, mit Millionen Menschen, die zwischen unaufhörlichen Konflikten, politischen Umbrüchen, erschütternden Flüchtlingskrisen und einer sich vertiefenden wirtschaftlichen Abwärtsspirale zerrieben werden“.²⁵¹ Die Länder des Maghreb haben gegenüber Migranten aus

Subsahara-Afrika, die nach Europa gelangen wollen, einen zunehmend harten Kurs eingeschlagen. In Tunesien etwa wurden Behelfsunterkünfte niedergebrannt; 10 000 Menschen wurden durch dieses Vorgehen obdachlos.²⁵² Hohe Lebensmittelpreise verschärfen die Lage zusätzlich. Die Inflation erreichte Ende 2024 in Gaza über 250 % und in Syrien 79 %.²⁵³ Ein Zeichen der wirtschaftlichen Hoffnung war jedoch die Aufhebung der US-Sanktionen gegen Syrien durch Präsident Trump im Mai 2025.²⁵⁴ Auch das Vereinigte Königreich und die Europäische Union haben die gegen das Land verhängten Sanktionen gelockert beziehungsweise aufgehoben, wie es die Kirchen vor Ort seit Jahren gefordert haben.²⁵⁵

Trotz optimistischer Prognosen kämpft Irak mit den Folgen sinkender Ölpreise. Im Mai 2025 warnte der Internationale Währungsfonds, dass die Einnahmeverluste die Verwundbarkeit des Landes weiter verstärken.²⁵⁶ Hinzu kamen Angriffe auf Ölfelder im kurdischen Norden durch, wie es der dortige Regionalpremier formulierte, „kriminelle Milizen auf der Gehaltsliste der irakischen Regierung“, die 70 % der regionalen Ölproduktion lahmlegten.²⁵⁷ Da der Staatshaushalt des Irak stark von den Öleinnahmen abhängt, gefährden diese Entwicklungen die ohnehin fragile Wirtschaft. Schwerwiegende soziale und politische Folgen drohen – darunter eine beschleunigte Auswanderung von Christen und anderen religiösen Minderheiten.

Fazit

Die MENA-Region hat sich erneut als hochgradig instabil erwiesen – politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch. Die Zahl der Konflikte hat sich seit den 1990er-Jahren mehr als verdoppelt, der Anteil der Region an den weltweiten Todesopfern versechsfachte sich.²⁵⁸ Hauptursache dafür ist die Eskalation des Israel-Hamas-Konflikts. Die sozioökonomischen Bedingungen zeigen kaum Anzeichen einer Besserung – im Gegenteil: Sie haben sich verschlechtert, wodurch religiöse Minderheiten stärker gefährdet sind denn je. Ein ermutigendes Zeichen war die Wahl von General Joseph Aoun im Januar 2025 zum Präsidenten Libanons – und damit das Ende einer mehr als zweijährigen Vakanz. Der Schritt wurde weithin als Beitrag zur Wiederherstellung institutioneller Stabilität gewertet.²⁵⁹

Auch in Bezug auf die Religionsfreiheit gab es einige positive Entwicklungen, etwa den Vorschlag für ein neues Personenstandsgesetz für Christen in Ägypten.²⁶⁰ Die Einweihung des Abrahamic Family House in Abu Dhabi, das auf die Vision von Papst Franziskus zurückgeht, hat ebenfalls gezeigt, dass Religionsfreiheit in einem stabilen islamischen Land möglich und in den gemeinsamen Werten der abrahamitischen Religionen verankert ist: dem Recht auf Leben, dem Recht der Eltern, ihren Kindern moralische Werte zu vermitteln, der Komplementarität der Geschlechter sowie dem Schutz heiliger Stätten und der Achtung religiöser Autoritäten. Insgesamt jedoch werden in der Region keine substanziellen Schritte hin zu einer umfassenden Religionsfreiheit für alle ihre Bewohner unternommen.

Straßenfest auf dem Saadallah Al-Jabri-Platz in Aleppo (Syrien) am ersten Freitag nach dem politischen Übergang zum neuen Regime, Dezember 2024.



„Höfliche Verfolgung“ durch Unterlassung

Roger Kiska

Feindseligkeiten gegenüber Christen in westlichen OSZE-Staaten werden oft übersehen und unzureichend untersucht, weil es an systematischer Dokumentation mangelt. Bei einer Debatte im britischen Oberhaus wies Lord Moylan darauf hin, dass in Frankreich, Deutschland und Spanien die Zahl der Angriffe auf Kirchen, religiöse Symbole und christliche Einrichtungen in den vergangenen Jahren gestiegen sei – darunter ein Anstieg um 44 % bei Brandanschlägen auf christliche Gotteshäuser in Westeuropa.²⁶¹

Papst Franziskus unterschied 2016 zwei Formen der Verfolgung: die offene und die von ihm sogenannte „höfliche Verfolgung“ – eine subtilere Form, die sich oft durch rechtlichen, kulturellen oder institutionellen Druck äußert.²⁶² Letztere beschäftigt in zunehmendem Maße auch die OSZE²⁶³ und andere internationale Institutionen.

Bei der „höflichen“ Verfolgung spielt mitunter auch politische Korrektheit eine Rolle, wenn diese nicht auf staatlicher Ebene angemessen adressiert wird.²⁶⁴ So besteht zwar natürlich ein erheblicher Unterschied zu kriminellen Taten mit antichristlicher Motivation, wie Angriffen auf Gläubige oder Kirchen. Andererseits ist das Unterlassen staatlicher Maßnahmen gegen subtilere Formen der Ausgrenzung, während andere Spielarten von Hasskriminalität energisch verfolgt werden, selbst Ausdruck dieser höflichen Verfolgung.

Die OSZE

Die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) und ihr *Office for Democratic Institutions and Human Rights* (ODIHR) nehmen unter den zwischenstaatlichen Organisationen eine besondere Stellung ein, wenn es um die Bekämpfung von Hasskriminalität geht – darunter solcher mit antichristlicher Ausrichtung. Sie arbeiten dabei mit Regierungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammen, um Informationen über Hassverbrechen zu sammeln. Seit 2009 veröffentlicht die OSZE in ihrer Datenbank Angaben der Teilnehmerstaaten über die Zahl gemeldeter Vorfälle, die Art der Hasskriminalität und die jeweils betroffenen Minderheiten. Die Datenerhebung ist laut OSZE der erste Schritt zur Bekämpfung von Hasskriminalität und ermöglicht zielgerichtete Strategien sowie individuelle Hilfen für Opfer.²⁶⁵

Als erste zwischenstaatliche Organisation bezeichnete die OSZE im Jahr 2009 die zunehmende Marginalisierung von Christen ausdrücklich als „Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen“.²⁶⁶ Im Juli 2018 veröffentlichte sie ein Informationsblatt über antichristliche Hasskriminalität im OSZE-Raum.²⁶⁷

Die große Schwäche der Datenbank für Hassverbrechen besteht darin, dass sie nur so gut ist wie die von den teilnehmenden Staaten bereitgestellten Daten. Bedauerlicherweise kommen die einzelnen Länder ihren Berichtspflichten gegenüber der OSZE in sehr unterschiedlichem Maße nach.

Gute und schlechte Praktiken

Obwohl die OSZE dieses Problem erkannt hat, ist bislang wenig geschehen, um es wirksam anzugehen. Taten, die eine feindliche Haltung gegenüber Christen erkennen lassen – einschließlich Straftaten –, betreffen den OSZE-Raum weiterhin, und die Daten deuten darauf hin, dass sich die Lage verschlechtert.²⁶⁸ Dennoch haben viele Teilnehmerstaaten der OSZE kaum Anstrengungen unternommen, um das Ausmaß innerhalb ihrer Grenzen präzise zu erfassen. Von den vier skandinavischen Staaten etwa hat seit 2023 nur Finnland Vorfälle gegen Christen gemeldet. Hinzu kommt, dass auch die OSZE selbst mit der Veröffentlichung in Verzug ist: So hat das ODIHR bisher noch keine Zahlen für 2024 vorgelegt.

Die USA sind ein Beispiel für ein Land, in dem die Zahl der Angriffe auf Kirchen und andere christliche Stätten deutlich zugenommen hat, ohne dass die Regierung offizielle Daten veröffentlicht. Stattdessen sind es zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich dieser Aufgabe angenommen haben, und sie bringen eine unbequeme Wahrheit ans Licht: Angriffe auf Christen und christliche Gotteshäuser nehmen immer mehr zu.²⁶⁹ Die *United States Conference of Catholic Bishops* (Katholische Bischofskonferenz der USA) gilt hier als Beispiel guter Praxis, da sie akribisch Anschläge auf katholische Einrichtungen dokumentiert.²⁷⁰ Für 2024 meldete sie 56 Vorfälle, zwischen Januar und Juni 2025 bereits 19. Zu den schwerwiegendsten Taten zählten die Zündung eines Sprengsatzes, der am 6. Mai 2025 am Altar einer Kirche in Pennsylvania detonierte, sowie mehrere Brandanschläge im Oktober 2024 auf Kirchen in Massachusetts, Arizona und Florida.

Im Vereinigten Königreich werden Daten von den einzelnen Polizeibehörden erhoben, jedoch nicht routinemäßig veröffentlicht. Die *Countryside Alliance*, eine britische Organisation, die sich für die Interessen des ländlichen Raums einsetzt, hat bei den 45 Polizeibehörden des Vereinigten Königreichs mehrere Anträge auf Informationsfreiheit (Freedom of Information, FOI) zu Straftaten in Kirchen gestellt. 44 Behörden antworteten: 34 von ihnen meldeten zwischen 2022 und 2024 insgesamt 9648 Delikte mit Kirchenbezug.²⁷¹ Die meisten hatten keinen explizit antichristlichen Hintergrund – so



© Emmanuel Quinart

wurden etwa 181 Fälle von Blei- und Metalldiebstahl registriert. Angesichts der Tatsache, dass „in diesem Zeitraum durchschnittlich jeden Tag acht Straftaten an Kirchen“ verübt wurden, forderte die Countryside Alliance die Regierung dennoch auf, „die künftige Finanzierung und Förderung des Schutzprogramms für Gotteshäuser auszuweiten und zu garantieren“, damit auch Straftaten in gefährdeten Kirchen in ländlichen Gebieten erfasst werden.²⁷² Die derzeitige Regelung schützt nur Gotteshäuser oder Gemeindezentren, die Opfer von Hassverbrechen geworden sind.²⁷³

Ein Beispiel für eine vorbildliche Aufzeichnung von Vorfällen²⁷⁴, die zusammen mit weiteren Formen der Informationsgewinnung eine bessere Gefahrenabschätzung ermöglicht, liefert Frankreich. Hier setzte das Innenministerium während der Karwoche 2023 rund 10 000 Polizisten ein und rief für die inländische Bedrohungslage die höchste Stufe aus.²⁷⁵ Auch die griechische Regierung wird für ihre sorgfältige Dokumentation antichristlicher Vorfälle genannt: Das Ministerium für religiöse Angelegenheiten ist dort beauftragt, Statistiken über Angriffe auf Gotteshäuser zu führen.²⁷⁶

Die Folgen einer mangelhaften oder selektiven Dokumentation

Das Fehlen einer systematischen Erfassung antichristlicher Vorfälle führt zu ineffektiven Gegenmaßnahmen, zur Normalisierung von Feindseligkeiten, zu ungleicher

Behandlung religiöser Gruppen und zu einer erhöhten Verwundbarkeit christlicher Gemeinschaften. In der EU wurden zwar positive Schritte unternommen: So prüfte der Koordinator der Europäischen Kommission zur Bekämpfung von antimuslimischem Hass verschiedene Handlungsoptionen und veröffentlichte am 24.–25. Oktober 2024 den Bericht „Being Muslim in the EU“. Zudem organisierten die Europäische Kommission und das niederländische Ministerium für Inneres und Königsbeziehungen am 21. November 2024 in Den Haag einen Workshop unter dem Titel „Combating Anti-Muslim Hatred: Showcasing Efforts and Sharing Best Practices of EU Ministries of Interior“.²⁷⁷ Angesichts zunehmender Angriffe auf christliche Kirchen und Geistliche forderte Alessandro Calcagno, Berater der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), jedoch auch die Ernennung eines EU-Koordinators zur Bekämpfung von antichristlichem Hass in Europa.²⁷⁸ Bislang gibt es für christliche Gemeinschaften in der EU keine vergleichbare Unterstützung.

Da das Problem nicht verfolgt wird, schwelt die Feindseligkeit gegen Christen in vielen Teilen der OSZE-Region weiter.

Bild oben: Die Kirche der Unbefleckten Empfängnis in Saint-Omer (Frankreich), die nach einem Brand in der Nacht vom 2. September 2024 teilweise zerstört wurde.



OSZE-Länder

Roger Kiska

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bezeichnet sich selbst als die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt.²⁷⁹ Ihre 57 Mitgliedstaaten werden oft in Länder „östlich von Wien“ und „westlich von Wien“ eingeteilt. Der OSZE gehören Russland, die USA, Kanada, Europa (EU, EWR, Vereinigtes Königreich, Schweiz), alle Länder des ehemaligen sowjetischen Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens an.

Jeder OSZE-Teilnehmerstaat verfügt über irgendeine Form des verfassungsmäßigen Schutzes der Religionsfreiheit. Die Art und Weise, in der die Religionsfreiheit und die Menschenrechte in der Praxis geachtet werden, ist jedoch sehr unterschiedlich.

Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischen Vorfällen

Im OSZE-Raum – insbesondere „westlich von Wien“ – haben seit dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem folgenden Krieg antisemitische und antimuslimische Aktivitäten dramatisch zugenommen. Frankreich verzeichnete einen Anstieg antisemitischer Vorfälle um mehr als 1000 %, allein im Jahr 2023 waren es 1676.²⁸⁰ Im darauffolgenden Jahr kam es zu nicht weniger als 106 dokumentierten körperlichen Angriffen, darunter die Vergewaltigung eines 12-jährigen jüdischen Mädchens in Courbevoie.²⁸¹ Im Jahr 2023 stieg die Zahl der antimuslimischen Hassvorfälle in Frankreich um 29 % auf 242.²⁸²

In den USA kam es an Universitäten im ganzen Land zu massiven anti-israelischen Protesten mit dauerhaften Protestlagern. Hunderte Studierende wurden festgenommen oder suspendiert, Universitätsgebäude besetzt und

mehrere Rektoren zum Rücktritt gezwungen.²⁸³ Die gezielten Angriffe auf jüdische Studierende führten dazu, dass sich manche nicht mehr sicher fühlten, an Lehrveranstaltungen oder Prüfungen teilzunehmen. Dies veranlasste einige Hochschulen, ihren Unterricht vorübergehend online fortzusetzen.²⁸⁴

Im Vereinigten Königreich erreichte die Zahl antisemitischer²⁸⁵ wie auch antimuslimischer²⁸⁶ Hassverbrechen nach dem 7. Oktober einen Höchststand. Ende Juli und Anfang August 2024 wurden Moscheen und islamische Zentren im Zuge von Protesten und Ausschreitungen attackiert. Auslöser für die Angriffe waren Falschmeldungen in sozialen Medien gewesen, nach denen ein Einwanderer mit muslimischem Hintergrund drei Mädchen in einem Tanzkurs in Southport erstochen habe.²⁸⁷

In Deutschland wurden 2023 insgesamt 4369 Straftaten im Zusammenhang mit dem Israel-Hamas-Konflikt registriert – ein drastischer Anstieg gegenüber 61 im Jahr 2022.²⁸⁸ Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) dokumentierte 4782 Fälle von Antisemitismus, ein Zuwachs von über 80 % gegenüber dem Vorjahr.²⁸⁹ Das CLAIM-Netzwerk meldete 1926 anti-muslimische Vorfälle, mehr als doppelt so viele wie 2022 (898).²⁹⁰

Konfliktgebiete

Der andauernde Krieg in der Ukraine hat auf beiden Seiten zu Verletzungen der Religionsfreiheit geführt. In den von Russland besetzten Gebieten werden religiöse Gemeinschaften und Geistliche systematisch verfolgt, wenn sie im Verdacht stehen, pro-ukrainisch eingestellt zu sein. Besonders betroffen sind die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) und die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche, aber auch unabhängige muslimische Gemeinden, Evangelikale und andere religiöse Minderheiten.²⁹¹ Die Ukraine wiederum geht ihrerseits gegen religiöse und säkulare Organisationen vor, die sie verdächtigt, pro-russische Sympathien zu hegen. Am 23. September 2024 trat das Gesetz zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung im Tätigkeitsbereich religiöser Organisationen in Kraft²⁹², das religiöse Gemeinschaften mit Verbindungen nach Russland verbietet. Auch wenn dies nicht ausdrücklich genannt wurde, galt das Gesetz in erster Linie der Ukrainisch-Orthodoxen

Kirche des Moskauer Patriarchats (UOKMP), einer selbstverwalteten Kirche unter der Jurisdiktion der Russischen Orthodoxen Kirche. Im Mai 2024 zählte die UOKMP 10.587 Pfarreien in der Ukraine, während 8075 zur OKU gehörten.²⁹³

Seit Ende 2024 ist die Zahl der Strafverfahren gegen Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine deutlich gestiegen, mit möglichen Haftstrafen von bis zu drei Jahren. Ende Oktober 2024 wurde gegen rund 300 Kriegsdienstverweigerer, 95 % von ihnen sind Zeugen Jehovas, strafrechtlich ermittelt.²⁹⁴ Ein ähnliches Phänomen zeigte sich in der Russischen Föderation, wo während einer Mobilisierung keine gesetzliche Regelung für einen zivilen Ersatzdienst besteht und ebenfalls Haftstrafen drohen.²⁹⁵

2023 startete die aserbaidjanische Armee eine Großoffensive und übernahm die vollständige Kontrolle über die umkämpfte Region Bergkarabach. Dies führte zur Vertreibung von 120 000 ethnischen Armeniern.²⁹⁶ Das Gebiet war historisch von armenischen Christen bewohnt. Nach der Machtübernahme ließ die aserbaidjanische Regierung zahlreiche alte Kirchengebäude zerstören.²⁹⁷

Antichristliche Vorfälle

Auch in der OSZE-Region kommt es immer wieder zu Vandalismus an Kirchen. In Kanada wurden laut einem Bericht von CBC News vom Mai 2021 bis Dezember 2023 mindestens 33 Kirchen durch Feuer zerstört, in 24 Fällen bestätigten die Behörden Brandstiftung.²⁹⁸

In Spanien kam es ebenfalls häufig zu Angriffen auf Kirchen: Am 8. März 2023 beklebten Feministinnen den Haupteingang der Kirche des Unbefleckten Herzens Mariens in Sabadell mit Plakaten und malten ihn während einer Protestaktion zum Frauentag violett an.²⁹⁹ Spanien verzeichnete zudem wiederholt Übergriffe auf Geistliche und Laien: Am 25. Januar 2023 tötete ein mutmaßlicher Dschihadist einen Küster in Algeciras und verletzte einen Priester sowie einen marokkanischen Konvertiten.³⁰⁰ In Valencia drang ein Mann mit den Rufen „Ich bin Jesus Christus“ in ein Kloster ein, tötete einen Priester und verletzte mehrere weitere Ordensangehörige.³⁰¹

In Italien richteten sich 41 von 42 Angriffen auf religiöse Stätten gegen Kirchengebäude.³⁰²

In Kroatien wurden monatliche Rosenkranzgebete katholischer Männer auf dem Hauptplatz von Zagreb und an zwölf weiteren Orten wiederholt von linksgerichteten Aktivisten attackiert, nachdem die Überzeugungen der Teilnehmer in Bezug auf den Schutz des Lebens bekannt geworden waren. Seit Beginn der Gebetstreffen im Januar 2023 wurden die Teilnehmer Zielscheibe aggressiver Gegendemonstrationen.³⁰³

Nach Angaben der Behörden in Griechenland wurden 2024 insgesamt 608 Akte von Gewalt, Vandalismus und Brandstiftung gegen religiöse Kultstätten verübt, wobei orthodoxe Kapellen und Kirchen am häufigsten betrof-

fen waren. Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Raum Athen-Piräus.³⁰⁴

Frankreich verzeichnete 2023 rund 1000 antichristliche Vorfälle, von denen 90% Angriffe auf christliche religiöse Einrichtungen waren.³⁰⁵

In den USA verdoppelte sich 2023 die Zahl der Angriffe auf Kirchen im Vergleich zum Vorjahr.³⁰⁶ Einige der Attacken standen im Zusammenhang mit Protesten gegen das Abtreibungsurteil im Fall *Dobbs v. Jackson* des Obersten Gerichtshofs von 2022.³⁰⁷

„Höfliche“ Verfolgung

Unter „höflicher Verfolgung“ versteht man nicht-gewalttätige, aber dennoch mit Zwang verbundene Formen der Unterdrückung, die sich durch staatliche oder bürokratische Praktiken, gesellschaftliche Normen und Gesetze manifestieren. Diese führen dazu, dass Christen marginalisiert und daran gehindert werden, ihre religiösen Überzeugungen im öffentlichen Leben und am Arbeitsplatz zu bekunden. So werden etwa öffentliche Mittel immer häufiger nur dann gewährt, wenn die begünstigte Organisation keine Überzeugungen vertritt, die als diskriminierend gegenüber der LGBTQ-Community gewertet werden. Ein Beispiel für diese Entwicklung zeigte sich in einer Kommune im Südwesten Norwegens, in der fünf verschiedenen christlichen Gruppen, denen staatliche Unterstützung angeblich aufgrund ihrer Glaubensüberzeugungen verweigert wurde, Beschwerden einreichten.³⁰⁸

Auch Belästigungen im Zusammenhang mit angeblicher Hassrede bleiben ein Problem. So wird etwa in Finnland die christliche Parlamentsabgeordnete und ehemalige Innenministerin Päivi Räsänen seit 2019 strafrechtlich verfolgt, weil sie konservative christliche Ansichten zur Homosexualität in einer 2004 von ihr mitverfassten Broschüre sowie in öffentlichen Äußerungen 2019 und 2020 zum Ausdruck brachte. Obwohl sie sowohl von der unteren Strafkammer als auch vom Berufungsgericht freigesprochen wurde, legte die Regierung Berufung beim Obersten Gerichtshof ein.³⁰⁹

2024 entschied ein Gericht in Belgien, dass Erzbischof Luc Terlinden und Alt-Erzbischof Jozef De Kesel eine Frau diskriminiert hätten, der zweimal den Zugang zur diakonischen Ausbildung verweigert wurde. Die beiden wurden zu einer Geldstrafe verurteilt.³¹⁰ Das Urteil wirft ernste Fragen nach der Autonomie der Kirche bei der Gestaltung ihrer eigenen Lehre auf.

Es gab jedoch auch positive Entwicklungen: Einige der höchsten Gerichte im OSZE-Raum stellten sich gegen die höfliche Verfolgung und stärkten die Religionsfreiheit. In der Rechtssache *Higgs v. Farmor's School*³¹¹ entschied das höchste Berufungsgericht in England und Wales zugunsten einer Pastoralassistentin, die von ihrem Arbeitgeber, einer Grundschule, entlassen worden war, nachdem sie auf Facebook zwei Beiträge veröffentlicht hatte, in denen

sie LGBTQ-Erziehung für jüngere Kinder kritisierte. In ihren von christlichen Botschaften geprägten Posts hatte sie die aktuelle englische Debatte darüber aufgegriffen, ob Unterricht über Sexualität und Geschlechteridentität in Grundschulen verpflichtend sein solle.

Auch der Oberste Gerichtshof in den USA setzte zweimal ein Zeichen gegen höfliche Verfolgung. In der Rechts-sache *Groff v DeJoy*³¹² beendete das Gericht eine langjäh-rige Debatte über den Umfang, in dem Arbeitgeber zumutbare Vorkehrungen für geschützte Merkmale – da-runter Religion – zu treffen haben. Der Kläger, ein Post-angestellter, hatte seinen Arbeitgeber verklagt, weil dieser ihn nach einer Änderung seiner Richtlinien zur Sonntagsarbeit verpflichtet hatte. Der Supreme Court entschied, dass die Nichtberücksichtigung seiner tief ver-wurzelten christlichen Überzeugungen gegen das Recht auf Religionsfreiheit nach dem Ersten Verfassungszusatz verstößt, da die Post nicht nachweisen konnte, dass seine Sonntagsruhe zu einer erheblichen Beeinträchtigung ihrer Geschäftstätigkeit führen würde.

Zentralasien und der Islam

In den Ländern dieser Region – vielleicht am deutlichsten in Turkmenistan – müssen Verletzungen der Religions-freiheit stets im Kontext von Sicherheitsbedenken be-trachtet werden, insbesondere mit Blick auf die wahrgenommene Bedrohung durch islamistischen Extre-mismus. Der Islam ist seit dem 8. Jahrhundert in Zentral-asien präsent, geprägt von einer starken sufischen Tradition und gefestigt unter verschiedenen Khanaten, darunter auch das Reich Dschingis Khans. Diese spiri-tuell-kulturelle Prägung hat die Sowjetzeit weitgehend unbeschadet überstanden. Im scharfen Kontrast dazu steht das in den vergangenen 25 Jahren wachsende Auf-treten salafistischer Strömungen – wie sie etwa vom IS propagiert werden –, das zunehmend Anlass zur Sorge gibt.

Vor diesem Hintergrund müssen die von den Regional-regierungen zur Bekämpfung der Radikalisierung ergrif-fenen Maßnahmen sorgfältig und von Fall zu Fall geprüft werden, wobei die Verhältnismäßigkeit der Reaktion im Verhältnis zur Glaubwürdigkeit der Bedrohung zu berück-sichtigen ist. Ebenso wichtig ist es, die eigentliche Inten-tion hinter Einschränkungen religiöser Praxis zu erkennen – ob sie einem legitimen Sicherheitsinteresse dienen oder aber Ausdruck ungerechtfertigter Repression sind. Im April 2023 nahm das Regime in Aserbaidschan Hun-derte schiitische Muslime fest, denen Verbindungen zu Iran unterstellt wurden.³¹³ Die *Muslim Unity Movement* (Müsəlman Birliyi Hərəkatı, MBH), eine schiitische Gruppe, die staatlicher Kontrolle über religiöse Praktiken entgegentritt, war fortgesetzter Verfolgung ausgesetzt, darunter Polizeigewahrsam, Misshandlungen und Fol-ter.³¹⁴ Im Januar 2024 zog sich Aserbaidschan aus der Par-lamentarischen Versammlung des Europarats zurück, nachdem das Gremium signalisiert hatte, die Beglaubig-ung der Delegation wegen der Menschenrechtsbilanz des Landes nicht zu ratifizieren.³¹⁵

2023 empfahl die US-Kommission für Internationale Re-ligionsfreiheit (USCIRF) nach einem Länderbesuch, Ka-sachstan auf die *Special Watch List* zu setzen – mit Verweis auf „schwerwiegende“ Verletzungen der Religi-onsfreiheit.³¹⁶ Sunnitische Muslime bleiben dort weiter-hin inhaftiert, obwohl die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche Inhaftierungen bereits zwei Jahre zuvor ihre Freilassung gefordert hatte.³¹⁷

In Kirgisistan werden islamische Überzeugungen, die von der staatlich gebilligten Version des Islam abweichen, wei-terhin unterdrückt. Zwischen Januar und Juni 2023 ver-haftete der kirgisische Staatssicherheitsdienst SCNS mindestens 23 Mitglieder von Hizb ut-Tahrir und 16 Mit-glieder von Yakyn Inkar. Begründet wurden diese Verhaf-tungen häufig mit dem Besitz von „extremistischem“ Material.³¹⁸ Im August 2023 schloss der SCNS in der Region Osch 39 Moscheen und 21 religiöse Bildungseinrichtungen mit Verweis auf Verstöße gegen Religionsfreiheitsgesetze, Bauvorschriften, Hygiene- und Brandschutzauflagen.³¹⁹ Im November 2023 brachte das Parlament einen Vorschlag ein, Gesichtsschleier und lange Bärte aus „Gründen der öf-fentlichen Sicherheit“ zu verbieten.³²⁰

Im mehrheitlich sunnitisch geprägten Tadschikistan wur-den Muslime, die sich gegen die Politik der Regierung stellten, willkürlich als Extremisten eingestuft. Die Behör-den hielten an einer engen Überwachung religiöser Pra-xis fest und setzten weiterhin das „Traditionsgesetz“ durch, das religiöse Riten verbietet, die als übertrieben angesehen werden.³²¹ 2023 wurden mehrere Moscheen aus eher banalen Gründen geschlossen oder zerstört.³²²

In Turkmenistan ging das Regime der Familie Berdimu-hamedow besonders aggressiv gegen „nicht-traditio-nelle“ und konservative islamische Praktiken vor. Muslime, die von der staatlich vorgegebenen Auslegung abweichen, wurden verfolgt und zu langen Haftstrafen verurteilt.³²³ Im August 2023 berichtete *Forum 18*, dass die Polizei in Türkmenbaşy Häuser gläubiger Muslime durch-suchte und religiöse Literatur beschlagnahmte.³²⁴ Im April 2024 intensivierten die Sicherheitsdienste nach dem Ter-roranschlag in der Moskauer *Crocus City Hall* die Über-wachung junger Menschen beim Moscheebesuch; junge Männer wurden festgenommen und verhört, weil sie ge-betet hatten.³²⁵ Auch Geschäfte, die religiöse Kleidung und Artikel verkauften, wurden durchsucht.³²⁶

Parallelen zu anderen postsowjetischen Republiken Zen-tralasiens sind in dieser Hinsicht auch in Usbekistan zu beobachten: So wurden im Juni 2024 rund 100 musli-mische Männer in der südlichen Provinz Qashqadaryo in-haftiert. Die Festnahmen erfolgten im Rahmen einer landesweiten Kampagne gegen Personen, die ihren Glau-ben teilten oder darüber diskutierten.³²⁷ Im September 2023 schlossen die Behörden in Taschkent mindestens zehn Halal-Restaurants, weil sie keinen Alkohol anbo-ten.³²⁸ Im Februar 2024 nahm die Polizei mindestens zehn Männer mit langen Bärten fest, brachte sie auf die Wache und zwang sie unter Androhung von Haft zur Rasur.³²⁹

Ein gefährdetes Recht: Wenn Mediziner sich auf ihre Gewissensfreiheit berufen

Am 8. März 2022 veröffentlichten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Menschenrechtsprogramm der Vereinten Nationen für reproduktive Gesundheit (*UN Human Reproduction Programme*) den Leitfaden zur Betreuung von Schwangerschaftsabbrüchen (*Abortion Care Guideline*). Ziel dieses 170-seitigen Leitfadens ist es laut UN, „alle Empfehlungen und Best-Practice-Aussagen der WHO zum Thema Schwangerschaftsabbruch“ zusammenzuführen.³³⁰

Unter den insgesamt 50 Empfehlungen erklärt Empfehlung 22, dass ein „mensenrechtlicher Verpflichtungsrahmen“ bestehe, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Verweigerung aus Gewissensgründen „den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung für den Schwangerschaftsabbruch nicht behindert“.³³¹ Die Richtlinie stellt fest, dass die Verweigerung aus Gewissensgründen „nach wie vor ein Hindernis beim Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche“ darstelle.³³²

Die OSZE-Region umfasst 57 Teilnehmerstaaten, von denen 46 Mitglieder des Europarats sind und damit Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention ratifiziert haben. Dieser garantiert ausdrücklich: „Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, **Gewissens-** und Religionsfreiheit.“³³³ Wird dieses Recht verletzt, kann dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geklagt werden.

Auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat sich klar zum Recht auf Gewissensfreiheit geäußert – insbesondere im Hinblick auf Tätigkeiten, bei denen menschliches Leben zerstört wird. Resolution 1763 (2010)³³⁴ hält unter anderem fest:

1. Niemand – weder eine Person noch ein Krankenhaus oder eine Institution – darf gezwungen, haftbar gemacht oder diskriminiert werden, weil er oder sie sich weigert, einen Schwangerschaftsabbruch, eine Fehlgeburt, Sterbehilfe oder eine Handlung, die zum Tod eines menschlichen Embryos oder Fötus führen könnte, vorzunehmen, zu dulden, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen – aus welchen Gründen auch immer ...“.

Zur Sicherstellung des Zugangs zu medizinischer Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen wird in Empfehlung 22 der *Abortion Care Guideline* außerdem vorgeschlagen, die „institutionelle Verweigerung aus Gewissensgründen zu verbieten“. Die Verweigerung dieses Rechts gegenüber konfessionellen Einrichtungen im Gesundheitswesen – etwa in Fragen von Abtreibung oder assistiertem Suizid – stellt jedoch eine ebenso gravierende Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit dar wie ein entsprechender Eingriff gegenüber Einzelpersonen. Für viele religiös geprägte Ein-

richtungen bedeutet das Durchführen solcher Maßnahmen eine gezielte Tötung menschlichen Lebens und steht im Widerspruch zu ihrer religiösen Überzeugung.³³⁵

Die Katholische Kirche ist weltweit der größte nicht staatliche Träger von Gesundheitseinrichtungen. Sie betreibt schätzungsweise 25 % der medizinischen Einrichtungen weltweit – in Teilen von Subsahara-Afrika liegt dieser Anteil sogar bei 40 bis 70 %, vor allem in entlegenen Regionen.³³⁶ Das Lebensschutzverständnis katholischer Träger ist eindeutig: Leben ist von der Empfängnis bis zum natürlichen Tod zu schützen. In diesem Licht stellt der WHO-Leitfaden einen direkten Angriff auf das Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen für katholische und andere konfessionelle Institutionen und deren Mitarbeitende dar.

Die Herausforderungen auf supranationaler Ebene spiegeln Entwicklungen auf nationaler Ebene wider – sowohl in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche als auch im Hinblick auf Sterbehilfe. In Schweden wurde der Hebamme Ellinor Grimark trotz des anerkannten hohen Fachkräftemangels mehrfach die Anstellung verweigert, weil sie sich aus Gewissensgründen gegen Abtreibungen ausgesprochen hatte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte lehnte es letztlich ab, sich mit ihrem Fall zu befassen.³³⁷

Auch der Oberste Gerichtshof des Vereinigten Königreichs entschied in einem viel beachteten Fall gegen zwei schottische Hebammen, die sich weigerten, indirekt an Abtreibungen mitzuwirken. Das Gericht befand, die Gewissensklausel des Abortion Act 1967 gelte nur für direkte Beteiligung.³³⁸

Im Mai 2023 erließ das Gemeinsame Kollegium der *Commission Communautaire Commune* (Gemeinsame Gemeinschaftskommission) in der Region Brüssel-Hauptstadt neue Auflagen, die Einrichtungen, auch solche mit katholischer oder anderer religiöser Gesinnung, dazu verpflichten, entweder Abtreibungen oder Sterbehilfe in ihren Krankenhäusern durchzuführen oder, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, Vorkehrungen zu treffen, dass diese Handlungen von einem kooperierenden Krankenhaus durchgeführt werden können.³³⁹

Fazit

Trotz klarer Schutzbestimmungen für die Gewissensfreiheit in sämtlichen OSZE-Staaten – einschließlich der Möglichkeit, bei Verletzungen vor Gericht zu klagen – ist das individuelle wie institutionelle Recht auf Gewissensverweigerung zunehmend unter Druck geraten. Immer öfter wird es von staatlicher Seite dort eingeschränkt, wo andere Interessen – etwa Wehrpflicht oder die Bereitstellung von Schwangerschaftsabbrüchen – als vorrangig angesehen werden.

Autoritäre Regime und das Bündnis der Linksparteien Lateinamerikas

Dr. Marcela Szymanski

In dem Bestreben, ihre Macht auszubauen und unliebsame Einflussfaktoren auszuschalten, **schränken** die weltweit auf dem Vormarsch befindlichen **autoritären Regime** auch **die Religionsfreiheit ein**. Ob durch staatliche Institutionen oder kriminelle Netzwerke, Autokraten zerschlagen unabhängige Strukturen wie Gewerkschaften, Medien, Wirtschaftsverbände und vor allem Glaubensgemeinschaften, wenn sie sich nicht der herrschenden Ideologie unterwerfen.³⁴⁰ In einem solchen Umfeld, in dem die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen getreten oder nach Bedarf angewendet wird, kommt es häufig zu Verstößen gegen die Religionsfreiheit, die zumeist undokumentiert bleiben.³⁴¹

Besonders gut zu beobachten ist dieser globale Trend in **Lateinamerika**, wo ein starkes Bündnis linker Parteien, bekannt als **São-Paulo-Forum** (FSP), erheblich an Boden gewonnen hat. Obwohl das Forum regionale Integration und soziale Gerechtigkeit auf seine Fahnen geschrieben hat, sehen die Beteiligten regelmäßig über autoritäre Praktiken einzelner Mitglieder hinweg.

Das FSP wurde 1990 in São Paulo, Brasilien, gegründet. Ihm gehören **politische Parteien aus 24 Ländern** an, von denen im Berichtszeitraum 13 an der Macht waren. Das erklärte Ziel des Forums ist es, die Einheit der Linken zu stärken, Alternativen zum Neoliberalismus zu bieten und die regionale Integration voranzutreiben. So steht es im Gründungsdokument von 1990 und im Beschluss des jüngsten Treffens vom Juli 2023.³⁴²

Was ursprünglich als Plattform für eine ideologische Neuausrichtung nach dem Kalten Krieg gedacht war, hat sich zu einem engmaschigen Unterstützungsnetzwerk für linke Regime in Lateinamerika entwickelt, ganz gleich, ob sie demokratisch legitimiert sind oder nicht. Beobachtern zufolge wird das Forum oft **zur gegenseitigen politischen Unterstützung** unter dem Deckmantel des Antiimperialismus und der nationalen Souveränität genutzt. Davon profitieren auch Regime, die international in der Kritik stehen.³⁴³

Unter Ausschluss aller rechtsgerichteten Parteien dient das FSP als Plattform für die Umsetzung sozia-



Lateinamerikanische Länder, die Mitglied im São-Paulo-Forum sind (grün).

listischer Modelle nach dem Vorbild **Kubas, Nicaraguas und Venezuelas**.³⁴⁴ Viele der angeschlossenen Parteien stellen das staatlich definierte „Gemeinwohl“ über die Universalität der Grundrechte und fordern im Namen der Verteilungsgerechtigkeit die Verstaatlichung von Vermögenswerten. Das Forum setzt auf gegenseitige Unterstützung beim Aufbau einer „multilateralen, gerechten und egalitären Welt“³⁴⁵, die sich an sozialistischen Idealen orientiert, aber in der lateinamerikanischen Identität verwurzelt ist.

In einem solchen Modell hat **Religion einen geringen Wert oder wird sogar als Bedrohung betrachtet**, wenn sie sich nicht den Zielen des Staates unterordnet. Glaubensgemeinschaften sind oftmals gut organisiert und über Grenzen hinweg vernetzt. Zudem gelten sie als moralische Instanz. Gemeinschaften, die die zentralisierte Autorität des Staates ablehnen, können schnell zur Herausforderung werden.

Die bevorzugte Strategie autoritärer Regime ist die Vereinnahmung und – wenn diese nicht gelingt – die Unterdrückung. Während der sozialen Unruhen in Nicaragua und Venezuela hatte man zunächst versucht, die Kirchen für eigene Ziele zu vereinnahmen,³⁴⁶ dann folgten Schikanen.³⁴⁷ Anfangs wurde Geistlichen keine Aufenthaltserlaubnis und kein Visum mehr ausgestellt, Gottesdienste wurden überwacht und schließlich wurden die Kirchen des Hochverrats beschuldigt, woraufhin Schulen und Krankenhäuser enteignet³⁴⁸ und Geistliche des Landes verwiesen oder festgenommen wurden.³⁴⁹

Kirchen und Glaubensgemeinschaften stehen also der ideologischen Agenda des Forums im Weg. Viele der angeschlossenen Parteien stellen das staatlich definierte

„Gemeinwohl“ über die Universalität der Grundrechte und fordern im Namen der Verteilungsgerechtigkeit die Verstaatlichung von Vermögenswerten.³⁵⁰

Bei ihrem Treffen 2023 stimmten die Mitglieder des Forums gegen den Antrag, die Regime von Nicolás Maduro (Venezuela) und Daniel Ortega (Nicaragua) wegen Missachtung von Wahlergebnissen zu verurteilen.³⁵¹ Damit stellten sie die Loyalität gegenüber Verbündeten über demokratische Prinzipien.

In den lateinamerikanischen Ländern, in denen im Jahr 2025 **Mitgliedsparteien des FSP an der Macht** sind, leben insgesamt **mindestens 524 Millionen Menschen**. In vielen dieser Länder sind die Religionsfreiheit und weitere Menschenrechte gefährdet.³⁵²

In einem politischen Umfeld, das bedingungslose Treue zum Staat verlangt, geraten Geistliche und Verantwortliche von Organisationen in religiöser Trägerschaft schnell ins Visier der Behörden. Wenn sie als Oppositionelle oder subversive Kräfte gebrandmarkt werden, wird ihre Arbeit schwierig oder sogar gefährlich. Ziel autoritärer Regime ist es nicht nur, die Oppo-

sition auszuschalten, sondern auch die Religion für eigene Propaganda zu nutzen.

Trotz der beschriebenen Einschränkungen sind Glaubensgemeinschaften nach wie vor unverzichtbar, wenn es um die Bildung, das Gesundheitswesen und ethische Orientierung geht. Zahllose Geistliche und Gläubige, die mit ihrem Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenwürde mit der Regierung ihres Landes in Konflikt geraten, bekommen Tag für Tag das **Spannungsverhältnis zwischen Religionsfreiheit und sozialistischem Autoritarismus** zu spüren.

Das São-Paulo-Forum ist mehr als ein regionales politisches Bündnis. Es veranschaulicht, wie sich Autokratien im Namen von Gerechtigkeit, Gleichheit und nationaler Souveränität heute durchsetzen. Sie untergraben genau die Werte, die sie angeblich verteidigen wollen, auch das Recht auf Gewissens-, Gedanken- und Glaubensfreiheit, das Recht auf freie Glaubensausübung und das Recht auf freie Meinungsäußerung. In Lateinamerika wird die Religionsfreiheit zunehmend der ideologischen Konformität geopfert. Die Welt sollte hinschauen.



Das erste Treffen des São-Paulo-Forums im Juli 1990.

Lateinamerika und die Karibik

Der Zeitraum 2023–2024 war in Lateinamerika und der Karibik von deutlichen Spannungen zwischen verfassungsrechtlichen Garantien einerseits und den politischen, sozialen und kulturellen Realitäten in der Region andererseits geprägt. Auch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit war von diesen Spannungen betroffen. So bleibt das Christentum zwar nach wie vor die vorherrschende Religion, doch bedrohen zahlreiche Faktoren – darunter organisierte Kriminalität, schwache staatliche Institutionen, restriktive rechtliche Rahmenbedingungen und ideologische Spannungen – die Ausübung dieses Grundrechts.

Gewalt gegen religiöse Führer und Vandalismus

In den Jahren 2023 und 2024 wurden **mindestens 13 religiöse Führungspersonen** in Mexiko, Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Guatemala und Honduras ermordet. Weitere **16 Missionare und Laien** kamen im seelsorgerischen Einsatz in Ecuador, Haiti, Honduras und Mexiko ums Leben. Hinzu kommt der **Tod von neun weiteren Laien** in Mexiko Anfang 2025. Auch wenn nicht all diese Verbrechen eindeutig von Hass gegen den Glauben motiviert waren, spiegeln sie doch die prekäre Sicherheitslage in konfliktbelasteten und instabilen Regionen wider. Religiöse Führungspersönlichkeiten nehmen in ihren Gemeinden eine zentrale Rolle ein und werden aufgrund ihres Einflusses zu Zielscheiben von Angriffen und Einschüchterungsversuchen. Ähnlich ergeht es jenen, die autoritäre Regime öffentlich kritisieren – auch sie gelten als Bedrohung und sind Repressalien ausgesetzt. In **Haiti** wurden mindestens 19 Priester und Ordensangehörige entführt; zwei Ordensschwestern wurden im Jahr 2025 getötet.

Angriffe, Schändungen und symbolische Gewalt gegen Gotteshäuser wurden aus **Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Haiti, Mexiko, Nicaragua, Panama, Peru, der Dominikanischen Republik, Uruguay und Venezuela** gemeldet. In anderen Ländern hingegen nahm die Häufigkeit solcher Vorfälle ab, ebenso wie die Zahl der Fälle von Verletzungen religiöser Gefühle.

Einige Länder verfügen über Meldestellen oder Hinweisgebernnetzwerke, die die Erfassung und Dokumentation derartiger Vorfälle erleichtern. Nach Angaben der kubanischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte wurden während des Berichtszeitraums 996 Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Kuba registriert. In Brasilien können Bürger über die Hotline „Dial 100“ Menschenrechtsverletzungen anzeigen. Allein im Jahr 2023 wurden 2124 Beschwerden im Zusammenhang mit religiöser Intoleranz eingereicht, größtenteils von Anhängern afrobrasi-

lianischer Religionen. In Nicaragua dokumentieren das Kollektiv *Nunca Más*, die Juristin Martha Patricia Molina Montenegro und die Nichtregierungsorganisation *Monitoreo Azul y Blanco* religiöse Verfolgung. In Mexiko übernimmt das *Centro Católico Multimedial* die systematische Erfassung von Gewalt gegen Priester, Ordensleute und kirchliche Einrichtungen.

Seit Beginn des Konflikts zwischen Israel und der Hamas im Oktober 2023 kam es in mehreren Ländern der Region zu einer **Zunahme antisemitischer Äußerungen** – darunter Hakenkreuz-Schmierereien, Drohungen gegen jüdische Gemeinden sowie Angriffe auf jüdische Denkmäler und Einrichtungen, insbesondere in Großstädten und den sozialen Medien.

In Brasilien berichten Anhänger afrobrasilianischer Religionen wie Umbanda und Candomblé über Diskriminierung, religiöse Intoleranz und Angriffe auf ihre Kultstätten.

Drogenhandel und organisierte Kriminalität

Der Drogenhandel hat sich zu einer der gravierendsten Bedrohungen für die Religionsfreiheit in der Region entwickelt. Inmitten der gewaltsamen Auseinandersetzungen rivalisierender Kartelle und der **Abwesenheit staatlicher Ordnung übernehmen religiöse Führungspersonen häufig eine Schutz- und Mittlerfunktion in den von kriminellen Banden beherrschten Gebieten** – ein Umstand, der sie besonders angreifbar macht. Auch wenn es keine Hinweise auf eine systematische Verfolgung aus religiösen Motiven gibt, sind Kirchen und Geistliche zunehmend Opfer struktureller Gewalt, was ihr seelsorgerisches Handeln einschränkt und ihre Sicherheit gefährdet.

Im Berichtszeitraum setzten kriminelle Organisationen verstärkt Kontrollmechanismen gegenüber Kirchen und Geistlichen ein – etwa in Form von Schutzgelderpressung oder durch die Anordnung von Verhaltensmaßregeln. In **Mexiko** forderten Kartelle unter dem Vorwand des „Schutzes“ vor rivalisierenden Banden Zahlungen von Kirchen und Geistlichen. In **Venezuela** hat eine kolumbianische Guerillagruppe *de facto* die Kontrolle über mehrere Gemeinden entlang der Grenze übernommen und zwingt die religiösen Führer, eine Erlaubnis für die Abhaltung von Messen, Prozessionen und anderen seelsorgerischen Aktivitäten einzuholen. Dabei müssen die Betroffenen Einschränkungen in Bezug auf Termine, Reisen und die Nutzung von Gebetsstätten hinnehmen. Diese Praxis stellt eine gravierende Verletzung der Religionsfreiheit dar und unterwirft die Betroffenen der Willkür illegaler bewaffneter Gruppen, die sich der staatlichen Kontrolle entziehen.

Besorgniserregend ist auch die Ausbreitung des sogenannten Santa-Muerte-Kults, der mit Aktivitäten krimineller Gruppen in Verbindung gebracht wird und in **Ecuador, Guatemala und Mexiko** besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. In Ecuador räumten Sol-

daten im Rahmen des Ausnahmezustands einen illegalen Altar des Kults. In Guatemala wird der Kult mit gewalttätigen Banden in Verbindung gebracht, die für Morde und Erpressungen verantwortlich gemacht werden. In Mexiko hat die Katholische Kirche den Kult als Ausdruck einer durch den Drogenhandel befeuerten Kultur der Gewalt verurteilt.

Gesetzliche Einschränkungen religiöser Aktivitäten

Im Berichtszeitraum verschärften **Kuba, Nicaragua und Venezuela** bestehende Regelwerke, um die staatliche Kontrolle über religiöse Aktivitäten auszuweiten – insbesondere gegenüber nicht offiziell registrierten Gemeinschaften, die dadurch einem erhöhten Risiko der Kriminalisierung ausgesetzt sind.

In **Kuba** trat im Dezember 2022 ein neues Strafbuch in Kraft, das die Teilnahme an nicht genehmigten Vereinigungen unter Strafe stellt – mit unmittelbaren Auswirkungen auf nicht anerkannte Evangelikale Kirchen. Darüber hinaus wurde der Begriff des „Missbrauchs der Religionsfreiheit“ eingeführt und das Recht von Eltern eingeschränkt, ihre Kinder in einem religiösen Umfeld zu erziehen. Weitere Regelungen, etwa das Staatsbürgerschafts- und das Ausländergesetz, ermöglichen Sanktionen aus ideologischen Gründen. Regierungsverordnungen regulieren zudem streng die Nutzung von Gebetsstätten – auch wenn diese sich in Privatbesitz befinden.

In **Nicaragua** ermöglichen neue Gesetze dem Staat, Staatsangehörigen die Nationalität zu entziehen, sofern sie als „Verräter“ eingestuft werden. Hiervon waren auch religiöse Führungspersonen betroffen. Weitere Vorschriften unterwerfen Wohltätigkeitsorganisationen und religiöse Gruppen einer umfassenden politischen Kontrolle, verpflichten sie zur Registrierung und beschränken die internationale Zusammenarbeit, was ihre Autonomie erheblich untergräbt.

In **Venezuela** verpflichtet ein im Jahr 2024 verabschiedetes Gesetz nicht staatliche Organisationen zur Offenlegung ihrer Finanzierungsquellen. Das betrifft insbesondere jene Gruppen, die auf Mittel aus dem Ausland angewiesen sind – auch zahlreiche kirchliche Einrichtungen.

Säkularismus, staatliche Neutralität und ideologische Spannungen

In mehreren Ländern der Region nahmen die Spannungen rund um das säkulare Selbstverständnis des Staates zu – zum Teil mit widersprüchlichen Urteilen der Gerichte. In **Kolumbien** ordnete das Verfassungsgericht die Entfernung eines Marienbildes aus einem öffentlichen Gebäude an und berief sich dabei auf die religiöse Neutralität des Staates. In **Costa Rica** hingegen gestattete das dortige Verfassungsgericht die Wiederanbringung eines Kruzifixes in einem Krankenzimmer, mit der Begründung, dessen Präsenz sei Ausdruck des Rechts auf Religionsfreiheit.

In **Mexiko** befasste sich der Oberste Gerichtshof mit Beschwerden über Weihnachtskrippen im öffentlichen Raum im Bundesstaat Yucatán. Die Kläger sehen darin einen Verstoß gegen das Gebot staatlicher Neutralität; eine abschließende Entscheidung steht noch aus.

Die IACHR und die Diskussion über interamerikanische Standards

Im Februar 2024 veröffentlichte die **Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR)** eine Studie zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Diese löste Kontroversen aus, da sie die Religionsfreiheit potenziell als Hindernis für andere Rechte darstellte – insbesondere im Zusammenhang mit Nichtdiskriminierung, reproduktiver und sexueller Gesundheit sowie Geschlechterdiversität. Religiöse Ausdrucksformen, die der Agenda der Kommission widersprechen, könnten demnach als Hassrede interpretiert werden.

Zwei der sieben Kommissionsmitglieder stimmten gegen den Bericht und kritisierten eine ideologische Ausrichtung, die über das Mandat der IACHR hinausgehe. Mehrere religiöse Institutionen, darunter die Katholische Universität Nuestra Señora de la Asunción in Paraguay, äußerten ihre Besorgnis über den säkularis-

tischen Grundton des Berichts und über die Gefahr einer Kriminalisierung traditioneller religiöser Überzeugungen.

Gleichzeitig setzte die **IACHR** ihre Beobachtung schwerer Verletzungen der Religionsfreiheit in der Region fort. Im Januar 2023 sprach sie elf Mitgliedern der Jesuitengemeinschaft von Cerocahui im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua vorsorgliche Schutzmaßnahmen zu, da diese durch Bedrohungen und Einschüchterungen durch kriminelle Organisationen in einer ernsthaften und dringlichen Gefährdungslage seien. In Nicaragua prangerte die Kommission die massenhafte Schließung zivilgesellschaftlicher Organisationen – darunter auch religiöse Einrichtungen – an und äußerte sich besorgt über religiöse Verfolgung, willkürliche Verhaftungen, Repressionen sowie die Haftbedingungen der Inhaftierten. Darüber hinaus gewährte sie zehn Mitgliedern der *Mountain Gateway Church*, die unter besonders harten Bedingungen inhaftiert waren, neue vorsorgliche Maßnahmen.

Im Fall von Pater Marcelo Pérez hingegen blieben die Schutzmaßnahmen der IACHR ohne Wirkung: Er wurde im Oktober 2024 im mexikanischen Bundesstaat Chia-



Freunde und Familie des nicaraguanischen Dichters und römisch-katholischen Geistlichen Ernesto Cardenal tragen seinen Sarg nach einer Trauermesse. Die Messe wurde von Anhängern der sandinistischen Regierung boykottiert und fand 2020 in der Kathedrale von Managua in Nicaragua statt.

pas erschossen. Die Täter wurden bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen.³⁵³

Nicaragua

Im Berichtszeitraum kam es zu einer deutlichen Eskalation staatlicher Repression gegenüber Kirchen und religiösen Gemeinschaften, von willkürlichen Verhaftungen über Ausweisungen, erzwungenem Exil und dem Entzug der Staatsangehörigkeit bis zur Untersagung öffentlicher Gottesdienste und dem massenhaften Entzug der Rechtspersönlichkeit konfessioneller Einrichtungen. Zugleich wurden durch Verfassungsreformen und neue Regelwerke gesetzliche Instrumente geschaffen, mit denen das Regime die Kontrolle über religiöse Organisationen ausbauen konnte. Mehrere internationale Organisationen führen Nicaragua inzwischen als eines der Länder mit der schwerwiegendsten religiösen Verfolgung in der Region.

Kuba

Obwohl der kubanische Staat religiöse Gemeinschaften offiziell anerkennt, bleibt die Kontrolle über deren Aktivitäten umfassend – darunter auch Einschränkungen der sozialen Hilfsangebote evangelikaler Kirchen sowie eine Verschärfung der Gesetzgebung. Die Katholische

Bischofskonferenz in Kuba bezeichnete die Lage als die prekärste der vergangenen Jahrzehnte. Sie stellte fest, das Land durchlaufe „eine der schwierigsten Phasen seiner Geschichte“ und ergänzte: „Unsere Gemeinden und Seelsorger tragen die allgemeine Erschöpfung des Alltagslebens in Kuba mit. Der Wert, den die bei uns immer stärker werdende Pluralität des Denkens, der Meinungen und Ideen für unser Land haben könnte, wird nicht ausreichend gewürdigt.“

Venezuela

Die politische Krise in Venezuela hat sich weiter verschärft. Menschenrechtsverletzungen nehmen zu, ebenso wie die Instrumentalisierung religiöser Überzeugungen durch den Staat. Initiativen wie „Mi Iglesia Bien Equipada“ (Meine gut ausgestattete Kirche) und andere Unterstützungsleistungen für Glaubensgemeinschaften werden als Förderung des spirituellen Lebens präsentiert, könnten jedoch wahlstrategisch motiviert sein und die Unabhängigkeit religiöser Gemeinschaften gefährden. Diese Entwicklung wird durch einen Rechtsrahmen begünstigt, der dem Regime weitreichende Befugnisse zur Sanktionierung von Kritik einräumt. Während der Wahlperiode 2024 gab es Berichte über die Überwachung oder Einschüchterung von religiösen Führern



© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Alfredo Zuniga

durch staatliche Stellen. Ein Pastor sagte, die Regierung biete den Kirchen, die sie unterstützten, Vergünstigungen an, bestrafe aber diejenigen, die sie ablehnten.

Mexiko

Mexiko zählt weiterhin für religiöse Führungspersonlichkeiten zu den gefährlichsten Ländern der Welt. Fünf der 13 Morde an Geistlichen in der Region zwischen 2023 und 2024 ereigneten sich in Mexiko. Darüber hinaus sind zahlreiche religiöse Akteure insbesondere dort, wo die Kirche soziale oder humanitäre Aufgaben übernimmt, von Erpressung und Bedrohungen durch das organisierte Verbrechen betroffen. In Regionen wie Chihuahua hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IACHR) sogar Schutzmaßnahmen für die Seelsorgearbeit angeordnet.

Haiti

Haiti befindet sich in einem Zustand des institutionellen Zusammenbruchs und kann inzwischen als gescheiterter Staat bezeichnet werden. Dauerhafte Unsicherheit, der Kollaps des Gesundheitssystems und eine akute Ernährungskrise haben zu einer extremen Gefährdungslage geführt. Bewaffnete Banden kontrollieren weite Teile des Staatsgebiets und etablieren ein System aus Gewalt und Einschüchterung, das die Bevölkerung in ständiger Angst hält. Kirchen, Glaubensgemeinschaften und deren Vertreterinnen und Vertreter sind regelmäßig Ziel von Entführungen und Erpressungen.

Erzwungene Migration

Die massive Migration innerhalb der Region hat auch Auswirkungen auf die Religionsfreiheit. Viele Geflüchtete verlieren den Kontakt zu ihren Glaubensgemeinschaften und finden in Transitländern häufig keine Bedingungen vor, um ihre Religion frei auszuüben. Veranstaltungen wie die Versammlung des Clamor-Netzwerks³⁵⁴ (Bogotá, 2024) haben die Verantwortung der Kirchen für Migranten hervorgehoben und vor religiöser Diskriminierung bei der Ankunft gewarnt. In Mexiko konzentriert sich die Katholische Kirche auf seelsorgerische Hilfe in Flüchtlingsunterkünften und Grenzregionen – oft unter äußerst schwierigen und unsicheren Bedingungen.

Menschen versammeln sich während einer Messe am 21. Oktober 2024 auf dem Hauptplatz von San Andrés Larráinzar im mexikanischen Bundesstaat Chiapas um den Sarg des ermordeten katholischen Priesters und Aktivisten Marcelo Pérez.

Gegenüberliegende Seite: Pater Marcelo Pérez zeigt einem Einwohner von Simojovel im mexikanischen Bundesstaat Chiapas am 13. Juni 2020 eine Monstranz.



© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Isabel Mateos

Kirche im Kugelhagel

Centro Católico Multimedial (Mexiko)

Die eindrückliche Erfahrung von Bischof José de Jesús González Hernández von Chilpancingo-Chilapa (Süd-mexiko) zu Beginn seines bischöflichen Wirkens zeigt die brutale Realität einer Gewalt, die weder vor Soutanen noch vor Kreuzen Halt macht.

Der 2010 zum Bischof der westmexikanischen Territorialprälatur Jesús María del El Nayar ernannte Franziskaner geriet bei einer kurz nach seiner Ernennung stattfindenden Pastoralreise in einen bewaffneten Hinterhalt in den Bergen. Die Angreifer hielten ihn für den rivalisierenden Drogenboss „El Bigotón“ – und durchlöcherten sein Fahrzeug mit Schüssen. Mit der klaren Absicht, ihn zu töten, zielten die Angreifer dabei auf seinen Kopf. Wie durch ein Wunder wurde González Hernández nicht getroffen. Als die Angreifer schließlich erkannten, dass es sich um einen Bischof handelte, entschuldigten sie sich, boten an, für den Schaden aufzukommen – und baten, sich in einer Reihe aufstellend, um seinen Segen. Sie hätten erkannt, dass er auf seinem bischöflichen Brustkreuz „den Allmächtigen“ trage.

Der Bischof erzählte diese Anekdote mit schwarzem Humor und scherzte, nur mit Mühe habe er dem Impuls widerstehen können, einen der Angreifer zu schlagen, als der sich fromm zur Segnung neigte. Die Geschichte ist aber nicht nur Zeugnis eines Überlebens wie durch ein Wunder. Vielmehr zeigt sie, wie verletzlich jene sozialen Akteure sind, die sich für den Frieden einsetzen: katholische Priester und Seelsorger.

Mexiko ist inzwischen das gefährlichste Land Lateinamerikas für Geistliche. Auch wenn die Zahl der Morde zurückgegangen ist, zeigen Fälle wie die Ermordung der Jesuitenpatres Javier Campos und Joaquín Mora in Chihuahua im Jahr 2022, wie sehr Geistliche ins Visier geraten – etwa wenn sie Schutzsuchende aufnehmen oder sich weigern, den Kartellen Schutzgeld zu zahlen. Jüngstes Beispiel ist Pater Marcelo Pérez aus dem Bistum San Cristóbal de Las Casas, der wegen seines Einsatzes für Menschenrechte bedroht wurde. Im Oktober 2024 wurde er von unbekannten Tätern erschossen.

Auch andere Entwicklungen geben Anlass zur Sorge: Die Zahl der Erpressungen, Kurzzeitentführungen (lokal *levantones* genannt), Überfälle während Gottesdiensten und Angriffe auf Pastoralzentren ist drastisch gestiegen. Unter den Mordopfern waren auch Laien in religiösen Einrichtungen und Gemeinschaften.

Diese Taten sind keine bloßen Zahlen. Sie spiegeln die bittere Realität eines von Gewalt durchdrungenen Me-

xikos, in dem Priester und Botschafter des Glaubens zu Hoffnungsträgern inmitten des Terrors werden.

Im Bundesstaat Guerrero – Sitz des Bistums Chilpancingo-Chilapa – ist die Lage besonders dramatisch. Die Gewalt hat sich bis in ländliche Gebiete ausgebreitet. Massengräber, das Verschwinden von Personen und die Kontrolle der Landstraßen durch kriminelle Gruppen prägen das Bild. Dem Friedensindex Mexiko 2025 zufolge liegt die Mordrate um 54,7 % höher als im Jahr 2015; Guerrero zählt zu den unsichersten Bundesstaaten. Kartelle kontrollieren ganze Regionen und erpressen die Zivilbevölkerung. In manchen Fällen legen Geistliche das Messgewand ab, um dem Terror mit Dialog zu begegnen.

In diesem Kontext tritt die Katholische Kirche zunehmend als Vermittlerin auf: Bischöfe haben Waffenstillstände zwischen kriminellen Gruppen vermittelt, auf nationaler Ebene fordert die Kirche Reformen von Polizei und Justiz. Zugleich werfen derartige Bemühungen aber die schwierige Frage auf, inwiefern Geistliche mit Kriminellen verhandeln sollten, wenn der Staat versagt – oder gar mitverantwortlich ist. Die Vermittlerrolle bringt die Kirche in ein Spannungsverhältnis zu den Behörden und führt sie auf einen gefährlichen Weg zwischen Glauben und Überleben.

Die Geschichte von Bischof González Hernández verdeutlicht dieses tragische Paradox: Die Ehrfurcht vor dem Heiligen ist ungebrochen – aber der Glaube sollte nicht ins Kreuzfeuer geraten.



Courtesy David Agren

Papst Franziskus und die Religionsfreiheit: ein Recht auf Frieden

Alessandro Gisotti*

„Es kann keinen Frieden geben ohne Religionsfreiheit, ohne Gedanken- und Meinungsfreiheit und ohne Respekt vor den Ansichten anderer.“³⁵⁵ Es ist bemerkenswert, dass diese Worte von Papst Franziskus zu den letzten seines Pontifikats gehören – nicht laut gesprochen, sondern schriftlich niedergelegt in seiner Osterbotschaft *Urbi et Orbi* 2025, wenige Stunden vor seinem Tod. Jorge Mario Bergoglio war nur noch imstande, die Worte „Christus ist auferstanden“ zu verkünden; den Rest der Botschaft verlas der Leiter der Päpstlichen Liturgiefiern. Die Symbolkraft ist unübersehbar: Papst Franziskus war bis zuletzt ein mutiger und leidenschaftlicher Verfechter der untrennbaren Rechte auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Er verteidigte sie mit Worten, Gesten und wegweisenden Dokumenten – vor allem aber durch Reisen, von deren Zielorten viele ihm aus politischen oder Sicherheitsgründen abgeraten hätten.

Papst Franziskus vertrat eine positive, nicht konfrontative Vision von Religionsfreiheit – im Streben nach Frieden, Brüderlichkeit und einer „Kultur der Begegnung“, die zu einem Grundpfeiler seines Engagements für das Gemeinwohl der Menschheit wurde. Er trat für alle Christen, nicht nur für Katholiken, ein und prägte den kraftvollen Begriff einer „Ökumene des Blutes“. Ebenso entschlossen verteidigte er die Rechte von Juden, Muslimen, Jesiden und anderen, überzeugt davon, dass friedliches Zusammenleben der einzige gangbare Weg sei, gerade in einer Zeit zunehmender, sichtbarer wie unterschwelliger „kultureller Konflikte“.

Wie schon Papst Johannes Paul II. betrachtete Franziskus die Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht: als Fundament aller anderen Freiheiten, weil es in der unantastbaren Würde der menschlichen Person wurzelt. Schon zu Beginn seines Pontifikats appellierte er an nationale und internationale Rechtssysteme, „die Religionsfreiheit als ein angeborenes Recht anzuerkennen, zu garantieren und zu schützen, das in der Natur des Menschen und in seiner Freiheit gründet und ein Zeichen gesunder Demokratie ist“.³⁵⁶ Seine eindringliche Mahnung wiederholte er vielfach gegenüber der internationalen Gemeinschaft und staatlichen Verantwortungsträgern, insbesondere in seinen traditionellen Neujahrsansprachen an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Korps.

Einige der nachhaltigsten Zeugnisse seines Einsatzes für die Religionsfreiheit finden sich in seinen insgesamt 47 internationalen Apostolischen Reisen, von denen die Irakreise im März 2021 sicherlich zu den bewegendsten und prophetischsten gehörte. Unvergessen bleiben die Bilder aus Mossul, jener Stadt, die von der Terrorherrschaft des IS gezeichnet war. Dort, zwischen den Trümmern zerstörter Häuser und Kirchen, erklärte der Papst: „Heute bekräftigen wir unsere Überzeugung, dass Brüderlichkeit stärker ist als Brudermord, Hoffnung mächtiger als Hass, Frieden mächtiger als Krieg.“³⁵⁷

Die Religionsfreiheit stand auch im Zentrum seiner „unmöglichen“ Reise in die Zentralafrikanische Republik, in zahlreiche asiatische Länder sowie nach Albanien – ein Land, das unter dem kommunistischen Regime einst offiziell zum atheistischen Staat erklärt worden war und in dem die Leugnung Gottes und jeglicher religiöser Ausdrucksformen zu den Grundprinzipien gehörte. Während seines Besuchs in den USA rief Franziskus eindringlich in Erinnerung, dass die Religionsfreiheit zu den größten Errungenschaften des Landes gehöre und nicht durch Bestrebungen untergraben werden dürfe, den Glauben in den privaten Bereich zu verbannen.³⁵⁸

Neben dem Irak-Besuch war insbesondere seine Reise nach Abu Dhabi im Februar 2019 ein Meilenstein für die Religionsfreiheit. Gemeinsam mit dem Großimam von Al-Azhar, Ahmad Al-Tayyib, unterzeichnete Papst Franziskus die *Erklärung über die Brüderlichkeit aller Menschen*, die bekräftigt, dass religiöser Pluralismus dem weisen Willen Gottes entspringe.



© Vatican Media

Papst Franziskus lässt während seiner Apostolischen Reise 2021 an den Ruinen der syrisch-katholischen Kirche der Unbefleckten Empfängnis im irakischen Mossul eine Friedenstaube fliegen.

Diese göttliche Weisheit – so die Erklärung, die seither von zahlreichen Religionsführern mitgetragen wird – sei „die Quelle, aus der das Recht auf Glaubensfreiheit und das Recht auf Anderssein hervorgehen. Deshalb ist es abzulehnen, dass Menschen gezwungen werden, sich einer bestimmten Religion oder Kultur anzuschließen.“³⁵⁹ Ich hatte das Privileg, Papst Franziskus auf dieser Reise als damaliger Direktor des vatikanischen Presseamtes zu begleiten. Am Tag nach der Unterzeichnung fragte mich der Heilige Vater, wie die internationalen Medien auf das Dokument reagiert hätten. Besonders interessiert war er an den Reaktionen aus der christlichen und muslimischen Welt.

Die Lehre von Papst Franziskus zur Religionsfreiheit findet sich auch in den zentralen Texten seines Pontifikats wieder. In seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii*

*gaudium*³⁶⁰ widmet er der Religionsfreiheit ein eigenes Kapitel. In der Enzyklika *Fratelli tutti*³⁶¹ bekräftigt er, dass „es ein grundlegendes Menschenrecht gibt, das auf dem Weg zu Brüderlichkeit und Frieden nicht übersehen werden darf: die Religionsfreiheit für die Gläubigen aller Religionen“. Dabei macht er klar, dass sich diese Freiheit nicht nur auf den Gottesdienst beschränkt, sondern auch das Recht umfasst, den eigenen Glauben öffentlich zu leben. Seine Vision stützt sich immer wieder auf das Zweite Vatikanische Konzil, insbesondere auf die Erklärung *Dignitatis humanae*³⁶², deren 60. Jahrestag im Dezember 2025 gefeiert wird.

Abschließend lässt sich sagen: Papst Franziskus machte die Religionsfreiheit zu einem tragenden Pfeiler seines Pontifikats. Er verband sie eng mit dem Einsatz für Frieden, Dialog und Menschenwürde. Dieses Vermächtnis hat er nun seinem Nachfolger Papst Leo XIV. übergeben – mit der Herausforderung an uns alle, an einer freieren und geschwisterlicheren Menschheit mitzubauen.



RELIGIONSFREIHEIT – GLOBALE TRENDS

Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Länder sind gemäß Art und Schweregrad der Verstöße gegen die Religions- und Glaubensfreiheit klassifiziert. Die Klassifizierung erfolgt in drei Hauptkategorien:

Verfolgung: Diese Kategorie umfasst Länder, in denen Menschen aufgrund ihres Glaubens wiederholt und in schwerwiegender Weise Opfer von Gewalt oder Schikanen werden. Verfolgung kann von Regierungen, bewaffneten Gruppen oder Einzelpersonen ausgehen und äußert sich in Hassverbrechen, Angriffen, Drohungen oder gezielten Versuchen, religiöse Gemeinschaften zu vertreiben oder mundtot zu machen. Solche Taten bleiben häufig straflos, und staatliche Stellen ignorieren sie nicht selten oder unterstützen sie sogar.

Diskriminierung: In diesen Ländern bestehen gesetzliche oder faktische Benachteiligungen bestimmter religiöser Gruppen, die deren Rechte und Teilhabe einschränken. Diskriminierung kann sich unter anderem in Einschränkungen religiöser Praxis, ungleichem Zugang zu Bildung, Arbeitsplätzen oder dem Justizsystem sowie in indirekten Hürden äußern – etwa durch einseitige Vorgaben in öffentlichen oder privaten Institutionen. Sie kann vom Staat oder von nicht staatlichen Akteuren ausgehen und bleibt häufig ohne Konsequenzen für die Verantwortlichen.

 **Unter Beobachtung:** Diese Kategorie umfasst Länder, bei denen Anzeichen für schwerwiegende Verstöße gegen die Religionsfreiheit bestehen, deren Bewertung jedoch noch keine eindeutige Zuordnung zu den Kategorien „Verfolgung“ oder „Diskriminierung“ erlaubt. Diese Situationen erfordern eine besonders sorgfältige Beobachtung. In den Karten zur regionalen Analyse sind solche Länder mit einem Lupensymbol gekennzeichnet.

Alle übrigen Länder gelten als „konform“, da keine signifikanten Hinweise auf Verstöße gegen die Religions- und Glaubensfreiheit vorliegen und sie im Allgemeinen die internationalen Schutzstandards für dieses Grundrecht einhalten.

↑ Verbesserung seit 2023

↓ Verschlechterung seit 2023

— Keine Veränderung seit 2023

Name des Landes	Trend	Hauptverantwortliche und Hauptfaktoren für Verfolgung/Diskriminierung	Zusammenfassung
Afghanistan	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Seit der erneuten Machtübernahme der Taliban sind religiöse Minderheiten mit eskalierender Gewalt und systematischer Unterdrückung konfrontiert. Anschläge auf Gebetsstätten kommen häufig vor. Die Terrororganisation Islamischer Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) hat ihre Angriffe verstärkt. Taliban-Behörden verfolgen eine diskriminierende Politik gegen schiitische Muslime.
Bangladesch	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Hindus, Christen, Ahmadis und Sufis wurden Opfer von Gewalt und Diskriminierung. In einem Jahr wurden über 1000 Verstöße gemeldet. Dutzende von Gebetsstätten wurden angegriffen, christliche Volksgruppen waren Repressionen und Massenverhaftungen ausgesetzt. Die Aufhebung des Verbots der Organisation Jamaat-e-Islami weckte Befürchtungen über einen wachsenden islamistischen Einfluss.
Burkina Faso	↓	Nicht staatliche Akteure Religiöser Extremismus	Burkina Faso erlebte eine Eskalation der dschihadistischen Gewalt. Im Jahr 2024 wurden über 1500 Menschen getötet, darunter auch Zivilisten in Kirchen und Moscheen. Dutzende von religiösen Führern wurden entführt oder hingerichtet, und mehr als 30 Kirchengemeinden wurden geschlossen. Sowohl Christen als auch Muslime sind weiterhin bedroht.
China	↓	Staat Autoritarismus	China führte neue Gesetze ein, die den Klerus einschränken, ausländische religiöse Aktivitäten verbieten und eine patriotische Erziehung in religiösen Einrichtungen vorschreiben. Die Verfolgung von Uiguren, Tibetern, Falun Gong, Hauskirchen und der katholischen Untergrundkirche wurde fortgesetzt, wobei es zu neuen Verhaftungen und Gefängnisstrafen kam.
Demokratische Republik Kongo	↓	Nicht staatliche Akteure Religiöser Extremismus	Mehr als 120 bewaffnete Gruppen operieren in dem Land, darunter die M23 und die dschihadistischen Allied Democratic Forces (ADF), die ihre Angriffe auf Christen und gemäßigte Muslime mit Morden, Entführungen und der Zerstörung von Kirchen intensiviert haben. Das Versagen des Staates, angesichts der eskalierenden Gewalt für Schutz zu sorgen, hat die Krise verschärft.
Eritrea	↓	Staat Autoritarismus	In Eritrea haben sich die Repressionen gegen religiöse Minderheiten verschärft. Hunderte von Muslimen und Christen wurden festgenommen, darunter auch Minderjährige. Razzien, Folter und Inhaftierungen ohne Kontakt zur Außenwelt hielten an. In UN-Berichten wurden systematische Verstöße und staatliche Eingriffe in die Religion angeprangert.
Indien	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und ethnisch-religiöser Nationalismus	Religionsbezogene Gewalt und gesetzliche Einschränkungen nahmen stark zu. Anti-Konversionsgesetze wurden ausgeweitet, Übergriffe durch aufgebrachte Menschenmengen häuften sich, Kirchen sowie Christen sahen sich zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt. Hindu-nationalistische Rhetorik, insbesondere im Vorfeld von Wahlen, schürte Spannungen und begünstigte die Straflosigkeit der Täter.
Iran	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit bleibt stark eingeschränkt. Konvertiten, Bahai, Sunniten und regimekritische Geistliche wurden verhaftet, gefoltert oder hingerichtet. Staatliche Überwachung und Repression nahmen zu, Verstöße gegen die Religionsfreiheit eskalierten massiv.
Jemen	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Das Huthi-Regime setzte seine Version des zaidischen Islam durch. Angehöriger der Bahai wurden verfolgt, während christliche Konvertiten und ausländische Gläubige unter Druck gesetzt wurden. Abtrünnigkeit wird weiterhin mit dem Tod bestraft. Das Wiederaufleben von al-Qaida und anderen dschihadistischen Bedrohungen verschärfte die Lage zusätzlich.

Name des Landes	Trend	Hauptverantwortliche und Hauptfaktoren für Verfolgung/Diskriminierung	Zusammenfassung
Kamerun	—	Nicht staatliche Akteure Religiöser Extremismus	Im Jahr 2024 kam es in Kamerun zu einem Anstieg der Entführungen durch Boko Haram und Islamischer Staat Westafrikanische Provinz (ISWAP), zu Gewalt in anglophonen Regionen und zu Angriffen auf Geistliche und Gotteshäuser. Die sich verschlechternde Sicherheitslage untergräbt die Religionsfreiheit erheblich und macht Minderheiten angreifbar.
Libyen	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit in Libyen hat sich aufgrund der Instabilität und der zunehmenden Islamisierung verschlechtert. Sufis, Ibaditen und Christen wurden verhaftet, verschwanden und wurden bei ihren Gottesdiensten eingeschränkt. Minderheiten wurden gezielt verfolgt, die Sittenpolizei reaktiviert und abweichende Glaubensrichtungen unterdrückt.
Malediven	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit bleibt massiv eingeschränkt. Nicht muslimische Religionsausübung ist verboten, Missionierung strafbar, und es bestehen keine verfassungsrechtlichen Schutzmechanismen. Arbeitsmigranten und Touristen sind von Verhaftung oder Ausweisung bedroht. Islamistische Einflüsse und die Unterdrückung Andersdenkender halten an.
Mali	↓	Nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die zunehmende Gewalt dschihadistischer Gruppen, das Scheitern des Friedensabkommens von 2015 und die autoritäre Ausrichtung der Militärregierung bedrohten die Religionsfreiheit. Christliche und muslimische Führer warnten vor dem Extremismus; Christen in Mopti wurden zur Zahlung der Dschizya gezwungen.
Mosambik	↓	Nicht staatliche Akteure Religiöser Extremismus	Islamistische Kämpfer verstärkten ihre Angriffe auf Christen in der Provinz Cabo Delgado, zerstörten Kirchen und drohten mit Zwangsbekehrung oder Tod. Die Gewalt nach den Wahlen, gezielte Tötungen und das wachsende Misstrauen der Öffentlichkeit destabilisierten das Land weiter und schwächten institutionelle Schutzmechanismen.
Myanmar	↓	Staat Autoritarismus und ethnisch-religiöser Nationalismus	Die tief verwobenen politischen, ethnischen und religiösen Konflikte verschärfen sich im Zuge des Bürgerkriegs. Kirchen wurden zerstört, Geistliche angegriffen und Gotteshäuser bombardiert, niedergebrannt oder als Militärposten missbraucht.
Nicaragua	↓	Staat Autoritarismus	Unter dem Ortega-Regime verschärfte sich die Repression gegen Kirchen. Religiöse Gruppen verloren ihren Rechtsstatus, öffentliche Gottesdienste und Prozessionen wurden verboten. Geistliche und Laien wurden verhaftet, ins Exil gezwungen oder ausgebürgert. Der Staat schloss kirchliche Einrichtungen und konfiszierte deren Eigentum.
Niger	↓	Nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Übergangscharta garantiert zwar den Schutz der Religionsfreiheit, allerdings ist deren Umsetzung angesichts der sich verschlechternden Sicherheitslage beeinträchtigt. Dschihadistische Gruppen wie die Sahel-Provinz des IS (ISSP) und al-Qaida-nahe Organisationen verübten Anschläge, töteten Hunderte, vertrieben Tausende und griffen Kirchen, Moscheen und Gläubige an.
Nigeria	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus, religiöser Extremismus und organisierte Kriminalität	Die Religionsfreiheit wird durch dschihadistische Angriffe, konfessionelle Konflikte und mangelnden staatlichen Schutz massiv untergraben. Boko Haram und der Islamischer Staat Westafrikanische Provinz (ISWAP) verübten Anschläge auf Muslime und Christen und entführten Geistliche. In der Middle-Belt-Region eskalierte die Gewalt, Kirchen wurden niedergebrannt und Gläubige getötet.
Nordkorea	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit ist faktisch nicht existent. Nicht genehmigte Glaubensausübung wird mit Haft, Folter oder Hinrichtung bestraft. Die Repression nahm durch ideologische Gesetze, Grenzsicherungen und Zwangsrückführungen aus China weiter zu.
Pakistan	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Dschihadistische Gewalt nahm zu. Blasphemiegesetze wurden missbraucht und führten zu Hunderten von Inhaftierungen sowie mehreren Lynchmorden. Zwangsbekehrungen und Zwangsehen christlicher und hinduistischer Mädchen hielten an. Ahmadis wurden wegen der Feier des muslimischen Zuckerfests verhaftet. Gesetzesreformen blieben angesichts der weitverbreiteten Gewalt weitgehend wirkungslos.
Saudi-Arabien	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit bleibt praktisch inexistent. In bislang ungekanntem Maße wurden schiitische Bürger verhaftet, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Blasphemiegesetze wurden angewendet, abweichende Meinungen unterdrückt. Trotz interreligiöser Geste und einer öffentlichen koptischen Messe ist nicht muslimische Religionsausübung in der Öffentlichkeit weiterhin verboten.
Somalia	—	Nicht staatliche Akteure Religiöser Extremismus	Religionsfreiheit ist in Somalia nach wie vor inexistent. Konvertiten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wurden durch die al-Shabaab-Miliz und IS ins Visier genommen, auch Christen waren mit Angriffen konfrontiert und gezwungen, im Verborgenen zu leben. Das Tragen des Nikab wurde aus Sicherheitsgründen erneut verboten. Föderale Spannungen und die Kontrolle durch Dschihadisten verschlechterten die Lage religiöser Minderheiten weiter.
Sudan	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Der Bürgerkrieg führte zu massiven Vertreibungen. Kirchen und Moscheen wurden angegriffen, Priester gefoltert, Christen zur Konversion gedrängt. Angesichts der Zunahme von Hungersnöten, Gräueltaten und Gesetzlosigkeit konnten die Erfolge früherer Reformen nicht aufrechterhalten werden. Religiöse Minderheiten sind nach wie vor besonders gefährdet.
Turkmenistan	↓	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit blieb unter dem Berdimuhamedow-Regime stark eingeschränkt. Nicht registrierte Religionsausübung ist illegal, eine Registrierung wird häufig verweigert. Muslime und Christen wurden überwacht, mit Razzien überzogen und bedroht. Konvertiten litten unter familiärer Gewalt, während Minderheiten unter Druck gesetzt wurden, den Islam anzunehmen.

Name des Landes	Trend	Hauptverantwortliche und Hauptfaktoren für Verfolgung/Diskriminierung	Zusammenfassung
Algerien	↓	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit bleibt eingeschränkt. Dutzende von protestantischen Kirchen blieben geschlossen, Gerichte verurteilten Konvertiten und Gottesdienstbesucher wegen unerlaubter Aktivitäten. Blasphemiegesetze kamen zur Anwendung, Kritiker des Islam wurden verfolgt.
Aserbaidshan	↓	Staat Autoritarismus	Schwere Eingriffe in die Religionsfreiheit, insbesondere gegen schiitische Muslime, Zeugen Jehovas und armenische Christen. Überwachung, Razzien, Verhaftungen und die Vertreibung von 120 000 Armeniern aus Bergkarabach, begleitet von der Schändung oder Zerstörung religiöser Stätten.
Ägypten	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Auch wenn Fortschritte in Form einer Legalisierung von Kirchen und des Entwurfs eines neuen Personenstandsgesetzes erzielt wurden, bleibt Ägypten von konfessioneller Gewalt, Verfolgung wegen Blasphemievorwürfen und einer Diskriminierung nicht anerkannter Gruppen geprägt. Auch im vergangenen Berichtszeitraum wurden wieder Entführungen und Zwangskonvertierungen von christlichen Mädchen gemeldet.
Äthiopien	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit in Äthiopien bleibt fragil. Spaltungen innerhalb der Orthodoxen Kirche, Hidschab-Verbote und ethnische Spannungen prägen das Bild. Trotz des Friedensabkommens mit Tigray untergraben tief verwurzelte Rivalitäten und die anhaltende Bedrohung durch Extremismus die Aussicht auf ein dauerhaftes religiöses Zusammenleben.
Bahrain	—	Staat Autoritarismus	Trotz verbesserter Beziehungen zur Katholischen Kirche werden schiitische Bürger diskriminiert und religiöse Rituale eingeschränkt. Kritiker des Islam und Konvertiten müssen mit ersten rechtlichen und sozialen Konsequenzen rechnen. Ein neues Gesetz regelt den Bau von Gebetsstätten, doch die Genehmigungen für einige Kirchen stehen noch aus.
Brunei Darussalam	—	Staat Autoritarismus	Die geltende Scharia schränkt die Religionsfreiheit weiterhin ein und prägt das öffentliche Leben. Für Nicht-Muslime galten Verbote für Bekehrung, Religionsunterricht und Versammlungen. Nicht registrierte Gruppen sind illegal. Religionskritik ist strafbar. Der Staat übt eine strenge und zentralisierte Kontrolle aus.
Dschibuti	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit in Dschibuti wurde durch die Dominanz des sunnitischen Islams und die staatliche Kontrolle eingeschränkt. Nicht-Muslime sahen sich mit Einschränkungen bei der Religionsausübung, beruflicher Diskriminierung und administrativen Hürden konfrontiert. Religionsübertritte vom Islam werden mit Achtung oder Gewalt quittiert.
Haiti	↓	Nicht staatliche Akteure Organisierte Kriminalität	Die Religionsfreiheit in Haiti wird durch weitverbreitete Gewalt, den Zusammenbruch staatlicher Strukturen und anhaltende Straflosigkeit schwer beeinträchtigt. Bewaffnete Banden entführen regelmäßig religiöse Führer, plündern Kirchen und töten Zivilisten. Zwar bestehen Ansätze eines interreligiösen Dialogs fort, doch die allgegenwärtige Unsicherheit erschwert eine freie Religionsausübung erheblich.
Irak	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit in Irak ist nach wie vor stark gefährdet. Christen sahen sich mit politischer Marginalisierung und Auswanderungsdruck konfrontiert, während Jesiden unter anhaltender Vertreibung litten. Von Iran unterstützte Milizen und ein Wiedererstarken des IS bedrohten Minderheiten zusätzlich. Von einer wirklichen Gleichstellung aller Bürger kann nach wie vor keine Rede sein.
Israel	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Ethno-religiöser Nationalismus Religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit in Israel verschlechterte sich. Kirchen und Moscheen wurden angegriffen, Christen schikaniert, und die Beschränkungen für arabische Muslime - insbesondere in Jerusalem - verschärft. Trotz offizieller Verurteilungen kamen viele Täter straflos davon. Der Angriff der Hamas im Oktober 2023 hat die Polarisierung und die Spannungen im Land verschärft.
Jordanien	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit ist in Jordanien zwar eingeschränkt, aber immerhin stabil. Christen profitierten von staatlicher Unterstützung, während nicht anerkannte Gruppen mit rechtlichen Hürden konfrontiert waren. Es kam zu Angriffen auf Kirchen, und der gesellschaftliche Druck gegen Apostasie hielt an, insbesondere angesichts des wachsenden islamistischen Einflusses.
Kasachstan	↑	Staat Autoritarismus	Im Berichtszeitraum wurden einige positive Schritte unternommen, darunter die offizielle Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. Dies führte zu einer leichten, aber spürbaren Verbesserung des allgemeinen Umfelds für Religionsfreiheit. Zugleich blieben erhebliche Beschränkungen bestehen, darunter strikte Registrierungspflichten, Geldstrafen für nicht genehmigte Gottesdienste oder religiöse Äußerungen im Internet sowie geplante Gesetzesänderungen, die die staatliche Kontrolle weiter verschärfen könnten.
Katar	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit in Katar beschränkt sich nach wie vor auf die staatlich kontrollierte Religionsausübung der abrahamitischen Religionen. Während öffentliche jüdische und katholische Feiern stattfinden konnten, blieb die Gemeinschaft der Bahai mit Abschiebungen und Berufsverböten konfrontiert. Missionierung durch Nicht-Muslime und Apostasie sind nach islamischem Recht weiterhin strafbar.
Kirgisistan	↓	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit verschlechterte sich. Behörden gingen verstärkt gegen nicht registrierte Gruppen vor und führten Razzien in Kirchen und Moscheen durch. Zudem wurde ein neues Religionsgesetz mit strengeren Registrierungspflichten erlassen. Minderheiten waren Geldstrafen, Verhaftungen und wachsendem Druck ausgesetzt.
Komoren	—	Staat Autoritarismus	Zwischen 2024 und 2025 gaben die Wiederwahl von Präsident Assoumani und die umstrittene Verhaftung eines Imams Anlass zu Besorgnis hinsichtlich der Religionsausübung. Eine Polizeirazzia in einer madagassischen Kirche wurde von offizieller Seite missbilligt. Christen bleiben inmitten allgemeiner Spannungen über Identität und Rechte marginalisiert.

Name des Landes	Trend	Hauptverantwortliche und Hauptfaktoren für Verfolgung/Diskriminierung	Zusammenfassung
Kuba	↓	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit in Kuba hat sich unter der strengen Kontrolle der Kommunistischen Partei weiter verschlechtert. Geistliche und Gläubige sahen sich mit zunehmender Einschüchterung, Verhaftungen, Überwachung und Verboten von Gottesdiensten konfrontiert. Nicht registrierte Gruppen wurden unterdrückt. Kirchen wurden von Unbekannten verwüstet und geplündert, was die Angst und Isolation noch verstärkte.
Kuwait	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit blieb auf registrierte Gruppen beschränkt. Schiiten waren Einschränkungen bei der Religionsausübung ausgesetzt, während Blasphemiegesetze und Diskriminierung fortbestanden. Registrierte Christen können ihre Religion zwar frei ausüben, sind aber rechtlich noch nicht vollständig anerkannt und daher mit administrativen Hindernissen konfrontiert.
Laos	↓	Staat Autoritarismus	Trotz gesetzlicher Schutzbestimmungen bleibt die Religionsfreiheit in Laos stark eingeschränkt. Dutzende Kirchen wurden angegriffen, Christen verhaftet und ganze Gemeinden vertrieben. Lokale Behörden stellten sich häufig auf die Seite feindseliger Dorfbewohner. Mit dem Dekret Nr. 315 übt der Staat umfassende Kontrolle aus, besonders über protestantische Gemeinschaften.
Malaysia	—	Staat Autoritarismus	Trotz verfassungsmäßiger Garantien bleibt die Religionsfreiheit eingeschränkt. In den meisten Bundesstaaten ist Apostasie verboten, Missionierung durch Nicht-Muslime wird kriminalisiert, Schiiten sind Diskriminierung ausgesetzt. Christen und indigene Gruppen sehen sich mit rechtlichen Hürden und administrativer Voreingenommenheit konfrontiert.
Marokko	—	Staat Autoritarismus	Marokko garantiert die Glaubensfreiheit, doch bleibt der Islam Staatsreligion. Ein Übertritt vom Islam ist zwar nicht illegal, führt aber zu sozialer Ächtung. Nicht muslimische Gottesdienste sind zwar geduldet, allerdings stoßen Christen und Bahai auf rechtliche Beschränkungen. Im offiziellen Diskurs wird ein moderates Islamverständnis gefördert, ohne dass dies substanzielle Rechtsreformen nach sich zöge.
Mauretanien	—	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit in Mauretanien ist nahezu inexistent. Apostasie wird mit dem Tod bestraft, Blasphemie hart verfolgt. Nicht muslimische Gottesdienste sind auf Ausländer beschränkt. Die kleine Katholische Gemeinschaft steht vor rechtlichen Hürden und hat keine einheimische Leitung.
Mexiko	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und organisierte Kriminalität	Die Religionsfreiheit ist in Mexiko verfassungsrechtlich geschützt, doch Geistliche und Gläubige sind massiven Bedrohungen durch das organisierte Verbrechen ausgesetzt. Gewalt, Erpressung und die Schändung von Kirchen sind weit verbreitet und bleiben weitgehend straffrei. Zusätzliche Spannungen ergeben sich aus Debatten um die Trennung von Staat und Kirche.
Nepal	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Ethno-religiöser Nationalismus	Nepal garantiert zwar Religionsfreiheit, stellt aber Religionsübertritte und Proselytismus unter Strafe. Christen, insbesondere Dalits, sind Angriffen, Verhaftungen und Kirchenschließungen ausgesetzt. Die Gesetzeslage begünstigt hinduistische Traditionen und macht Minderheiten verwundbar gegenüber Diskriminierung, Gewalt und strafrechtlicher Verfolgung wegen Evangelisierung.
Oman	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit bleibt auf staatlich genehmigte Gottesdienste beschränkt. Missionierung ist verboten, Blasphemiegesetze sehen schwere Strafen vor. Nicht-Muslime dürfen nur an ausgewiesenen Orten beten. Ein mit dem IS in Verbindung stehender Anschlag auf eine schiitische Moschee hat die wachsenden konfessionellen Spannungen deutlich gemacht.
Palästinensische Gebiete	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Ethno-religiöser Nationalismus und religiöser Extremismus	Trotz verfassungsmäßiger Garantien ist die Religionsfreiheit in Palästina schwer eingeschränkt - durch Krieg wie auch durch israelische Restriktionen. Christen in Gaza erlitten schwere Verluste; christliche und muslimische Gläubige leiden unter der unsicheren Lage, dem blockierten Zugang nach Jerusalem und der Zerstörung ihrer Gebetsstätten.
Russland	↓	Staat Autoritarismus	In Russland hat sich die Religionsfreiheit aufgrund kriegsbedingter Repressionen verschlechtert. Weitreichende Gesetze zu Extremismus, ausländischen Agenten und missionarischer Tätigkeit zielen auf Minderheiten und abweichende Meinungen ab.
Sri Lanka	↑	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und ethnisch-religiöser Nationalismus	Die Religionsfreiheit in Sri Lanka bleibt gefährdet. Die buddhistische Mehrheit genießt eine privilegierte Stellung, während Christen, Muslime und Hindus Schikanen, Beschränkungen und Hassrede ausgesetzt sind. Das ICCPR-Gesetz wird missbraucht, um Verhaftungen zu ermöglichen, zugleich wird buddhistisch-nationalistische Rhetorik nicht eingedämmt.
Syrien	↓	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit blieb in Syrien stark eingeschränkt, es herrscht weiterhin ein hohes Maß an Unsicherheit und konfessioneller Gewalt. Angriffe auf jesidische, schiitische und christliche Stätten, Vandalismus an Kirchen und Weihnachtssymbolen durch islamistische Gruppen sowie fortbestehende rechtliche Diskriminierung prägen das Bild. Trotz einer aktuell integrativen Rhetorik bleibt die Perspektive ungewiss.
Tadschikistan	↓	Staat Autoritarismus	Die Religionsfreiheit unterliegt strikter staatlicher Kontrolle. Alle Glaubensgemeinschaften müssen sich registrieren, Missionierung ist eingeschränkt und islamische Praktiken unterliegen Verboten. Christen und andere Minderheiten sind von Überwachung und Repression betroffen. Anti-Extremismus-Gesetze begünstigen Missbrauch.
Thailand	—	Staatliche/nicht staatliche Akteure Autoritarismus und religiöser Extremismus	Die Religionsfreiheit wird im Allgemeinen respektiert, doch genießt der Buddhismus privilegierten Status. Der Konflikt im Süden wirkt sich auf die Rechte der Muslime aus. Flüchtlinge vor religiöser Verfolgung werden inhaftiert und riskieren Abschiebung. Minderheitsreligionen und nicht registrierte Gruppen sehen sich Vernachlässigung und indirektem Druck ausgesetzt.



KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND



www.religionsfreiheit-weltweit.de

Länder mit schwerwiegenden Verletzungen der Religionsfreiheit

Die Karte zeigt diejenigen Länder, in denen gemäß der Analyse des Berichts Religionsfreiheit weltweit ein erhebliches Maß an Diskriminierung oder Verfolgung festgestellt wurde.

LATEINAMERIKA UND KARIBIK

Mexiko ↓

Kuba ↓

Haiti ↓

Nicaragua ↓

Venezuela ↓

Marokko —

Tunesien ↓

Palästina —

Algerien ↓

Libyen ↓

Mauretanien —

Mali ↓

Niger ↓

Tschad —

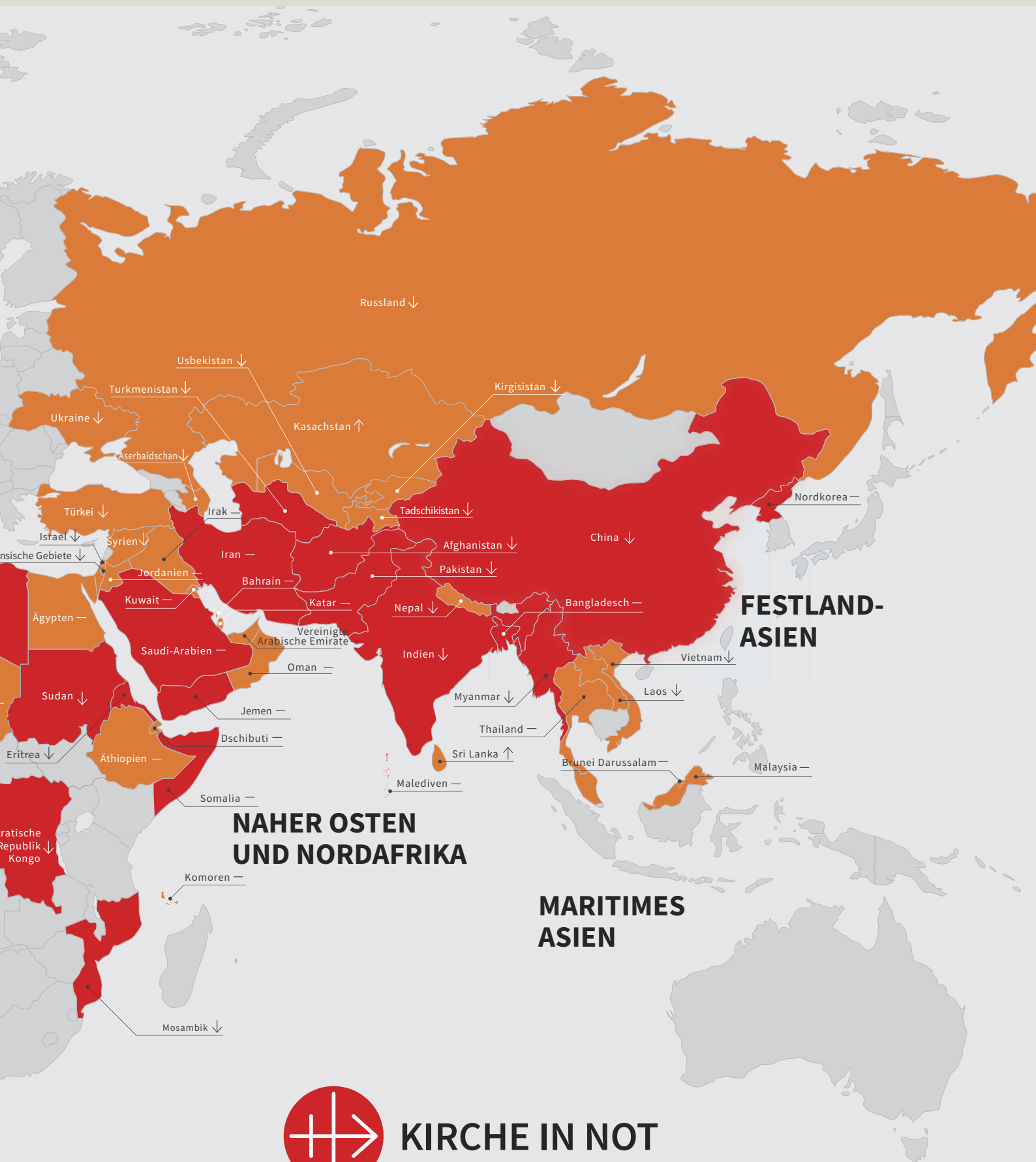
Burkina Faso ↓

Kamerun —

SUBSAHARA-AFRIKA

Demokratische Republik Kongo —

Verfolgung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt
Diskriminierung, Hasskriminalität und religiös motivierte Gewalt
↑ Verbesserung seit 2023
↓ Verschlechterung seit 2023
— Keine Veränderung seit 2023

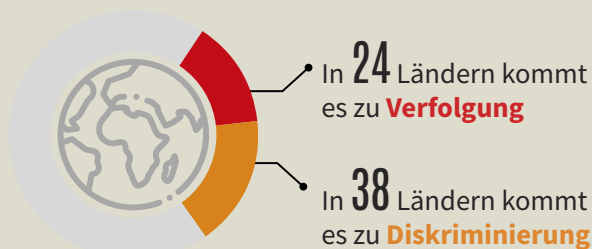


KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

RELIGIONSFREIHEIT WIRD VERLETZT

Religionsfreiheit in 196 Ländern der Welt
In **62 Ländern** kommt es zu Verletzungen
der Religionsfreiheit



64,7 % der Weltbevölkerung
- also fast **5,4 Milliarden Menschen** -
leben in Ländern mit ernststen oder sehr
ernststen Verletzungen der Religionsfreiheit



AUTORITARISMUS IST DIE GRÖSSTE BEDROHUNG FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT



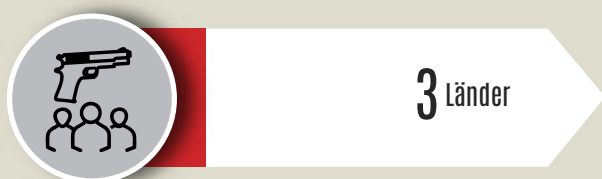
Autoritarismus



Religiöser Extremismus



Ethno-religiöser Nationalismus



Organisierte Kriminalität

GARANTIEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT



In **31** Ländern ist die Religionsfreiheit gesetzlich nicht verankert.



In **50** Ländern sind die Gesetze auf dem Papier für alle gleich, aber in der Praxis nicht.



In **34** Ländern ist es nicht erlaubt, die Religion zu wechseln.



In **53** Ländern führt gesellschaftlicher Druck trotz formal neutraler Gesetzgebung zu Diskriminierung oder Verfolgung.

SEIT 2023



44
Länder

religiös motivierte Morde



29
Länder

Entführungen oder Zwangshaft aus religiösen Gründen



21
Länder

Verbreitung von Hass gegen religiöse Minderheiten durch soziale Medien

In 56 Ländern waren Repräsentanten von Religionen das Ziel religiös motivierter Angriffe



In 57 Ländern wurden Übergriffe auf Gebetsstätten gemeldet



In 46 Ländern wird Blasphemie in irgendeiner Form bestraft



In **13** Ländern können die Strafen lebenslange Haft oder die Todesstrafe umfassen

In **30** Ländern werden kürzere Haftstrafen (bis zu 5 Jahren) verhängt

In 46 Ländern werden die Aussichten auf Religionsfreiheit als negativ oder sogar alarmierend eingeschätzt



- ¹ Zum Beispiel Adrian Shtuni, „The Islamic State in 2025: an Evolving Threat Facing a Waning Global Response“, ICCT – The Hague, 11. Juli 2025, <https://icct.nl/publication/islamic-state-2025-evolving-threat-facing-waning-global-response> (abgerufen am 8. August 2025).
- ² Francesco Marone, „Spillover terrorism? Exploring the effects of the Israel-Hamas war on jihadist violence in Europe“, Journal of Contemporary European Studies, online first, 2025, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14782804.2025.2505146> (abgerufen am 8. August 2025).
- ³ Aaron Y. Zelin, „The Damascus Church Attack: Who Is Saraya Ansar al-Sunnah?“, The Washington Institute, 25. Juni 2025, <https://www.washington-institute.org/policy-analysis/damascus-church-attack-who-saraya-ansar-al-sunnah> (abgerufen am 8. August 2025).
- ⁴ Insbesondere United Nations Security Council, Thirty-sixth report of the Analytical Support and Sanctions Monitoring Team submitted pursuant to resolution 2734 (2024) concerning ISIL (Da'esh), Al-Qaida and associated individuals and entities, Juli 2025, https://docs.un.org/en/S/2025/482&ved=2ahUKEwjuw8T_hPeOAXZ8bsIHQV_lfoQFnoECBUQAQ&usq=AOvVaw1Oi_Pk4pnPA-na65gvOysf (abgerufen am 8. August 2025).
- ⁵ Refugee Population Statistics Database, Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), Stand 12. Juni 2025, <https://www.unhcr.org/refugee-statistics> (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ⁶ „Rohingya Refugee Crisis Explained“, Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), 22. August 2024, <https://www.unrefugees.org/news/rohingya-refugee-crisis-explained/> (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ⁷ Kiehl Gussie, „Syria: The few certainties that existed are now gone“, Vatican News, 19. März 2025, <https://www.vaticannews.va/en/church/news/2025-03/syria-the-few-certainties-that-existed-are-now-gone.html>; Syrian priest: „People are telling us, 'Father, we are afraid for the future of our children'“, Aid to the Church in Need, 26. Juni 2025, <https://www.churchinneed.org/father-fadi-azar-speaks-about-the-situation-of-christians-in-syria/> (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ⁸ „Iraq“, Aid to the Church in Need, <https://acninternational.org/iraq/> (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ⁹ Amy Balog, „Iraq: Preserving Christianity in Iraq 10 years after Daesh invasion“, Aid to the Church in Need United Kingdom, 5. August 2024, <https://acnuk.org/news/iraq-preserving-christianity-in-iraq-10-years-after-daesh-invasion/> (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ¹⁰ Country Guidance: Afghanistan. Common analysis and guidance note, European Union Agency for Asylum, Mai 2024, S. 66, https://euaa.europa.eu/sites/default/files/publications/2024-05/2024_CG_AFG_Final.pdf (abgerufen am 2. Juli 2025).
- ¹¹ „R4Sahel Coordination Platform for Forced Displacements in Sahel“, Operational Data Portal, Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), 30. Juni 2025, <https://data.unhcr.org/en/situations/sahelcrisis> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹² Méryl Demuyne, „Mass Displacement and Violent Extremism in the Sahel: A Vicious Circle?“, International Centre for Counter-Terrorism (ICCT) Policy Brief, August 2022, <https://icct.nl/sites/default/files/2022-12/meryl-policy-brief-final-version.pdf> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³ Iwona Zamkowska, „Islamic insurgency in the Sahel as the root of mass displacement in Burkina Faso“, International Institute for Religious Freedom (IIRF), Vol 15:1/2 2022, <https://ijrf.org/index.php/home/article/view/131>; „Sahel: ACN comes to the aid of Christians displaced by terror“, Aid to the Church in Need, 8. Februar 2024, <https://acninternational.org/sahel-acn-comes-to-the-aid-of-christians-displaced-by-terror/#:~:text=Another%20of%20those%20driven%20out,as%20well%20as%20medical%20expenses;Amy+Balog,+Burkina+Faso:Church+helping+thousands+of+Christians+forced+into+exile%3Fsrsltid=AfmBOorajPa8W0f5SBdOtbGg94egvA97S2hwdn32NfSBN8umDcSHDpB> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹⁴ „Journeys of Pakistani migrants and refugees to Thailand“, Mixed Migration Centre (UNODC), Dezember 2023, https://mixedmigration.org/wp-content/uploads/2023/12/308_Pakistani_migrants_refugees_Thailand.pdf (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁵ Convention and Protocol relating to the Status of Refugees, Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), <https://www.unhcr.org/media/1951-refugee-convention-and-1967-protocol-relating-status-refugees> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹⁶ Handbook and Guidelines on Procedures and Criteria for Determining Refugee Status under the 1951 Convention and the 1967 Protocol, UN High Commissioner for Refugees (UNHCR), Dezember 2011 (Neuaufgabe April 2019), <https://www.unhcr.org/sites/default/files/legacy-pdf/5ddfc47.pdf> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁷ Rome Statute of the International Criminal Court, International Criminal Court, <https://www.icc-cpi.int/resource-library#coreICtexts> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹⁸ Christophe Foltzenlogel, „The Persecution of Ex-Muslim Christians in France and in Europe“, European Centre for Law and Justice (ECLJ), 13. Juli 2022, https://eclj.org/religious-freedom/coe/the-persecution-of-ex-muslim-christians-in-france-and-in-europe?lng=en&fbclid=IwAR0SLVPV3pDCjeq6ijJ5LshJX85D_uYWNK8cxAuqSREe4SMQFMxvFz_MOA (abgerufen am 23. Juli 2025).
- ¹⁹ „Ex-Muslim Christian refugees in Europe: the ECLJ calls for greater protection“, European Centre for Law and Justice (ECLJ), 11. März 2025, <https://eclj.org/asylum/un/ex-muslim-christian-refugees-in-europe-the-eclj-calls-for-greater-protection#:~:text=Similar%20tragedies%20are%20unfolding%20in,or%20violence%20from%20other%20migrants> (abgerufen am 6. August 2025).
- ²⁰ ACN International, Religious Freedom Report – Cuba, Aid to the Church in Need (ACN International), 2023, <https://acninternational.org/religiousfreedomreport/reports/country/2023/cuba>, (abgerufen am 21. August 2025).
- ²¹ Uría, I. „Iglesia y Revolución en Cuba. Enrique Pérez Serantes (1883-1968), el obispo que salvó a Fidel Castro“, 2011, Ediciones Encuentro.
- ²² Jarquin, E., Payá, R. M., & Machado, M. C. (2021), „Nicaragua, Cuba y Venezuela: Crónicas del fin de la libertad“, (Serie Informe Sociedad y Política, Nr. 180), Libertad y Desarrollo. <https://lyd.org/wp-content/uploads/2021/11/SIP-180-1.pdf> (abgerufen am 26. August 2025).
- ²³ „Almagro dice que Cuba exporta „mecanismos de terror“ a Nicaragua y Venezuela“, EFE, Los Angeles Times, 7. Dezember 2011, <https://www.latimes.com/espanol/noticias-mas/articulo/2018-12-07/efe-3836161-14914210-20181207> (abgerufen am 26. August 2025).
- ²⁴ „Venezuela y Cuba: progresía, socialismo y simulacros“, Clarín 1. August 2023, https://www.clarin.com/mundo/venezuela-cuba-progresia-socialismo-simulacros_0_ot9eizNbh0.html (abgerufen am 26. August 2025).
- ²⁵ Siehe Berichte über Nicaragua, Venezuela und Kuba aus den letzten drei Ausgaben des Berichts über die Religionsfreiheit von Aid to the Church in Need (ACN) <https://acninternational.org/religiousfreedomreport/reports/global/2023> (abgerufen am 26. August 2025).
- ²⁶ ebd.
- ²⁷ „Los cubanos en Venezuela“, Martí Noticias, 21. Oktober 2018, <https://www.martinoticias.com/a/los-cubanos-en-venezuela/216715.html> (abgerufen am 26. August 2025).
- ²⁸ Siehe Berichte über Nicaragua aus den letzten drei Ausgaben des Berichts über Religionsfreiheit von Aid to the Church in Need (ACN) <https://acninternational.org/religiousfreedomreport/reports/global/2023> (abgerufen am 26. August 2025).
- ²⁹ Carlos Carrillo, „Cuba's 'migratory stampede' has no end in sight“, Reuters, 11. September 2024, <https://www.reuters.com/world/americas/cubas-migratory-stampede-has-no-end-sight-2024-09-11/> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁰ „Remittances from Nicaraguan migrants mark new record, passing \$4 billion“, Reuters 28. Dezember 2023, <https://www.reuters.com/world/americas/remittances-nicaraguan-migrants-mark-new-record-passing-4-billion-2023-12-27/> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³¹ Crisis in Venezuela: More than 7.7 million refugees and migrants, UNHCR Spain, (Stand: Mitte 2025), <https://www.acnur.org/es-es/emergencias/situacion-de-venezuela>, (abgerufen am 21. August 2025).
- ³² Sina Hartert, „Burkina Faso: Displaced Christians Feel Like the Exiled People of God in Babylon“, Aid to the Church in Need (ACN), <https://acninternational.org/burkina-faso-displaced-christians-feel-like-the-exiled-people-of-god-in-babylon/> (abgerufen am 5. August 2025).

- ³³ „Burkina Faso: New chapter of suffering for Christians“, Aid to the Church in Need (ACN), 21. November 2023, <https://acninternational.org/burkina-faso-new-chapter-of-suffering-for-christians/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ³⁴ Good Governance Africa, „Fulani and Jihad in West Africa: A Complex Relationship“, Good Governance Africa, 2020, gga.org/fulani-and-jihad-in-west-africa-a-complex-relationship/ (abgerufen am 26. August 2025).
- ³⁵ Uppsala University Press Release, „New study unravels the history of the largest pastoral population in Africa“, 12. Februar 2025, <https://phys.org/news/2025-02-history-fulani-largest-pastoral-populations.html>; „Fulani“, The Africanica, 25. März 2025, <https://theafricanica.com/people/fulani/> (abgerufen am 21. August 2025); B. Sangare, „Fulani People and Jihadism in Sahel and Western African countries“, Fondation Pour la Recherche Stratégique, 8. Februar 2019, <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabo-musulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁶ Fortes-Lima, C., et al. (2025). „Population history and admixture of the Fulani people from the Sahel“, The American Journal of Human Genetics, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0002929724004579> (abgerufen am 26. August 2025).
- ³⁷ Boukary Sangare, „Fulani People and Jihadism in Sahel and West African Countries“, Foundation for Strategic Research, 8. Februar 2019, <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabo-musulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (abgerufen am 26. August 2025).
- ³⁸ U.S. Commission on International Religious Freedom, „Factsheet: Fulani Communities“, Madeline Velturo, USCIRF, 2020, www.uscifr.gov/sites/default/files/2020%20Factsheet%20-%20Fulani%20Communities_FINAL_0.pdf (abgerufen am 26. August 2025).
- ³⁹ Good Governance Africa, „Fulani and Jihad in West Africa: A Complex Relationship“, Good Governance Africa, 2020, gga.org/fulani-and-jihad-in-west-africa-a-complex-relationship/ (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴⁰ International Crisis Group, „The Social Roots of Jihadist Violence in Burkina Faso's North“, Africa Report N°254, 12. Oktober 2017, <https://www.crisisgroup.org/africa/west-africa/burkina-faso/254-social-roots-jihadist-violence-burkina-faso-north>; Boukary Sangare, „Annexe 1: Organizations and stratification of the Fulani society in central Mali, Fulani People and Jihadism in Sahel and West African Countries“, Foundation for Strategic Research, 8. Februar 2019, <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabo-musulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴¹ „Focus on the Sahel: Terrorism, NGOs and the Fulani Communities“, France24, 23. Oktober 2024, <https://www.france24.com/en/africa/20241023-focus-sahel-terrorism-ngos-fulani-communities-alqaeda-jnim> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴² Marta Petrosillo und Maria Lozano, „Burkina Faso, extremism and terrorism: Country Report“, Aid to the Church in Need (ACN) International, <https://media.acninternational.org/wp-content/uploads/2025/08/ACN-20241205-177390.pdf>
- ⁴³ Ibid.
- ⁴⁴ Boukary Sangare, „Fulani People and Jihadism in Sahel and West African Countries“, Foundation for Strategic Research, 8. Februar 2019, <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabo-musulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴⁵ „Burkina Faso, extremism and terrorism: Country Report“, op. cit.
- ⁴⁶ Maria Lozano, „Nigeria at the Crossroads: Country Report“, (Aid to the Church in Need (ACN) International, 2023), <https://media.acninternational.org/wp-content/uploads/2025/03/ACN-20230202-139856.pdf> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴⁷ Nucha Suntai Gambo, „Reconstructing the Origin and the Main Drivers of Conflict between Tiv Farmers and Fulani Herders in Benue State, Nigeria“ (Taraba State University, Dezember 2023), <https://ijidjournal.org/index.php/ijid/article/view/462/333> (abgerufen am 21. August 2025).
- ⁴⁸ John Shiaoondo, „Untold Story of the Tiv War Against Hegemony“, Blueprint, 2. Mai 2025, <https://blueprint.ng/untold-story-of-the-tiv-war-against-hegemony/> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁴⁹ Pierre Prier, „Africa. The Living Memory of the Usman Dan Fodio's Caliphate“, Orient XXI, 2019, <https://orientxxi.info/magazine/africa-the-living-memory-of-the-usman-dan-fodio-s-caliphate,3556> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵⁰ „Killings: Some Politicians Prefer to Worsen Crisis, Have State of Emergency in Benue – Tor Tiv“, Channels Television, 18. Juni 2025, <https://www.channelstv.com/2025/06/18/killings-some-politicians-prefer-to-worsen-crisis-have-state-of-emergency-in-benue-tor-tiv/> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵¹ Maria Lozano, „Nigeria at the Crossroads: Country Report“, (Aid to the Church in Need (ACN) International, 2023), <https://media.acninternational.org/wp-content/uploads/2025/03/ACN-20230202-139856.pdf> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵² Ibid.
- ⁵³ Amy Balog, „Nigeria: Leaders Accused of Inaction Amid Ongoing Killings and Food Crisis“, Aid to the Church in Need, 2024, <https://acninternational.org/nigeria-leaders-accused-of-inaction-amid-ongoing-killings-and-food-crisis/> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵⁴ Nucha Suntai Gambo, „Reconstructing the Origin and the Main Drivers of Conflict between Tiv Farmers and Fulani Herders in Benue State, Nigeria“ (Taraba State University, Dezember 2023), <https://ijidjournal.org/index.php/ijid/article/view/462/333> (abgerufen am 21. August 2025).
- ⁵⁵ Boukary Sangare, „Fulani People and Jihadism in Sahel and West African Countries“, Foundation for Strategic Research, 8. Februar 2019, <https://www.frstrategie.org/en/programs/observatoire-du-monde-arabo-musulman-et-du-sahel/fulani-people-and-jihadism-sahel-and-west-african-countries-2019> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵⁶ Pierre Prier, „Africa. The Living Memory of the Usman Dan Fodio's Caliphate“, Orient XXI, 2019, <https://orientxxi.info/magazine/africa-the-living-memory-of-the-usman-dan-fodio-s-caliphate,3556> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁵⁷ A. Thurston, „Central Mali: The Possibilities and Limits of Incorporation“, In: Jihadists of North Africa and the Sahel: Local Politics and Rebel Groups, Cambridge University Press, 2020.
- ⁵⁸ „Africa Surpasses 150,000 Deaths Linked to Militant Islamist Groups in Past Decade“, Africa Center for Strategic Studies, 28. Juli 2025, <https://africa-center.org/spotlight/en-2025-mig-10-year/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁵⁹ „Global Terrorism Index 2025: Measuring The Impact of Terrorism“, Institute for Economics & Peace, März 2025, <https://www.visionofhumanity.org/wp-content/uploads/2025/03/Global-Terrorism-Index-2025.pdf> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁶⁰ Ibid.
- ⁶¹ Sina Hartet und Maria Lozano, „ACN denounces new Islamist massacres in Burkina Faso“, Aid to the Church in Need International, 30. August 2024, <https://acninternational.org/acn-denounces-new-islamist-massacres-in-burkina-faso/> (abgerufen am 10. Juli 2025).
- ⁶² „Mali crisis: Key players“, BBC News, 12. März 2013, <https://www.bbc.com/news/world-africa-17582909> (abgerufen am 21. August 2025).
- ⁶³ „Global Terrorism Index 2025: Measuring The Impact of Terrorism“, op.cit
- ⁶⁴ „Defining a new approach to the Sahel's military-led states“, International Crisis Group, 22. Mai 2025, <https://www.crisisgroup.org/africa/sahel/burkina-faso-mali-niger/defining-new-approach-sahels-military-led-states> (abgerufen am 10. Juli 2025).
- ⁶⁵ „The coup in Niger“, International Institute for Strategic Studies, August 2024, <https://www.iiss.org/sv/publications/strategic-comments/2023/the-coup-in-niger/> (abgerufen am 26. August 2025).
- ⁶⁶ Dipo Faloyin, „A coup in Gabon seems to have ended one family's 56-year rule“, Vice News, 10. August 2023, <https://www.vice.com/en/article/a-coup-in-gabon-seems-to-have-ended-one-familys-56-year-rule/> (abgerufen am 15. Juni 2024).

- ⁶⁷ Wycliffe Muia, „Burkina Faso army says it foiled 'major' coup plot“, BBC News, 22. April 2025, <https://www.bbc.co.uk/news/articles/c5ygzpkvzno> (abgerufen am 19. August 2025).
- ⁶⁸ B. Rukanga & N. Booty, „Guinea-Bissau: Attempted coup was foiled, says President Embaló“, BBC News, 3. Dezember 2023, <https://www.bbc.co.uk/news/world-africa-67586556> (abgerufen am 19. August 2025).
- ⁶⁹ Wedaeli Chibelushi, „US and British citizens among 37 sentenced to death in DR Congo coup trial“, BBC News, 13. September 2024, <https://www.bbc.co.uk/news/articles/cx2e2v2le8wo> (abgerufen am 19. August 2025).
- ⁷⁰ Booty, N. and Akinpelu, Y., „Central African Republic President Toudera wins referendum with Wagner hep“, BBC, 7. August 2023, <https://www.bbc.com/news/world-africa-66428935> (abgerufen am 27. Februar 2025).
- ⁷¹ Constitution Gabonaise 2024, République Gabonaise, <https://www.gouvernement.ga/object.getObject.do?id=3958> (abgerufen am 27. Dezember 2024).
- ⁷² Gérauds Wilfried Obangome, „Gabon takes historic step towards democratic renewal“, Africanews, 13. August 2024, <https://www.africanews.com/2024/04/03/gabon-takes-historic-step-towards-democratic-renewal> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ⁷³ Natasha Booty and Nicolas Negoce, „Togo constitution: Parliament passes reforms likened to coup“, BBC News, 20. April 2024, <https://www.bbc.com/news/world-africa-68860091> (abgerufen am 8. Juni 2025).
- ⁷⁴ Sofia Christensen, „Burkina Faso junta leader says no elections until the country safe for voting“, Reuters, 29. September 2023, <https://www.reuters.com/world/africa/burkina-faso-junta-leader-says-no-elections-until-country-safe-voting-2023-09-29/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁷⁵ Morgane Le Cam, „In Mali, democracy has been indefinitely postponed“, Le Monde (Opinion), 19. Mai 2024, https://www.lemonde.fr/en/opinion/article/2024/05/19/in-mali-democracy-has-been-indefinitely-postponed_6671934_23.html (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁷⁶ Guinea: December (postponed) 2024 Elections, Africa Center for Strategic Studies, 17. Januar 2024, <https://africacenter.org/spotlight/2024-elections/guinea/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁷⁷ Dabo Alberto, „Guinea Bissau opposition vows to 'paralyse' country in election timing row“, Reuters, 26. Februar 2025, <https://www.reuters.com/world/africa/guinea-bissau-opposition-vows-paralyse-country-election-timing-row-2025-02-26/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁷⁸ BBC News, „Slavery, migration, and jihadists-the issues as Mauritania votes“, BBC News, 4. Dezember 2023, <https://www.bbc.com/news/articles/c51y81exdjlo> (abgerufen am 8. Januar 2025).
- ⁷⁹ „Mahamat Idriss Déby officially declared winner of presidential election“, France 24, 16. Mai 2024, <https://www.france24.com/en/live-news/20240516-%F0%9F%94%B4-chad-junta-chief-mahamat-idriss-d%C3%A9by-officially-declared-winner-of-presidential-election> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁸⁰ Le Monde, „Senegal: A triumph, a shock, and a wake-up call“, Le Monde, 26. März 2024, https://www.lemonde.fr/en/international/article/2024/03/26/senegal-a-triumph-a-shock-and-a-wake-up-call_6655708_4.html (abgerufen am 15. Februar 2025).
- ⁸¹ „Togo ruling party wins big parliamentary majority in boost for Gnassingbé“, France 24, 5. Mai 2024, <https://www.france24.com/en/africa/20240505-togo-ruling-party-wins-big-parliamentary-majority-in-boost-for-gnassingbe> (abgerufen am 8. Juni 2024).
- ⁸² Silas Isenjia, „Catholic Bishops Laud South Africa's 'overwhelming' free and fair polls“, Aca Africa, 3. Juni 2024, <https://www.aciafrica.org/news/11063/catholic-bishops-laud-south-africas-overwhelmingly-free-and-fair-polls> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ⁸³ „Sudan Crisis Explained“, UN Refugee Agency, 27. Februar 2025, <https://www.unrefugees.org/news/sudan-crisis-explained/#:~:text=Sudan%20has%20also%20been%20heavily,exacerbating%20food%20insecurity%20for%20families> (abgerufen am 10. März 2025).
- ⁸⁴ Santino Fardol W. Dicken, „South Sudan postpones elections to 2026: A move toward inclusivity and stability“, Wilson Center, 6. Februar 2025, <https://www.wilsoncenter.org/article/south-sudan-postpones-elections-2026-move-toward-inclusivity-and-stability> (abgerufen am 3. März 2025).
- ⁸⁵ Faisal Ali, „Ethiopia and Somaliland reach historic agreement over access to Red Sea ports“, The Guardian, 1. Januar 2024, <https://www.theguardian.com/world/2024/jan/01/ethiopia-and-somaliland-reach-historic-agreement-over-access-to-red-sea-ports> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ⁸⁶ „What's Next for the Fight Against al-Shabaab in Kenya and Somalia – August 2024“, ACLED (Armed Conflict Location & Event Data Project), 4. September 2024, <https://acleddata.com/report/whats-next-fight-against-al-shabaab-kenya-and-somalia-august-2024/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁸⁷ „Government ends extra vetting for ID registration in borders counties“, President of the Republic of Kenya, 5. Februar 2025, <https://www.president.go.ke/government-ends-extra-vetting-for-id-registration-in-borders-counties/> (abgerufen am 19. August 2025).
- ⁸⁸ Burton, D. und Kim M., „Muslim terrorists slaughter record numbers of Christians in central Nigeria“, Truth Nigeria, 24. Juni 2023, <https://truthnigeria.com/2023/06/muslim-terrorists-slaughter-record-numbers-of-christians-in-central-nigeria/> (abgerufen am 13. Mai 2025).
- ⁸⁹ Masara Kim, „Nigeria under invasion“, Truth Nigeria, 2. Januar 2024, <https://truthnigeria.com/2024/01/christmas-massacre-led-by-3000-invading-terrorists/> (abgerufen am 13. Mai 2025).
- ⁹⁰ „Nigeria: Up to 200 Dead in Worst Killing Spree“, Aid to the Church in Need (ACN), 28. Mai 2025, <https://acninternational.org/nigeria-up-to-200-dead-in-worst-killing-spree/> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ⁹¹ „Heroic staff save pupils as gunmen attack Catholic school at night“, Aid to the Church in Need (ACN), 2. Mai 2025, <https://acninternational.org/heroic-staff-save-pupils-as-gunmen-attack-catholic-school-at-night/> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ⁹² Chinedu Asadu, „M23 rebels seize key towns in eastern Congo as violence intensifies“, Associated Press, 16. Februar 2025, <https://apnews.com/article/m23-rebels-congo-nyanzale-north-kivu-5ab5f58872065924343f06696c0689a4> (abgerufen am 24. Juli 2025).
- ⁹³ Antoine Roger Lokongo, „DRC bishops face backlash over peace plan“, The Pillar, 24. März 2025, <https://www.pillaratholic.com/p/drc-bishops-face-backlash-over-peace> (abgerufen am 28. Juli 2025).
- ⁹⁴ 2025 Global Report on Internal Displacement (GRID), Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC), 13. Mai 2025, <https://api.internal-displacement.org/sites/default/files/publications/documents/idmc-grid-2025-global-report-on-internal-displacement.pdf> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁹⁵ Refugee Statistics, UN Refugees (Refugee Facts), (Stand Ende April 2025), <https://www.unrefugees.org/refugee-facts/statistics/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁹⁶ Wendy Williams, „African Migration Trends to Watch in 2025“, Africa Center for Strategic Studies, 3. Februar 2025, <https://africacenter.org/spotlight/migration-trends-2025/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ⁹⁷ „Memórias de 7 anos de terror em Cabo Delgado“, Aid to the Church in Need (Portugal), Februar 2024, <https://fundacao-ais.pt/memorias-de-7-anos-de-terror-em-cabo-delgado/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ⁹⁸ Ibid.
- ⁹⁹ „Mozambique: Church focused on promoting interreligious dialogue in terrorist-plagued north“, Aid to the Church in Need (ACN) International, 13. Juni 2023, <https://acninternational.org/church-focuses-on-interreligious-dialogue-in-mozambique/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁰ „Les associations islamiques se mobilisent contre les discours haineux sur les réseaux sociaux“, RFI, 14. Juli 2025, <https://www.rfi.fr/fr/afrique/20250714-burkina-faso-associations-islamiques-mobilisent-contre-les-discours-haineux-reseaux-sociaux-sensibilisation> (abgerufen am 30. August 2025).
- ¹⁰¹ Siehe Alberto Quintavalla und Jeroen Temperman (eds.), „Artificial Intelligence and Human Rights“, Oxford University Press, 2023.

- ¹⁰² „Message of His Holiness Pope Francis for the 57th World Day of Peace“, The Holy See, 1. Januar 2024, <https://www.vatican.va/content/francesco/en/messages/peace/documents/20231208-messaggio-57giornatamondiale-pace2024.html> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹⁰³ Yugang He, „Artificial intelligence and socioeconomic forces: transforming the landscape of religion“, *Humanities and Social Sciences Communications*, Vol. 11, No. 602, 2024, <https://doi.org/10.1057/s41599-024-03137-8>; Nadia Nooreydzan, „India's religious AI chatbots are speaking in the voice of god – and condoning violence“, *Rest of World*, 9. Mai 2023, <https://restofworld.org/2023/chatgpt-religious-chatbots-india-gitagpt-krishna/>; Edibe Betul Yucer, „Will Artificial Intelligence reshape how we practice religion?“, *TRT Global*, 3. Dezember 2024, <https://trt.global/world/article/18239230> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁴ Andri Nirwana et al., „SWOT Analysis of AI Integration in Islamic Education: Cognitive, Affective, and Psychomotor Impacts“, *Qubahan Academic Journal*, Vol. 5, no. 1, März 2025, <https://doi.org/10.48161/qaj.v5n1a1498> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁵ Michael Voskoboinik, „AI in the Classroom: Connecting to Ancestors with AI“, *HaYidion: The Prizmah Journal*, Center for Jewish Day Schools, Herbst 2023, <https://prizmah.org/hayidion/ai-and-tech/ai-classroom> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁶ Christos Papakostas, „Artificial Intelligence in Religious Education: Ethical, Pedagogical, and Theological Perspectives“, *Religions* 16, No. 5, 563, April 2025, <https://www.mdpi.com/2077-1444/16/5/563>; Rico C. Jacoba, „Exploring the Role of Artificial Intelligence in Interreligious Discourse“, *Religion and Social Communication*, Vol. 21, No. 2, 2023, pp. 375–400, <https://asianresearchcenter.org/blog/articles/exploring-the-role-of-artificial-intelligence-in-interreligious-discourse> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁷ Harris Wiseman, „Generative AI Cannot Replace a Spiritual Companion or Spiritual Advisor“, *Christian Perspectives on Science and Technology*, Vol. 3, 3. April 2025, <https://doi.org/10.58913/REGES291> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁸ Cathrin Schaer, „How extremist groups like ‚Islamic State‘ are using AI“, *Deutsche Welle (DW)*, 10. Juli 2024, <https://www.dw.com/en/how-extremist-groups-like-islamic-state-are-using-ai/a-69609398> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁰⁹ Mykola Makhortykh, „AI and the Holocaust: rewriting history? The impact of artificial intelligence on understanding the Holocaust“, UNESCO, Paris, 2024, <https://www.gcedclearinghouse.org/sites/default/files/resources/240178eng.pdf> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹¹⁰ „Using artificial intelligence to stop vandalism on historic sites“, *Canterbury Christ Church University*, 10. Januar 2024, <https://www.canterbury.ac.uk/news/2024/using-artificial-intelligence-to-stop-vandalism-on-historic-sites>; Ben Emmerson, „Civilian impact of remotely piloted aircraft“, Chapter III, Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms while countering terrorism to the UN Human Rights Council, A/HRC/25/59, 11. März 2014, <https://docs.un.org/en/A/HRC/25/59>; „Ensuring use of remotely piloted aircraft or armed drones in counterterrorism and military operations in accordance with international law, including international human rights and humanitarian law“, *UN Human Rights Council, Resolution 25/22, A/HRC/RES/25/22*, 15. April 2014, <https://docs.un.org/en/A/HRC/RES/25/22> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹¹¹ Niccola Milnes and Rida Lyammouri, „Countering Jnīm's Drone Proliferation in the Sahel“, *Policy Center for the New South*, Juli 2025, p. 5, https://www.policycenter.ma/sites/default/files/2025-07/PP_24-25%20%28Niccola%20Milnes%20%26%20Rida%20Lyammouri%29_0.pdf (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹¹² Daniel Sprick, „Predictive Policing in China: An Authoritarian Dream of Public Security“, *Naveiñ Reet: Nordic Journal of Law and Social Research (NNJLSR)*, No. 9, 2019, pp. 299–324, https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3700785 (abgerufen am 23. Juli 2025).
- ¹¹³ Beatrice Nolan, „A smuggled North Korean smartphone reveals how the regime censors information, including screenshotting users activities every five minutes“, *Fortune*, 4. Juni 2025, <https://fortune.com/2025/06/04/north-korea-smartphone-censorship-screenshots-every-five-minutes/> (abgerufen am 23. Juli 2025).
- ¹¹⁴ Taimur Aimen, „Cognitive freedom and legal accountability: Rethinking the EU AI act's theoretical approach to manipulative AI as unacceptable risk“, *Cambridge Forum on AI: Law and Governance* 1, e20, 16. Mai 2025, pp. 1–28, <https://www.cambridge.org/core/journals/cambridge-forum-on-ai-law-and-governance/article/cognitive-freedom-and-legal-accountability-rethinking-the-eu-ai-acts-theoretical-approach-to-manipulative-ai-as-unacceptable-risk/45F379C0707D7A415C042BB08088F88F>; Michael Klenk, „Ethics of generative AI and manipulation: a design-oriented research agenda“, *Ethics and Information Technology*, Vol. 26, No. 9, 2024, <https://link.springer.com/article/10.1007/s10676-024-09745-x#citeas> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹¹⁵ Committee of Ministers, „Declaration by the Committee of Ministers on the Manipulative Capabilities of Algorithmic Processes“, *Council of Europe*, 13. Februar 2019, point 9, [https://search.coe.int/cm/#{„CoIdentifier“:\[„090000168092dd4b“\],„sort“:\[„CoValidationDate%20Descending“\]}](https://search.coe.int/cm/#{„CoIdentifier“:[„090000168092dd4b“],„sort“:[„CoValidationDate%20Descending“]}) (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹¹⁶ Marcello Ienca, „On Artificial Intelligence and Manipulation“, *Topoi* 42, pp. 833–842, 20. Juni 2023, <https://link.springer.com/article/10.1007/s11245-023-09940-3> (abgerufen am 10. August 2025).
- ¹¹⁷ Aengus Lynch, Caleb Larson and Sören Mindermann, „Agentic Misalignment: How LLMs Could be an Insider Threat“, *Anthropic Research*, 21. Juni 2025, <https://www.anthropic.com/research/agentic-misalignment> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹¹⁸ Big Data Analytics in Motor and Health Insurance: A Thematic Review, Luxembourg, European Insurance and Occupational Pensions Authority, 2019, p. 39, https://register.eiopa.europa.eu/Publications/EIOPA_BigDataAnalytics_ThematicReview_April2019.pdf; Kate Quiñones, „What is 'debanking' and how does it affect Catholics?“, *Catholic News Agency*, 25. März 2025, <https://www.catholicnewsagency.com/news/262917/cna-explains-what-is-debanking-and-how-does-it-affect-catholics> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹¹⁹ The Rome Call for Ethics, *RenAissance Foundation*, 28. Februar 2020, https://www.romecall.org/wp-content/uploads/2022/03/RomeCall_Paper_web.pdf (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹²⁰ David Kaye, „Promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression“, *United Nations General Assembly*, 29. August 2018, point 29, <https://docs.un.org/en/A/73/348> (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹²¹ Robert Gorwa, Reuben Binns and Christian Katzenbach, „Algorithmic content moderation: Technical and political challenges in the automation of platform governance“, *Big Data & Society*, Vol. 7, No. 1, Februar 2020, <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/2053951719897945> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹²² „Fake message to President of Burkina Faso attributed to Pope“, *Vatican News*, 21. Mai 2025, <https://www.vaticannews.va/en/world/news/2025-05/pope-leo-xiv-burkina-faso-fake-video-message.html> (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹²³ „Fifth Deep fake to a bishop: they clone his voice and ask for money in his name“, *Zenit*, 19. Juli 2025, <https://zenit.org/2025/07/19/fifth-deep-fake-to-a-bishop-they-clone-his-voice-and-ask-for-money-in-his-name/>; Mario Ramírez Millán, „Suplantan la voz del arzobispo de Mérida-Badajoz para estafar telefónicamente“, *Antenna 3*, 26. Juli 2025, https://www.antena3.com/noticias/sociedad/suplantan-voz-arzobispo-meridabadajoz-estafar-telefonicamente_202507266884d80ff4ec026a96bc56bb.html; Rosa Matas, „Suplantan con IA al obispo de Urgell para publicitar inversiones en petróleo“, *La Vanguardia*, 23. Mai 2024, <https://www.lavanguardia.com/vida/20240523/9668776/suplantan-ia-obispo-urgell-publicitar-inversiones-petroleo.html> (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹²⁴ Sadie Harley (ed.), „AI reveals hidden language patterns and likely authorship in the Bible“, *Phys.org*, 5. Juni 2025, <https://phys.org/news/2025-06-ai-reveals-hidden-language-patterns.html>; Alexander Lozano, „Some Observations on Artificial Intelligence (AI) and Religion“, *Catholic Insight*, 15. Juli 2024, <https://catholicinsight.com/2024/07/15/some-observations-on-artificial-intelligence-ai-and-religion/> (abgerufen am 5. August 2025); Jasmine Liu, „AI Can Help Reconstruct Ancient Texts - With Stunning Accuracy“, *Hyperallergic*, 24. März 2022, <https://hyperallergic.com/719349/ai-can-help-reconstruct-ancient-texts-with-stunning-accuracy/> (abgerufen am 11. August 2025).
- ¹²⁵ Najmeh Bozorgmehr, „Robots can help issue a fatwa‘: Iran's clerics look to harness AI“, *Financial Times*, 24. September 2023, <https://www.ft.com/content/9c1c3fd3-4aea-40ab-977b-24fe5527300c> (abgerufen am 26. Juli 2025).

- ¹²⁶ Lance Eliot, „The Crucial Ways That Religion And Generative AI ChatGPT Are Crossing Fateful Faithful Paths“, Forbes, 10. Mai 2023, <https://www.forbes.com/sites/lanceeliot/2023/05/10/the-crucial-ways-that-religion-and-generative-ai-chatgpt-are-crossing-fateful-faithful-paths/>; Lluís Oviedo, „Artificial Intelligence and Theology: Looking for a Positive – but not Uncritical – Reception“, Zygon: Journal of Religion and Science, Vol. 57, No. 4, 2022, 938–952, <https://www.zygonjournal.org/article/id/14871/> (abgerufen am 13. August 2025); Anne-Charlotte Muller, „Une IA chrétienne, une des grandes missions du 21e siècle ?“, Fédération romande d'Eglises évangéliques (FREE), 4. Oktober 2024, <https://lafree.info/info/une-ia-chretienne-une-des-grandes-missions-du-21e-siecle?highlight=WYJpbNrlbGxpZ2VuY2UilCJhcnRpZmljaWVsbGUilCJpbNrlbGxpZ2VuY2UgYXJ0aWZpY2llbGxlll0=> (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹²⁷ „What are AI hallucinations?“, IBM, <https://www.ibm.com/think/topics/ai-hallucinations> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹²⁸ Jing Zhang, Wenlong Song and Yang Liu, „Cognitive bias in generative AI influences religious education“, Scientific Report, 15, No. 15720, 5. Mai 2025, <https://www.nature.com/articles/s41598-025-99121-6> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹²⁹ Claire Giangravé, „Artificial intelligence program poised to shake up Catholic education, doctrine“, Religion News Service (RNS), 24. August 2023, <https://religionnews.com/2023/08/24/artificial-intelligence-program-poised-to-shake-up-catholic-education-doctrine/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³⁰ Neil McArthur, „Gods in the machine? The rise of artificial intelligence may result in new religions“, The Conversation, 15. März 2023, <https://theconversation.com/gods-in-the-machine-the-rise-of-artificial-intelligence-may-result-in-new-religions-201068> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³¹ Jordan Wales, „The Image and the Idol: A Theological Reflection on AI Bias“, Church Life Journal, 11. Oktober 2021, <https://churchlifejournal.nd.edu/articles/the-image-and-the-idol-a-theological-reflection-on-ai-bias/>; Mark Harris, „Inside the First Church of Artificial Intelligence“, Wired, 15. November 2017, <https://www.wired.com/story/anthony-levandowski-artificial-intelligence-religion/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³² „La Inteligencia Artificial. Una mirada pastoral desde América Latina y el Caribe“, Consejo Episcopal Latinoamericano y Caribeño (CELAM), Januar 2025, p. 84, <https://adn.celam.org/wp-content/uploads/2025/05/LA-mirada-pastoral-desde-ALC.pdf> (abgerufen am 26. Juli 2025).
- ¹³³ Siehe Article 2 of the Council of Europe Framework Convention on Artificial Intelligence and Human Rights, Democracy and the Rule of Law, Council of Europe Treaties Series, 5. September 2024, <https://rm.coe.int/1680afae3c> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³⁴ Carissan Véliz, „Moral zombies: why algorithms are not moral agents“, AI & Society, Vol. 36, 16. April 2021, pp. 487–497, <https://doi.org/10.1007/s00146-021-01189-x> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹³⁵ Jovana Davidovic, „On the purpose of meaningful human control of AI“, Frontiers in Big Data, Vol. 5, 2022, 9. Januar 2023, <https://www.frontiersin.org/journals/big-data/articles/10.3389/fdata.2022.1017677/full> (abgerufen am 6. August 2025).
- ¹³⁶ Card Víctor Manuel Fernández et al., „Antiqua et Nova. Note on the Relationship Between Artificial Intelligence and Human Intelligence“, Dicastery for the Doctrine of the Faith and Dicastery for Culture and Education, 14. Januar 2025, https://www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_dof_doc_20250128_antiqua-et-nova_en.html; Statement of the Commission on Ethics of COMECE: „A European Call for Responsibility. Ethical demands for a human-centric artificial intelligence“, Commission of the Bishops' Conferences of the European Union (COMECE), 1. Februar 2024, <https://www.comece.eu/wp-content/uploads/sites/2/2024/02/Statement-01022024-COMECE-on-EU-AI-Act-EN.pdf>; Bishop William D. Byrne et al., „Joint Letter on Artificial Intelligence: Principles and Priorities“, United States Conference of Catholic Bishops (USCCB), 9. Juni 2025, <https://www.usccb.org/resources/joint-letter-artificial-intelligence-principles-and-priorities> (abgerufen am 10. August 2025).
- ¹³⁷ CSW, General Briefing, China, 17. Dezember 2024 - <https://www.csw.org.uk/2024/12/17/report/6398/article.htm> (abgerufen am 1. Juli 2025).
- ¹³⁸ „Xi'an Church of Abundance: Trial Against Pastors Starts with Fabricated Victims“, Bitter Winter, 1. Juli 2025, <https://bitterwinter.org/xian-church-of-abundance-trial-against-pastors-starts-with-fabricated-victims/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ¹³⁹ China File, „A Rew Round of Restrictions Further Constrains Religious Practice in Xinjiang“, 19. April 2024 - <https://www.chinafile.com/reporting-opinion/viewpoint/new-round-of-restrictions-further-constrains-religious-practice-xinjiang> (abgerufen am 1. Juli 2025).
- ¹⁴⁰ „China: Hundreds of Uyghur Village Names Change“, Human Rights Watch, 18. Juni 2024, <https://www.hrw.org/news/2024/06/18/china-hundreds-uyghur-village-names-change> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ¹⁴¹ Jang, S., „Repatriated N. Korean defectors who interacted with Christians sent to political prison camps“, Daily NK, 24. April 2024, <https://www.dailynk.com/english/repatriated-north-korean-defectors-interacted-christians-sent-political-prison-camps/> (abgerufen am 16. März 2025).
- ¹⁴² Country policy and information note: ethnic and religious groups, Vietnam, Dezember 2024, GOV.UK, <https://www.gov.uk/government/publications/vietnam-country-policy-and-information-notes/country-policy-and-information-note-ethnic-and-religious-groups-vietnam-february-2022-accessible-version> (abgerufen am 19. August 2025).
- ¹⁴³ „Christian Persecution in Laos: Evangelical Pastor Killed“, AsiaNews, 26. Juli 2024, <https://www.asianews.it/news-en/Christian-persecution-in-Laos-evangelical-pastor-killed-61228.html> (abgerufen am 30. Januar 2025).
- ¹⁴⁴ John Cosenza, „The Rise of Buddhist Ethnonationalism and Military Impunity in Myanmar“, International Christian Concern (ICC), 7. Februar 2020, <https://www.persecution.org/2020/02/07/rise-buddhist-ethnonationalism-military-impunity-myanmar/> (abgerufen am 11. Juni 2025).
- ¹⁴⁵ „Religious Freedom under attack in Burma“, Voice of America (VOA), 4. März 2025, <https://editorials.voa.gov/a/religious-freedom-under-attack-in-burma/7997635.html> (abgerufen am 11. Juni 2025).
- ¹⁴⁶ Myanmar 2008, Constitution Project, https://www.constituteproject.org/constitution/Myanmar_2008 (abgerufen am 19. August 2025).
- ¹⁴⁷ End Blasphemy Laws, Sri Lanka, <https://end-blasphemy-laws.org/countries/asia-central-southern-and-south-eastern/sri-lanka/> (abgerufen am 19. August 2025).
- ¹⁴⁸ Purohit, K., „Empty bed lost jobs; the price of Indian's crackdown on NGO funds“, 11. Juli 2024, Context <https://www.context.news/money-power-people/empty-beds-lost-jobs-the-price-of-indias-crackdown-on-ngo-funds> (abgerufen am 10. Februar 2025).
- ¹⁴⁹ „New anti-conversion law takes effect in Rajasthan“, 21. Februar 2025, International Christian Concern, <https://www.persecution.org/2025/02/21/new-anti-conversion-law-takes-effect-in-rajasthan/> (abgerufen am 19. August 2025).
- ¹⁵⁰ „Growing violence threatens Christian existence in India“, UCA News, 24. Januar 2024, <https://www.ucanews.com/news/growing-violence-threatens-christian-existence-in-india/107676> (abgerufen am 10. Februar 2025).
- ¹⁵¹ „Manipur Mods Destroyed Hundreds of Our Churches. Yet God Calls Us Christians to Repent“, Christianity Today, 9. August 2023, <https://www.christianitytoday.com/2023/08/manipur-kuki-india-christian-persecution-pastor-imphal/> (abgerufen am 10. Februar 2025).
- ¹⁵² Rozario, R., „Christians in Nepal persecuted by religious and political decree“, UCA News, 7. Mai 2021, <https://www.ucanews.com/news/christians-in-nepal-persecuted-by-religious-and-political-decree/92379> (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ¹⁵³ „Church attacked as part of growing trend“, Voice of the Martyrs, 14. September 2024, <https://www.vomcanada.com/np-2023-09-14.htm> (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ¹⁵⁴ „Nepal: Police seal illegal church after Hindu organisations protest against mass conversion of Dalits into Christianity, demands action against Pastor who converted from Hinduism“, OP India, 31. August 2024, <https://www.opindia.com/2024/08/nepal-police-locks-church-after-hindu-organisations-protest-against-mass-conversion-of-dalits-into-christianity/> (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ¹⁵⁵ Kallol Mustafa, „The shadow of Digital Security Act over Cyber Protection Ordinance“, The Daily Star, 28. Dezember 2024, <https://www.thedailystar.net/opinion/views/news/the-shadow-digital-security-act-over-the-cyber-protection-ordinance-3785841> (abgerufen am 20. Januar 2025).

- ¹⁵⁶ „Bangladesh Interim Government Lifts Ban on Jamaat-e-Islami and Islami Chhatrashibir“, DD News, 28. August 2024, <https://ddnews.gov.in/en/bangladesh-interim-govt-lifts-ban-on-jamaat-e-islami-and-islami-chhatrashibir/>; „Bangladesh revokes ban imposed on main Islamic party by ex-PM Hasina“, Reuters, 28. August 2024, <https://www.reuters.com/world/asia-pacific/bangladesh-revokes-ban-imposed-main-islamic-party-by-ex-pm-hasina-2024-08-28/> (abgerufen am 16. März 2025).
- ¹⁵⁷ John Zaw, „Ethnic groups blast Myanmar for gaps in 2014 census“, UCA News, 1. März 2018, <https://www.ucanews.com/news/ethnic-groups-blast-myanmar-for-gaps-in-2014-census/81663> (abgerufen am 20. August 2025).
- ¹⁵⁸ A Brief Overview of the Ethnic Minorities of Burma, Humanitarian Aid Relief Trust, 8. Februar 2021, <https://www.hart-uk.org/a-brief-overview-of-the-ethnic-minorities-of-burma/>
- ¹⁵⁹ 2022 Report on International Religious Freedom: Burma, US-Außenministerium, 15. Mai 2023, <https://www.state.gov/reports/2022-report-on-international-religious-freedom/burma/> (abgerufen am 21. August 2025).
Office of International Religious Freedom. (2023). 2023 Report on International Religious Freedom: Burma [Report], US-Außenministerium <https://www.state.gov/reports/2023-report-on-international-religious-freedom/burma/> (abgerufen am 20. August 2025).
- ¹⁶⁰ Building the Tatmadaw, Maung-Myoe, 2009, https://www.researchgate.net/profile/Maung-Myoe/publication/272092747_Building_the_Tatmadaw/links/54dac5d50cf2ba88a68de69a/Building-the-Tatmadaw.pdf (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶¹ Research Briefing, House of Commons Library, John Curtis, 9. April 2025, <https://researchbriefings.files.parliament.uk/documents/CBP-10227/CBP-10227.pdf> (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶² M. del Mar Hidalgo Garcia, Myanmar: Fragmentation and Humanitarian Crisis, IEEE.ES Analysis Paper 34/2025, https://www.defensa.gob.es/documents/2073105/2564257/myanmar_2025_dieea34_eng.pdf/c3dc338e-9547-8f39-27d5-022ae0dc43c?t=1746995121228 (abgerufen am 18. August 2025).
- ¹⁶³ „Myanmar Abrogated Reforms and Hate Speech Circle“, Py Thet, <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/issues/religion/cfis/advocacy-hatred/subm-advocacy-hatred-based-cso-equality-myanmar-annex.pdf> (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶⁴ „Burma: Four 'Race and Religion Protection Laws' Adopted“, Library of Congress, 14. September 2015, <https://www.loc.gov/item/global-legal-monitor/2015-09-14/burma-four-race-and-religion-protection-laws-adopted/> (abgerufen am 20. August 2025).
- ¹⁶⁵ „Myanmar coup anniversary: Cardinal Bo urges Christians to be 'wounded healers'“, Vatican News, Robin Gomes, 31. Januar 2022, <https://www.vaticannews.va/en/church/news/2022-01/myanmar-military-coup-anniversary-bishops-cardinal-bo-appeals.html> (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶⁶ „History of Muslim Minorities in Myanmar Revisited“, multiple authors, Asep Achmurnal Iman dan Spiritualitas eISSN: 2775-4596, Vol 5, No 2, 2025, https://journal.uinsgd.ac.id/index.php/jis/article/download/44711/13674/126395?__cf_chl_tk=LjxRA3Xf9kbA1MyYTR.QCKBi07GVM2q.eQ6yZuaEaYI-1755531996-1.0.1.1-51aeq2dEqN6qEmFmN8x75z5DeMpXAMNul8Qwzrhwh2SY (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶⁷ „UN rights chief raises alarm about Myanmar's Rohingya civilians trapped by fighting“, Grant Peck, 24. August 2024, <https://apnews.com/article/myanmar-arakan-army-rakhine-rohingya-0dbdb7270b715a0779d40a60a6792825> (abgerufen am 26. August 2025).
- ¹⁶⁸ „Myanmar: Promised investigation into senior monk's shooting must actually take place“, Amnesty International, 25. Juni 2024, <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/06/myanmar-promised-investigation-into-senior-monks-shooting-must-actually-take-place/> (abgerufen am 20. August 2025).
- ¹⁶⁹ „With nearly 200 destroyed, religious buildings targeted by Myanmar's junta“, RFA Burmese, 8. September 2023, <https://www.rfa.org/english/news/myanmar/religious-buildings-09082023132748.html> (abgerufen am 18. August 2025).
- ¹⁷⁰ „Military fire devastates Cathedral of Banmaw in Myanmar“, Vatican News, 8. März 2025, <https://www.vaticannews.va/en/church/news/2025-03/myanmar-fire-set-by-military-devastates-cathedral-of-banmaw.html> (abgerufen am 5. August 2025).
- ¹⁷¹ „In Johor, trader charged with insulting God, Islam, and Prophet on Facebook“, Malaysia Mail, 7. Juni 2023, <https://www.malaymail.com/news/malaysia/2023/06/07/in-johor-trader-charged-with-insulting-god-islam-and-prophet-on-facebook/73076> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ¹⁷² Fiona Tan, „Single mother, 37, sentenced to caning in M'sia for close proximity with man“, 19. April 2024, <https://mothership.sg/2024/04/first-woman-caned-khalwat-malaysia/> (abgerufen am 25. Februar 2025).
- ¹⁷³ Joseph Masilamany, „Catholic MP questioned over criticism of mandatory Halal certification“, AsiaNews, 13. September 2024, <https://www.asianews.it/news-en/Catholic-MP-questioned-over-criticism-of-mandatory-Hahal-certification-61499.html> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ¹⁷⁴ „Court Orders Removal of 'Islam' from Man's ID in Landmark Decision“, Persecution, 21. August 2024, <https://www.persecution.org/2024/08/21/court-orders-removal-of-islam-from-mans-id-in-landmark-decision/> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ¹⁷⁵ „Rohingyas face discrimination and hostility in Malaysia“, UCA News, 10. August 2021, <https://www.ucanews.com/news/rohingya-face-discrimination-and-hostility-in-malaysia/93653> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ¹⁷⁶ Joseph Masilamany, „Malaysian politician wants Bible back in Sarawak schools“, AsiaNews, 17. November 2024, <https://www.asianews.it/news-en/Malaysian-politician-wants-Bible-back-in-Sarawak-schools-61924.html> (abgerufen am 15. Januar 2025).
- ¹⁷⁷ Fathimath Shiuza, „Foreign nationals arrested in Maldives for distributing anti-religious materials; remanded for 10 Days“, Maldives Voice, 29. März 2024, <https://maldivesvoice.mv/722> (abgerufen am 16. März 2025).
- ¹⁷⁸ Ibrahim H. Shihab, „Indian 'Spiritual Guru' Detained by Police“, Maldives Republic, 29. September 2023, <https://mvrepublic.com/main-stories-in-maldives/indian-spiritual-guru-detained-by-police/> (abgerufen am 16. März 2025).
- ¹⁷⁹ Darryl Coote, „U.S. sanctions 20 people accused of supporting ISIS, al-Qaida in Maldives“, UPI News, 1. August 2023, https://www.upi.com/Top_News/US/2023/08/01/sanctions-ISIS-al-Qaida-Maldives/2931690876750/ (abgerufen am 20. Februar 2025).
- ¹⁸⁰ Yusrial, R. „Indonesian Women's Alliance Warns TNI Law Could Trigger Women's Collective Trauma“, Tempo, Co. 20. März 2025 https://en.tempo.co/read/1988672/indonesian-womens-alliance-warns-tni-law-could-trigger-womens-collective-trauma?tracking_page_direct (abgerufen am 25. März 2025).
- ¹⁸¹ Harsono, A. „Behind Bars for 'Blasphemy' in Indonesia“, Human Rights Watch, 23. Dezember 2023, <https://www.hrw.org/news/2023/12/23/behind-bars-blasphemy-indonesia> (abgerufen am 25. März 2025).
- ¹⁸² Nicole Winfield and Edna Tarigan, „In Asia, pope urges Indonesia to live up to promise of 'harmony in diversity', fight extremism“, AP News, 4. September 2024, <https://apnews.com/article/pope-francis-visit-indonesia-asia-05c710ad993231bd8840c75f959f2b05> (abgerufen am 25. März 2025).
- ¹⁸³ Chin Soo Fang und Carmen Sin, „Once in a lifetime: More than 50,000 gather at National Stadium for Pope Francis' mass“, The Straits Times, 13. September 2024, <https://www.straitstimes.com/singapore/once-in-a-lifetime-excitement-fills-national-stadium-as-pope-francis-arrives-for-papal-mass> (abgerufen am 20. September 2024).
- ¹⁸⁴ Guinto, J. and Simonette, V. „Mindanao: Four killed in explosion at Catholic Mass in Philippines“, BBC, 3. Dezember 2023, <https://www.bbc.com/news/world-asia-67604592> (abgerufen am 21. Februar 2025).
- ¹⁸⁵ Quinones, K., „Philippine Cardinal condemns as horrendous sacrilegious act“, Catholic News Agency, 21. Mai 2024, <https://www.catholicnewsagency.com/news/257766/philippine-cardinal-condemns-chapel-bombing-as-horrendous-sacrilegious-act> (abgerufen am 21. Februar 2025).
- ¹⁸⁶ „Philippine troops kill 11 suspected Islamic militants“, Voice of America, 2. Dezember 2023, <https://www.voanews.com/a/philippine-troops-kill-11-suspected-islamic-militants-/7381850.html> (abgerufen am 21. Februar 2025).
- ¹⁸⁷ Status of Human Rights in Brunei for the 47th Session of the Universal Periodic Review, European Centre for Law and Justice (ECLJ), April 2025, https://upr-info.org/sites/default/files/country-document/2025-04/ECLJ_UPR47_BruneiDarussalam.pdf, (abgerufen am 10. August 2025).

- ¹⁸⁸ „Twelve years later, \$13 billion, no plan: Offshore processing drags into its thirteenth year“, Asylum Seeker Resource Centre (ASRC), 19. Juli 2025, <https://asrc.org.au/2025/07/19/twelve-years-later-offshore-processing/> (abgerufen am 10. August 2025).
- ¹⁸⁹ Ibid.
- ¹⁹⁰ Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit 2023, Gemeinsame Texte Nr. 28 der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland, Seite 105.
- ¹⁹¹ https://www.constituteproject.org/constitution/China_2004?lang=en, Article 36 (abgerufen am 31. Juli 2025).
- ¹⁹² Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit 2023, op.cit.
- ¹⁹³ Patriotic Education Law of the People's Republic of China (Adopted at the 6th Meeting of the Standing Committee of the Fourteenth National People's Congress on October 24, 2023), Article 22, http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2023-10/24/c_1058444.htm (abgerufen am 31. Juli 2025).
- ¹⁹⁴ Education Law of the People's Republic of China, Article 8, http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2021-04/29/c_954855.htm (abgerufen am 31. Juli 2025).
- ¹⁹⁵ The Law of the People's Republic of China on Protection of Minors, Order of the President of the People's Republic of China No. 57, 17. Oktober 2020, Article 17, http://en.npc.gov.cn.cdurl.cn/2020-10/17/c_674690.htm (abgerufen am 31. Juli 2025).
- ¹⁹⁶ China heute, China-Zentrum St. Augustin, https://www.china-zentrum.de/fileadmin/PDF-Dateien/China_heute/2021/China_heute_212_Informationen.pdf, S. 208 (abgerufen am 31. Juli 2025).
- ¹⁹⁷ 3. Ökumenischer Bericht zur Religionsfreiheit weltweit 2023, Gemeinsame Texte Nr. 28 der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland, S. 109
- ¹⁹⁸ M. Sudhir Selvaraj, Acts of violence? Anti-conversion laws in India, 2024, <https://bradscholars.brad.ac.uk/server/api/core/bitstreams/49d638c6-00ae-4f74-b2f6-9711b22262c3/content#:~:text=At%20the%20state%20level%2C%20a,particularly%20structural%20violence%20against%20Christians> (abgerufen am 9. August 2025).
- ¹⁹⁹ „Catholic nun among 4 facing conversion charges in India“, Ucanews, 17. Februar 2025, <https://www.ucanews.com/news/catholic-nun-among-4-facing-conversion-charges-in-india/107895> (abgerufen am 22. Juli 2025)
- ²⁰⁰ Saji Thomas, „Catholic nuns face increasing hostility in India“, National Catholic Reporter, 15. Mai 2025, <https://www.ncronline.org/catholic-nuns-face-increasing-hostility-india> (abgerufen am 9. August 2025).
- ²⁰¹ „Indian court jails first Christians under anti-conversion law“, Ucanews, 23. Januar 2025, <https://www.ucanews.com/news/indian-court-jails-first-christians-under-anti-conversion-law/107657> (abgerufen am 22. Juli 2025)
- ²⁰² „Christian couple released on bail“, Voice of the Martyrs, 13. Februar 2025, <https://www.vomcanada.com/in-2025-02-13.htm> (abgerufen am 9. August 2025).
- ²⁰³ M. Sudhir Selvaraj, Acts of violence? Anti-conversion laws in India, 2024, ebd.
- ²⁰⁴ „Christians stripped and paraded naked, accused of conversion in India“, Ucanews, 23. Januar 2025, <https://www.ucanews.com/news/christians-stripped-and-paraded-naked-accused-of-conversion-in-india/109450> (abgerufen am 22. Juli 2025)
- ²⁰⁵ Afsah, Ebrahim. 2014. „Constitutional Struggles in the Muslim World.“ University of Copenhagen.
- ²⁰⁶ Arjomand, Said Amir. 1988. The Turban for the Crown: The Islamic Revolution in Iran. Oxford University Press.
- ²⁰⁷ Minority Rights Group International. 2023. „Criminalizing Blasphemy: Implications for Egypt's Religious Minorities.“
- ²⁰⁸ Peters, Rudolph. 2003. Islam and Human Rights. Cambridge University Press.
- ²⁰⁹ Shari'ah criminal law in northern Nigeria, United States Commission on International Religious Freedom, 2019, https://www.uscirf.gov/sites/default/files/USCIRF_ShariahLawinNigeria_report_120919%20v3R.pdf (abgerufen am 12. August 2025).
- ²¹⁰ Hirschl, Ran. 2010. Constitutional Theocracy. Harvard University Press.
- ²¹¹ Salim, Arskal. 2008. Challenging the Secular State. University of Hawaii Press.
- ²¹² Hallaq, Wael B. 2009. Shari'a: Theory, Practice, Transformations. Cambridge University Press.
- ²¹³ Michelle Xiao Liu, The Enduring Genocide against the Yazidis: How Iraq's Law on Religious Identity Violates the Human Rights of Yazidi Survivors of ISIS Captivity and Their Children Born of Sexual Violence, Northwestern Journal of Human Rights, Vol. 23, Iss. 2 (2025), S. 75–76
- ²¹⁴ Afsah, Ebrahim. Constitutional Struggles in the Muslim World, University of Copenhagen, 2014, Module 1.
- ²¹⁵ „Crown Prince: Proper documentation of Hadith underway“, Saudi Gazette, 3. März 2022, <https://saudigazette.com.sa/article/617731> (abgerufen am 15. Juni 2025).
- ²¹⁶ „Mubarak inaugurate Abrahamic Family House“, Media Office Abu Dhabi, 17. Februar 2023, <https://www.mediaoffice.abudhabi/en/tourism/saif-bin-zayed-and-nahyan-bin-mubarak-inaugurate-abudhabi-abrahamic-family-house/>, (abgerufen am 6. Dezember 2024).
- ²¹⁷ Rhea Mogul, „India's Modi inaugurates Abu Dhabi's first Hindu temple“, CNN, 14. Februar 2024, <https://edition.cnn.com/2024/02/14/india/india-modi-uae-hindu-temple-intl-hnk/index.html>, (abgerufen am 6. Dezember 2024).
- ²¹⁸ Ash Obel, „Morocco opens first university campus synagogue in Arab world“, The Times of Israel, 6. November 2022, <https://www.timesofisrael.com/morocco-opens-first-university-campus-synagogue-in-arab-world/>, (abgerufen am 27. November 2024).
- ²¹⁹ „Israel recognises Western Sahara as part of Morocco“, Aljazeera, 17. Juli 2023, <https://www.aljazeera.com/news/2023/7/17/israel-recognises-western-sahara-as-part-of-morocco> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁰ „Vatican establishes diplomatic ties with Oman, widening outreach to Islam“, Reuters, 23. Februar 2023, <https://www.reuters.com/world/vatican-establishes-diplomatic-ties-with-oman-widening-outreach-islam-2023-02-23/>, (abgerufen am 7. Dezember 2024).
- ²²¹ „New Greek Orthodox Church to open in Bahrain“, Bahrain News Agency, 23. Oktober 2024, <https://www.bna.bh/en/NewGreekOrthodoxChurchtoopeninBahrain.aspx?cms=q8FmFJgiscL2fwlzON1%2bDmp%2b%2fnm7Db%2bbE6%2fZwckkMkA%3d>, (abgerufen am 7. Dezember 2024).
- ²²² „A New Dawn for Political Islam?“, Arab Barometer, 8. Mai 2023, <https://www.arabbarometer.org/2023/05/a-new-dawn-for-political-islam/> (abgerufen am 13. Mai 2025).
- ²²³ Cathrin Schaer, „How dangerous is the Islamist victory in Jordan's elections?“, Deutsche Welle, 17. September 2024, <https://www.dw.com/en/does-an-islamist-victory-in-jordans-elections-spell-danger-for-the-region/a-70240899>, (abgerufen am 2. März 2025).
- ²²⁴ „Country reports on terrorism 2015 – al-Nusra Front“, UNHCR (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁵ „Massacre of Christians in Sadad, Syria“, Europäisches Parlament, 2013, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/P-7-2013-013410_EN.html (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁶ „Justification for the invitation of Ahmed al-Sharaa“, Europäisches Parlament, 2025, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/E-10-2025-001071_EN.html (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁷ „Proscribed terrorist groups or organisations“, UK Home Office, aktualisiert am 11. Juli 2025, <https://www.gov.uk/government/publications/proscribed-terror-groups-or-organisations-2/proscribed-terrorist-groups-or-organisations-accessible-version> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁸ „Sanctions list materials“, UN-Sicherheitsrat, https://main.un.org/securitycouncil/en/sanctions/1267/aa_sanctions_list (abgerufen am 2. August 2025).
- ²²⁹ „US revokes terrorist designation for Syrian president's former group HTS“. Aljazeera, 7. Juli 2025, <https://www.aljazeera.com/news/2025/7/7/us-revokes-terrorist-designation-for-syrian-presidents-former-group-hts> (abgerufen am 2. August 2025).

- ²³⁰ „Syrian Christian leaders say Islamist government can't protect them or Druze“, Catholic Review, 22. Juli 2025, <https://catholicreview.org/syrian-christian-leaders-say-islamist-government-cant-protect-them-or-druze/> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²³¹ „Fear among Syrian Christians after deadly attacks“, France 24, 10. März 2025, <https://web.archive.org/web/20250311114358/https://www.france24.com/en/live-news/20250310-fear-among-syrian-christians-after-deadly-attacks>, (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ²³² Bassem Mroue, „What is behind latest clashes in Syria between Druze and pro-government gunmen“, The Times of Israel, 3. Mai 2025, <https://www.timesofisrael.com/what-is-behind-latest-clashes-in-syria-between-druze-and-pro-government-gunmen/#:~:text=What%20is%20behind%20latest%20clashes%20in%20Syria%20between%20Druze%20and%20pro%2Dgovernment%20gunmen>, (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ²³³ „Constitutional declaration of the Syrian Arab Republic“, 13. März 2025, <https://constitutionnet.org/sites/default/files/2025-03/2025.03.13%20-%20Constitutional%20declaration%20%28English%29.pdf> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²³⁴ „Libya: The “Morality” Police Must Not Be Re-Established“, ICJ, 13. November 2024, <https://www.icj.org/libya-the-morality-police-must-not-be-ree-established/>, (abgerufen am 11. Februar 2025).
- ²³⁵ „Iraq extends alcohol ban“, L'Orient Today, 21. November 2024, <https://today.lorientlejour.com/article/1436460/iraq-extends-alcohol-ban.html#:~:text=FOCUS-,Iraq%20extends%20alcohol%20ban,-Baghdad%20aligns%20with>, (abgerufen am 28. März 2025).
- ²³⁶ Martin Chulov, „Iraqi customs officials ordered to impose import ban on alcohol“, The Guardian, 6. März 2023, <https://www.theguardian.com/world/2023/mar/06/iraq-customs-officials-ordered-impose-import-ban-alcohol#:~:text=In%20the%20country's%20Kurdish%20north,be%20unlikely%20to%20be%20approved>. (abgerufen am 4. August 2025).
- ²³⁷ „Thousands oppose Turkish government's ÇEDES project aimed at creating ultra-religious, spiteful generation“, Medya News, 17. September 2023, <https://medyanews.net/thousands-oppose-turkish-governments-cesdes-project-aimed-at-creating-ultra-religious-spiteful-generation/> (abgerufen am 4. August 2025).
- ²³⁸ „Okullara ,manevi danışman' projesi Ankara'da protesto edildi: Uyariyoruz!“, Duvar, 15. Juni 2023, <https://www.gazeteduvar.com.tr/okullara-manevi-danisman-projesi-ankarada-protesto-edildi-uyariyoruz-haber-1623924> (abgerufen am 21. Januar 2025).
- ²³⁹ „The Islamic State's Global Long Game and Resurgence in Syria Poses an Evolved Threat to the West“, The Institute for the study of war, 9. Januar 2025, <https://www.understandingwar.org/backgrounder/islamic-state%E2%80%99s-global-long-game-and-resurgence-syria-poses-evolved-threat-west#:~:text=Donate-,THE%20ISLAMIC%20STATE%E2%80%99S%20GLOBAL%20LONG%20GAME%20AND%20RESURGENCE%20IN%20SYRIA%20POSES%20AN%20EVOLVE> D%20THREAT%20TO%20THE%20WEST,-Jan%209%2C%202025, (abgerufen am 31. März 2025).
- ²⁴⁰ „The Islamic State's Global Long Game and Resurgence in Syria Poses an Evolved Threat to the West“, The Institute for the study of war, 9. Januar 2025, <https://www.understandingwar.org/backgrounder/islamic-state%E2%80%99s-global-long-game-and-resurgence-syria-poses-evolved-threat-west#:~:text=Donate-,THE%20ISLAMIC%20STATE%E2%80%99S%20GLOBAL%20LONG%20GAME%20AND%20RESURGENCE%20IN%20SYRIA%20POSES%20AN%20EVOLVE> D%20THREAT%20TO%20THE%20WEST,-Jan%209%2C%202025, (abgerufen am 31. März 2025).
- ²⁴¹ David Gritten and Jaroslav Lukiv, „Pakistanis and Indian among six killed in Oman attack claimed by IS“, BBC, 16. Juli 2024, <https://www.bbc.com/news/articles/cn38vx7g2e5o>, (abgerufen am 8. Dezember 2024).
- ²⁴² „Terrorist and other militant groups in Pakistan“, US-Kongress, <https://www.congress.gov/crs-product/IF11934> (abgerufen am 4. August 2025).
- ²⁴³ Aamer Raza und Elsa Imdad, „Complex Terrorism Landscape in Pakistan-Afghanistan Region: Afghan Emirate as Counter-Terror Partner“, Center for Research and Security Studies (CRSS), Januar 2025, https://crss.pk/wp-content/uploads/2025/01/COMPLEX_TERROR_LANDSCAPE_IN_PAKAFGHAN_REGION.pdf (abgerufen am 16. März 2025).
- ²⁴⁴ Nidal Al-Mughrabi und Emma Farge, „How many Palestinians has Israel's Gaza offensive killed?“, Reuters, 30. Juli 2025, <https://www.reuters.com/world/middle-east/how-many-palestinians-has-israels-gaza-offensive-killed-2025-03-24/> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²⁴⁵ „Let's do our jobs – CEOs of major aid groups in Gaza warn aid system is collapsing“, Norwegian Refugee Council, 17. April 2025, <https://www.nrc.no/news/2025/april/let-us-do-our-jobs-ceos-of-major-aid-groups-in-gaza-warn-aid-system-is-collapsing> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²⁴⁶ „Situation in the State of Palestine: ICC Pre-Trial Chamber I rejects the State of Israel's challenges to jurisdiction and issues warrants of arrest for Benjamin Netanyahu and Yoav Gallant“, ICC, 21. November 2024, <https://www.icc-cpi.int/news/situation-state-palestine-icc-pre-trial-chamber-i-rejects-state-israels-challenges>, (abgerufen am 21. März 2025).
- ²⁴⁷ Luke Tress, „Abbas calls on UN to oust Israel at world body's first 'Nakba Day' commemoration“, The Times of Israel, 15. Mai 2023, <https://www.timesofisrael.com/abbas-calls-on-un-to-oust-israel-at-world-bodys-first-nakba-day-commemoration/>, (abgerufen am 21. März 2025).
- ²⁴⁸ Ahmed Rasheed, „Exclusive: Iran-backed militias in Iraq ready to disarm to avert Trump wrath“, Reuters, 8. April 2025, <https://www.reuters.com/world/middle-east/iran-backed-militias-iraq-ready-disarm-avert-trump-wrath-2025-04-07/#:~:text=Exclusive%3A%20Iran%20backed,By%20Ahmed%20Rasheed>, (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ²⁴⁹ „Christianity in Iran is growing faster than anywhere else in the world“, Union of Orthodox Journalists, 23. Mai 2025, <https://spzh.eu/en/news/86431-report-christianity-in-iran-growing-faster-than-anywhere-else-in-the-world> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²⁵⁰ Lela Gilbert, „Good news from Iran: a million new Christian believers“, Hudson Institute, 15. Juni 2023, <https://www.hudson.org/religious-freedom/good-news-iran-million-new-christian-believers-lela-gilbert> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²⁵¹ WFP 2025 Global Outlook November 2024, https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000162840/download/?_ga=2.89767259.1971321472.1741023675-1148527003.1741023675, (abgerufen am 13. Mai 2025).
- ²⁵² „Tunisia: authorities torch migrant camp, >10k now homeless“, hic-mena, 25. April 2025, <https://www.hic-mena.org/arabic/activitydetails.php?id=qGxsBA==> (abgerufen am 2. August 2025).
- ²⁵³ Inflation Report Third Quarter 2024, Palestine Monetary Authority, https://www.pma.ps/Portals/0/Users/002/02/2/Publications/English/Quarterly%20Reports/Inflation%20Reports/Inflation%20Rep%202024/Inf%20Rep_%202024Q3.pdf?ver=2024-12-24-081026-617×tamp=1735020733450 (abgerufen am 4. August 2025).
- ²⁵⁴ Termination of Syria Sanctions, Office of the Spokesperson, U.S. Department of State, 30. Juni 2025, <https://www.state.gov/releases/office-of-the-spokesperson/2025/06/termination-of-syria-sanctions>, (abgerufen am 5. August 2025).
- ²⁵⁵ „Archbishop of Homs lists emigration, sanctions and corruption as major challenges for Syria“, ACN International, 1. Dezember 2023, <https://acninternational.org/archbishop-of-homs-lists-emigration-sanctions-and-corruption-as-major-challenges-for-syria/>, (abgerufen am 16. Mai 2025).
- ²⁵⁶ „Falling oil prices have taken toll on Iraqi economic activity, IMF says“, The National News, 15. Mai 2025, <https://www.thenationalnews.com/business/economy/2025/05/15/iraq-imf-oil-prices/>, (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ²⁵⁷ „Iraq: damage to Kurdistan region oil fields puts rights at risk“, Human Rights Watch, 29. Juli 2025, <https://www.hrw.org/news/2025/07/29/iraq-damage-to-kurdistan-region-oil-fields-puts-rights-at-risk> (abgerufen am 4. August 2025).
- ²⁵⁸ MENA ECONOMIC UPDATE, OCTOBER 2024, Growth in the Middle East and North Africa, World Bank, <https://documents1.worldbank.org/curated/en/099722110212426928/txt/IDU10abf75bd15b5e146f81849712be99af6ee48.txt>, (abgerufen am 15. Mai 2025).
- ²⁵⁹ ASIA/LEBANON - General Aoun elected President. Father Zgheib: „positive neutrality“ is now the key formula, Agenzia Fides, 10. Januar 2025, <https://www.fides.org/en/news/75887>, (abgerufen am 26. Februar 2025).

- ²⁶⁰ „Explainer: Key facts about Egypt 1st personal status draft law for Christians“, Al Ahram, 17. Dezember 2024, <https://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/2/537005/Egypt/Society/Explainer-Key-facts-about-Egypt-st-personal-status.aspx>, (abgerufen am 18. Mai 2025).
- ²⁶¹ „Christians: Persecution“, Hansard, UK Parliament, Volume 837, Column 546, 25. März 2024, <https://hansard.parliament.uk/lords/2024-03-25/debates/CB6143EE-0EAF-4202-9167-7F1D96B4F5E9/ChristiansPersecution> (abgerufen am 5. August 2025).
- ²⁶² Pope Francis, „Two kinds of persecution“, Morgenmeditation in der Kapelle des Domus Sanctae Marthae, 12. April 2016, Heiliger Stuhl, https://www.vatican.va/content/francesco/en/cotidie/2016/documents/papa-francesco-cotidie_20160412_two-kinds-of-persecution.html (abgerufen am 22. Juli 2025).
- ²⁶³ Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), „Intolerance and Discrimination against Christians: Focusing on Exclusion, Marginalization and Denial of Rights“, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 4. März 2009, <https://www.osce.org/files/f/documents/9/f/40543.pdf> (abgerufen am 7. August 2025).
- ²⁶⁴ „Christian persecution 'at near genocide levels'“, BBC News, 3. Mai 2019, <https://www.bbc.co.uk/news/uk-48146305> (abgerufen am 22. Juli 2025).
- ²⁶⁵ Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), Hate Crime Report, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), <https://hatecrime.osce.org/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ²⁶⁶ „Intolerance and discrimination against Christians needs to be addressed, concludes OSCE meeting“, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 4. März 2009, <https://www.osce.org/odihr/50684> (abgerufen am 22. Juli 2025).
- ²⁶⁷ Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), „Anti-Christian Hate Crime“, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), 31. Juli 2018, <https://www.osce.org/odihr/389468> (abgerufen am 22. Juli 2025).
- ²⁶⁸ James Thompson, „Report: Christians in Europe Face Rising Discrimination and Hate Crimes“, Christianity Today, 6. Januar 2025, <https://www.christianitytoday.com/2025/01/christian-discrimination-in-europe-hate-crimes-oidac-report/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ²⁶⁹ Arielle Del Turco, „Hostility Against Churches Is on the Rise in the United States: Analyzing Incidents from 2018-2023“, Family Research Council, February 2024, <https://www.frc.org/issueanalysis/hostility-against-churches-is-on-the-rise-in-the-united-states#gsc.tab=0> (abgerufen am 3. Februar 2025).
- ²⁷⁰ „Arson, Vandalism, and Other Destruction at Catholic Churches in the United States“, United States Conference of Catholic Bishops (USCCB), <https://www.usccb.org/committees/religious-liberty/Backgrounder-Attacks-on-Catholic-Churches-in-US#tab=023> (abgerufen am 7. August 2025).
- ²⁷¹ Johnnie Furse, „Investigation: Over 9,000 crimes reported at churches across UK in just three years“, Countryside Alliance, 17. April 2025, <https://www.countryside-alliance.org/features/investigation-over-9000-crimes-reported-at-churches-across-uk-in-just-3-years> (abgerufen am 22. Juli 2025).
- ²⁷² ebd.
- ²⁷³ „Places of Worship Protective Security Scheme“, UK Government, 13. Februar 2025, <https://www.gov.uk/guidance/places-of-worship-protective-security-scheme> (abgerufen am 9. September 2025).
- ²⁷⁴ Grégoire Gindre, „Près de 1 000 actes anti-chrétiens enregistrés en 2023, selon le ministère de l'Intérieur“, Radio chrétienne francophone (RCF), 26. März 2024, <https://www.rcf.fr/articles/actualite/pres-de-1-000-actes-antichretiens-enregistres-en-2023-selon-le-ministere-de> (abgerufen am 15. April 2025).
- ²⁷⁵ ebd.
- ²⁷⁶ „Ministry Report: 608 Incidents of Violence, Vandalism at Religious Sites in Greece in 2004“, TO BHMA International, 3. Januar 2025, <https://www.to-vima.com/society/ministry-report-608-incidents-of-violence-vandalism-at-religious-sites-in-greece-in-2024#:~:text=A%20total%20of%20608%20acts%20of%20violence%2C,%E2%80%93%20directed> (abgerufen am 10. Januar 2025).
- ²⁷⁷ „Combating anti-Muslim hatred: Activities of the European Commission's coordinator on combating anti-Muslim hatred“, European Commission, State of the Union, 10. September 2025, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/combating-anti-muslim-hatred_en (abgerufen am 9. September 2025).
- ²⁷⁸ Kelly Valencia, „Catholic leaders call for EU coordinator to tackle anti-Christian hate“, Premier Christian News, 31. Dezember 2024, <https://premier-christian.news/en/news/article/catholic-leaders-call-for-eu-coordinator-to-tackle-anti-christian-hate> (abgerufen am 9. September 2025).
- ²⁷⁹ Organization for Security and Co-operation in Europe, Who We Are, <https://www.osce.org/who-we-are> (abgerufen am 14. April 2025).
- ²⁸⁰ „Les chiffres de l'antisémitisme en France“, SPCJ - Service de Protection de la Communauté Juive, <https://www.spcj.org/antisemitisme/chiffres-antisemitisme-france-2023-b> (abgerufen am 11. Februar 2025).
- ²⁸¹ „Les chiffres de l'antisémitisme en France en 2024“, Service de Protection de la Communauté Juive, <https://www.spcj.org/antis%C3%A9mitisme/chiffres-de-l-antis%C3%A9mitisme-2024> (abgerufen am 21. März 2025).
- ²⁸² Rapport 2023 de la Commission Consultative des Droits de l'Homme sur la Lutte contre le racisme, l'antisémitisme et la xénophobie, CNCDH, https://www.cncdh.fr/sites/default/files/2024-06/CNCDH_Les_Essentiels_Rapport_Racisme_2023_0.pdf (abgerufen am 11. Februar 2025). „Les incendies criminels d'églises en hausse de 30% l'année dernière“, Info Europe 1, William Molinié, Info Europe 1, <https://www.europe1.fr/societe/info-europe-1-les-incendies-criminels-deglises-en-hausse-de-30-lannee-derniere-278087> (abgerufen am 11. April 2025).
- ²⁸³ Nadine El Bawab, „How pro-Palestinian protests unfolded on college campuses across the US: A timeline“, ABC News, 4. Mai 2024, <https://abc-news.go.com/US/pro-palestinian-protests-unfolded-college-campuses-us-timeline/story?id=109902300> (abgerufen am 14. April 2025).
- ²⁸⁴ Anemona Hartocollis, „Jewish Students Describe Facing Antisemitism on Campus to Members of Congress“, New York Times, 1. März 2024 <https://www.nytimes.com/2024/03/01/us/antisemitism-campus-jewish-students.html#> (abgerufen am 14. April 2025).
- ²⁸⁵ CST, Antisemitic Incidents 2023, S. 4, https://cst.org.uk/public/data/file/9/f/Antisemitic_Incidents_Report_2023.pdf (abgerufen am 14. Oktober 2024).
- ²⁸⁶ „Tell MAMA recorded almost 5,000 anti-Muslim cases a year on from 7 October“, TellMAMA, 7. Oktober 2024, <https://tellmamauk.org/tell-mama-recorded-almost-5000-anti-muslim-cases-a-year-on-from-7-october/> (abgerufen am 27. November 2024).
- ²⁸⁷ Andy Gregory, „How lies and disinformation about Southport knife attack suspect led to riots“, Independent, 31. Juli 2024 <https://www.independent.co.uk/news/uk/crime/southport-attack-riots-far-right-social-media-b2588628.html> (abgerufen am 6. November 2024).
- ²⁸⁸ „Bundesweite Fallzahlen 2023 - Politisch motivierte Kriminalität“, BMI, BKA, (2024) S. 11, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (abgerufen am 10. Februar 2025).
- ²⁸⁹ RIAS, Annual Report on Antisemitic Incidents in Germany, 25. Juni 2024, https://report-antisemitism.de/documents/2024-06-25_rias-bund_press_release_annual_23.pdf (abgerufen am 14. April 2025).
- ²⁹⁰ Marsh, S., „Anti-Muslim incidents double in Germany but overlooked by authorities, NGO says“, Reuters, <https://www.reuters.com/world/europe/anti-muslim-incidents-double-germany-overlooked-by-authorities-ngo-says-2024-06-24/> (abgerufen am 10. Februar 2025).
- ²⁹¹ Martin Fornusek, „Faith under fire: Russia's war on religion in Ukraine's occupied territories“, Kyiv Independent, 4. April 2024, <https://kyivindependent.com/faith-under-fire-russias-war-on-religion-in-ukraines-occupied-territories/> (abgerufen am 16. Januar 2025).

- ²⁹² „Про захист конституційного ладу у сфері діяльності релігійних організацій (Über den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung im Bereich der Tätigkeit der religiösen Organisationen)“, Werchowna Rada der Ukraine, 20. August 2024, <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/3894-20#Text> (abgerufen am 13. Februar 2025).
- ²⁹³ Konstantin Skorin, „Ukraine’s Ban on Moscow-linked Church will have Far-Reaching Consequences“, 4. September 2024, <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2024/08/zapret-upc-v-ukraine?lang=en> (abgerufen am 14. April 2025).
- ²⁹⁴ Willy Fautré, „Thousands of conscientious objectors under threat of 3-year prison terms“, Human Rights Without Frontiers, 2. Dezember 2024, <https://hrwf.eu/wp-content/uploads/2024/12/Ukraine-2024.pdf> (abgerufen am 16. Februar 2025).
- ²⁹⁵ Victoria Arnold, „No legal provision for alternative civilian service during mobilisation“, Forum 18 News Service, 19. Dezember 2022, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2797 (abgerufen am 14. März 2025).
- ²⁹⁶ „Azerbaijani Regime Ethnically Cleansed Nagorno-Karabakh According to International Fact-Finding Mission“, Freedom House, <https://freedomhouse.org/article/new-report-azerbaijani-regime-ethnically-cleansed-nagorno-karabakh-according-international> (abgerufen am 1. März 2025).
- ²⁹⁷ AZERBAIJAN – USCIRF ANNUAL REPORT 2024 – RECOMMENDED FOR COUNTRIES OF PARTICULAR CONCERN (CPC), US Commission on International Religious Freedom, <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2024-05/Azerbaijan.pdf> (abgerufen am 1. März 2025).
- ²⁹⁸ CBC News, „Why dozens of churches in Canada have been torched and burned“, April 2024, <https://www.cbc.ca/player/play/video/1.7079243> (abgerufen am 15. April 2025).
- ²⁹⁹ „Feministas atacan la iglesia del Inmaculado Corazón de María en Sabadell“, Dolça Catalunya, 9. März 2023, <https://www.dolcatalunya.com/2023/03/feministas-atacan-la-iglesia-del-inmaculado-corazon-de-maria-en-sabadell/> (abgerufen am 14. April 2025).
- ³⁰⁰ „Las víctimas del ataque yihadista de Algeciras describen ante el juez las agresiones“, Voz de Cádiz, Campo de Gibraltar, 24. März 2023, <https://www.lavozdigital.es/provincia/campo-gibraltar/victimas-ataque-yihadista-algeciras-describen-ante-juez-20230324114925-ntv.html> (abgerufen am 14. April 2025).
- ³⁰¹ „La Policía detiene al agresor de los frailes del monasterio de Gilet“, Las Provincias, 10. November 2024, <https://www.lasprovincias.es/valencia/guardia-civil-detiene-hombre-agresiones-frailes-monasterio-20241110091547-nt.html?ref=https%3A%2F%2Fwww.lasprovincias.es%2Fvalencia%2Fguardia-civil-detiene-hombre-agresiones-frailes-monasterio-20241110091547-nt.html> (abgerufen am 14. April 2025).
- ³⁰² Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), „Hate Crime Reporting: Italy 2023“, OSZE, 2023, <https://hatecrime.osce.org/reporting/italy/2023> (abgerufen am 27. Februar 2025).
- ³⁰³ „Public prayer gathering attacked in Zagreb“, Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians (OIDAC), <https://www.intoleranceagainstchristians.eu/index.php?id=12&case=8671> (abgerufen am 15. April 2025).
- ³⁰⁴ „Ministry Report: 608 Incidents of Violence, Vandalism at Religious Sites in Greece in 2004“, Tovima.com, 3. Januar 2025, <https://www.tovima.com/society/ministry-report-608-incidents-of-violence-vandalism-at-religious-sites-in-greece-in-2024#:~:text=A%20total%20of%20608%20acts%20of%20violence%2C,%E2%80%93%20directed> (abgerufen am 10. Januar 2025).
- ³⁰⁵ „Près de 1 000 actes anti-chrétiens enregistrés en 2023, selon le ministère de l’Intérieur“, Grégoire Gindre, RCF, 26. März 2024, <https://www.rcf.fr/articles/actualite/pres-de-1-000-actes-antichretiens-enregistres-en-2023-selon-le-ministere-de> (abgerufen am 15. April 2025).
- ³⁰⁶ Arielle Del Turco, „Hostility Against Churches Is on the Rise in the United States: Analyzing Incidents from 2018-2023“, Family Research Council, Februar 2024, <https://downloads.frc.org/EF/EF24B78.pdf> (abgerufen am 3. Februar 2025).
- ³⁰⁷ „Backgrounder: Attacks on Catholic Churches in the U.S.“, The United States Conference of Catholic Bishops, https://www.usccb.org/committees-religious-liberty/Backgrounder-Attacks-on-Catholic-Churches-in-US#tab__023 (abgerufen am 3. Februar 2025).
- ³⁰⁸ „Norwegian city under fire for refusing grants to Christian institutions“, CNE News, 11. April 2023, <https://cne.news/article/2888-norwegian-city-under-fire-for-refusing-grants-to-christian-institutions> (abgerufen am 20. November 2024).
- ³⁰⁹ Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians in Europe, „Update: Prosecutor will take Päivi Räsänen case to Supreme Court“, 12. Januar 2024, <https://www.intoleranceagainstchristians.eu/index.php?id=12&case=7234> (abgerufen am 19. Mai 2025).
- ³¹⁰ „Aartsbisschoppen schuldig aan discrimineren vrouw die opleiding tot diaken wil volgen“, De Morgen, 25. Juni 2024, <https://www.demorgen.be/snelnieuws/aartsbisschoppen-schuldig-aan-discrimineren-vrouw-die-opleiding-tot-diaken-wil-volgen-b3defc26a/> (abgerufen am 7. Januar 2025).
- ³¹¹ Higgs v Farmor’s School [2025] EWCA Civ 109 (12. Februar 2025), [https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/ew/cases/EWCA/Civ/2025/109.html&query=\(higgs\)+AND+\(v\)+AND+\(farmor%27s\)+AND+\(school\)](https://www.bailii.org/cgi-bin/format.cgi?doc=/ew/cases/EWCA/Civ/2025/109.html&query=(higgs)+AND+(v)+AND+(farmor%27s)+AND+(school)) (abgerufen am 27. Juni 2025).
- ³¹² Groff v DeJoy, 600 US 447 (2023), https://www.supremecourt.gov/opinions/22pdf/22-174_k536.pdf (abgerufen am 27. Juni 2025).
- ³¹³ „Mass arrests of religious Shias reported in Azerbaijan“, eurasianet, <https://eurasianet.org/mass-arrests-of-religious-shias-reported-in-azerbaijan> (abgerufen am 15. April 2025).
- ³¹⁴ „Müsəlman Birliyi Hərəkatının daha bir üzvü saxlanılıb“ (Weiteres Mitglied der Muslimischen Einheitsbewegung inhaftiert), Amerikanın Səsi, <https://www.amerikaninsesi.org/a/7044003.html> (abgerufen am 1. März 2025).
- ³¹⁵ „Facing expulsion, Azerbaijan quits European parliamentary body“, Eurasianet, 25. Januar 2024, verfügbar unter: <https://eurasianet.org/facing-expulsion-azerbaijan-quits-european-parliamentary-body> (abgerufen am 26. August 2025).
- ³¹⁶ KAZAKHSTAN – USCIRF ANNUAL REPORT 2024 – RECOMMENDED FOR SPECIAL WATCH LIST, US Commission on International Religious Freedom, <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2024-05/Kazakhstan%202024.pdf> (15. April 2025).
- ³¹⁷ „KAZAKHSTAN: Still jailed despite 2021 UN „immediate“ release call“, Forum 18, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2861 (17. Dezember 2024).
- ³¹⁸ KYRGYZSTAN – USCIRF ANNUAL REPORT 2024 – RECOMMENDED FOR SPECIAL WATCH LIST, US Commission on International Religious Freedom, <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2024-05/USCIRF%202024%20Annual%20Report.pdf> (abgerufen am 18. Dezember 2024).
- ³¹⁹ УКМК Ош облусундагы 60тан ашуун мечит, медресенин ишин токтотту (SCNS schließt 60 Moscheen und Medressen in der Region Osch), Azattyk үналгысы, <https://www.azattyk.org/a/32538861.html> (abgerufen am 18. Dezember 2024).
- ³²⁰ „Диний фанатизм“: Паранжы менен сакалга Борбор Азияда эмнеге каршы болууда? („Religious fanaticism“: Why is there opposition to the burqa and beard in Central Asia?), BBC News, <https://www.bbc.com/kyrgyz/articles/c6pdq89djz5o> (abgerufen am 18. Dezember 2024).
- ³²¹ TAJIKISTAN – USCIRF ANNUAL REPORT 2024 – RECOMMENDED FOR COUNTRIES OF PARTICULAR CONCERN (CPC), US Commission on International Religious Freedom, <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2024-05/Tajikistan.pdf> (abgerufen am 5. Januar 2025).
- ³²² ebd.
- ³²³ Freedom in the World 2024: Turkmenistan, Freedom House, <https://freedomhouse.org/country/turkmenistan/freedom-world/2024> (abgerufen am 5. Februar 2025).
- ³²⁴ Raids, literature seizures, imam detained, Forum 18, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2858 (abgerufen am 8. Februar 2025).
- ³²⁵ Lebapda, Moskwa hüjüminden soň, howpsuzlyk güýçlendirildi (Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Lebap nach Moskauer Anschlag), Azat Ýewropa/Azattyk Radiosy, <https://www.azathabar.com/a/lebabyn-hakimiyetleri-moskwa-hujuminden-son-howpsuzlygy-guyclendirdi/32879522.html> (abgerufen am 12. Februar 2025).

- ³²⁶ Orsýetdäki pajygaly hüjümden soň türkmen polisiýasy dincileri gysýar (Turkmenische Polizei geht nach tragischem Anschlag in Russland hart gegen religiöse Persönlichkeiten vor), Azat Ýewropa/Azatlyk Radiosy, <https://www.azathabar.com/a/orsyetskaki-pajygaly-hujumden-son-turkmen-polisiyasy-dincileri-gysyar/32876308.html> (abgerufen am 12. Februar 2025).
- ³²⁷ „Former prisoner of conscience rearrested, another given 10 more years jail“, Forum 18, https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2933 (abgerufen am 10. März 2025).
- ³²⁸ „Uzbekistan’s recent anti-religious measures present a worrisome trend for its Muslims“, Global Voices, <https://globalvoices.org/2024/02/29/uzbekistans-recent-anti-religious-measures-present-a-worrisome-trend-for-its-muslims/> (abgerufen am 10. März 2025).
- ³²⁹ „Либо сбреее бороду, либо сядете на 15 суток“. В Ташкенте снова начались рейды против ношения бород („Entweder du rasierst deinen Bart oder du gehst für 15 Tage ins Gefängnis.“ Erneut Razzien gegen Barträger in Taschkent), Радио Озодлик, <https://rus.ozodlik.org/a/32812887.html> (abgerufen am 10. März 2025).
- ³³⁰ Abortion Care Guideline, UN, 8. März 2022; Abortion care guideline (abgerufen am 26. August 2025).
- ³³¹ ebd.
- ³³² Law and Policy Recommendation 22: Conscientious Objection, Abortion Care Guideline, UN, 8. März 2022; Law & policy Recommendation 22: Conscientious objection (3.3.9) - Abortion care guideline (abgerufen am 26. August 2025).
- ³³³ Europäische Menschenrechtskonvention – Artikel 9, <https://fra.europa.eu/en/law-reference/european-convention-human-rights-article-9>
- ³³⁴ The Right to Conscientious Objection in Lawful Medical Care (Resolution 1763), Parliamentary Assembly of the Council of Europe, 7. Oktober 2010, <https://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=17909&lang=en> (abgerufen am 21. Juli 2025).
- ³³⁵ „Adoption agencies shut under ‘equality’ laws“, The Christian Institute, April 2009: <https://www.christian.org.uk/wp-content/uploads/adoption-agencies-shut.pdf>. (abgerufen am 21. Juli 2025).
- ³³⁶ The Role of the Catholic Church in Healthcare Provision Globally, ICN, 11. Oktober, 2023; <https://www.indcatholicnews.com/news/48212>
- ³³⁷ EGMR, Grimmark gegen Schweden, Antrag Nr. 43726/17, Urteil vom 11. Februar 2020, <https://hudoc.echr.coe.int/fre?i=001-201915> (abgerufen am 21. Juli 2025).
- ³³⁸ Greater Glasgow Health Board v Doogan and Anor. [2014] UKSC 68, https://supremecourt.uk/uploads/uksc_2013_0124_judgment_7d69fe9719.pdf (abgerufen am 21. Juli 2025).
- ³³⁹ Commission Communautaire Commune, „Arrêté du Collège réuni de la Commission communautaire commune fixant les normes que les hôpitaux doivent respecter“, Region de Bruxelles-Capitale, 25. Mai 2023, https://www.ejustice.just.fgov.be/mopdf/2023/08/04_1.pdf#Page139 (abgerufen am 21. Juli 2025).
- ³⁴⁰ Freedom in the World Report 2024; https://freedomhouse.org/sites/default/files/2024-02/FIW_2024_DigitalBooklet.pdf
- ³⁴¹ Violence against non-Christians around the world (2022–2023), International Institute for Religious Freedom; <https://iirf.global/publications/reports/violence-against-non-christians-around-the-world-2022-2023/>
- ³⁴² Martinez-Meucci, M. „The dangerous ambiguity of the Sao Paulo Forum“, Latin America 21, Juli 2023, <https://latinoamerica21.com/en/the-dangerous-ambiguity-of-the-sao-paulo-forum/> (abgerufen am 26. August 2025).
- ³⁴³ The Marxist Influence of the São Paulo Forum in Latin America, The Heritage Foundation, 30 August 2023; <https://www.heritage.org/americas/commentary/the-marxist-influence-the-sao-paulo-forum-latin-america>
- ³⁴⁴ Foro de São Paulo solidarity with Cuba, Venezuela, and Nicaragua, Prensa Latina, 19. November 2022, <https://archivo.prensa-latina.cu/2022/11/19/foro-de-sao-paulo-solidario-con-cuba-venezuela-y-nicaragua> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁴⁵ Declaración final del XXVI Encuentro del Foro de São Paulo, Página 13, 4. Juli 2023, <https://pagina13.org.br/declaracion-final-del-xxvi-encuentro-del-fsp/> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁴⁶ „La Iglesia católica de Venezuela reza para que el chavismo no siga el camino de Nicaragua“, El País, 19. Februar 2025, <https://elpais.com/america/2025-02-19/la-iglesia-catolica-de-venezuela-reza-para-que-el-chavismo-no-siga-el-camino-de-nicaragua.html> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁴⁷ Edgar Beltrán, „Is the Church in Venezuela facing new risks of persecution?“, The Pillar, 2. August 2024, <https://www.pillarcatholic.com/p/is-the-church-in-venezuela-facing> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁴⁸ „Government of Nicaragua declares Jesuit branch illegal and expropriates its assets“, Deutsche Welle, 24. August 2023, <https://www.dw.com/es/gobierno-de-nicaragua-ilegaliza-filial-jesuita-y-le-expropia-bienes/a-66617400> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁴⁹ „Nicaragua leader calls Catholic Church a ‘dictatorship’“, Al Jazeera, 29. September 2022, <https://www.aljazeera.com/news/2022/9/29/after-pope-outreach-nicaraguas-ortega-calls-church-a-dictators> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁵⁰ Maibort Petit, „Los desafíos del Foro de São Paulo: Retomar del poder en Latinoamérica y combatir a la “derecha” y las políticas “colonialistas” de EE. UU.“, Venezuela Política, 5. November 2019, <https://www.venezuelapolitica.info/los-desafios-del-foro-de-sao-paulo/> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁵¹ M. Martinez Meucci, „The dangerous ambiguity of the Sao Paolo Forum“, LatinoAmerica21, 11. Juli 2023, <https://latinoamerica21.com/en/the-dangerous-ambiguity-of-the-sao-paulo-forum/> (abgerufen am 21. August 2025).
- ³⁵² Länder, in denen Mitgliedsparteien des São Paolo Forum an der Macht sind: Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Dominikanische Republik, Santa Lucía, Uruguay und Venezuela.
- ³⁵³ UNHCR, „ONU-DH insta a investigar el asesinato del sacerdote y defensor indígena de los derechos humanos, Marcelo Pérez Pérez“, 20. Oktober 2024, <https://hchr.org.mx/comunicados/onu-dh-insta-a-investigar-el-asesinato-del-sacerdote-y-defensor-indigena-de-los-derechos-humanos-marcelo-perez-perez/> (abgerufen am 5. August 2025).
- ³⁵⁴ Fr Dionisio Baez, O de M., „Escuchamos el clamor de aquellos que lloran sangre“: Ante un panorama tan duro, resuena la voz de Dios“, Religión Digital, https://www.religiondigital.org/america/asamblea-red-clamor-bogota-migracion_0_2712628720.html (abgerufen am 2. August 2025).
- ³⁵⁵ Urbi et Orbi-Botschaft, Ostern 2025, Petersplatz, 20. April 2025, <https://www.vatican.va/content/francesco/en/messages/urbi/documents/20250420-urbi-et-orbi-pasqua.html> (abgerufen am 8. Juli 2025).
- ³⁵⁶ Address to the Participants at the International Conference on “Religious Freedom and the Global Clash of Values“, Concistory Hall, 20. Juni 2014, https://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2014/june/documents/papa-francesco_20140620_liberta-religiosa.html (abgerufen am 8. Juli 2025).
- ³⁵⁷ Prayer of Suffrage for the Victims, Hosh al-Bieaa (Church Square) in Mosul, 7. März 2021, https://www.vatican.va/content/francesco/en/prayers/documents/papa-francesco_preghiere_20210307_preghiere-iraq.html (abgerufen am 8. Juli 2025).
- ³⁵⁸ Pope Francis, „Address in the United States on religious freedom“, Vatican, 26. September 2015, https://www.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2015/september/documents/papa-francesco_20150926_usa-liberta-religiosa.html (abgerufen am 28. Juni 2025).
- ³⁵⁹ Document on Human Fraternity for World Peace and Living Together, Abu Dhabi, 4. Februar 2019, https://www.vatican.va/content/francesco/en/travels/2019/outside/documents/papa-francesco_20190204_documento-fratellanza-umana.html (abgerufen am 8. Juli 2025).
- ³⁶⁰ Pope Francis, Evangelii Gaudium (The Joy of the Gospel), Apostolic Exhortation, 24. November 2013, https://www.vatican.va/content/francesco/en/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html (abgerufen am 28. Juni 2025).

³⁶¹ Pope Francis, *Fratelli tutti* (On Fraternity and Social Friendship), Encyclical Letter, 3. Oktober 2020, https://www.vatican.va/content/francesco/en/encyclicals/documents/papa-francesco_20201003_enciclica-fratelli-tutti.html (abgerufen am 28. Juni 2025).

³⁶² Second Vatican Council, *Dignitatis Humanae* (Declaration on Religious Freedom), Vatican, 7. Dezember 1965, https://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651207_dignitatis-humanae_en.html (abgerufen am 28. Juni 2025).



KIRCHE IN NOT

ACN DEUTSCHLAND

PÄPSTLICHE
STIFTUNG



KIRCHE IN NOT

Das weltweite katholische Hilfswerk wurde 1947 gegründet, um Kriegsflüchtlingen zu helfen. Seit 2011 ist es als päpstliche Stiftung anerkannt und fördert jedes Jahr mehr als 5000 pastorale Projekte in rund 140 Ländern. Durch Information, Gebet und tatkräftige Hilfe unterstützt KIRCHE IN NOT Christen überall dort, wo sie in Not sind, verfolgt oder unterdrückt werden. Die Stiftung erhält keine öffentlichen Gelder oder Kirchensteuermittel, sondern finanziert ihre Hilfen ausschließlich durch private Spenden.

KIRCHE IN NOT (ACN) Deutschland

Lorenzonstraße 62
81545 München

Tel.: +49 (0)89 - 6424 888-0
E-Mail: info@kirche-in-not.de

www.kirche-in-not.de
www.religionsfreiheit-weltweit.de

ACN International

Bischof-Kindermann Str. 23
61462 Königstein
Deutschland

Tel. +49 (0)6174 291-0
E-Mail: press@acn-intl.org

www.acninternational.org

BÜROS VON KIRCHE IN NOT WELTWEIT

Australien

info@acn-australia.org
www.acn-australia.org

Belgien

info@acn-belgique.org
www.acn-belgique.org

Brasilien

info@acn-brasil.org
www.acn-brasil.org

Chile

info@acn-chile.org
www.acn-chile.org

Deutschland

info@kirche-in-not.de
www.kirche-in-not.de

Frankreich

info@aed-france.org
www.aed-france.org

Irland

info@acn-ireland.org
www.acn-ireland.org

Italien

info@acn-italia.org
www.acn-italia.org

Kanada

info@acn-canada.org
www.acn-canada.org

Kolumbien

info@acn-colombia.org
www.acn-colombia.org

Malta

info@acn-malta.org
www.acn-malta.org

Mexiko

info@acn-mexico.org
www.acn-mexico.org

Niederlande

info@acn-nederland.org
www.acn-nederland.org

Österreich

info@acn-oesterreich.org
www.acn-oesterreich.org

Peru

info@acn-peru.org
<https://www.acn-peru.org>

Philippinen

info@acn-philippines.org
www.acn-philippines.org

Polen

info@acn-polska.org
www.acn-polska.org

Portugal

info@acn-polska.org
www.acn-polska.org

Schweiz

info@acn-schweiz.org
www.acn-schweiz.org

Slowakei

info@acn-slovensko.org
www.acn-slovensko.org

Spanien

info@acn-espana.org
www.acn-espana.org

Südkorea

info@churchinneed.or.kr
www.acn-korea.org

Vereinigte Staaten

info@acn-usa.org
www.acn-usa.org

Vereinigtes Königreich

info@acn-uk.org
www.acn-uk.org